

**WIR SIND
WIEN, NIEDERÖSTERREICH
UND BURGENLAND**



KENNZAHLEN DER VOLKSBANK WIEN AG

Werte in EUR Mio.	31.12.2016	angepasst 31.12.2015	31.12.2014
Bilanz			
Bilanzsumme	10.008	10.004	3.412
Forderungen an Kunden	4.351	3.722	2.454
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	4.691	3.992	3.064
Verbriefte Verbindlichkeiten	725	798	0
Nachrangkapital	29	18	18

Eigenmittel nach Basel III für den Volksbank Wien AG Konzern

Hartes Kernkapital (CET1)	449	364
Zusätzliches Kernkapital (AT1)	0	0
Kernkapital	449	364
Ergänzungskapital (T2)	7	10
Eigenmittel	456	374
Risikogewichtete Beträge Kreditrisiko	2.433	2.084
Gesamtrisikobetrag Marktrisiko	153	188
Gesamtrisikobetrag Operationelle Risiken	586	577
Gesamtrisikobetrag aufgrund Anpassung der Kreditbewertung	60	90
Gesamtrisikobetrag	3.233	2.939

Harte Kernkapitalquote¹⁾	13,9 %	12,4 %
Kernkapitalquote¹⁾	13,9 %	12,4 %
Eigenmittelquote¹⁾	14,1 %	12,7 %

Ergebnisse	2016	angepasst	
		2015	2014
Zinsüberschuss	99,7	70,1	58,7
Risikovorsorge	-13,6	13,8	11,3
Provisionsüberschuss	41,1	30,1	27,5
Handelsergebnis	4,9	7,1	0,0
Verwaltungsaufwand	-174,4	-121,5	-69,6
Restrukturierungsaufwand	3,1	-0,3	0,0
Sonstiges betriebliches Ergebnis	39,0	1,3	5,3
Ergebnis Finanzinvestitionen	1,7	8,5	5,1
Ergebnis aus Unternehmen bewertet at equity	10,3	-6,5	0,0
Ergebnis eines aufgegebenen Geschäftsbereiches	0,0	0,0	0,0
Ergebnis vor Steuern	11,7	2,4	38,3
Ertragsteuern	13,3	12,6	-8,8
Ergebnis nach Steuern	25,0	15,0	29,5
Fremdanteile	-1,4	0,0	0,0
Konzernergebnis	23,6	15,0	29,5

Ratios²⁾

Operative Cost-Income-Ratio	82,7 %	110,9 %	74,8 %
ROE vor Steuern	2,7 %	0,9 %	20,6 %
ROE nach Steuern	5,9 %	5,5 %	15,9 %
ROE Konzern	5,6 %	5,5 %	15,9 %

Ressourcen

Ø-Anzahl Mitarbeiter	1.139	815	583
hievon Inland	1.139	815	583
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014
Ultimo-Anzahl Mitarbeiter	1.242	1.130	671
hievon Inland	1.242	1.130	671
Anzahl Vertriebsstellen	78	64	57
hievon Inland	78	64	57

Da erst mit Einbringung des ZO Teilbetriebes am 4. Juli 2015 eine gesetzliche Verpflichtung zur Ermittlung von konsolidierten Eigenmittel entstanden ist, werden keine Vergleichszahlen für das Geschäftsjahr 2014 angegeben.

1) Bezogen auf das Gesamtrisiko

2) Die operative Cost-Income-Ratio errechnet sich aus Betriebsertrag im Verhältnis zum Betriebsaufwand.

Der Betriebsertrag besteht aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, Handelsergebnis sowie wenn positiv Sonstiges betriebliches Ergebnis und Ergebnis einer Veräußerungsgruppe.

Der Betriebsaufwand enthält den Verwaltungsaufwand sowie wenn negativ Sonstiges betriebliches Ergebnis und Ergebnis einer Veräußerungsgruppe. Das sonstige betriebliche Ergebnis und das Ergebnis einer Veräußerungsgruppe werden um sonstige Steuern, Entkonsolidierungsergebnis und Bewertungsergebnis IFRS 5 bereinigt.

INHALT

VOLKSBANK WIEN AG

- 4 Vorwort des Generaldirektors
- 6 Bericht des Aufsichtsrates
- 8 Der Vorstand
- 10 Der Aufsichtsrat

KONZERNLAGEBERICHT

- 14 Bericht über den Geschäftsverlauf und die wirtschaftliche Lage
 - 14 Geschäftsverlauf
 - 18 Bericht über Zweigniederlassungen
 - 18 Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren
 - 21 Ereignisse von besonderer Bedeutung nach dem Abschlussstichtag
- 22 Bericht über die voraussichtliche Entwicklung und die Risiken des Unternehmens
 - 22 Wirtschaftliches Umfeld
 - 23 Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens
 - 23 Wesentliche Risiken und Ungewissheiten
- 23 Bericht über Forschung und Entwicklung
- 24 Berichterstattung über wesentliche Merkmale des internen Kontroll- und des Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

KONZERNABSCHLUSS**PERSONEN UND ADRESSEN**

-
- | | |
|---|------------------------------|
| 28 Konzerngesamtergebnisrechnung | 136 VOLKSBANK WIEN AG |
| 29 Konzernbilanz zum
31. Dezember 2016 | 137 Terminologie |
| 30 Entwicklung des
Konzerneigenkapitals | 138 Impressum |
| 31 Konzerngeldflussrechnung | |
| 32 Inhaltsverzeichnis Notes | |
| 34 Anhang (Notes)
zum Konzernabschluss | |
| 128 Bestätigungsvermerk | |
| 133 Bilanzzeit | |
-

VORWORT DES GENERALDIREKTORS



DI Gerald Fleischmann

Generaldirektor und
Vorsitzender des Vorstandes

Für die VOLKSBANK WIEN AG war 2016 ein außergewöhnliches und entscheidendes Jahr. Die VOLKSBANK WIEN AG hat einerseits als größte Regionalbank unter den österreichischen Volksbanken, andererseits auch in der Funktion als Zentralorganisation für den gesamten Volksbanken-Verbund in Österreich sehr große Fortschritte gemacht.

Die VOLKSBANK WIEN AG hat im Rahmen der schon 2014 beschlossenen Neuordnung im Vorjahr drei weitere regionale Fusionen durchgeführt, mit der Volksbank Weinviertel, der Volksbank NÖ Süd und der Volksbank Südburgenland. Nach Abschluss dieser Fusionen umfasst das Einzugsgebiet der VOLKSBANK WIEN AG ganz Wien, das gesamte Burgenland und die Osthälfte Niederösterreichs.

Im Jahr 2015 waren die Aufgaben als Zentralorganisation des Volksbanken-Verbundes sowie dessen Servicefunktionen an die VOLKSBANK WIEN AG übertragen worden. Mitte 2016 wurde die dadurch entstandene Verbundstruktur von der Aufsicht unbefristet und ohne weitere Auflagen genehmigt. Durch die Doppelfunktion der VOLKSBANK WIEN AG als eigenständige Regionalbank und als Zentralorganisation für den Volksbanken-Verbund werden auch Synergien im Kostenbereich erreicht.

Neben den Fusionen ergaben sich für die VOLKSBANK WIEN AG wie für die ganze Finanzbranche große Herausforderungen durch das Niedrigzinsumfeld und die großen regulatorischen Aufwendungen. Durch die Vereinfachung des Geschäftsmodells werden mittelfristig Einsparungen angestrebt. Vor allem konzentriert sich die Bank auf die Kernbereiche Einlagen, Kredite und Zahlungsverkehr. Im Dienstleistungsgeschäft bei Versicherungen, Wertpapieren, Leasing, Bausparen und weiteren Geschäftsfeldern vertreibt die VOLKSBANK WIEN AG Produkte von Kooperationspartnern, die in diesen Bereichen höchste Expertise und Qualität besitzen. Die VOLKSBANK WIEN AG konzentriert sich auf die Wünsche, Interessen und den Bedarf ihrer Kunden und auf ihre hohe Beratungsqualität.

Die deutlich verbesserte Kernkapitalquote und die gute Liquiditätssituation haben es der VOLKSBANK WIEN AG und dem Verbund ermöglicht, im Sommer 2016 unter dem Titel „KMU-Milliarde“ eine Marktoffensive in der Unternehmensfinanzierung zu starten. Die Aufnahme am Markt war sehr positiv. Das Dienstleistungsgeschäft mit den Produktpartnern entwickelte sich sehr erfreulich. In der schon mehrjährigen Zusammenarbeit mit der TeamBank in der Konsumfinanzierung konnten im Vorjahr erneut Rekordabsätze erreicht werden. Im Fondsbereich verlief das erste Jahr der Zusammenarbeit mit Union Investment sehr erfreulich, die ausgezeichneten Produkte der internationalen Fondsgesellschaft wurden vom österreichischen Markt sehr positiv aufgenommen. Das Bauspargeschäft wurde im Herbst im Rahmen des Verkaufes der start:gruppe abgegeben, es wurde mit der Gruppe eine langfristige Vertriebskooperation vereinbart.

Die Filialen stellen in der VOLKSBANK WIEN AG weiterhin den zentralen Vertriebsweg dar. Durch einzelne Zusammenlegungen von Filialen soll erreicht werden, dass an allen Standorten eine hohe Kompetenz sowohl im Privatkundengeschäft als auch im Kommerzbereich vorhanden ist. Alle Maßnahmen in der Filial- und der Vertriebsorganisation zielen darauf ab, den

Kunden und die Beratungsqualität noch stärker in den Fokus zu rücken. Dazu gehören selbstverständlich auch kontinuierliche Investitionen in die Aus- und Weiterbildung unserer Mitarbeiter. Unsere Mitarbeiter sind und bleiben die wichtigste Ressource in unserem beratungs- und beziehungsorientierten Ansatz. Die weitere Erhöhung der Beratungsstandards ist ein klares Ziel.

Die digitale Welt wird für alle Banken ein weiterer wichtiger Vertriebsweg. Die VOLKSBANK WIEN AG hat mit der Einführung eines neuen digitalen Auftritts in der zweiten Jahreshälfte auf diese Entwicklung gut reagiert und bietet ein sehr wettbewerbsfähiges Angebot. Mit der Schaffung einer eigenen Einheit in der VOLKSBANK WIEN AG soll das Thema Digitalisierung für den gesamten Verbund weiter vorangetrieben werden.

Im Jahr 2016 haben wir auch große Anstrengungen unternommen, um eine stabile Eigenkapitalausstattung zu erreichen. Die Kernkapitalquote des Konzerns lag zum Jahresende bei rund 13,9 %. Damit können wir unsere Hauptaufgabe im Sinne unserer volkswirtschaftlichen Funktion, die Finanzierung von Privaten und Unternehmen, gut wahrnehmen. Besonders die klein- und mittelständischen Unternehmen, eine wesentliche Säule der österreichischen Wirtschaft, stehen bei uns im Fokus. Privatkunden schätzen die gute Beratung und die für ihren individuellen Bedarf passenden Leistungen.

Das Jahr 2016 war von massiven Veränderungen geprägt, die eine chancenreiche Basis für die nächsten Jahre geschaffen haben. Für den enormen Einsatz danke ich allen Mitarbeitern, Funktionären und Eigentümern. Besonderer Dank gilt unseren Kunden, die der VOLKSBANK WIEN AG im letzten Jahr ihre große Treue bewiesen haben.

Wien, im April 2017



DI Gerald Fleischmann
Generaldirektor und Vorsitzender des Vorstandes

BERICHT DES AUFSICHTSRATES

gemäß § 96 AktG für das Geschäftsjahr 2016



Mag. Heribert Donnerbauer

Vorsitzender
des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat hat sich im Geschäftsjahr 2016 in vier ordentlichen, einer konstituierenden und sechs außerordentlichen Sitzungen sowie in zahlreichen Ausschuss-Sitzungen über die Rechtmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftsführung sowie über die Lage, die Entwicklung und die beabsichtigte Geschäftspolitik des Unternehmens informiert.

Die entsprechenden Berichte des Vorstandes wurden intensiv diskutiert und zur Kenntnis genommen und die notwendigen Beschlüsse gefasst.

Über die Arbeit der Ausschüsse des Aufsichtsrates berichteten die Vorsitzenden der Ausschüsse regelmäßig im Aufsichtsrat. Darüber hinaus wurden die Unterlagen aller Ausschüsse, mit Ausnahme des Personalausschusses, seit dem abgelaufenen Geschäftsjahr allen Aufsichtsratsmitgliedern zugänglich gemacht. Der Aufsichtsrat hatte somit in ausreichendem Maße Gelegenheit, seiner Informations- und Überwachungspflicht zu entsprechen.

Der Aufsichtsrat hat folgende Ausschüsse gebildet: Arbeits- und Risikoausschuss, Prüfungsausschuss, Vergütungsausschuss, Nominierungsausschuss, Personalausschuss sowie Ausschuss Transformation und Fusionen.

Der Arbeits- und Risikoausschuss hielt im Jahr 2016 vier Sitzungen ab, in denen die in seine Kompetenz fallenden Veranlagungen sowie die Risikothemen, die Risikostrategie und die aktuelle Risikolage der Gesellschaft und des Volksbanken-Verbundes behandelt wurden.

Der Prüfungsausschuss hielt im Jahr 2016 fünf Sitzungen ab. In diesen Sitzungen wurden neben der Jahresabschlussprüfung und der Konzernabschlussprüfung insbesondere das interne Kontrollsystem, das interne Revisionssystem und das Risikomanagementsystem behandelt.

Der Vergütungsausschuss befasste sich im Jahr 2016 in einer Sitzung mit den Grundsätzen der Vergütungspolitik in der VOLKSBANK WIEN AG und im Volksbanken-Verbund.

Der Nominierungsausschuss hielt im Jahr 2016 eine Sitzung ab, in der die jährliche Evaluierung der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder, die Evaluierung der Schlüsselkräfte und die Behandlung der Fit & Proper Policy der Gesellschaft erfolgte.

Der Personalausschuss befasste sich im Jahr 2016 in drei Sitzungen im Zuge des Fusionsprozesses im Volksbanken-Verbund mit der Übernahme der Vorstandsverträge der Volksbank Marchfeld, der Volksbank Weinviertel, der Volksbank Niederösterreich Süd und der Volksbank Südburgenland durch die VOLKSBANK WIEN AG sowie mit der einvernehmlichen Auflösung des Vorstandsvertrages von Vorstandsdirektor Mag. Schauer.

Der Ausschuss Transformation und Fusionen hielt im Jahr 2016 drei Sitzungen ab, in denen die Einbringungen der Bankbetriebe der Volksbank Marchfeld (diese kam letztlich nicht zustande), der Volksbank Weinviertel, der Volksbank Niederösterreich Süd und der Volksbank Südburgenland in die VOLKSBANK WIEN AG behandelt wurden sowie über den jeweils aktuellen Stand der Fusionen im Volksbanken-Verbund berichtet wurde.

Die Sitzungen des Aufsichtsrates und seiner Ausschüsse waren von einem hohen Anwesenheitsquorum der Mitglieder geprägt.

Im Jahr 2016 wurde der 2014 eingeleitete Fusionsprozess im Volksbanken-Verbund fortgesetzt. Den bereits erwähnten Beratungen im Ausschuss Transformation und Fusionen folgten die diesbezüglichen Beratungen und Prüfungen im Aufsichtsrat sowie die Beschlussfassungen der ordentlichen Hauptversammlung am 18.05.2016 sowie der außerordentlichen Hauptversammlung am 07.09.2016.

Mit Einbringungs- und Sacheinlagevertrag vom 18. Mai 2016 wurde rückwirkend per 31. Dezember 2015 der Bankbetrieb der Volksbank Weinviertel e.Gen. gemäß § 92 BWG, nach den Grundsätzen des Umgründungssteuergesetzes, eingebracht. Ebenso wurde mit Einbringungs- und Sacheinlagevertrag vom 7. September 2016 der Bankbetrieb der Volksbank Niederösterreich Süd eG sowie mit Einbringungs- und Sacheinlagevertrag vom 7. September 2016 der Bankbetrieb der Volksbank Südburgenland eG rückwirkend per 31. Dezember 2015 gemäß § 92 BWG, nach den Grundsätzen des Umgründungssteuergesetzes, eingebracht.

Die in der ordentlichen Hauptversammlung am 18. Mai 2016 genehmigte Einbringung des Bankbetriebs der Volksbank Marchfeld e.Gen. konnte mangels Zustimmung auf Seiten der Volksbank Marchfeld letztlich nicht durchgeführt werden. Die Volksbank Marchfeld ist aus dem Volksbanken-Verbund ausgeschieden.

In der außerordentlichen Hauptversammlung am 17. März 2016 wurden Änderungen der Verbund-Governance beschlossen, um die fortgesetzte Bewilligung des Kreditinstitute-Verbundes der Volksbanken gemäß § 30a BWG zu erlangen. Dieses Ziel konnte mit der Erteilung der unbefristeten Bewilligung des Volksbanken-Verbundes durch die EZB am 30. Juni 2016 erreicht werden.

Auch im Jahr 2016 war der Personalausschuss des Aufsichtsrates mit personellen Änderungen im Vorstand der VOLKSBANK WIEN AG befasst. So gab das für den Vertrieb zuständige Vorstandsmitglied, Mag. Wolfgang Schauer, im Dezember 2016 bekannt, auf eigenen Wunsch und unter einvernehmlicher Auflösung seines Vorstandsvertrags aus dem Vorstand ausscheiden zu wollen. Diesem Wunsch entsprechend wurde der Vorstandsvertrag einvernehmlich aufgelöst und schied Mag. Schauer mit 31. Jänner 2017 aus dem Vorstand aus. Der Aufsichtsrat hat eine interimistische Verteilung der Geschäfte auf die verbleibenden drei Vorstandsmitglieder, Generaldirektor Dipl.-Ing. Gerald Fleischmann, Generaldirektor-Stellvertreter Josef Preißl und Vorstandsdirektor Dr. Rainer Borns, ab 1. Februar 2017 genehmigt und wird sich zeitnah mit der Neubesetzung des derzeit vakanten vierten Vorstandsmandates befassen.

Der um den Anhang erweiterte Jahresabschluss zum 31. Dezember 2016 samt Lagebericht wurde von der KPMG Austria GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft (KPMG) geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Der Konzernabschluss zum 31. Dezember 2016 samt Konzernlagebericht wurde von der KPMG geprüft und ebenfalls mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Der Aufsichtsrat hat den vom Vorstand vorgelegten Bericht zur Kenntnis genommen und den Jahresabschluss samt Lagebericht sowie den Konzernabschluss samt Konzernlagebericht und die Anlage gemäß § 63 Abs. 5 und 7 BWG zum Prüfungsbericht nach vorheriger Befassung des Prüfungsausschusses gemäß § 96 Abs. 1 Aktiengesetz geprüft. Diese Prüfung durch den Aufsichtsrat hat keinen Anlass zu Beanstandungen gegeben; insbesondere wurden der Jahresabschluss und der Konzernabschluss durch den Aufsichtsrat als ordnungsgemäß aufgestellt befunden. Der Aufsichtsrat billigt daher den Jahresabschluss samt Lagebericht, womit dieser gemäß § 96 Abs. 4 Aktiengesetz festgestellt ist, sowie den Konzernabschluss samt Konzernlagebericht und die Anlage gemäß § 63 Abs. 5 und 7 BWG zum Prüfungsbericht. Der Aufsichtsrat geht auch mit den Ergebnissen der Abschlussprüfung, welche im Prüfungsausschuss mit der KPMG eingehend besprochen wurden, konform und ist mit dem vom Vorstand vorgelegten Vorschlag für die Gewinnverwendung einverstanden.

Festgehalten wird, dass die VOLKSBANK WIEN AG auch im abgelaufenen Geschäftsjahr dem in § 3 der Satzung verankerten und von den Gesellschaftern erteilten Förderungsauftrag nachgekommen ist.

Abschließend bedankt sich der Aufsichtsrat beim Vorstand sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren großen persönlichen Einsatz und die erfolgreiche Arbeit im abgelaufenen Geschäftsjahr.

Wien, im März 2017

Für den Aufsichtsrat der VOLKSBANK WIEN AG:



Mag. Heribert DONNERBAUER,
geb. 04.08.1965
Vorsitzender des Aufsichtsrats

DER VORSTAND



Vorsitzender:

DI Gerald Fleischmann

geb. am 27.2.1969

Generaldirektor

Zuständigkeitsbereich:

- Corporates
- Digitalisierung
- Generalsekretariat
- MarktServiceCenter / KundenServiceCenter
- Organisation & IT
- Personalmanagement
- PR & Kommunikation
- Private Banking / Treasury
- Real Estate
- Retail
- Verbundstrategie
- Vertriebsmanagement / Marketing



Vorsitzender-Stellvertreter:

Josef Preissl

geb. am 2.3.1959

Generaldirektor-Stellvertreter

Zuständigkeitsbereich:

- Betreuung / Abwicklung
- Immobilientöchter
- Revision
- Risiko Retail / KMU
- Risikomanagement Realestate und Corporates
- Risikomanagement Verbund
- Sanierungsmanagement
- VB Services für Banken

Mitglied des Vorstandes:

Dr. Rainer Borns

geb. am 7.8.1970

Zuständigkeitsbereich:

- Controlling
- Finanzen
- Legal und Compliance
- Risikocontrolling



Mitglied des Vorstandes:

Mag. Wolfgang Schauer

geb. am 18.5.1968

Vorstandsdirektor bis 31.1.2017

DER AUFSICHTSRAT

Mag. Heribert Donnerbauer

Donnerbauer & Hübner Rechtsanwälte GmbH

Vorsitzender

Vorstandsdirektor Mag. Martin Holzer

Volksbank Tirol AG

1. Vorsitzender-Stellvertreter

Vorstandsdirektor Dr. Rainer Kuhnle

Volksbank Niederösterreich AG

2. Vorsitzender-Stellvertreter

Mag. Susanne Althaler

DONAU Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft mbH
ab 24.12.2016 IBD Steuerberatung GmbH & Co KG
Mitglied

Franz Gartner

Stadtgemeinde Traiskirchen
Mitglied

Vorstandsdirektor Mag. Markus Hörmann

Volksbank Tirol AG
Mitglied

Dr. Johannes Linhart

Selbständiger Konsulent für Kapitalmarkt und Finanzen
Mitglied

Mag. Harald Nogrsek

Österreichisches Verkehrsbüro AG
Mitglied

Dr. Monika Wildner, LL.M. (NYU)

Selbständige Rechtsanwältin
Mitglied

Direktor Otto Zeller, MBA

Volksbank Salzburg eG
Mitglied

Vom Betriebsrat delegiert:

Betriebsratsvorsitzender Manfred Worschischek

Hans Lang

Dipl.-BW (FH) Hermann Ehinger

Rainer Obermayer

Michaela Pokorny

Staatskommissäre:

Ministerialrat Dipl.-Ing. Dietmar Mitteregger

Staatskommissär

Mag. Helga Ruhdorfer

Staatskommissär-Stellvertreterin

KONZERNLAGEBERICHT

-
- 14** Bericht über den Geschäftsverlauf und die wirtschaftliche Lage
 - 14** Geschäftsverlauf
 - 18** Bericht über Zweigniederlassungen
 - 18** Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren
 - 21** Ereignisse von besonderer Bedeutung nach dem Abschlussstichtag

 - 22** Bericht über die voraussichtliche Entwicklung und die Risiken des Unternehmens
 - 22** Wirtschaftliches Umfeld
 - 23** Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens
 - 23** Wesentliche Risiken und Ungewissheiten

 - 23** Bericht über Forschung und Entwicklung

 - 24** Berichterstattung über wesentliche Merkmale des internen Kontroll- und des Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess
-

KONZERNLAGEBERICHT

Bericht über den Geschäftsverlauf und die wirtschaftliche Lage

Geschäftsverlauf

Das Jahr 2016 war für die VOLKSBANK WIEN AG (VBW) ein Jahr der Erweiterung des Marktgebietes und der Privat- und Kommerzkunden durch die Fusion mit den Volksbanken Weinviertel, NÖ Süd und Südburgenland sowie nach der Umstrukturierung des Volksbanken-Verbundes das erste volle Jahr in dem die VB Wien – neben ihrem eigenen Retailgeschäft – die Funktion als Zentralorganisation (ZO) des Volksbanken-Verbundes wahrnimmt. Als ZO des österreichischen Volksbanken-Verbundes gemäß § 30a BWG nimmt die VBW weitreichende Steuerungs- und Lenkungsfunktionen wahr und ist unter anderem auch für das verbundweite Risiko- und Liquiditätsmanagement zuständig. Die Mitglieder des Volksbanken-Verbundes haften untereinander unbeschränkt. Die anteilige Übernahme der Kosten und Risiken der Zentralorganisation wurde vertraglich zwischen den Mitgliedern vereinbart.

Während die Volksbank Weinviertel e.Gen. im Juli 2016 in die VBW eingebracht wurde, erfolgten die Einbringungen der Bankbetriebe der Volksbank Niederösterreich Süd eG und der Volksbank Südburgenland eG im November 2016. Die VBW positioniert sich damit weiterhin als starke Regionalbank mit Fokus auf Retail und Kommerz im Osten Österreichs – von Laa an der Thaya bis nach Jennersdorf. Zur Intensivierung des Wertpapiergeschäfts wurde in 2016 die Kooperation mit der Union Investment Austria GmbH mittels neuer Vertriebsvereinbarung erweitert und zur Bündelung des Beratungsgeschäfts mit der Neuausrichtung der Filialen begonnen.

Neben den im Geschäftsjahr erfolgten Fusionen wurde der Fokus auf die Umsetzung kostenintensiver Projekte aufgrund regulatorischer Anforderungen sowie auf strategisch wichtige Themen gelegt. Hervorzuheben sind hier insbesondere die künftigen Anforderungen des IFRS 9, MiFID sowie die Digitalisierung im Vertrieb.

Am 29. Juni 2016 erhielt die VBW die unbefristete aufsichtsrechtliche Bewilligung des Volksbanken-Verbundes. Damit haben die Aufsichtsbehörden die massiven organisatorischen wie auch wirtschaftlichen Fortschritte, die seit der Spaltung in 2015 erreicht wurden, gewürdigt und anerkannt. Insbesondere der vereinbarungsgemäße Abschluss des neuen Verbundvertrags, die Stärkung des Eigenkapitals und die Verbesserung der Risikosituation im Verbund waren dafür wichtige Meilensteine.

Der durchgeführte aufsichtsrechtliche Überprüfungs- und Bewertungsprozess (Supervisory Review and Evaluation Process – SREP) erfolgte mit Stichtag 31. Dezember 2015. Mit Beschluss vom 25. November 2016 erfolgte die Festsetzung der Kapitalempfehlung zur Säule 2, welche auf Ebene des Verbundes einzuhalten ist und derzeit auch eingehalten wird.

Die Volksbanken haben am 1. Dezember 2016 mit dem Verkauf der start:bausparkasse und der IMMO-BANK einen weiteren wichtigen Meilenstein hin zu einem starken und effizienten Volksbanken-Verbund erreicht. Durch den aufgrund des Strategiewechsels erfolgten Verkauf der start:gruppe wurde nicht nur die Aufstellung des Verbundes effizienter, sondern darüber hinaus auch das Kernkapital der Volksbanken nachhaltig gestärkt. Dies ermöglicht die intensive Fortsetzung der Wachstumsoffensive in der KMU-Finanzierung sowie im beratungsorientierten Privatkundengeschäft. Die VBW konnte die über eine Zwischenholding gehaltenen Anteile an der IMMO-BANK im Rahmen der Transaktion ebenfalls veräußern.

Der Volksbanken-Verbund hat im Jahr 2016 ein besonderes Augenmerk auf das Management der Non-performing Loans (NPL) gelegt. Die NPL-Quote konnte im abgelaufenen Geschäftsjahr – bereits unter Berücksichtigung strengerer regulatorischer Vorgaben – auf ca. 4,5 % reduziert werden.

Im Jahr 2016 blieb das von Fitch Ratings vergebene Emittenten Rating des Volksbanken-Verbundes unverändert bei BB+ mit positivem Ausblick. Das von Fitch vergebene Rating für Covered Bonds der VB Wien veränderte sich von BBB auf BBB+ mit positivem Ausblick.

Ende 2016 wurde das Gesetz zur Neuregelung der Stabilitätsabgabe in Österreich beschlossen. Die VBW entschied sich, die einmalige Sonderzahlung in Höhe von EUR 16,6 Mio. im ersten Quartal 2017 zu zahlen und hierfür mittels einer Abgrenzung vorzusorgen, um die zukünftigen Ergebnisse durch die Abgabe nicht zu belasten. Trotzdem konnte das geplante niedrige zweistellige EUR Mio-Ergebnis erreicht werden.

Wirtschaftliches Umfeld

Österreichs Bruttoinlandsprodukt ist laut Schätzung des Wirtschaftsforschungsinstituts (WIFO) vom Dezember im Jahr 2016 um 1,5 % J/J gewachsen. Dies stellt eine spürbare Zunahme der Wachstumsdynamik gegenüber dem Jahr 2015 dar.

Die Wachstumslücke gegenüber der Eurozone, die im Jahr 2015 noch einen Prozentpunkt betragen hatte, sollte damit auf ein bis zwei Zehntel Prozentpunkte geschrumpft sein.

Hauptverantwortlich dafür waren einerseits deutliche Zuwächse beim privaten Konsum, der gegenüber dem Vorjahr voraussichtlich um 1,5 % gewachsen ist. Besonders stark entwickelten sich im vergangenen Jahr auch die Investitionen, die laut Schätzung 3,7 % zulegen und dadurch einen spürbaren Wachstumsbeitrag liefern konnten, was sich gegen Jahresende vermehrt auch in der Kreditnachfrage zeigte. Der Außenhandel hat sich weiter belebt. Die Importe konnten mit geschätzten 3,7 % deutlich stärker zulegen als die Exporte mit 2,8 %. Dennoch wurde auch 2016 ein Leistungsbilanzüberschuss erreicht.

Die österreichische Arbeitslosenquote ist trotz der Wachstumsbeschleunigung im vergangenen Jahr leicht gestiegen. Nach saisonbereinigter Eurostat-Berechnung schwankte sie in den ersten elf Monaten zwischen 5,8 % und 6,2 %. In der Eurozone insgesamt wies die Arbeitslosenquote – von wesentlich höheren Werten ausgehend – hingegen eine kontinuierliche, moderate Verbesserung auf und sank von 10,4 % zu Jahresbeginn auf 9,8 % im November.

Laut Harmonisiertem Verbraucherpreisindex schwankte die Inflationsrate in Österreich 2016 zwischen 0,6 % und 1,6 %. Österreich gehörte damit, wie schon in den Jahren davor, zu den Ländern mit den höchsten Inflationsraten der Eurozone. Im gemeinsamen Währungsraum war die Teuerungsrate in der ersten Jahreshälfte zum Teil noch negativ und hat erst gegen Jahresende (Dezember: 1,1 %) spürbar angezogen. Hauptgrund für den Preisanstieg war der Ölpreis, der sich 2016 um fast 50 % auf knapp 50 USD je Barrel erholt, nachdem er im Vorjahr um 35 % gefallen war.

Noch während der Phase fallender Inflationsraten hat die Europäische Zentralbank (EZB) ihren Hauptrefinanzierungssatz im März 2016 von 0,05 % auf 0,00 % gesenkt. Der Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität fiel von 0,30 % auf 0,25 %, während der Einlagensatz um 10 Basispunkte auf -0,40 % gesenkt wurde. Im März entschied die EZB auch, ihre monatlichen Wertpapierkäufe von 60 Mrd. EUR auf 80 Mrd. EUR zu erhöhen, und eine zweite Tranche ihrer gezielten Langfristrefinanzierungsgeschäfte (TLTRO2) aufzulegen. Drei der insgesamt vier angebotenen Geschäfte, die eine Laufzeit von vier Jahren haben, wurden bereits 2016 durchgeführt.

In der ersten Jahreshälfte nahmen die Renditen der Staatsanleihen in Österreich und Deutschland ab. Im dritten Quartal fiel die deutsche Rendite im Laufzeitbereich von zehn Jahren unter null %. Im letzten Quartal des Jahres wurde – den verbesserten europäischen Inflationsraten und der geldpolitischen Straffung in den USA entsprechend – ein Teil dieser Entwicklung wieder ausgeglichen. In Summe nahm die Rendite der zehnjährigen Bundesanleihe in Österreich 2016 von 0,85 % auf 0,43 % ab. In Deutschland fiel sie von 0,57 % auf 0,21 %. Der Dreimonats-Euribor fiel das gesamte Jahr hindurch kontinuierlich und sank von -0,13 % zu Jahresbeginn auf -0,31 % zu Jahresende.

Unter anderem aufgrund der gegenläufigen Geldpolitik – die US-Notenbank hob 2016 ihren Leitzins erneut um 25 Basispunkte an – wertete der Euro zum US-Dollar im Jahresverlauf um rund 4 % ab, während der Wechselkurs zum Schweizer Franken nur geringfügig schwächer wurde.

Die wirtschaftliche Entwicklung innerhalb Österreichs verzeichnete im ersten Halbjahr 2016 das auch im Vorjahr herrschende West-Ost-Gefälle, aus dem nur das Burgenland mit seiner um 1,8 % J/J zunehmenden Bruttowertschöpfung ausbrechen konnte. Wien (0,8 %) und Niederösterreich (1,0 %) blieben hinter dem österreichweiten Wachstum von 1,3 % zurück. Die größte Dynamik zeigten Salzburg (+2,3 %), gefolgt von Vorarlberg (2,4 %), Oberösterreich (1,5 %), der Steiermark (1,3 %) und Tirol (1,2 %), das schwächste Wachstum war in Kärnten (0,7 %) zu verzeichnen.

Die Wiener Wirtschaft erfuhr insgesamt zwar ein beschleunigtes Wachstum, litt aber unter der rückläufigen Sachgütererzeugung (-2,6 % im zweiten Quartal). Auch der Einzelhandel verzeichnete rückläufige Umsätze. Der Dienstleistungssektor – allen voran der Tourismus – entwickelte sich hingegen stark, und der Bausektor erholte sich. Die Beschäftigung nahm im Gleichschritt mit dem bundesweiten Trend zu. Die steigende Anzahl an Arbeitskräften führte aber dazu, dass Wien mit 13,6 % auch im dritten Quartal die mit Abstand höchste saisonbereinigte Arbeitslosenquote verzeichnete.

In Niederösterreich entwickelte sich die für das Bundesland sehr wichtige Sachgüterproduktion wie schon im Vorjahr schwach und erlebte die schlechteste Entwicklung unter allen Bundesländern. Die Bauproduktion wies hinter Tirol jedoch den zweitstärksten Zuwachs auf. Im ersten Halbjahr lag Niederösterreich auch bei der Zunahme der Nächtigungszahlen noch an zweiter Stelle, die Sommersaison verlief dann insgesamt aber vergleichsweise enttäuschend. Ebenso wie in Wien war der Dienstleistungssektor insgesamt stark und verzeichnete einen starken Beschäftigungszuwachs. Die Arbeitslosenquote nahm im zweiten und dritten Quartal 2016 dennoch überdurchschnittlich (auf 10,2 %) zu, was im Wesentlichen auf demografische Faktoren zurück zu führen war.

Im Burgenland trugen die Sachgütererzeugung und der Tourismus maßgeblich zur überdurchschnittlichen Entwicklung bei, während die Baukonjunktur abflachte. Der Arbeitsmarkt entwickelte sich besser als in der Ostregion insgesamt, flaute jedoch im zweiten und dritten Quartal merklich ab. Die Arbeitslosenquote blieb nahezu unverändert und lag im dritten Quartal bei 9,6 %.

Die Steiermark verzeichnete ein überdurchschnittliches Wachstum der Bauwirtschaft und in der Sommersaison 2016 das stärkste Übernachtungsplus aller Bundesländer. Auch der Einzelhandel verzeichnete ein reales Umsatzplus, während die Sachgütererzeugung leicht rückläufig war. Nachdem sich der Arbeitsmarkt im ersten Halbjahr im österreichischen Durchschnitt bewegte, nahm die Arbeitslosenquote im dritten Quartal überproportional auf 9,7 % zu.

Kärnten verzeichnete im zweiten Quartal einen starken Zuwachs seiner Sachgüterproduktion, insbesondere im Hoch- und Mitteltechnologiesektor. Während der Tourismus im zweiten Quartal schwach war, wurde in der Sommersaison insgesamt ein kräftiger Zugewinn der Übernachtungszahlen erreicht. Wegen der unterdurchschnittlichen Entwicklung des Arbeitskräfteangebots war die Arbeitslosigkeit ab dem zweiten Quartal rückläufig. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote war aber auch im dritten Quartal mit 11,3 % die zweithöchste innerhalb Österreichs.

Wie schon im Vorjahr war der Bausektor in Oberösterreich unterdurchschnittlich und verzeichnete im ersten Halbjahr 2016 sogar einen Produktionsrückgang. Der Einzelhandel wies hingegen das stärkste Umsatzplus innerhalb Österreichs auf. Auch der Dienstleistungssektor entwickelte sich überdurchschnittlich. Die Sachgütererzeugung und der Tourismus verzeichneten moderate Zuwächse. Die Arbeitslosenrate stieg im zweiten und dritten Quartal an, war mit 6,3 % aber im dritten Quartal noch immer die dritt niedrigste unter den neun Bundesländern.

Salzburg belegte im ersten Halbjahr 2016 sowohl beim Wachstum der Sachgütererzeugung (insb. Automobil- und Getränkeherstellung) als auch bei der Sommersaison im Fremdenverkehr Rang 2 unten den Bundesländern. Bau und Einzelhandel waren ebenfalls leicht überdurchschnittlich. Die Arbeitslosigkeit ging im dritten Quartal zurück. Die Arbeitslosenrate blieb mit 5,7 % weit unter dem Bundesschnitt. Seit mittlerweile drei Jahren verzeichnet Salzburg durchgehend die niedrigste Arbeitslosenrate aller österreichischen Bundesländer.

Die gute Entwicklung in der Sachgütererzeugung verhalf Tirol einmal mehr zu einem überdurchschnittlichen Anstieg bei der Bruttowertschöpfung. Tirol war auch das einzige Bundesland, in dem es in der Sachgütererzeugung im ersten Halbjahr einen Beschäftigungszuwachs gab. Den stärksten Wertschöpfungs- bzw. Produktionszuwachs verzeichneten die Branchen Maschinenbau, elektrische Ausrüstungen und Bau. Auch der Einzelhandel entwickelte sich überdurchschnittlich gut. Die Sommersaison brachte dem Tiroler Fremdenverkehr ein im Bundesdurchschnitt liegendes Übernachtungsplus. Die Arbeitslosenquote fiel bis zum dritten Quartal auf 6,5 %, wobei erfreulicherweise die Jugendarbeitslosigkeit einen besonders kräftigen Rückgang verzeichnete.

Während sich die Baukonjunktur abflachte, konnte die Wirtschaft in Vorarlberg im ersten Halbjahr einmal mehr von einer überdurchschnittlichen Entwicklung der Sachgütererzeugung profitieren. Auch der Einzelhandel wies ein reales Umsatzplus auf und die touristische Sommersaison brachte einen überdurchschnittlich hohen Zuwachs bei den Übernachtungen. Die Situation auf dem Arbeitsmarkt hellte sich auf. Im dritten Quartal verzeichnete Vorarlberg eine Arbeitslosenrate von 6,0 % und damit die zweit niedrigste hinter Salzburg.

Die Preise österreichischer Wohnimmobilien nahmen in den ersten drei Quartalen 2016 weiter zu. Ebenso wie im Vorjahr war die Preisdynamik in Wien, das bis 2014 von besonders starken Zuwächsen geprägt gewesen war, nur mehr unterdurchschnittlich. Im dritten Quartal lag der Wiener Wohnimmobilienpreisindex um 2,5 % über seinem Vorjahreswert, während jener für die anderen Bundesländer diesen um 9,5 % übertraf. Sehr hoch war in Wien aber der Preisanstieg bei neuen Eigentumswohnungen (+13,8 %), während sich die Wiener Baugrundstücke 2016 verbilligten. Außerhalb Wiens war die Entwicklung der verschiedenen Immobilienarten gleichmäßiger, wobei sich auch hier die neuen Eigentumswohnungen mit +13,9 % mit Abstand am meisten verteuerten.

Der Tourismus entwickelte sich 2016 sehr gut. In den ersten elf Monaten erreichten sowohl die Nächtigungen als auch die Ankünfte neue Höchststände. In der Wintersaison 2015/2016 nahmen die Nächtigungen um 4 % gegenüber 2014/2015 zu und erreichten damit sowohl bei den inländischen als auch bei den ausländischen Gästen einen Rekordwert. Der stärkste Anstieg war bei den Ferienwohnungen zu verzeichnen. Auch die Hotels verbuchten Zuwächse, während die Nächtigungen in Privatquartieren rückläufig waren. Die Zuwächse verteilten sich recht gleichmäßig über die Bundesländer. Die stärkste Entwicklung war im Burgenland zu verzeichnen (+8 %), die schwächste in Niederösterreich (+3,1 %). Die meisten Nächtigungen

entfielen auf Tirol (26,7 Mio.), gefolgt von Salzburg (15,1 Mio.), Wien (6,3 Mio.), der Steiermark (5,4 Mio.), Vorarlberg (5,1 Mio.), Kärnten (3,6 Mio.) und Oberösterreich (2,7 Mio.). Auch die Sommersaison verlief mit einem Plus von 5,1 % bei den Nächtigungen äußerst erfreulich. Hier verzeichneten ebenfalls alle Bundesländer positive Wachstumsraten. Auch in der Sommersaison zeigte das Burgenland die stärkste Dynamik (+9 %), das in absoluten Zahlen aber Schlusslicht blieb. Auch sonst war die Rangfolge gleich wie vorangegangenen Wintersaison.

Konzernergebnis für das Geschäftsjahr 2016

Aufgrund der im Geschäftsjahr 2015 und 2016 erfolgten Einbringungen sind die Zahlen des Berichtsjahres mit den Vorjahreszahlen nur bedingt vergleichbar.

Das VBW Konzernergebnis vor Steuern beträgt EUR 12 Mio. (2015: EUR 2 Mio.). Das Konzernergebnis nach Steuern und Minderheiten beträgt EUR 24 Mio. (2015: EUR 15 Mio.).

Der Zinsüberschuss beträgt für das Geschäftsjahr 2016 EUR 100 Mio. und liegt damit um EUR 30 Mio. über dem Ergebnis der Vergleichsperiode (2015: EUR 70 Mio.). Der Anstieg ist im Wesentlichen auf das Segment ZO zurückzuführen.

Die Risikovorsorge beträgt für das Geschäftsjahr 2016 EUR -14 Mio., während in der Vergleichsperiode ein positives Ergebnis von EUR 14 Mio. ausgewiesen wird. Die höheren Risikoaufwendungen sind im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass im laufenden Geschäftsjahr die Parameter für die Berechnung der Risikovorsorge evaluiert und angepasst wurden. Das führte zu einem Anstieg vor allem im Bereich der Einzelwertberichtigungen und in geringerem Ausmaß bei den Portfoliowertberichtigungen.

Der Provisionsüberschuss beträgt in der Berichtsperiode EUR 41 Mio. und stieg im Vergleich zur Vorperiode (2015: EUR 30 Mio.) um EUR 11 Mio. an. Der Anstieg ist im Wesentlichen den Bereichen Zahlungsverkehr und Wertpapiergeschäft zuzuordnen.

Das Handelsergebnis beträgt im Geschäftsjahr 2016 EUR 5 Mio. (2015: EUR 7 Mio.). Der Rückgang von EUR 2 Mio. ist im Wesentlichen auf Rückgänge bei den Bewertungsergebnissen von Derivaten im Handelsbuch zurückzuführen.

Der Verwaltungsaufwand mit EUR 174 Mio. (2015: EUR 122 Mio.) ist im Vergleich zum Vorjahr insbesondere aufgrund der Einbringungen der VB Weinviertel, der VB Südburgenland sowie der VB NÖ Süd angestiegen. Der Personalstand erhöhte sich gegenüber dem Ultimo 2015 von 1.130 Mitarbeiter um 112 Mitarbeiter und beträgt nun 1.242 Mitarbeiter.

Aufgrund der Auflösung der Restrukturierungsrückstellung im ZO Bereich ergibt sich im Geschäftsjahr 2016 trotz Dotierung für den Retail Bereich ein positives Ergebnis in Höhe von EUR 3 Mio. in der Position Restrukturierungsergebnis.

Das sonstige betriebliche Ergebnis beläuft sich für das Geschäftsjahr 2016 auf EUR 39 Mio. (2015: EUR 1 Mio.). Der Anstieg ist vor allem auf die Verrechnungen der ZO Funktion zurückzuführen, die in der Vergleichsperiode aufgrund der Mitte 2015 erfolgten Einbringung des ZO Teilbetriebes noch in geringerem Ausmaß enthalten waren. Durch eine vorzeitige Tilgung einer Emission konnte ein einmaliges positives Ergebnis von EUR 12 Mio. realisiert werden. Die Stabilitätsabgabe in Höhe von EUR -26 Mio. (2015: EUR -1 Mio.) wird ebenso in dieser Position ausgewiesen. Der Betrag inkludiert die einmalige Sonderzahlung von EUR -17 Mio. Aufgrund des im Segment Retail durchgeführten impairment tests wurde der Firmenwert in diesem Segment um EUR 6 Mio. abgeschrieben. In der Vergleichsperiode ist der aus der Einbringung des ZO Teilbetriebes und der VB OWD entstandene Gewinn aus Unternehmenserwerb mit EUR 9 Mio. erfasst. Weiters werden in der Vergleichsperiode in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen die anteiligen Verluste aus der Finanzgarantie mit der Deutsche Bank und der Veräußerung der immigon Anleihen in Höhe von EUR -17 Mio. ausgewiesen.

Das Ergebnis aus Finanzinvestitionen beträgt für den Berichtszeitraum EUR 2 Mio. und liegt damit um EUR 7 Mio. unter der Vergleichsperiode (2015: EUR 9 Mio.). Geringere Erträge aus Bewertungen von Derivaten (2016: EUR 1 Mio.; 2015: EUR 6 Mio.) sowie von investment property Vermögenswerten (2016: EUR 1 Mio.; 2015: EUR 5 Mio.) sind der Hauptgrund für das geringere Ergebnis. Weiters mussten im Berichtsjahr Abwertungen auf Beteiligungen in Höhe von EUR -3 Mio. vorgenommen werden. Geringerer Abwertungsbedarf bei den Wertpapieren und Erträgen aus Realisaten von Money Market Geschäften konnten den Rückgang jedoch teilweise ausgleichen.

Das Ergebnis der at equity bewerteten Unternehmen betrug in der Berichtsperiode EUR 10 Mio. (2015: EUR -7 Mio.). Durch die im November 2016 erfolgten Einbringungen der VB Südburgenland und der VB NÖ Süd erlangte die VBW maßgeblichen Einfluss auf die Verwaltungsgenossenschaft der start:gruppe e.Gen., nunmehr VB Verbund-Beteiligung eG. (VB Verb). Zu diesem Zeitpunkt wurde die Bilanzierung der Beteiligung von available for sale auf Bewertung at equity umgestellt. Aus der

erstmaligen Bewertung wurde ein Ergebnis von EUR 6 Mio. ergebniswirksam vereinnahmt. Aus dem Verkauf der IMMO-BANK AG wurde ein Ergebnis von EUR 1 Mio. erfasst. Die Übernahme der anteiligen Ergebnisse aller at equity bewerteten Gesellschaften beträgt für 2016 EUR 3 Mio. (2015: EUR -2 Mio.) In der Vergleichsperiode wurden die Beteiligungen mit EUR -5 Mio. abgewertet.

Aufgrund der Steuerplanung der nächsten vier Jahre konnten im Geschäftsjahr 2016 wie im Vorjahr wieder aktive latente Steuern auf einen Teil der steuerlichen Verlustvorträge angesetzt werden. Auf steuerliche Verlustvorträge in Höhe von EUR 304 Mio. werden weiterhin keine aktiven latenten Steuern angesetzt. Auf die übrigen Bewertungsunterschiede vor allem im Bereich Derivate- und Wertpapierbewertung werden latente Steuern erfasst.

Für Details zu den Anpassungen der Vorjahreszahlen gemäß IAS 8 verweisen wir auf die Ausführungen in den Notes Kapitel 1 Anpassung Vergleichszahlen.

Vermögenslage und Eigenmittel

Aufgrund der im Geschäftsjahr 2016 erfolgten Einbringungen sind die Zahlen des Berichtsjahres mit den Vorjahreszahlen nur bedingt vergleichbar. Die Anstiege bei den einzelnen Bilanzpositionen resultieren im Wesentlichen aus den Einbringungen der Bankbetriebe der VB Weinviertel, VB NÖ Süd und VB Südburgenland.

Die Bilanzsumme beträgt zum 31. Dezember 2016 EUR 10 Mrd. und ist im Vergleich zum Ultimo 2015 (EUR 10 Mrd.) stabil geblieben.

Die Forderungen an Kreditinstitute in Höhe von EUR 2,2 Mrd. haben sich im Vergleich zum Ultimo der Vorperiode (EUR 2,8 Mrd.) um EUR 0,6 Mrd. verringert. Dies ist insbesondere auf den Verkauf der start:Gruppe zurückzuführen.

Die Forderungen an Kunden betragen zum 31. Dezember 2016 EUR 4,4 Mrd. und erhöhten sich im Vergleich zum Ultimo Vorjahr (EUR 3,7 Mrd.) im Wesentlichen durch die Einbringungen der Bankbetriebe um EUR 0,6 Mrd.

Die Finanzinvestitionen erhöhten sich um EUR 0,1 Mrd. auf EUR 1,9 Mrd. im Vergleich zum Ultimo 2015 (EUR 1,7 Mrd.).

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind im Vergleich zum Ultimo 2015 (EUR 4,1 Mrd.) um EUR 0,7 Mrd. auf EUR 3,3 Mrd. gesunken was ebenfalls auf den Verkauf der start:Gruppe zurückzuführen ist.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden in Höhe von EUR 4,7 Mrd. sind im Vergleich zum Ultimo 2015 (EUR 4,0 Mrd.) im Wesentlichen aufgrund der Einbringungen um EUR 0,7 Mrd. angestiegen.

Die verbrieften Verbindlichkeiten betragen zum 31. Dezember 2016 EUR 0,7 Mrd. und sind im Vergleich zum 31. Dezember 2015 (EUR 0,8 Mrd.) durch eine vorzeitige Tilgung um EUR 0,1 Mrd. gesunken.

Aufgrund der im Geschäftsjahr 2016 durch die Einbringungen durchgeführten Kapitalerhöhungen erhöhte sich das Eigenkapital im Vergleich zum Vorjahresultimo um EUR 0,1 Mrd. und beträgt zum 31. Dezember 2016 EUR 0,5 Mrd.

Bericht über Zweigniederlassungen

Die VBW Konzern verfügt über keine Zweigniederlassungen.

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Finanzielle Leistungsindikatoren

Die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel der VBW KI-Gruppe betragen zum 31. Dezember 2016 EUR 0,5 Mrd. (2015: EUR 0,4 Mrd.) Der Gesamtrisikobetrag belief sich zum 31. Dezember 2016 auf EUR 3,2 Mrd. (2015: EUR 2,9 Mrd.) Die Tier I Ratio bezogen auf das Gesamtrisiko beträgt 13,9 % (2015: 12,6 %), die Eigenmittelquote bezogen auf das Gesamtrisiko liegt bei 14,1 % (2015: 13,0 %). Die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel, Gesamtrisikobetrag und daraus errechneter Kennzahlen wurden gemäß CRR (EU-Verordnung Nr. 575/2013) ermittelt. Zu näheren Ausführungen verweisen wir auf die Notes (insbesondere Kapitel 35).

Kennzahlen	2016	2015	2014
Return on Equity vor Steuern	2,7 %	0,9 %	20,6 %
Return on Equity nach Steuern	5,9 %	5,5 %	15,9 %
Cost-Income-Ratio	82,7 %	110,9 %	74,8 %

Der ROE vor Steuern berechnet sich als Quotient von Ergebnis vor Steuern und dem Mittelwert des Eigenkapitals zum Bilanzstichtag und dem Bilanzstichtags des Vorjahres.

Der ROE nach Steuern berechnet sich als Quotient von Ergebnis nach Steuern und dem Mittelwert des Eigenkapitals zum Bilanzstichtag und dem Bilanzstichtags des Vorjahres.

Die operative Cost-Income-Ratio errechnet sich aus Betriebsertrag im Verhältnis zum Betriebsaufwand. Der Betriebsertrag besteht aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, Handelsergebnis sowie wenn positiv sonstiges betriebliches Ergebnis und Ergebnis einer Veräußerungsgruppe. Der Betriebsaufwand enthält den Verwaltungsaufwand sowie wenn negativ sonstiges betriebliches Ergebnis und Ergebnis einer Veräußerungsgruppe. Das sonstige betriebliche Ergebnis und das Ergebnis einer Veräußerungsgruppe werden um sonstige Steuern, Entkonsolidierungsergebnis und Bewertung IFRS 5 bereinigt.

Die dargestellten Kennzahlen werden als branchenüblich angesehen und tragen wesentlich zur Bonitätsbeurteilung von Banken bei. Weiters wurde die Cost-Income-Ratio in der VBW als ein Frühwarnsanierungsindikator für das Sanierungs- und Abwicklungsgesetz (BaSAG) definiert.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Human Resources

Der Bereich Human Resources war im Jahr 2016 sehr intensiv mit der Umsetzung der Fusionen beschäftigt. Dabei waren, neben den technischen und rechtlichen Vorbereitungsarbeiten, vor allem die Integration der neuen Mitarbeiter sowie die Übernahme der Personalverrechnungssagenden ein Schwerpunkt. Darüber hinaus konnten mit dem Betriebsrat wichtige Meilensteine zur Vereinheitlichung der unterschiedlichen Dienstrechte ausverhandelt werden. Im Bereich der Personal- und Organisationsentwicklung wurden mehrere Maßnahmen (z.B. Neuentwicklung des MA-Gesprächs, MA-Befragung etc.) erfolgreich umgesetzt. In Zusammenarbeit mit der Volksbank Akademie sowie den Verbundbanken wurde die Kundenberaterausbildung komplett neu gestaltet und den veränderten Rahmenbedingungen angepasst. Die Zusammenarbeit der Verbundbanken in Fragen des Personalmanagements wurde ebenfalls intensiviert.

Mit Stichtag 31.12.2016 beschäftigte die VB Wien 1.242 Mitarbeiter/innen (Vollzeitäquivalente, inkl. Tochtergesellschaften).

Wesentliche Organisations- und IT-Projekte

Im Juli 2016 wurde die Fusion mit der Retailbank Volksbank Weinviertel e.Gen. und im November 2016 die Doppelfusion mit den Retailbanken Volksbank Niederösterreich Süd eG und Volksbank Südburgenland eG erfolgreich durchgeführt. Die Durchlaufzeit des Projekts erstreckte sich über 11 Monate. Die vom Vertriebssupport und der Organisation / IT gemanagten Fusionen umfassten die Zusammenführung der technischen Mandanten im Verbundrechenzentrum Allgemeines Rechenzentrum GmbH (ARZ) und die Vereinheitlichung von Geschäftsprozessen. Die Fusionen wurden erfolgreich durchgeführt und alle Systeme wie z.B. Internet Banking, Selbstbedienungsgeräte, Kassen in den Filialen konnten plangemäß und problemlos in Betrieb genommen werden.

Im Projekt MSC (Markt Service Center) wurden verbundweit einheitliche Prozesse für die Abwicklung von Kunden-, Konto- und Depotprozessen erarbeitet. Diese Prozesse wurden technisch in der ARZ-Applikation arctis MSC umgesetzt und Datenqualitätsprüfungen erarbeitet und implementiert. Für eine künftig zentrale technische Servicierung sowie eine einheitliche Weiterentwicklung wurde ein Servicemandant entwickelt. Dieser Servicemandant ermöglicht die zentrale Parametrisierung für den gesamten Volksbanken-Verbund. Die VBW hat den Pilotbetrieb auf Basis der Einstellungen des Servicemandanten gestartet und zusätzlich VBW-spezifische MSC-Unterstützungsprozesse (z.B. zur Liegenschaftsbewertung) eingerichtet. Der bankweite Rollout ist bis Mai 2017 geplant.

Die Umsetzung des Filialkonzeptes wurde im Jahr 2016 durch insgesamt 11 Filial-Zusammenlegungen sowie einer dualen Betreuung (ein Team betreut zwei Standorte) gestartet. Durch die Zusammenlegung benachbarter Filialen zu größeren Einheiten, kommt es zu einer Kompetenzsteigerung in der Filiale sowie zu einer Senkung von Personal- und Sachkosten. In den aufnehmenden Filialen werden Investitionen in das Erscheinungsbild und die Ausstattung der Filialen getätigt.

Unter dem Titel „digitales Volksbank Banking“ wurde 2016 der Rollout aus dem 2015 gestarteten Umsetzungsprojekt „Electronic Banking Plattform – mobile Generation“ am Markt gestartet. Das umfangreiche Angebot im digitalen Banking am Desktop (mit Personalisierung, Personal Financial Management, globaler Suche uvm.) wurde mit drei innovativen Volksbank Apps ergänzt (Banking-App mit allen Funktionen wie am Desktop, Quick-App für eine rasche Kontostandsabfrage und TAN-App als neues sicheres Zeichnungsverfahren). Durch den Einsatz agiler Methoden in der Software Entwicklung wie auch im

Projektvorgehen konnten innovative Features wie die Anmeldung mit Fingerprint oder die smarte Überweisung mittels Drag&Drop umgesetzt werden. Der weitere Ausbau des digitalen Bankings als Informations-, Kommunikations- und Vertriebskanal zwischen Kunde und Bank ist für 2017 geplant.

Um verbundweit die im Zuge des Mustermandanten begonnene Vereinheitlichung auch auf Vertriebsstufe strategisch voranzutreiben wurde 2016 das Projekt „50 Produkte“ aufgesetzt. Über den Vorstand der Volksbank Vertriebs- und Marketing eG wurde im Abstimmungsprozess mit den regionalen Volksbanken beschlossen welche Geschäftsfelder für den Verbund weiter angeboten werden. Auch die Harmonisierung der Produktabwicklung wurde im Zuge von „make or buy“-Entscheidungen thematisiert. Nach diesen strategischen Entscheidungen wurden dann auch konkret bereits einige Produktausprägungen verbundweit eingeschränkt: Vorgabe einheitlicher Zinsbindungen im Aktivbereich, Einschränkung Drittfonds, Abschaffung von Fremdwährungssparbüchern, Umstellung auf einheitliche Depotkonten usw. In der technischen Überwachung bzw. Vorgabe durch den Mustermandant schließt sich hier der Kreis im Streben nach kontinuierlicher Vereinheitlichung. Und auch für das kommende Jahr ist bereits eine weitere Standardisierung im Produktkatalog geplant.

Um die Produktivität im Vertrieb zu erhöhen und die Zielerreichung transparent zu machen, wurde ein konsistentes Kennzahlensystem eingeführt und eine Software ausgewählt um die entsprechenden Zielgruppen zeitnah mit Informationen über z.B. Termin- und Abschlussquoten, Neuproduktion im Kreditgeschäft oder Dienstleistungserträge informieren zu können. Dies ermöglicht zukünftig eine Vertriebssteuerung nach wesentlichen Geschäftsbereichen (Filialvertrieb, Kommerz etc.) und definierten Produktivitätskennzahlen.

Zentrale Zielsetzung des im Juni 2016 gestarteten Kostenprojekts war die Sicherstellung der Umsetzung der in der strategischen Planung 2015 enthaltenen Einsparungen und die Identifikation neuer struktureller Maßnahmen über die strategische Planung 2015 hinaus. Im Rahmen des Projektes erfolgte auf Basis einer Detailanalyse ein Benchmarking der Sachkosten und Personalkapazitäten für die Segmente Retail und Zentralorganisation. Das Benchmarking erfolgte unter Verwendung von externen Vergleichswerten zu Prozessdurchlaufzeiten und Produktivitätskennzahlen. Referenzmodelle dienten zur Validierung sowie zur Ausarbeitung zusätzlicher struktureller Maßnahmen. In beiden Segmenten konnten deutliche Einsparpotentiale identifiziert werden, um aus dem niedrigeren Zinsniveau resultierende Planunterschreitungen aufwandsseitig zu einem großen Teil kompensieren zu können. Die im Rahmen des Kostenprojekts ausgearbeiteten und entschiedenen Einsparmaßnahmen wurden in die strategische Planung 2016 eingearbeitet.

In einem Projekt zur Optimierung der Kreditabwicklung der VBW erfolgte die systematische Erhebung und Analyse der Kredit-Abwicklungsprozesse sowie eine Ableitung von Optimierungspotenzialen. Die Prozesse wurden mit den Prozessen der VB Niederösterreich verglichen und die Erkenntnisse an das Verbundprojekt zur Definition und Optimierung des Kreditprozesses im Verbund übergeben.

Ziel des Projektes Früherkennungssystem (Early Warning System - EWS) & NPL-Management ist die konsequentere und optimierte Behandlung von in wirtschaftliche Probleme geratenen Kunden. Hierfür wurden einheitliche Prozesse insbesondere zur Früherkennung, dem Mahnwesen sowie dem Umgang mit Problem Loans entwickelt, im Volksbanken-Verbund abgestimmt und ausgerollt.

Die VBW ist laufend bestrebt, die Kosteneffizienz zu steigern. In der Projektportfolioplanung wurde deshalb besonders die Hebung von Synergien in der ARZ-Buchungsgemeinschaft bei systemtechnischen Umsetzungen berücksichtigt.

Volksbank – Verbund – seitig wurde zur Umsetzung von IFRS 9 Anfang 2016 ein mehrjähriges Programm gegründet, welches dazu dient, die Anforderungen aus IFRS 9, welche per 1.1.2018 in Kraft gesetzt werden, zu erfüllen. Dieses Programm orientiert sich an den inhaltlichen Schwerpunkten des IFRS 9 wie beispielsweise den Änderungen, die sich aus der Klassifizierung und Bewertung, aus der Neuregelung zu den Impairments als auch beispielsweise dem Hedge Accounting ergeben. Im ersten Schritt erfolgte die Analyse der IFRS 9 – Anforderungen, die in weiterer Folge in der Konzeption der für die Bank wesentlichen fachlichen Anforderungen resultierten. Darauf basierend erfolgte die Bewertung system – technischer und prozessualer Anpassungsbedarfe und der Start der erforderlichen Umsetzungsschritte. Zusätzlich werden im Rahmen des Projektes laufende Analysen zu den voraussichtlichen IFRS 9 – Auswirkungen vorgenommen. Bis Mitte 2017 ist die systemtechnische und prozessuale Fertigstellung geplant, um somit in einem IFRS 9 Parallelbetrieb zu gehen, in welchem noch etwaige systemtechnische und prozessuale Optimierungsmaßnahmen bis zur Inkraftsetzung von IFRS 9 vorgenommen werden.

Die österreichische gemeinsame Meldeplattform sieht vor, dass österreichweit auf Basis eines gemeinsamen Datenmodells melderelevante Informationen über eine gemeinsam genutzte Software (Abacus) über die Austrian Reporting Services GmbH

(AuRep) an die OeNB zu übermitteln. Bisher wurden beleghaften Meldungen MonStat, Vera A1c, Finrep Solo abgelöst bzw bereits nur noch auf dem gemeinsamen Datenmodell über die GMP erstmalig erstellt. Diese Ablöse erfolgt durch die systemtechnische Schaffung von sogenannten Basic- und Smart-Cubes, in welchem die melderelevanten Daten nach definierten Spezifikationen an die AuRep geliefert werden. Zusätzlich wurden die sogenannten FMS-Cubes produktiv gesetzt. Für 2017 ist vorgesehen, neue Meldeanforderungen betreffend Ana Credit, Vera A1a, BAM, Vera A1d, Vera A3g, P6, SHS umzusetzen.

Der von der EBA überarbeiteten Vorgabe zur Säule 3 betreffend die Offenlegung wurde in Form eines eigenständigen Projektes Rechnung getragen. Zielsetzung des Projektes ist es, die quantitativen und qualitativen Anforderungen an die Offenlegungsverpflichtungen des Volksbanken-Verbundes zu erfüllen. Dies resultiert darin, dass neue Prozesse, Datenhaushalterweiterungen und entsprechende systemtechnische Logiken zur Befüllung der Offenlegungstemplates geschaffen werden. Gestartet wurde das Projekt 2016, der Abschluss ist im Jahr 2017 vorgesehen.

Unabhängig von oben angeführten Projekten wurden 2016 im Volksbanken-Verbund weitere Umsetzungsprojekte zur Erfüllung regulatorischen Anforderungen umgesetzt, die unter anderem bspw. die Anforderungen gem. dem Bankenpaket, MiFiD II, SA-CCR, Payment Account Directive, FATCA etc. erfüllen.

Wie in vielen Banken ist auch im Volksbanken-Verbund die IT-Architektur über die Jahre gewachsen, um den laufenden Steuerungs-, Risiko- und regulatorischen Anforderungen zu entsprechen. Dabei entstanden zum Teil mehrere Datenhaushalte und punktuell Optimierungsbedarfe in der Business Logik zur Herstellung von bspw. Reportingergebnissen. Um die IT-Architektur im Hinblick auf die ständig steigenden Anforderungen an Datenmenge und -granularität, Verarbeitungsgeschwindigkeit, Automatisierungsgrad und an die Datenintegrität zukunftssicher und nachhaltig auszurichten, wurde bereits 2014 begonnen, die IT-Architektur im Volksbanken-Verbund entsprechend auszurichten. Hierbei bediente man sich bereits erster Bankweiter Vorgaben wie bspw. BCBS239 und entwickelte ein IT-Zielbild, welches im Kern ein zentrales Data Warehouse (single point of truth = SPOT) schafft, der sämtliche Einzel- und Kundengeschäftsdaten enthält und für alle Reporting-Adressaten als Quelle dient. In weiterer Folge wurden Projekte gestartet, die die unterschiedlichen Dimensionen an ein nachhaltiges Datenmanagement bzw. Data Governance umsetzen. Um die Abhängigkeiten der Projekte untereinander sowie die gemeinsame IT-strategische Ausrichtung sicherzustellen, werden diese Projekte durch ein gemeinsames Programm „Data Architecture“ koordiniert. Im Folgenden werden einige der unter diesem Programm zugeordneten Projekte beschrieben.

Im Projekt Lingua / Data Governance wird ein einheitliches fachliches Datenmodell im Volksbanken-Verbund erarbeitet. Ziel ist es, eine gemeinsame Semantik und Definition von Daten herzustellen, um auf Basis dessen über verschiedenste Anwendergruppen hinweg ein gemeinsames Verständnis über Dateninhalte und -definitionen herzustellen und in weiterer Folge etwaige Redundanzen im Datenhaushalt zu identifizieren. Zusätzlich wird in diesem Projekt auch die Data Governance weiterentwickelt. Die einzelnen im Zusammenhang mit Datenmanagement notwendigen Rollen wie Data Owner, Data Steward etc. werden kritisch gewürdigt, etwaige Verantwortlichkeiten überarbeitet und Datenmanagementprozesse optimiert. Diese Maßnahmen dienen unter anderem zur weiteren Steigerung der Datenqualität.

Das mehrjährige Projekt AMITZ+ ist darauf ausgerichtet, Prozesse im Accounting und Meldewesen zu automatisieren und die Datenintegrität der in diesen Prozessen verwendeten Datenhaushalte sicherzustellen. Gestartet wurde damit, Sollprozesse im Accounting und Meldewesen zu definieren, die eine wesentliche Beschleunigung der Verarbeitungsabläufe umfassen. Dies wird dadurch erreicht, dass bis dato punktuell manuelle Eingriffe weitestgehend systemtechnisch automatisiert werden sollen. Durch das Zusammenspiel verschiedenster Applikationen über automatisierte Schnittstellen sowie die Sicherstellung, dass sämtliche Daten weitgehend ohne manuelle Eingriffe im SPOT enthalten sind, resultiert in der Steigerung der Datenintegrität, der Datenqualität als auch in einer Beschleunigung der Durchlaufzeiten und so auch in Ressourceneinsparungen. Unterstützt werden diese Verarbeitungsprozesse durch Verbesserungsmaßnahmen in der Ablaufsteuerung dieser Prozesse.

Der Volksbanken-Verbund wird 2017 für die Anlagebuchhaltung, die Kreditorenbuchhaltung sowie für den General Ledger SAP FI in einer einheitlichen Konfiguration nutzen. Die Umstellung auf SAP FI erforderte die Definition eines neuen Sachkontenplanes. Die Umstellung von SAP FI unterstützt die im AMITZ+ (siehe oben) angestrebten Ziele.

Ereignisse von besonderer Bedeutung nach dem Abschlussstichtag

Am 17. Februar 2017 wurde in der Vorstandssitzung der SPARDA-BANK AUSTRIA eGen und der Aufsichtsratssitzung der VBW beschlossen, dass die beiden Institute ab sofort mit vorbereitenden Gesprächen und Evaluierungen für eine Fusion beginnen. Die SPARDA hatte schon in der Generalversammlung vom 27. Jänner 2017, nach den gescheiterten Verhandlungen

mit der Sparda-Bank Hessen eG, entschieden im Volksbanken-Verbund zu verbleiben. Die Marke SPARDA soll nach erfolgter Fusion am Markt bestehen bleiben.

Weiters wurden Vereinbarungen zwischen der VBW und der Volksbank Niederösterreich AG getroffen, um Gespräche aufzunehmen, ob und in welcher Form die Zusammenarbeit zwischen den beiden Instituten intensiviert werden können. Aufgrund der räumlichen Nähe und dem eng verbundenen Geschäftsgebiet werden Zusammenarbeitsmodelle und einhergehende Synergien evaluiert.

Die VBW hat im dritten Quartal 2016 einen Ratingvertrag mit der Rating Agentur Moody's abgeschlossen. Nach Abschluss der Ratingeinstufung durch Moody's wurde am 16. Februar 2017 das Rating für lang- und kurzfristige Einlagen der VBW mit Baa2 festgelegt. Darüber hinaus wurde auch ein Ratingvertrag für fundierte Bankschuldverschreibungen (Covered Bonds) mit Moody's abgeschlossen. Das Rating für Covered Bonds der VBW wurde am 3. März 2017 durch Moody's mit der höchsten Bonitätsnote von Aaa festgelegt. Am 3. März 2017 publizierte die Rating Agentur FitchRatings eine Aktualisierung des langfristigen Emittentenratings für den Volksbanken-Verbund und stufte dieses um 1 Ratingstufen auf BBB- hinauf. Ebenfalls am 3. März 2017 wurde von FitchRatings das Rating für Covered Bonds der VBW um 1 Stufe auf A- hinaufgesetzt. Damit befinden sich sowohl das Moody's Rating für die VBW als auch das FitchRatings Rating für den Volksbanken-Verbund im Investment Grade Bereich. Dies ermöglicht dem Volksbanken-Verbund wieder Emissionen im Kapitalmarkt zu platzieren.

Die VBW hat gemäß dem Spaltungs- und Übernahmevertrag vom 1. Juni 2015 den Zentralorganisation- und Zentralinstitut-Funktion Teilbetrieb von der ÖVAG (nunmehr immigon portfolioabbau ag, „immigon“) übernommen. Im Nachgang zu dieser Spaltung wurden gegen immigon Schadenersatzklagen erhoben. Die VBW ist in diesem Verfahren auf Basis des § 15 Abs 1 SpaltG mitbeklagt; die Haftung der VBW ist betraglich mit dem von ihr durch die Spaltung übernommenen Nettoaktivvermögen (im Sinne des § 15 Abs 1 SpaltG) in Höhe von EUR 7 Mio. begrenzt. Die Summe der Streitwerte aus Klagen gemäß § 15 Abs 1 SpaltG beträgt aktuell EUR 6.883.587,80. Die Verpflichtungen, die den Schadenersatzklagen jeweils zugrunde liegen, sind im Spaltungsvertrag immigon zugeordnet. VBW hat gegenüber immigon insbesondere im Spaltungsvertrag vereinbarte Schad- und Klageloshaltungsansprüche, wenn VBW selbst in Anspruch genommen werden sollte. Auf Basis des zum 30. September 2015 veröffentlichten Quartalsergebnisses der immigon geht die VBW davon aus, dass die immigon in der Lage ist, ihre Verbindlichkeiten bedienen zu können. Käme es dennoch zu einer wirtschaftlichen Belastung der VBW, so würde sie diese nicht alleine tragen, sondern gemäß im Volksbanken-Verbund getroffener Vereinbarungen anteilig mit anderen Mitgliedern des Volksbanken-Verbundes.

Darüber hinaus ist die Emittentin an diversen Gerichtsverfahren sowohl auf Kläger- als auch auf der Beklagtenseite beteiligt. Diese Verfahren sind auf das laufende Bankgeschäft zurückzuführen. Das Ausmaß ist nicht ungewöhnlich. Der Ausgang dieser Verfahren wird sich voraussichtlich nicht erheblich auf die Finanzlage und Rentabilität der Bank auswirken.

Darüber hinaus bestehen keine staatlichen Interventionen, Gerichts- oder Schiedsgerichtsverfahren (einschließlich derjenigen Verfahren, die nach Kenntnis der Emittentin noch anhängig sind oder eingeleitet werden könnten), die innerhalb der letzten zwölf Monate bestanden oder abgeschlossen wurden, und die sich erheblich auf die Finanzlage oder die Rentabilität der Emittentin auswirken bzw. in jüngster Zeit ausgewirkt haben.

Bericht über die voraussichtliche Entwicklung und die Risiken des Unternehmens

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Wirtschaftliches Umfeld

Laut der im Dezember 2016 veröffentlichten Konjunkturprognose des WIFO sollte die österreichische Wirtschaft im Jahr 2017 um 1,5 % wachsen. Das Wachstum Österreichs sollte damit im Wesentlichen jenem der Eurozone entsprechen, für die das WIFO von 1,6 % ausgeht, während die EZB 1,7 % prognostiziert.

Die gute Konjunktur im europäischen Ausland und den USA sowie die Abwertung des Euro zum US-Dollar bedeuten recht gute Aussichten für den Außenhandel. Zudem besteht eine längerfristige Investitionslücke, die allmählich geschlossen werden könnte. Laut WIFO-Investitionstest vom Herbst 2016 planen sowohl Sachgütererzeuger als auch Hochbauunternehmen 2017 eine deutliche Steigerung ihrer Investitionen. Der Start in die touristische Wintersaison verlief mit einem neuen

Novemberrekord 2016 zunächst erfreulich. Die Schneelage über Weihnachten und Silvester überschattete den weiteren Saisonverlauf, verbesserte sich nach dem Ferienende aber wieder. Das starke Bevölkerungswachstum in den Ballungszentren dürfte die Immobilienmärkte weiter unterstützen.

Die Teuerung dürfte auch 2017 in Österreich höher sein als in der Eurozone insgesamt. Die Projektion der Europäischen Zentralbank für die durchschnittliche Inflationsrate in 2017 beträgt im Mittel 1,3 %. Damit sollte die Teuerungsrate im Jahr 2017 noch nicht ganz an das Inflationsziel der Europäischen Zentralbank von knapp unter 2 % heranreichen.

Der noch moderate Inflationsausblick und die entsprechend lockere Geldpolitik der Europäischen Zentralbank sprechen für ein weiterhin niedriges Zinsniveau, obwohl von der sich bereits im Gange befindlichen geldpolitischen Straffung in den USA ein leichter Aufwärtstrend ausgehen kann. Auch die verbesserten Inflations- und Wachstumsaussichten wirken in diese Richtung. Laut Beschluss des geldpolitischen Rates der EZB vom Dezember 2016 wird die EZB auch in diesem Jahr Wertpapiere zur Stützung der Inflation kaufen. Das Volumen wird ab April von EUR 80 Mrd. auf EUR 60 Mrd. sinken. Ab April werden voraussichtlich auch keine gezielten Langfristrefinanzierungen mehr angeboten. Dennoch begrenzen die Wertpapierkäufe der EZB das Aufwärtspotenzial der Kapitalmarktzinsen.

Die Risiken für diesen Ausblick sind vielfältig. Dazu zählen etwa die möglichen Beschränkungen des Außenhandels durch die USA oder potenzielle Spannungen in der Europäischen Union im Zusammenhang mit den ab dem zweiten Quartal zu erwartenden Austrittsverhandlungen mit Großbritannien und/oder möglichen Regierungswechseln in einigen Mitgliedsländern. Ein rascher Zinsanstieg wäre für Sparer zwar erfreulich, aber ebenfalls als Risiko für Konjunktur und Immobilienmarkt einzustufen. Auch die noch immer unterdurchschnittliche Wirtschaftsentwicklung einiger großer Schwellenländer wie China, Brasilien und Russland, die zu erhöhter Finanzmarktvolatilität und negativen Auswirkungen auf die internationale Nachfrage führen könnten, gehören zu den Risikofaktoren.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Nach der erfolgten Restrukturierung des Volksbanken-Verbundes soll weiterhin die Konzentration auf das Kundengeschäft gelegt werden, insbesondere unterstützt durch die Verstärkung des Engagements in der Digitalisierung des Vertriebs.

Die VBW plant, trotz anhaltend hoher Investitionen in die Systeme, die Verbesserung der Datenqualität sowie der weiterhin hohen regulatorischen Kosten ein niedriges zweistelliges EUR Mio-Jahresergebnis zu erreichen. Die CET 1 Quote soll trotz geplantem Wachstum weiterhin im Konzern über 12 % liegen.

Das für das Jahr 2017 erwartete anhaltend niedrige Zinsumfeld erfordert eine Straffung der Kostenstruktur sowie eine Erhöhung der Produktivität. Dazu werden unter Anderem weitere Zusammenarbeits-Modelle im Volksbanken-Verbund evaluiert. Auch weitere Fusionen sind derzeit nicht auszuschließen.

Wesentliche Risiken und Ungewissheiten

Hinsichtlich der gesetzlich geforderten Angaben zur Verwendung von Finanzinstrumenten, der Risikomanagementziele und -methoden sowie der bestehenden Preisänderungs-, Ausfalls-, Liquiditäts- und cash flow Risiken verweisen wir auf die Ausführungen in den Notes (insbesondere Risikobericht in Kapitel 49).

Bericht über Forschung und Entwicklung

Der VBW Konzern betreibt keine Forschung und Entwicklung.

Berichterstattung über wesentliche Merkmale des internen Kontroll- und des Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

Kontrollumfeld

Die Einhaltung aller relevanten gesetzlichen Vorschriften ist oberstes Ziel des VBW Konzerns im Rahmen der Finanzberichterstattung. Der Vorstand trägt die Verantwortung für die Einrichtung und Ausgestaltung eines entsprechenden internen Kontroll- und Risikomanagementsystems in Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess und gibt in der Konzernrichtlinie IKS einen konzernweiten Rahmen für die Implementierung vor. Die Verantwortung für die Umsetzung liegt im VBW Konzern bei der Gruppe OPRISK und Risikogovernance in der VBW.

Bei sämtlichen in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen liegt die Verantwortung beim jeweiligen Vorstand bzw. der Geschäftsführung ein entsprechendes IKS für das jeweilige Unternehmen einzuführen und auszugestalten sowie die Einhaltung der konzernweiten Richtlinien und Vorschriften zu gewährleisten. Um zu gewährleisten, dass die von den Konzerntöchtern zugelieferten Daten richtig übernommen werden, erfolgt zuerst eine Plausibilisierung aller angelieferten Daten. Danach werden die Daten in der Konsolidierungssoftware Tagetik weiterverarbeitet. Bei den Kontrollen wird auf das 4-Augen Prinzip sowie einer weiteren Durchsicht durch die Abteilungsleitung abgestellt.

Kontrollmaßnahmen werden im laufenden Geschäftsprozess angewandt, um sicherzustellen, dass potenziellen Fehlern vorgebeugt wird bzw. Abweichungen in der Finanzberichterstattung entdeckt und korrigiert werden. Die Kontrollmaßnahmen reichen von der Durchsicht der verschiedenen Periodenergebnisse durch das Management hin zur spezifischen Überleitung von Konten und Positionen und der Analyse der fortlaufenden Prozesse im Konzernrechnungswesen. Dabei werden zwei Arten von Kontrollen unterschieden:

- Operative Kontrollen beinhalten manuelle Kontrollen durch bestimmte Arbeitsschritte von Mitarbeitern, automatische Kontrollen durch den Einsatz von EDV-Systemen, sowie präventive Kontrollen, die zum Ziel haben, durch Funktionstrennungen, Kompetenzregelungen und Zugriffsberechtigungen Fehler und Risiken im Vorhinein zu vermeiden.
- Management Kontrollen dienen dazu, stichprobenartig die Einhaltung von operativen Kontrollen durch Führungskräfte sicherzustellen. Die Periodizität der Überprüfungen wird in Abhängigkeit des Risikogehaltes von der jeweiligen Führungskraft (Bereichsleiter, Abteilungsleiter) festgelegt. Die Stichproben werden für Dritte nachvollziehbar im Kontrollplan dokumentiert und die Ergebnisse halbjährlich im Zuge des Managementreportings berichtet.

Zusätzlich überprüft die interne Revision unabhängig und regelmäßig auch im Bereich des Rechnungswesens die Einhaltung interner Vorschriften. Die Revision ist als Stabstelle direkt dem Vorstand zugeordnet, berichtet direkt an den Vorstandsvorsitzenden und erstattet auch dem Aufsichtsrat quartalsweise Bericht.

Risikobeurteilung

Risiken in Bezug auf den Rechnungslegungsprozess werden mit dem Fokus auf Wesentlichkeit durch die Prozessverantwortlichen erhoben und überwacht.

Für die Erstellung des Abschlusses müssen regelmäßig Schätzungen vorgenommen werden, bei denen das immanente Risiko besteht, dass die zukünftige Entwicklung von diesen Schätzungen abweicht. Dies trifft insbesondere auf die folgenden Posten und Sachverhalte des Konzernabschlusses zu: Werthaltigkeit der finanziellen Vermögenswerte, Risiken des Bankgeschäfts, Sozialkapital sowie Ausgang von Rechtsstreitigkeiten. Teilweise wird auf öffentlich zugängliche Quellen abgestellt oder es werden externe Experten zugezogen, um das Risiko einer Fehleinschätzung zu minimieren.

Information und Kommunikation

Richtlinien und Vorschriften hinsichtlich Finanzberichterstattung werden vom Management regelmäßig aktualisiert und an alle betroffenen Mitarbeiter kommuniziert.

Die Mitarbeiter des Konzernrechnungswesens werden laufend auf Neuerungen in der internationalen Rechnungslegung geschult, um Risiken einer unbeabsichtigten Fehlberichterstattung frühzeitig zu erkennen. Weiters geben die Mitarbeiter des Konzernrechnungswesens die erworbenen Informationen an die Mitarbeiter der Tochterunternehmen weiter.

Zwei Mal jährlich wird ein Managementreport erstellt, der Aussagen über Vollständigkeit, Nachvollziehbarkeit, aktive Durchführung und Effektivität des Kontrollsystems in Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess beinhaltet.

Überwachung

Das Topmanagement erhält regelmäßig zusammengefasste Finanzreportings wie z.B. quartalsweise Berichte über die Entwicklung der jeweiligen Segmente und der wichtigsten Finanzkennzahlen. Zu veröffentlichende Abschlüsse werden von leitenden Mitarbeitern des Rechnungswesens, der Bereichsleitung und des Vorstandes vor Weiterleitung an die zuständigen Gremien einer abschließenden Kontrolle unterzogen. Das Ergebnis der Überwachungstätigkeit in Bezug auf die Rechnungslegungsprozesse wird im Rahmen des Managementreports berichtet, welcher eine Risikoeinschätzung der Prozesse auf qualitativer Basis, sowie Aufzeichnungen über die Anzahl der durchgeführten Kontrollen im Verhältnis zu den Kontrollvorgaben enthält.

KONZERNABSCHLUSS

28 Konzerngesamtergebnisrechnung

29 Konzernbilanz zum
31. Dezember 2016

30 Entwicklung des
Konzerneigenkapitals

31 Konzerngeldflussrechnung

32 Inhaltsverzeichnis Notes

34 Anhang (Notes)
zum Konzernabschluss

128 Bestätigungsvermerk

133 Bilanzzeit

Konzerngesamtergebnisrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung	Anhang (Notes)	1-12/2016 EUR Tsd.	angepasst 1-12/2015 EUR Tsd.	Veränderung EUR Tsd.	%
Zinsen und ähnliche Erträge		124.768	101.420	23.348	23,02 %
Zinsen und ähnliche Aufwendungen		-25.088	-31.358	6.270	-20,00 %
Zinsüberschuss	4	99.681	70.062	29.619	42,27 %
Risikovorsorge	5	-13.645	13.758	-27.404	-199,18 %
Provisionserträge		70.035	45.184	24.851	55,00 %
Provisionsaufwendungen		-28.915	-15.123	-13.792	91,19 %
Provisionsüberschuss	6	41.120	30.060	11.060	36,79 %
Handelsergebnis	7	4.896	7.080	-2.184	-30,84 %
Verwaltungsaufwand	8	-174.394	-121.516	-52.879	43,52 %
Restrukturierungsergebnis		3.060	-321	3.381	< -200,00 %
Sonstiges betriebliches Ergebnis	9	38.997	1.317	37.680	> 200,00 %
Ergebnis aus Finanzinvestitionen	10	1.740	8.510	-6.770	-79,56 %
Ergebnis aus Unternehmen bewertet at equity		10.252	-6.531	16.782	< -200,00 %
Jahresergebnis vor Steuern		11.705	2.420	9.285	> 200,00 %
Steuern vom Einkommen	11	13.319	12.629	690	5,47 %
Jahresergebnis nach Steuern		25.024	15.049	9.975	66,28 %
Den Anteilseignern des Mutterunternehmens zurechenbares Jahresergebnis (Konzernjahresergebnis)		23.625	15.029	8.596	57,20 %
hievon aus fortgeführtem Geschäftsbereich		23.625	15.029	8.596	57,20 %
hievon aus aufgegebenen Geschäftsbereichen		0	0	0	0,00 %
Den nicht beherrschenden Anteilen zurechenbares Jahresergebnis		1.399	20	1.379	> 200,00 %
hievon aus fortgeführtem Geschäftsbereich		1.399	20	1.379	> 200,00 %
hievon aus aufgegebenen Geschäftsbereichen		0	0	0	0,00 %
Sonstiges Ergebnis					
Jahresergebnis nach Steuern		25.024	15.049	9.975	66,28 %
Sonstiges Ergebnis					
Posten, bei denen keine Umgliederung in das Jahresergebnis möglich ist					
Neubewertung der Verpflichtungen aus leistungsorientierten Plänen (IAS 19)		-3.952	2.898	-6.849	< -200,00 %
Latente Steuern auf Neubewertung IAS 19		988	-724	1.712	< -200,00 %
Summe der Posten, bei denen keine Umgliederung in das Jahresergebnis möglich ist		-2.964	2.173	-5.137	< -200,00 %
Posten, bei denen eine Umgliederung in das Jahresergebnis möglich ist					
Available for sale Rücklage (inklusive latenter Steuern)					
Fair value Änderung		-4.033	12.379	-16.412	-132,58 %
Umbuchung in Gewinn- und Verlustrechnung		162	-718	880	-122,50 %
Veränderungen latenter Steuern auf unversteuerte Rücklage		387	78	309	> 200,00 %
Veränderung aus Unternehmen bewertet at equity		56	231	-175	-75,72 %
Summe der Posten, bei denen eine Umgliederung in das Jahresergebnis möglich ist		-3.428	11.970	-15.398	-128,64 %
Summe sonstiges Ergebnis		-6.392	14.143	-20.535	-145,20 %
Gesamtergebnis		18.632	29.192	-10.560	-36,17 %
Den Anteilseignern des Mutterunternehmens zurechenbares Gesamtergebnis		17.236	29.172	-11.936	-40,92 %
hievon aus fortgeführtem Geschäftsbereich		17.236	29.172	-11.936	-40,92 %
hievon aus aufgegebenen Geschäftsbereichen		0	0	0	0,00 %
Den nicht beherrschenden Anteilen zurechenbares Gesamtergebnis		1.395	19	1.376	> 200,00 %
hievon aus fortgeführtem Geschäftsbereich		1.395	19	1.376	> 200,00 %
hievon aus aufgegebenen Geschäftsbereichen		0	0	0	0,00 %

Konzernbilanz zum 31. Dezember 2016

	Anhang (Notes)	31.12.2016 EUR Tsd.	angepasst 31.12.2015 EUR Tsd.	Veränderung EUR Tsd.	%
Aktiva					
Barreserve	12	1.119.252	1.280.269	-161.016	-12,58 %
Forderungen an Kreditinstitute (brutto)	13	2.196.042	2.794.241	-598.200	-21,41 %
Forderungen an Kunden (brutto)	14	4.351.134	3.722.212	628.922	16,90 %
Risikovorsorge (-)	15	-69.099	-68.782	-317	0,46 %
Handelsaktiva	16	137.550	172.286	-34.735	-20,16 %
Finanzinvestitionen	17	1.855.462	1.717.908	137.554	8,01 %
Investment property Vermögenswerte	18	32.949	35.852	-2.903	-8,10 %
Anteile an at equity bewerteten Unternehmen	19	22.046	19.601	2.444	12,47 %
Anteile und Beteiligungen	20	15.781	31.691	-15.911	-50,20 %
Immaterielles Anlagevermögen	21	31.652	17.289	14.363	83,08 %
Sachanlagen	22	128.851	120.579	8.271	6,86 %
Ertragsteueransprüche	23	48.538	35.126	13.411	38,18 %
laufende Ertragsteueransprüche		1.108	4.133	-3.025	-73,18 %
latente Ertragsteueransprüche		47.429	30.994	16.436	53,03 %
Sonstige Aktiva	24	137.534	125.466	12.068	9,62 %
Summe Aktiva		10.007.692	10.003.739	3.953	0,04 %
Passiva					
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	25	3.338.048	4.071.299	-733.251	-18,01 %
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	26	4.691.373	3.992.500	698.873	17,50 %
Verbriefte Verbindlichkeiten	27	725.217	798.362	-73.145	-9,16 %
Handelspassiva	28	413.543	447.361	-33.818	-7,56 %
Rückstellungen	29, 30	82.259	73.380	8.880	12,10 %
Ertragsteuerverpflichtungen	23	5.968	7.932	-1.963	-24,75 %
laufende Ertragsteuerverpflichtungen		4.892	200	4.691	> 200,00 %
latente Ertragsteuerverpflichtungen		1.077	7.731	-6.655	-86,07 %
Sonstige Passiva	31	251.255	212.799	38.456	18,07 %
Nachrangkapital	32	28.881	17.674	11.207	63,41 %
Eigenkapital	34	471.147	382.434	88.713	23,20 %
Eigenanteil		467.189	379.760	87.429	23,02 %
Nicht beherrschende Anteile		3.958	2.674	1.284	48,01 %
Summe Passiva		10.007.692	10.003.739	3.953	0,04 %

Entwicklung des Konzerneigenkapitals

	1) Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklage	Gewinnrücklage	Bewertungs- rücklagen gem. IAS 39 2) Available for sale Rücklage	Eigenkapital ohne nicht beherrschende Anteile	Nicht beherrschende Anteile	Eigenkapital
EUR Tsd.							
Stand 1. Jänner 2015	74.198	42.544	79.111	3.232	199.086	0	199.086
Konzernjahresergebnis 3)			15.029		15.029	20	15.049
Veränderungen latenter Steuern auf unversteuerte Rücklage			78		78	0	78
Neubewertung Verpflichtungen aus leistungsorientierten Plänen (IAS19 inklusive latenter Steuern)			2.173		2.173	0	2.173
Available for sale Rücklage (inklusive latenter Steuern)				11.661	11.661	0	11.661
Veränderung aus Unternehmen bewertet at equity			-9	240	231		231
Konzerngesamtergebnis	0	0	17.271	11.901	29.172	19	29.192
Kapitalerhöhung	51.023	111.618			162.641		162.641
Ausschüttung			-6.788		-6.788	0	-6.788
Partizipationskapital	-10.740				-10.740	1	-10.739
Veränderungen durch Verschiebung in nicht beherrschende Anteile, Kapitalerhöhungen und Entkonsolidierungen			6.348	41	6.389	2.653	9.043
Stand 31. Dez. 2015	114.481	154.162	95.943	15.174	379.760	2.674	382.434
Konzernjahresergebnis 3)			23.625		23.625	1.399	25.024
Veränderungen latenter Steuern auf unversteuerte Rücklage			387		387		387
Neubewertung Verpflichtungen aus leistungsorientierten Plänen (IAS19 inklusive latenter Steuern)			-2.960		-2.960	-3	-2.964
Available for sale Rücklage (inklusive latenter Steuern)				-3.871	-3.871	0	-3.871
Veränderung aus Unternehmen bewertet at equity			-60	116	56		56
Konzerngesamtergebnis	0	0	20.992	-3.755	17.236	1.395	18.632
Kapitalerhöhung	19.460	48.602			68.062		68.062
Ausschüttung			-393		-393	-19	-411
Partizipationskapital	-7.004	-845	0		-7.849		-7.849
Einzahlung Gesellschafter		10.290			10.290		10.290
Veränderungen durch Verschiebung in nicht beherrschende Anteile, Kapitalerhöhungen und Entkonsolidierungen			82		82	-93	-11
Stand 31. Dez. 2016	126.938	212.209	116.624	11.419	467.189	3.958	471.147

1) Der Ausweis des gezeichneten Kapitals entspricht dem Ausweis im Einzelabschluss der VOLKSBANK WIEN AG (VBW).

2) Bei der available for sale Rücklage wurden zum 31.12.2016 EUR -3.806 Tsd. (31.12.2015: EUR -5.058 Tsd.) an latenten Steuern berücksichtigt.

3) Im Konzernabschluss 31.12.2016 (und 31.12.2015) der VBW ergaben sich weder für das Kapital ohne nicht beherrschende Anteile noch für die nicht beherrschenden Anteile Währungsdifferenzen aus der Bewertung der Posten der Gewinn- und Verlustrechnung zu Durchschnittskursen.

Konzerngeldflussrechnung

EUR Tsd.	1-12/2016	angepasst 1-12/2015
Konzernjahresergebnis (vor nicht beherrschenden Anteilen)	25.024	15.049
Im Jahresergebnis enthaltene zahlungsunwirksame Posten		
Zinsüberschuss	-89.790	-65.614
Abschreibungen und Zuschreibungen auf Finanz- und Sachanlagen	20.939	9.176
Dotierung und Auflösung von Rückstellungen und Risikovorsorgen	6.005	-5.448
Ergebnis aus der Veräußerung von Finanz- und Sachanlagen	-3.808	-91
Gewinn aus Unternehmenserwerb	0	-9.070
Steuern vom Einkommen	-13.319	-12.346
Veränderung des Vermögens und der Verbindlichkeiten aus operativer Geschäftstätigkeit		
Forderungen an Kreditinstitute	567.841	1.162.658
Forderungen an Kunden	98.280	335.542
Handelsaktiva	-16.683	-7.482
Finanzinvestitionen	57.185	164.772
Investment property Vermögenswerte	4.163	5.905
Sonstiges Umlaufvermögen	-11.969	272.371
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-581.671	-1.773.593
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	-162.111	-389.371
Verbriefte Verbindlichkeiten	-58.700	-37.623
Derivate	11.112	10.559
Andere Passiva	27.114	-260.155
Erhaltene Zinsen	138.704	103.003
Gezahlte Zinsen	-46.367	-29.954
Erhaltene Dividenden	2.068	331
Gezahlte Ertragsteuern	2.734	-4.561
Cash flow aus operativer Geschäftstätigkeit	-23.249	-515.941
Mittelzufluss aus der Veräußerung bzw. Tilgung von		
held to maturity Wertpapieren	0	14.897
Beteiligungen	20.186	296
Sachanlagen	5.277	1.527
Mittelabfluss durch Investitionen in		
held to maturity Wertpapieren	-182.768	0
Beteiligungen	-4.689	0
Sachanlagen	-2.589	-3.628
Erwerb von Tochterunternehmen - Zahlungsmittel	11.778	1.645.765
Cash flow aus Investitionstätigkeit	-152.805	1.658.857
Kapitalerhöhung	0	112.998
Einzahlung Gesellschafter	10.290	0
Dividendenzahlungen	-411	-6.788
Veränderungen Nachrangkapital	-496	85
Rückzahlung Kapital Minderheiten	-11	0
Cash flow aus Finanzierungstätigkeit	9.372	106.295
Zahlungsmittelbestand zum Ende der Vorperiode	1.280.269	31.057
Cash flow aus operativer Geschäftstätigkeit	-23.249	-515.941
Cash flow aus Investitionstätigkeit	-152.805	1.658.857
Cash flow aus Finanzierungstätigkeit	9.372	106.295
Zahlungsmittelbestand zum Ende der Periode	1.113.587	1.280.268

Details zu der Berechnungsmethode zur Geldflussrechnung sind in Kapitel 3) ii) angeführt.
 Details zu der Berechnung des Zugangs von Tochterunternehmen sind im Kapitel 2) enthalten.
 Details zur Zusammensetzung des Zahlungsmittelbestandes sind in Kapitel 12) angeführt

ANHANG (NOTES)	34
1) Allgemeine Angaben	34
a) Anpassung Vergleichszahlen gemäß IAS 8	34
2) Darstellung und Veränderungen des Konsolidierungskreises	35
3) Rechnungslegungsgrundsätze	37
a) Änderungen von Rechnungslegungsvorschriften	38
b) Neue Rechnungslegungsvorschriften	41
c) Anwendung von Schätzungen und Annahmen	44
d) Konsolidierungsgrundsätze	45
e) Währungsumrechnung	45
f) Zinsüberschuss	46
g) Risikovorsorge	46
h) Provisionsüberschuss	47
i) Handelsergebnis	47
j) Verwaltungsaufwand	47
k) Sonstiges betriebliches Ergebnis	48
l) Ergebnis aus Finanzinvestitionen	48
m) Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten	48
n) Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden	52
o) Risikovorsorge	52
p) Handelsaktiva und -passiva	52
q) Finanzinvestitionen	52
r) Investment property Vermögenswerte	53
s) Beteiligungen	54
t) Immaterielles und materielles Anlagevermögen	54
u) Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen	55
v) Sonstige Aktiva	55
w) Verbindlichkeiten	56
x) Sozialkapital	56
y) Rückstellungen	57
z) Sonstige Passiva	57
aa) Nachrangkapital	58
bb) Eigenkapital	58
cc) Kapitalrücklagen	58
dd) Gewinnrücklagen	58
ee) Eigenmittel	58
ff) Treuhandgeschäfte	60
gg) Pensionsgeschäfte	60
hh) Eventualverpflichtungen	60
ii) Geldflussrechnung	60
4) Zinsüberschuss	61
5) Risikovorsorge	62
6) Provisionsüberschuss	62
7) Handelsergebnis	62
8) Verwaltungsaufwand	62
9) Sonstiges betriebliches Ergebnis	63
10) Ergebnis aus Finanzinvestitionen	64
11) Steuern vom Einkommen	65
12) Barreserve	67
13) Forderungen an Kreditinstitute	67
14) Forderungen an Kunden	67
15) Risikovorsorge	68
16) Handelsaktiva	68
17) Finanzinvestitionen	68
18) Investment property Vermögenswerte	69
19) Anteile an at equity bewerteten Unternehmen	71
20) Anteile und Beteiligungen	73
21) Immaterielles Anlagevermögen	73
22) Sachanlagen	75
23) Ertragsteueransprüche und Ertragsteuerverpflichtungen	76
24) Sonstige Aktiva	77
25) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	77
26) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	77
27) Verbriefte Verbindlichkeiten	78
28) Handelspassiva	78
29) Rückstellungen	79

30)	Sozialkapital	79
31)	Sonstige Passiva	81
32)	Nachrangkapital	81
33)	Zahlungsströme Verbindlichkeiten	82
34)	Eigenkapital.....	83
35)	Eigenmittel.....	85
36)	Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten	87
37)	Derivate.....	93
38)	Vermögenswerte und Verbindlichkeiten in Fremdwährung.....	94
39)	Treuhandgeschäfte.....	94
40)	Nachrangige Vermögenswerte	94
41)	Sicherheitenübertragung für eigene Verbindlichkeiten	94
42)	Eventualverbindlichkeiten und Kreditrisiken	95
43)	Pensionsgeschäfte und andere übertragene Vermögenswerte.....	95
44)	Angaben über Geschäftsbeziehungen mit nahestehenden Unternehmen	96
45)	Angaben zum Hypothekenbankgeschäft gemäß Pfandbriefgesetz einschließlich fundierter Bankschuldverschreibungen	97
46)	Vertriebsstellen.....	97
47)	Ereignisse nach dem Bilanzstichtag.....	97
48)	Segmentberichterstattung	98
49)	Risikobericht	100
a)	Interner Kapitaladäquanzprozess – ICAAP und Stress Testing	102
b)	Kreditrisiko.....	106
c)	Marktrisiko.....	117
d)	Liquiditätsrisiko.....	122
e)	Operationelles Risiko	124
f)	Sonstige Risiken.....	126
50)	Vollkonsolidierte verbundene Unternehmen ¹⁾	127
51)	Beteiligungsunternehmen bewertet at equity	127
52)	Nichtkonsolidierte verbundene Unternehmen	127

ANHANG (NOTES)

1) Allgemeine Angaben

Die VOLKSBANK WIEN AG (VBW) mit Firmensitz in 1090 Wien, Kolingasse 14-16, ist das Mutterunternehmen von im Inland agierenden Tochtergesellschaften und die Zentralorganisation (ZO) des österreichischen Volksbanken-Sektors. Neben dem Sektorgeschäft mit den Volksbanken liegen die Schwerpunkte im Privat- und Firmenkundengeschäft in Österreich.

Die VBW als ZO gemäß § 30a BWG ist Teil des Kreditinstitute-Verbundes (Haftungs- und Liquiditätsverbund). Die aufsichtsrechtlichen Bestimmungen der Teile 2 bis 8 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 sowie § 39a BWG sind vom Volksbanken-Verbund auf Grundlage der konsolidierten Finanzlage zu erfüllen (§ 30a Abs. 7 BWG). Die VBW hat weiterhin sämtliche aufsichtsrechtlichen Bestimmungen auf Einzelbasis und KI-Gruppenebene zu erfüllen. Die Mitglieder des Volksbanken-Verbundes haften untereinander unbeschränkt und es wurde vertraglich die anteilige Übernahme der Kosten und Risiken der ZO vereinbart. Mit Schreiben vom 29. Juni 2016 wurde die unbefristete Genehmigung des Volksbanken-Verbundes ohne Auflagen von der EZB erteilt.

Zum 31. Dezember 2015 musste die VBW erstmals einen Konzernabschluss aufgrund der Überschreitung der Größerkriterien gemäß § 246 UGB aufstellen. Des Weiteren entstand eine Verpflichtung zur Aufstellung eines Konzernabschlusses nach internationalen Rechnungslegungsstandards durch die Übernahme von Emissionen, die an einem geregelten Markt im Sinne des § 2 Z 37 BWG zum Handel zugelassen sind. Aus diesem Grund stellte die VBW zum 31. Dezember 2015 erstmals gemäß § 245a UGB einen Konzernabschluss nach International Financial Reporting Standards (IFRS) auf. Da kein Konzernabschluss für die VBW nach österreichischen Rechnungslegungsvorschriften erstellt wurde, entfällt die nach IFRS 1 geforderte Erläuterung, wie sich der Übergang von den vorherigen Rechnungslegungsgrundsätzen auf IFRS auf die dargestellte Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie seinen Zahlungsflüssen ausgewirkt hat.

Die Bilanzierung und Bewertung wurde unter der Annahme der Unternehmensfortführung (going concern) vorgenommen. Der Konzernabschluss wird in Euro aufgestellt, da dies die funktionale Währung des Konzerns ist. Alle Daten sind in Tausend EUR dargestellt, sofern nichts anderes angegeben ist. Rundungsdifferenzen sind in den nachstehenden Tabellen möglich. Alle Bezeichnungen im Anhang, die ausschließlich in der männlichen Form verwendet werden, gelten sinngemäß auch in der weiblichen Form.

Der vorliegende Konzernabschluss wurde am 22. März 2017 vom Vorstand unterzeichnet und anschließend an den Aufsichtsrat zur Kenntnisnahme weitergeleitet.

a) Anpassung Vergleichszahlen gemäß IAS 8

Im Rahmen des impairment test der im Geschäftsjahr 2015 aktivierten Kundenbeziehungen aus der purchase price allocation des ZO Teilbetriebes wurde festgestellt, dass aufgrund der Besonderheiten der Kostentragungsvereinbarung mit den Mitgliedern des Volksbanken-Verbundes eine Wechselwirkung auf die Bewertung der Kundenbeziehungen in der ZO besteht, wodurch die Kundenbeziehung keinen eigenständigen Vermögenswert darstellt. Die im Vorjahr angesetzten Werte wurden im vorliegenden Abschluss restated.

Anpassung Gewinn- und Verlustrechnung

EUR Tsd.	2015
Verwaltungsaufwand	643
Sonstiges betriebliches Ergebnis	-14.475
Jahresergebnis vor Steuern	-13.832
Steuern vom Einkommen	-161
Jahresergebnis nach Steuern	-13.992
Den Anteilseignern des Mutterunternehmens zurechenbares Jahresergebnis (Konzernjahresergebnis)	-13.992
Den nicht beherrschenden Anteilen zurechenbares Jahresergebnis	0
Summe sonstiges Ergebnis	-13.992
Gesamtergebnis	-13.992
Den Anteilseignern des Mutterunternehmens zurechenbares Gesamtergebnis	-13.992
Den nicht beherrschenden Anteilen zurechenbares Gesamtergebnis	0

Die Anpassung betrifft zur Gänze fortgeführte Geschäftsbereiche.

Anpassung Bilanz

EUR Tsd.	31.12.2015
Immaterielles Anlagevermögen	-18.657
Latente Ertragsteueransprüche	4.664
Summe Aktiva	-13.992
Eigenkapital	-13.992
Eigenanteil	-13.992
Nicht beherrschende Anteile	0
Summe Passiva	-13.992

2) Darstellung und Veränderungen des Konsolidierungskreises

Mit Einbringungs- und Sacheinlagevertrag vom 18. Mai 2016 brachte die Volksbank Weinviertel e.Gen. ihr Unternehmen, den Bankbetrieb Weinviertel (VB Weinviertel) unter Zurückbehaltung eines Barvermögens in Höhe von EUR 1 Mio., sämtlicher Aktien an der VBW sowie sämtlicher Anteile an der Volksbank Wien Beteiligung eGen., in die VBW ein. Die Einbringung als Sacheinlage erfolgt gegen Gewährung von 51.731 neuen Stückaktien der VBW. Die Eintragung im Firmenbuch erfolgte am 19. Juli 2016.

Mit Einbringungs- und Sacheinlagevertrag vom 7. September 2016 brachte die Volksbank Südburgenland eG ihr Unternehmen, den Bankbetrieb Südburgenland (VB Südbgld) unter Zurückbehaltung eines Barvermögens in Höhe von EUR 1,1 Mio., sämtlicher Aktien an der VBW sowie sämtlicher Anteile an der Volksbank Wien Beteiligung eGen., in die VBW ein. Die Einbringung als Sacheinlage erfolgt gegen Gewährung von 57.032 neuen Stückaktien der VBW. Die Eintragung im Firmenbuch erfolgte am 3. November 2016.

Des Weiteren brachte, ebenfalls mit Einbringungs- und Sacheinlagevertrag vom 7. September 2016, die Volksbank Niederösterreich Süd eG ihr Unternehmen, den Bankbetrieb Niederösterreich Süd (VB NÖ Süd) unter Zurückbehaltung eines Barvermögens in Höhe von EUR 500 Tsd., sämtlicher Aktien an der VBW, sämtlicher Anteile an der Volksbank Wien Beteiligung eGen. sowie einer Liegenschaft, in die VBW ein. Die Einbringung als Sacheinlage erfolgte gegen Gewährung von 98.814 neuen Stückaktien der VBW. Die Eintragung im Firmenbuch erfolgte am 3. November 2016.

Für die zuvor beschriebenen Einbringungen sind die Kaufpreise sowie die beizulegenden Zeitwerte der erworbenen Vermögenswerte und Schulden, die aufgrund der Verteilung des Kaufpreises ermittelt wurden, in der folgenden Tabelle dargestellt:

EUR Tsd.	beizulegende Zeitwerte zum Erwerbszeitpunkt			Gesamt
	VB Weinviertel	VB Südbgld	VB NÖ Süd	
Barreserve	4.021	2.481	5.276	11.778
Forderungen an Kreditinstitute	44.063	62.402	48.609	155.075
Forderungen an Kunden	204.541	187.484	351.852	743.878
Risikovorsorge (-)	-1.049	-3.554	-3.716	-8.319
Finanzinvestitionen	12.720	6.598	1.755	21.072
Anteile und Beteiligungen	54	2.101	518	2.673
Immaterielles Anlagevermögen	7.626	4.240	2.669	14.535
Sachanlagen	6.179	5.099	8.104	19.381
Ertragsteueransprüche	1.002	317	2.208	3.526
Sonstige Aktiva	589	645	671	1.905
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	-9	-17.878	-17.887
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	-256.699	-243.134	-363.695	-863.528
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	0	-2.471	-2.471
Rückstellungen	-3.324	-3.680	-4.431	-11.435
Ertragsteuerverpflichtungen	-189	-1.213	0	-1.401
Sonstige Passiva	-2.904	-1.195	-2.968	-7.068
Nachrangkapital	-1.798	-1.536	-520	-3.855
Erworbenes Nettovermögen	14.832	17.044	25.983	57.860
Kaufpreis = Kapitalerhöhung	16.962	18.700	32.400	68.062
Firmenwert	2.130	1.656	6.417	10.203

Die Faktoren, die zur Erfassung des Firmenwertes führen, sind überwiegend erwartete Synergien im Bereich der Kosten.

Da die Kaufpreise durch die Ausgabe von Aktien der VBW beglichen wurden, erfolgte kein Mittelabfluss aus dem Konzern. Der Mittelzufluss bestand jeweils aus der übernommenen Barreserve. In der oben angeführten Tabelle sowie im gesamten Abschluss wurde für wertgeminderte Forderungen eine Brutto-Darstellung gewählt. Das heißt, die im Zuge der Unternehmenserwerbe übernommenen Risikovorsorgen wurden, zur Gewährleistung der Datenkonsistenz mit den Risikomanagementsystemen und aufsichtsrechtlichen Meldungen, gesondert ausgewiesen. Etwaige Anpassungen auf den beizulegenden Zeitwert wurden in der Position Forderungen an Kreditinstitute bzw. Forderungen an Kunden erfasst.

Der beizulegende Zeitwert, der Bruttobetrag der erworbenen Forderungen sowie die zum Erwerbszeitpunkt voraussichtlich uneinbringlichen cash flows stellen sich wie folgt dar:

EUR Tsd.	VB Weinviertel	VB Südbgld	VB NÖ Süd	Gesamt
Beizulegender Zeitwert der erworbenen Forderungen	204.541	187.484	351.852	743.878
Bruttobetrag der Forderungen	215.828	193.943	362.079	771.850
Voraussichtlich nicht einbringliche Forderungen	-1.272	-4.010	-4.504	-9.787

Für zum Erwerbsstichtag bestehende Haftungen und zugesagte Kreditrahmen wurden die beizulegenden Zeitwerte für die VB Weinviertel in Höhe von EUR 74 Tsd., für die VB Südbgld in Höhe von EUR 125 Tsd. und für die VB NÖ Süd in Höhe von EUR 234 Tsd. ermittelt und als Rückstellung erfasst. Die überwiegenden Fälligkeiten liegen bei einem Jahr. Während diesem Zeitraum wird mit Mittelabflüssen von rund EUR 0,4 Mio. gerechnet.

Die Anschaffungsnebenkosten, die im sonstigen betrieblichen Aufwand in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst wurden, betragen EUR 516 Tsd.

Die Informationen über die Höhe des Zinsüberschusses und des Jahresergebnis nach Steuern, die seit dem Erwerbszeitpunkt in den erworbenen Bankbetrieben erzielt wurden, liegt für diese Bankbetriebe nicht vor, da nach der Verschmelzung keine gesonderten Aufzeichnungen verfügbar sind.

Wären die VB Weinviertel, die VB Südbgld und die VB NÖ Süd bereits am 1. Jänner 2016 erworben worden, hätte der VBW Konzern insgesamt einen um EUR 13.825 Tsd. höheren Zinsüberschuss und ein um EUR 1.298 Tsd. höheres Jahresergebnis nach Steuern ausgewiesen.

EUR Tsd.	VB Weinviertel	VB Südbgld	VB NÖ Süd	Gesamt
Zinsüberschuss	2.872	3.705	7.248	13.825
Jahresergebnis nach Steuern	-253	-44	1.595	1.298

Anzahl der in den Konzern einbezogenen Unternehmen

	31.12.2016			31.12.2015		
	Inland	Ausland	Gesamt	Inland	Ausland	Gesamt
Vollkonsolidierte Unternehmen						
Kreditinstitute	1	0	1	1	0	1
Finanzinstitute	1	0	1	1	0	1
Sonstige Unternehmen	7	0	7	7	0	7
Gesamt	9	0	9	9	0	9
At equity einbezogene Unternehmen						
Kreditinstitute	1	0	1	2	0	2
Sonstige Unternehmen	1	0	1	0	0	0
Gesamt	2	0	2	2	0	2

Anzahl der in den Konzern nicht einbezogenen Unternehmen

	31.12.2016			31.12.2015		
	Inland	Ausland	Gesamt	Inland	Ausland	Gesamt
Verbundene Unternehmen	7	0	7	5	0	5
Assoziierte Unternehmen	26	3	29	20	1	21
Unternehmen gesamt	33	3	36	25	1	26

Diese Unternehmen sind zusammen für die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns von untergeordneter Bedeutung. Für die Beurteilung der Wesentlichkeit wird neben den quantitativen Merkmalen Bilanzsumme und Jahresergebnis nach Steuern, die Auswirkung einer Konsolidierung auf einzelne Bilanzpositionen sowie auf den true and fair view im Konzernabschluss berücksichtigt. Für die Berechnung der quantitativen Merkmale wurden die letzten verfügbaren Jahresabschlüsse der Gesellschaften sowie der Konzernabschluss des Geschäftsjahres 2016 zugrunde gelegt.

Die Liste der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der at equity bewerteten Unternehmen sowie der nicht einbezogenen verbundenen Unternehmen mit Detailinformationen befindet sich am Ende des Anhangs (siehe Note 50), 51), 52)).

3) Rechnungslegungsgrundsätze

Die nachfolgenden Rechnungslegungsgrundsätze wurden stetig auf alle in diesem Abschluss veröffentlichten Perioden und konsistent von allen Konzernmitgliedern angewendet.

Der Konzernabschluss 2016 sowie die Vergleichswerte 2015 der VBW wurden nach den Bestimmungen der IFRS/IAS erstellt und erfüllen die Voraussetzungen des § 245a UGB und des § 59a BWG über befreiende Konzernabschlüsse nach international anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen.

Der Konzernabschluss wurde in Übereinstimmung mit allen am Bilanzstichtag gültigen IFRS/IAS, die das International Accounting Standards Board (IASB) veröffentlicht hat, sowie allen Interpretationen des International Financial Reporting

Interpretations Committee (IFRIC) bzw. des Standing Interpretations Committee (SIC) erstellt, sofern diese auch von der Europäischen Union (EU) im Endorsement-Verfahren übernommen wurden.

Der Konzernabschluss ist mit Ausnahme der folgenden Positionen auf Basis von Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten erstellt:

- Derivative Finanzinstrumente – bewertet mit dem fair value
- Finanzinstrumente der Kategorie at fair value through profit or loss und available for sale – bewertet mit dem fair value
- Investment property Vermögenswerte – bewertet mit dem fair value
- Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die Grundgeschäfte zu fair value hedges sind – fortgeführte Anschaffungskosten werden um die fair value Änderungen angepasst, die den gehedgten Risiken zuzuordnen sind
- Sozialkapitalrückstellungen – Ansatz erfolgt mit dem Barwert abzüglich des Barwertes des Planvermögens

In den beiden nachfolgenden Kapiteln erfolgt eine Darstellung von geänderten und neuen Rechnungslegungsvorschriften, die wesentlich für den Konzernabschluss der VBW sind.

a) Änderungen von Rechnungslegungsvorschriften

Änderungen von Rechnungslegungsvorschriften von der EU übernommen

Änderungen zu IFRS 10, 12 und IAS 28 – Investmentgesellschaften: Die Anpassungen dienen der Klärung von Fragestellungen in Bezug auf die Anwendung der Ausnahme von der Konsolidierungspflicht nach IFRS 10, wenn das Mutterunternehmen die Definition einer Investmentgesellschaft erfüllt. Unternehmen sind auch dann von der Konsolidierungspflicht befreit, wenn das übergeordnete Mutterunternehmen seine Tochtergesellschaften zum beizulegenden Zeitwert nach IFRS 10 bilanziert. Wenn ein Tochterunternehmen selbst die Definition einer Investmentgesellschaft erfüllt und Dienstleistungen erbringt, die sich auf die Anlagetätigkeit des Mutterunternehmens beziehen, ist es nicht zu konsolidieren. Wendet ein Investor, der nicht die Definition einer Investmentgesellschaft erfüllt, die Equity Methode auf ein assoziiertes Unternehmen oder ein joint venture an, so kann dieser die Bewertung zum beizulegenden Zeitpunkt beibehalten, die das Beteiligungsunternehmen auf seine Beteiligungen an Tochterunternehmen anwendet. Zudem hat das IASB in den Änderungsstandard aufgenommen, dass eine Investmentgesellschaft, die alle ihre Tochterunternehmen zum beizulegenden Zeitwert bewertet, die nach IFRS 12 vorgeschriebenen Angaben zu Investmentgesellschaften, zu leisten hat. Die Änderungen treten für Berichtsperioden in Kraft, die am oder nach dem 1. Jänner 2016 beginnen. Die Änderungen haben keine wesentlichen Auswirkungen auf den VBW Konzern.

Änderungen zu IAS 27 – Einzelabschlüsse: Anwendung der Equity Methode im Einzelabschluss: Durch die Änderungen können Beteiligungen an Tochterunternehmen, Gemeinschaftsunternehmen sowie assoziierten Unternehmen im IFRS-Einzelabschluss künftig auch nach der Equity Methode bilanziert werden. Damit stehen den Unternehmen alle bereits früher einmal bestehenden Optionen zur Einbeziehung derartiger Unternehmen in den Einzelabschluss, wie: die Einbeziehung zu (fortgeführten) Anschaffungskosten, die Bewertung als zur Veräußerung verfügbare Finanzinstrumente gemäß IAS 39 bzw. IFRS 9 sowie die Einbeziehung mittels der Equity Methode offen. Die Änderungen treten für Berichtsperioden in Kraft, die am oder nach dem 1. Jänner 2016 beginnen. Die Änderungen haben keine wesentlichen Auswirkungen auf den VBW Konzern.

Änderungen zu IAS 1 – Darstellung des Abschlusses: Die Änderungen sollen es Unternehmen ermöglichen, ihren Abschluss durch gezielte Ermessensentscheidungen unternehmensspezifischer zu gestalten. Sie beinhalten im Wesentlichen eine Klarstellung, dass Anhangsangaben nur dann notwendig sind, wenn ihr Inhalt wesentlich ist. Dies gilt explizit auch dann, wenn ein IFRS eine Liste von Minimum-Angaben fordert. Die Musterstruktur des Anhangs wird gestrichen,

um eine unternehmensspezifischere Gestaltung zu erleichtern und es wird klargestellt, dass es Unternehmen freisteht, an welcher Stelle des Anhangs Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden erläutert werden. Weiters beinhalten die Änderungen Erläuterungen zur Aggregation und Disaggregation von Posten in der Bilanz und der Gesamtergebnisrechnung und eine Klarstellung, dass Anteile an sonstigen Ergebnis at equity bewerteter Unternehmen in der Gesamtergebnisrechnung getrennt nach Posten, die in Zukunft in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden oder nicht, darzustellen sind. Die Änderungen sind in Geschäftsjahren anzuwenden, die am oder nach dem 1. Jänner 2016 beginnen. Die Änderungen haben keine wesentlichen Auswirkungen auf den VBW Konzern.

Änderungen zu IAS 16 – Sachanlagen und IAS 38 – Immaterielle Vermögenswerte: Klarstellung akzeptabler Abschreibungsmethoden. Mit der Änderung erfolgt eine Klarstellung hinsichtlich der Wahl von Methoden der Abschreibung von Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten. Prinzipiell hat die Abschreibung von Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten derart zu erfolgen, dass sie den durch das Unternehmen erwarteten Verbrauch des zukünftigen wirtschaftlichen Nutzens, welcher durch den Vermögenswert generiert wird, widerspiegelt. Diesbezüglich hat das IASB nunmehr klargestellt, dass eine Abschreibung von Sachanlagen auf Basis von Umsatzerlösen, der durch sie hergestellten Güter, nicht dieser Vorgehensweise entspricht und somit nicht sachgerecht ist, da die Umsatzerlöse nicht nur vom Verbrauch des Vermögenswertes, sondern auch von weiteren Faktoren wie beispielsweise Absatzmenge, Preis oder Inflation abhängig sind. Grundsätzlich wird diese Klarstellung auch in IAS 38 für die Abschreibung immaterieller Vermögenswerte mit begrenzter Nutzungsdauer aufgenommen. Jedoch wird vom IASB in dieser Hinsicht zusätzlich eine widerlegbare Vermutung eingeführt. Demnach ist eine umsatzabhängige Abschreibung immaterieller Vermögenswerte mit begrenzter Nutzungsdauer in folgenden zwei Ausnahmefällen zulässig. Erstens, wenn sich der Wert des Vermögenswertes direkt durch den erwirtschafteten Umsatz ausdrücken lässt, oder zweitens, wenn nachgewiesen werden kann, dass zwischen den erzielten Umsatzerlösen und dem Werteverzehr des immateriellen Vermögenswertes eine starke Korrelation besteht. Es wird ausgeführt, dass Ausgangspunkt für die Bestimmung einer sachgerechten Abschreibungsmethode für immaterielle Vermögenswerte immer die Ermittlung des für die Nutzung maßgeblich einschränkenden Faktors ist. Seitens des IASB wurde auch darauf hingewiesen, dass eine andere Basis zu verwenden ist, sofern diese den Verbrauch des immateriellen Vermögenswertes besser darstellt. Die Änderungen sind in Geschäftsjahren anzuwenden, die am oder nach dem 1. Jänner 2016 beginnen. Die Änderungen haben keine Auswirkungen auf den VBW Konzern.

Änderungen zu IFRS 11 – Gemeinsame Vereinbarungen: Erwerb von Anteilen an einer gemeinschaftlichen Tätigkeit. Mit der Änderung wird klargestellt, dass Erwerbe und Hinzuerwerbe von Anteilen an gemeinschaftlichen Tätigkeiten, die einen Geschäftsbetrieb im Sinne des IFRS 3 darstellen, nach den Prinzipien für die Bilanzierung von Unternehmenszusammenschlüssen des IFRS 3 und anderer anwendbarer IFRS zu bilanzieren sind, soweit diese nicht im Konflikt mit Regelungen des IFRS 11 stehen. Die neuen Regelungen gelten prospektiv für Anteilserwerbe, die in Berichtsperioden, die am oder nach dem 1. Jänner 2016 beginnen, stattfinden. Die Änderungen haben keine wesentlichen Auswirkungen auf den VBW Konzern.

Jährliche Verbesserungen der IFRS (Zyklus 2012-2014)

Im Rahmen des annual improvement project wurden Änderungen an vier Standards vorgenommen. Mit der Anpassung von Formulierungen in einzelnen IFRS soll eine Klarstellung der bestehenden Regelungen erreicht werden. Betroffen sind die Standards IFRS 5, IFRS 7, IAS 19 und IAS 34. Die neuen Regelungen sind verpflichtend für Berichtsperioden, die am oder nach dem 1. Jänner 2016 beginnen anzuwenden. Die Änderungen werden keine wesentlichen Auswirkungen auf den VBW Konzern haben.

Änderungen von Rechnungslegungsvorschriften von der EU noch nicht übernommen

Änderungen des IFRS 10 – Konzernabschluss und IAS 28 - Anteile an assoziierten Unternehmen und joint ventures durch das IASB: Angepasst wurden die Regelungen bei Veräußerung oder Einbringung von Vermögenswerten zwischen

einem Investor und einem assoziierten Unternehmen oder joint venture. Ursprünglich war der Erstanwendungszeitpunkt der 1. Jänner 2016. Der Erstanwendungszeitpunkt wurde vom IASB auf unbestimmte Zeit verschoben. Die Möglichkeit einer vorzeitigen Anwendung bleibt jedoch erhalten. Die Änderungen werden keine wesentlichen Auswirkungen auf den VBW Konzern haben.

Änderungen zu IAS 7 – Kapitalflussrechnungen: Die Änderungen haben die Zielsetzung, die Information über die Veränderung der Verschuldung des Unternehmens zu verbessern. Es sind Angaben über die Änderungen jener finanziellen Verbindlichkeiten zu machen, deren Ein- und Auszahlungen in der Geldflussrechnung im cash flow aus Finanzierungstätigkeit gezeigt werden. Die geforderten Angaben können in Form einer Überleitungsrechnung der Bilanzposten dargestellt werden. Die Änderungen sind in Geschäftsjahren anzuwenden, die am oder nach dem 1. Jänner 2017 beginnen. Die Änderungen werden keine wesentlichen Auswirkungen auf den VBW Konzern haben.

Änderungen zu IAS 12 – Ertragsteuern: Die Änderungen stellen klar, dass noch nicht eingetretene Verluste auf Schuldinstrumente, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, für Steuerzwecke jedoch zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden, zur Entstehung einer aktiven Steuerlatenz führen können. Weiters stellen die Änderungen klar, dass nicht der Buchwert sondern der steuerliche Wert eines Vermögenswertes die relevante Größe bei der Schätzung zukünftiger zu versteuernder Gewinne ist und der Buchwert dabei nicht die Obergrenze für die Berechnung darstellt. Beim Werthaltigkeitstest der aktiven latenten Steuern darf bei der Schätzung der zukünftig zu versteuernden Gewinne der Effekt aus der Veränderung der latenten Steuerposition aus Umkehrung dieser temporären Differenzen nicht berücksichtigt werden. Die Änderungen sind in Geschäftsjahren anzuwenden, die am oder nach dem 1. Jänner 2017 beginnen. Die Änderungen werden keine wesentlichen Auswirkungen auf den VBW Konzern haben.

Klarstellung zu IFRS 15 – Erlöse aus Verträgen mit Kunden: Die Änderungen betreffen die Themen Identifizierung von Leistungsverpflichtungen, Prinzipal/Agent-Erwägungen, Lizenzen und Übergangserleichterungen für modifizierte bzw. abgeschlossene Verträge. Bei der Identifizierung von Leistungsverpflichtungen wurde ausgeführt, dass zu prüfen ist, ob die Übertragung der Waren/Dienstleistungen einzeln geschieht oder, ob es sich um zusammengesetzte Posten handelt. Dabei ist der „Kontext des Vertrages“ zu berücksichtigen. Der zweite wesentliche Punkt bei der Klarstellung zu IFRS 15 bezieht sich auf die Einschätzung des Unternehmens inwieweit es als Prinzipal oder als Agent gegenüber anderen Parteien auftritt. Dabei ist zu beachten, ob das Unternehmen die Waren/Dienstleistungen beherrscht. Bei der Gewährung von Lizenzen ist festzustellen, ob diese zu einem Zeitpunkt oder über einem Zeitraum gewährt werden. Das IASB hat zur Klarstellung die Anwendungsleitlinien ausgeweitet. Bezüglich des Übergangs auf IFRS 15 wurden zusätzlich zwei optional anzuwendende Erleichterungen definiert. Sowohl der IFRS 15 als auch die o.a. Änderungen werden voraussichtlich keine wesentlichen Auswirkungen auf den VBW Konzern haben.

Änderungen zu IFRS 2 – Klassifizierung und Bewertung von Geschäftsvorfällen mit anteilsbasierter Vergütung: Bezüglich der Bilanzierung von IFRS 2 Sachverhalten wurden verschiedene Anfragen zu Klarstellungen beim IASB und beim IFRS Interpretations Committee eingebracht, welche gesammelt in einem Projekt abgehandelt wurden. Bisher hatte es lediglich Leitlinien zu in Eigenkapitaltiteln erfüllten Vergütungen gegeben. Mit den Änderungen werden auch zusätzliche Vorschriften zu in bar erfüllten Vergütungen aufgenommen. Dadurch wird klargestellt, dass die Bewertungsvorschriften nach IFRS 2 für beide Arten von anteilsbasierten Vergütungen gelten. Des Weiteren gibt es eine Änderung bei der Klassifizierung von anteilsbasierten Vergütungen als in Eigenkapitaltitel erfüllt. Dabei wird geregelt, dass auch die Bezahlung des Steuereinhalts als in Eigenkapitaltitel erfüllt zu klassifizieren ist, wenn die anteilsbasierte Vergütung dementsprechend klassifiziert wird. Zusätzlich wurden Regelungen aufgenommen, wie bei einem Wechsel, von anteilsbasierten Vergütungen mit Barausgleich zu einer Erfüllung durch Eigenkapitalinstrumente aufgrund von Änderungen der Vereinbarung, vorzugehen ist. Bis dato war dieser Sachverhalt nicht geregelt. Die Änderungen sind in Geschäftsjahren anzuwen-

den, die am oder nach dem 1. Jänner 2018 beginnen. Die Änderungen werden keine wesentlichen Auswirkungen auf den VBW Konzern haben.

Änderungen zu IFRS 4 – Anwendung von IFRS 9 Finanzinstrumente mit IFRS 4 Versicherungsverträge: Mit dieser Anpassung wird der möglichen Problematik der Anwendung von IFRS 9 für Versicherungsunternehmen bis zur Anwendung des künftigen Standards für Versicherungsverträge (IFRS 17) Rechnung getragen. Es kommen zwei optionale Ansätze zur Anwendung. Entweder werden die Volatilitäten welche aufgrund der Anwendung von IFRS 9 entstehen im OCI statt in der GuV erfasst oder Versicherungsunternehmen wenden weiterhin IAS 39 an, bis der neue Versicherungsstandard anzuwenden ist. Erstanwendung ist im Geschäftsjahr das am oder nach dem 1. Jänner 2018 beginnt. Die Änderungen werden keine Auswirkungen auf den VBW Konzern haben.

Änderungen zu IAS 40 – Übertragung von als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien: Die Änderungen schlagen Leitlinien vor, wann ein Vermögensgegenstand zwischen den Kategorien des Vorratsvermögens und der als Finanzinvestition gehaltene Immobilie wechselt. So wird u.a. klargestellt, dass eine beabsichtigte Nutzungsänderung seitens der Unternehmensleitung nicht ausreicht um eine Nutzungsänderung gem. IAS 40 zu argumentieren. Vielmehr hat eine tatsächliche Nutzungsänderung vorzuliegen damit eine Übertragung auf oder von der Kategorie als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien erfolgt. Die Liste der Änderungssachverhalte ist als nicht abschließend anzusehen. Die Änderungen sind in Geschäftsjahren anzuwenden, die am oder nach dem 1. Jänner 2018 beginnen. Die Änderungen werden keine wesentlichen Auswirkungen auf den VBW Konzern haben.

Jährliche Verbesserungen der IFRS (Zyklus 2014-2016)

Im Rahmen des annual improvement project wurden Änderungen an drei Standards vorgenommen. Die Änderungen betreffen verbesserungsbedürftige Formulierungen und Klarstellungen sowie Änderungen welche eine gänzliche Überarbeitung eines Standards nicht erforderlich machen. Betroffen sind die Standards IFRS 1, IFRS 12 und IAS 28. Die neuen Regelungen sind bezüglich IFRS 1 und IAS 28 verpflichtend für Berichtsperioden, die am oder nach dem 1. Jänner 2018 beginnen und für IFRS 12 für Berichtsperioden, die am oder nach dem 1. Jänner 2017 beginnen, anzuwenden. Die Standards werden nicht vorzeitig angewendet. Die Änderungen werden keine wesentlichen Auswirkungen auf den VBW Konzern haben.

b) Neue Rechnungslegungsvorschriften

Neue Rechnungslegungsvorschriften von der EU übernommen

Neue Standards und Interpretationen

IFRS 9 – Finanzinstrumente: Im Juli 2014 wurde die endgültige Fassung von IFRS 9 veröffentlicht. Der Standard ist mit 1. Jänner 2018 erstmalig verpflichtend anzuwenden. Das Projekt zur Umsetzung von IFRS 9 wurde im VBW Konzern Anfang des Jahres 2016 gestartet.

Klassifizierung und Erfassung von Finanzinstrumenten

Finanzielle Vermögenswerte werden zukünftig nur noch in zwei Gruppen klassifiziert und bewertet: Zu fortgeführten Anschaffungskosten und zum fair value. Die Gruppe der finanziellen Vermögenswerte zu fortgeführten Anschaffungskosten besteht aus solchen finanziellen Vermögenswerten, die nur den Anspruch auf Zins- und Tilgungszahlungen an vorgegebenen Zeitpunkten vorsehen (SPPI-Kriterium) und die zudem im Rahmen eines Geschäftsmodells gehalten werden, dessen Zielsetzung das Halten von Vermögenswerten ist. Alle anderen finanziellen Vermögenswerte bilden die Gruppe der zum fair value bewerteten finanziellen Vermögenswerte.

Die Prüfung des SPPI-Kriteriums wurde im Hinblick auf Kredite und Wertpapierbestände mit Ende des Jahres 2016 abgeschlossen. Fragliche Zinsbindungen wurden auf Basis eines Benchmarktests überprüft und dementsprechend als SPPI-schädlich bzw. als SPPI-konform eingestellt. Der Benchmarktest beurteilt, ob die Abweichung der nicht abgezinsten vertraglichen Zahlungsflüsse möglicher schädlicher Zinsbindungen gegenüber nicht abgezinsten Zahlungsflüssen von Benchmarkinstrumenten als SPPI-schädlich zu beurteilen sind. Bei Darlehenskrediten sind gemäß einer Ersterhebung konzernweit etwa 5,5 % - 6 % als SPPI-schädlich einzustufen, was ein Volumen von rd. EUR 262 Mio. ausmacht. Bei Giro- bzw. Kontokorrentkrediten ergibt sich ein Volumen von rd. EUR 19 Mio. an SPPI-schädlichen Verträgen. Das SPPI-Kriterium dieser Kredite wird größtenteils aufgrund schädlicher SMR-Zinsbindungen nicht erfüllt. Der potenzielle positive fair value Effekt der SPPI-schädlichen Kredite im VBW Konzern liegt innerhalb einer Bandbreite von EUR 4 - 7 Mio.

Grundsätzlich werden sämtliche Portfolien im Kreditbereich als zu „Halten“ definiert, soweit keine Verkaufsabsicht der Kredite oder der Gesellschaft, die diese Kredite hält, besteht. Sofern das SPPI-Kriterium erfüllt wird, erfolgt deshalb eine Bewertung zu fortgeführten Anschaffungskosten. Jene Portfolien die verkauft werden sollen sowie jene die sich in Gesellschaften befinden, die zum Verkauf stehen, werden als zum „Verkauf“ designiert und sind zwingend zum fair value über die GuV zu bewerten. Die Analyse bezüglich der Geschäftsmodellzuordnung von Wertpapieren wurde in der VBW bereits abgeschlossen. Der zu erwartende positive Effekt auf Buchwerte der Wertpapierbestände im Zuge einer Neuklassifizierung beträgt aufgrund einer Vorabkalkulation ca. EUR 21 Mio. Demgegenüber steht eine Erhöhung des OCI um EUR 19 Mio. und der IFRS 9 Rücklage um EUR 2 Mio. Gemäß dem derzeitigen Plan werden beim Wertpapierbestand im VBW Konzern sämtliche Bewertungsmethoden gemäß IFRS 9 (Bewertung zu Anschaffungskosten, erfolgswirksame Bewertung zum fair value sowie Bewertung zum fair value über das OCI) angewendet werden. Über die Anwendung der Möglichkeit, Eigenkapitaltitel zum fair value über das OCI zu bewerten (OCI-Option), wird erst im Laufe des Jahres 2017 entschieden.

Bilanzierung von Wertminderungen finanzieller Vermögenswerte

Durch die neuen Vorschriften sind nicht mehr nur eingetretene Verluste, sondern auch bereits erwartete Verluste zu erfassen. Dabei wird der Umfang der Erfassung erwarteter Verluste danach differenziert, ob sich das Ausfallrisiko finanzieller Vermögenswerte seit ihrem Zugang wesentlich verschlechtert hat oder nicht. Liegt eine Verschlechterung vor und ist das Ausfallrisiko am Stichtag nicht als niedrig einzustufen, so sind ab diesem Zeitpunkt sämtliche erwarteten Verluste über die gesamte Laufzeit (lifetime expected credit loss) zu erfassen. Andernfalls sind nur die über die Laufzeit des Instruments erwarteten Verluste zu berücksichtigen, die aus künftigen, möglichen Verlustereignissen innerhalb der nächsten zwölf Monate resultieren. Ausnahmeregelungen bestehen für Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und Leasingforderungen. Für diese Vermögenswerte müssen (Forderungen ohne wesentliche Finanzierungskomponente) bzw. dürfen (Forderungen mit wesentlicher Finanzierungskomponente und Leasingforderungen) bereits bei Zugang sämtliche erwarteten Verluste berücksichtigt werden.

Für die Ermittlung der erwarteten Kreditausfälle über die Gesamtlaufzeit (lifetime expected credit losses) wird die Ausfallswahrscheinlichkeit über die gesamte Laufzeit (lifetime probability of default) benötigt. Für die neue Berechnungslogik des ECL nach IFRS 9 ist für Stufe 1 und Stufe 2 (des dreistufigen Bewertungsmodells) mit einem zusätzlichen Kapitalbedarf von einer Bandbreite zwischen EUR 9 - 13 Mio. zu rechnen. Für diese Simulation der Risikovorsorge der außerbilanziellen Geschäfte verwendet der VBW Konzern derzeit regulatorische credit conversion factors (CCFs). Der CCF transformiert den Betrag einer freien Kreditlinie und anderer nicht bilanzierter Geschäfte in einen EAD-Betrag (exposure at default). Es wird derzeit noch geprüft, ob die verwendeten regulatorischen CCFs für IFRS 9 Zwecke geeignet sind.

Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen

Ziel der neuen Regelungen ist es, das hedge accounting stärker an der ökonomischen Risikosteuerung eines Unternehmens zu orientieren. Wie bisher müssen Unternehmen zu Beginn einer Sicherungsbeziehung die jeweilige Risikoman-

gementstrategie samt Risikomanagementzielen dokumentieren, wobei künftig jedoch das Verhältnis zwischen gesichertem Grundgeschäft und Sicherungsinstrument in der Regel den Vorgaben der Risikomanagementstrategie entsprechen muss. Derzeit wird noch analysiert, ob das hedge accounting ab 1. Jänner 2018 nach IFRS 9 angewendet wird oder ob das Wahlrecht ausgeübt wird, hedge accounting bis zur Finalisierung des macro hedge accounting Projektes entsprechend der bisherigen Vorgehensweise gemäß IAS 39 zu bilanzieren.

IFRS 15 – Umsatzerlöse aus Kundenverträgen: IFRS 15 ist auf Umsatzerlöse aus Kundenverträgen anzuwenden und wird die bisher geltenden Standards IAS 11 und IAS 18 ersetzen. Das Projekt wurde in der VBW Ende des Jahres 2016 gestartet und derzeit laufen die Vorbereitungen zur Vertragsanalyse. IFRS 15 sieht ein prinzipienorientiertes fünfstufiges Modell vor, wonach zunächst der Kundenvertrag und die darin enthaltenen separaten Leistungsverpflichtungen zu identifizieren sind. Anschließend wird der Transaktionspreis bestimmt und auf die Leistungsverpflichtungen des Vertrages aufgeteilt. Die Umsatzerlöse sind dann zu realisieren, wenn der Kunde die Verfügungsmacht über die vereinbarten Dienstleistungen hat. Dies kann entweder zeitraum- oder zeitpunktbezogen erfolgen. Die Übertragung der Chancen und Risiken ist nicht mehr entscheidend. Die Umsatzerlöse sind mit dem Betrag der Gegenleistung zu bewerten, die das Unternehmen erwartet zu erhalten.

Zinserträge und Dividenden aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit für die bisher IAS 18 anzuwenden war, werden von IFRS 15 nur mehr eingeschränkt erfasst. Auf Entgelte für Finanzdienstleistungen sind die Regelungen gemäß IFRS 9 bzw. IAS 39 anzuwenden, sofern diese einen integralen Bestandteil des Effektivzinses darstellen. Inhaltlich ergeben sich dadurch keine Auswirkungen zur bisherigen Vorgehensweise. Aus diesem Grund ist für den VBW Konzern insbesondere die Abgrenzung der Erlöse gemäß IFRS 15 von Erträgen aus Finanzinstrumenten, die unter IFRS 9 fallen, sowie von Erträgen aus Leasingverhältnissen nach IFRS 16 bzw. IAS 17 von Bedeutung. In den Anwendungsbereich des IFRS 15 können Provisionen und Gebühren fallen. Die Anhangangaben werden im Vergleich zu IAS 18 umfangreicher sein. Für die Erträge aus Finanzdienstleistungen nach IAS 39 bzw. IFRS 9 gelten jedoch weiterhin Angabevorschriften gemäß IFRS 7 Finanzinstrumente. Im Zuge einer Erstanalyse konnte festgestellt werden, dass die Anwendung des Standards, im Vergleich zur bisherigen Vorgehensweise, zu keinen wesentlichen Änderungen der Erlösrealisierung führen wird.

Neue Rechnungslegungsvorschriften von der EU noch nicht übernommen

Neue Standards und Interpretationen

IFRS 16 – Leasingverhältnisse: Der VBW-Konzern beurteilt derzeit die potenziellen Auswirkungen von IFRS 16 auf den Konzernabschluss. Verträge, die der Anwendung von IFRS 16 unterliegen, betreffen im VBW Konzern voraussichtlich überwiegend Fahrzeuge, Liegenschaften und IT-Komponenten. Eine Quantifizierung und Detailerhebung erfolgt im ersten Halbjahr 2017. Eine wesentliche Änderung betrifft die Abbildung der operating lease Verträge beim Leasingnehmer, da Vermögenswerte und Schulden aus operativen Leasingverhältnissen nun zu erfassen sein werden. Es besteht das Wahlrecht für operative Leasingvereinbarungen, die eine Laufzeit von nicht mehr als 12 Monaten aufweisen, sowie für jene, deren zugrunde liegender Vermögenswert von geringem Wert ist, als Aufwand zu erfassen. Ob eine der praktischen Erleichterungen genutzt wird, die nach IFRS 16 möglich sind, wurde noch nicht festgelegt. Die Bilanzierung beim Leasinggeber ändert sich im Vergleich zu IAS 17 nur unerheblich. Die Anhangangaben werden im Vergleich zu IAS 17 umfangreicher sein. Auf die Finanzierungs-Leasingverhältnisse werden keine wesentlichen Auswirkungen erwartet.

IFRS 14 – Regulatorische Abgrenzungsposten: wurde als Interim Standard veröffentlicht, der eine Zwischenlösung darstellt, bis sich das IASB im Rahmen des Projekts Rate-regulated activities auf die Bilanzierung des Sachverhaltes geeinigt hat. Durch die Regelungen des Standards wird es Unternehmen, die erstmals einen IFRS Abschluss gemäß IFRS 1 aufstellen, ermöglicht, sogenannte regulatorische Abgrenzungsposten, die sie unter Geltung ihrer bisherigen nationalen Rechnungslegungsvorschriften im Zusammenhang mit preisregulierten Tätigkeiten angesetzt haben, im IFRS Abschluss

beizubehalten und weiterhin nach den bisherigen Rechnungslegungsmethoden zu bilanzieren. Hierdurch soll betroffenen Unternehmen ein Übergang auf IFRS erleichtert werden. Die Anwendung der Regelung ist allerdings explizit nur für IFRS-Erstanwender vorgesehen; bereits nach IFRS bilanzierende Unternehmen sind von der Anwendung ausgenommen. Die Bestimmungen haben keine Auswirkungen auf den VBW Konzern, da die VBW kein IFRS-Erstanwender ist.

IFRIC 22 – Transaktionen in fremder Währung und im Voraus gezahlte Gegenleistungen ist eine Interpretation zu IAS 21 Auswirkungen von Wechselkursänderungen: Bei der Interpretation wird klargestellt, auf welchen Zeitpunkt der Wechselkurs für die Umrechnung von Transaktionen in Fremdwährungen zu ermitteln ist, wenn das Unternehmen einen nicht monetären Vermögenswert oder eine nicht monetäre Schuld ansetzt, welche aus einer im Voraus geleisteten Zahlung/Erhalt einer Gegenleistung entsteht, bevor das Unternehmen den zugehörigen Vermögenswert, Ertrag oder Aufwand erfasst. Dabei ist grundsätzlich der Zeitpunkt der erstmaligen Erfassung des nicht monetären Vermögenswertes bzw. der nicht monetären Schuld ausschlaggebend. Die Änderungen werden voraussichtlich keine wesentliche Auswirkung auf den VBW Konzern haben.

c) Anwendung von Schätzungen und Annahmen

Sämtliche im Rahmen der Bilanzierung und Bewertung nach IFRS notwendigen Annahmen, Schätzungen und Beurteilungen erfolgen im Einklang mit dem jeweiligen Standard, werden fortlaufend neu bewertet und basieren auf historischen Erfahrungen und weiteren Faktoren einschließlich Erwartungen hinsichtlich zukünftiger Ereignisse, die unter den gegebenen Umständen vernünftig erscheinen. Diese Schätzungen und Annahmen haben Einfluss auf die in der Bilanz und die in der Gesamtergebnisrechnung ausgewiesenen Beträge der Aktiva und Verbindlichkeiten sowie der Erträge und Aufwendungen.

Bei den folgenden Annahmen und Schätzungen besteht naturgemäß die Möglichkeit, dass, wenn sich die Rahmenbedingungen entgegen den Erwartungen am Bilanzstichtag entwickeln, es zu wesentlichen Anpassungen von Vermögenswerten und Schulden im nächsten Geschäftsjahr kommen kann.

- Zur Beurteilung der Werthaltigkeit von Finanzinstrumenten, für die kein aktiver Markt vorhanden ist, werden alternative finanzmathematische Bewertungsmethoden herangezogen. Die der Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts zu Grunde gelegten Parameter beruhen teilweise auf zukunftsbezogenen Annahmen.
- Die Beurteilung der Werthaltigkeit von immateriellen Vermögenswerten, Geschäfts- oder Firmenwerten, investment properties und Sachanlagen basiert auf zukunftsbezogenen Annahmen.
- Die Beurteilung der Werthaltigkeit von Finanzinstrumenten, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden oder der available for sale Kategorie zugeordnet werden, basiert auf zukunftsbezogenen Annahmen.
- Dem Ansatz der aktiven latenten Steuern liegt die Annahme zu Grunde, dass in Zukunft ausreichend steuerliche Einkünfte erwirtschaftet werden, um die bestehenden Verlustvorräte zu verwerten; ggf. werden keine aktiven latenten Steuern angesetzt.
- Für die Bewertung der bestehenden Sozialkapitalverpflichtungen werden Annahmen für Zinssatz, Pensionsantrittsalter, Lebenserwartung und künftige Bezugserhöhungen verwendet.
- Die Bewertung der Rückstellungen erfolgt auf Basis von Kostenschätzungen von Vertragspartnern, Erfahrungswerten und finanzmathematischen Berechnungsmethoden.
- Zu den in der Bilanz nicht erfassten Verpflichtungen und Wertminderungen auf Grund von Bürgschaften, Garantien und sonstigen Haftungsverhältnissen werden regelmäßig Einschätzungen vorgenommen, ob eine bilanzielle Erfassung im Abschluss zu erfolgen hat.

Sofern Schätzungen in größerem Umfang erforderlich waren, werden die getroffenen Annahmen bei der Erläuterung der entsprechenden Position dargestellt. Die tatsächlichen Werte können von den getroffenen Annahmen und Schätzungen abweichen, wenn sich die Rahmenbedingungen entgegen den Erwartungen zum Bilanzstichtag entwickeln. Änderungen werden zum Zeitpunkt einer besseren Kenntnis erfolgswirksam berücksichtigt und die Prämissen entsprechend angepasst. Zum 31. Dezember 2016 ist im Konsolidierungskreis der VBW kein ausländisches Tochterunternehmen in fremder Währung enthalten.

d) Konsolidierungsgrundsätze

Grundlage des vorliegenden Konzernabschlusses bilden nach IFRS erstellte Einzelabschlüsse aller vollkonsolidierten Unternehmen. Im Rahmen der Bewertung at equity wurden die Wertansätze in den lokalen Abschlüssen assoziierter Unternehmen an die konzerneinheitlichen Rechnungslegungsgrundsätze angepasst, sofern die Auswirkungen auf den Konzernabschluss wesentlich waren.

Die im Wege der Vollkonsolidierung und nach der Equity Methode einbezogenen Jahresabschlüsse wurden auf Basis des Bilanzstichtages zum 31. Dezember 2016 erstellt.

Unternehmenszusammenschlüsse ab dem 31. März 2004 werden gemäß IFRS 3 nach der Erwerbsmethode bilanziert. Dabei werden alle zum Erwerbszeitpunkt identifizierbaren Vermögenswerte, Schulden und Eventualschulden zu ihren beizulegenden Zeitwerten angesetzt. Übersteigen die Anschaffungskosten den anteiligen Zeitwert des Nettovermögens, wird ein Geschäfts- oder Firmenwert aktiviert. Die full goodwill Methode wird nicht angewendet. Der Firmenwert wird nicht planmäßig abgeschrieben, sondern wird gemäß IAS 36 einmal jährlich auf Wertminderung überprüft. Passive Unterschiedsbeträge sind gemäß IFRS 3 nach einer erneuten Überprüfung sofort erfolgswirksam zu erfassen. Anpassungen von bedingten Kaufpreisbestandteilen, die zum Zeitpunkt des Erwerbs als Verbindlichkeit ausgewiesen werden, werden erfolgswirksam erfasst. Transaktionen, bei denen der Konzern weiterhin die Beherrschung behält, werden erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst.

Sofern Unternehmen, die von der VBW direkt oder indirekt beherrscht werden, für die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns wesentlich sind, werden sie im Konzernabschluss vollkonsolidiert. Unternehmen mit einem Kapitalanteil zwischen 20 % und 50 % ohne Beherrschungsvertrag werden nach der Equity Methode in den Konzernabschluss einbezogen, sofern sie für die Darstellung nicht von untergeordneter Bedeutung sind.

Ausleihungen und andere Forderungen, Rückstellungen und Verbindlichkeiten sowie Eventualforderungen und -verbindlichkeiten aus Beziehungen zwischen den in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen sowie entsprechende Rechnungsabgrenzungsposten wurden im Zuge der Schuldenkonsolidierung aufgerechnet. Erträge und Aufwendungen zwischen Konzernunternehmen werden im Zuge der Aufwands- und Ertragskonsolidierung, Zwischenergebnisse im Wege der Zwischenergebniseliminierung eliminiert.

e) Währungsumrechnung

Gemäß IAS 21 werden auf Fremdwährung lautende monetäre Vermögenswerte und Schulden, nicht monetäre zum fair value bewertete Positionen sowie noch nicht abgewickelte Kassageschäfte zum Devisen-Kassa-Mittelkurs und noch nicht abgewickelte Termingeschäfte zum Devisen-Termin-Mittelkurs des Bilanzstichtages umgerechnet. Nicht monetäre Vermögenswerte und Schulden, die mit fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert werden, werden mit dem Anschaffungskurs angesetzt.

Die Umrechnung von Einzelabschlüssen ausländischer Tochterunternehmen in fremden Währungen erfolgt nach der modifizierten Stichtagskursmethode gemäß IAS 21 für die Bilanz mit dem Devisen-Kassa-Mittelkurs zum Bilanzstichtag und für das Eigenkapital mit den historischen Kursen. Differenzen, die sich aus dieser Umrechnung ergeben, werden erfolgsneutral in der Währungsrücklage verrechnet. Firmenwerte und aufgedeckte stille Reserven und Lasten aus der Erstkonsolidierung von ausländischen Tochterunternehmen, die vor dem 1. Jänner 2005 entstanden sind, werden mit den historischen Wechselkursen umgerechnet. Alle Firmenwerte und aufgedeckte stille Reserven und Lasten von Unternehmenszusammenschlüssen nach dem 1. Jänner 2005 werden mit dem Devisen-Kassa-Mittelkurs zum Bilanzstichtag umgerechnet.

Für die Gewinn- und Verlustrechnung werden die durchschnittlichen Devisen-Kassa-Mittelkurse, berechnet auf Basis von Monatsultimoständen, für das Geschäftsjahr herangezogen. Währungsdifferenzen zwischen dem Stichtagskurs in der Bilanz und dem Durchschnittskurs in der Gewinn- und Verlustrechnung werden ergebnisneutral mit dem Eigenkapital in der Währungsrücklage verrechnet.

f) Zinsüberschuss

Zinserträge und Zinsaufwendungen werden periodengerecht abgegrenzt und in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Laufende oder einmalige zinsähnliche Erträge und Aufwendungen wie Kreditprovisionen, Überziehungsprovisionen oder Bearbeitungsgebühren werden im Zinsüberschuss nach der Effektivzinsmethode erfasst. Agien und Disagien werden mit Hilfe der Effektivzinsmethode über die Laufzeit des Finanzinstrumentes verteilt und im Zinsüberschuss dargestellt.

Der sich aus der Berechnung der Risikovorsorge ergebende Barwerteffekt wird im Zinsergebnis dargestellt.

Der Zinsüberschuss setzt sich zusammen aus:

- Zinsen und ähnlichen Erträgen aus Kredit- und Geldmarktgeschäften (inklusive Barwerteffekt aus den Risikovorsorgen)
- Zinsen und ähnlichen Erträgen aus festverzinslichen Wertpapieren
- Erträgen aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren
- Erträgen aus verbundenen nicht konsolidierten Unternehmen und sonstigen Beteiligungen
- Mieterträgen aus investment property Vermögenswerten
- Zinsen und ähnlichen Aufwendungen von Einlagen
- Zinsen und ähnlichen Aufwendungen von verbrieften Verbindlichkeiten und Nachrangkapital
- Zinskomponenten von Derivaten des Bankbuches

Die Zinserträge und Zinsaufwendungen aus Handelsaktiva und -passiva werden im Handelsergebnis dargestellt.

Die Bewertungs- und Veräußerungsergebnisse von Wertpapieren, Aktien und Beteiligungen werden im Ergebnis aus Finanzinvestitionen ausgewiesen.

g) Risikovorsorge

In der Position Risikovorsorge für das Kreditgeschäft werden die Bildung und Auflösung von Einzelwertberichtigungen und Portfoliowertberichtigungen (siehe Note 3 m)) erfasst. Direkt abgeschriebene Forderungen und die Eingänge aus bereits abgeschriebenen Forderungen werden ebenfalls in dieser Position dargestellt. Weiters erfolgt hier auch der Ausweis der Dotierung und Auflösung von Risikorückstellungen.

Eine Wertminderung (impairment) liegt dann vor, wenn nach dem erstmaligen Ansatz der Kreditforderung objektive Hinweise auf ein Ereignis vorliegen, das Auswirkungen auf die zukünftigen Zahlungsströme aus der Forderung hat und dessen Auswirkungen verlässlich geschätzt werden können. Für die Ermittlung des Vorsorgebedarfs werden die Kreditforderungen im Rahmen der Kredit- und Ausfallüberwachung einzeln regelmäßig und anlassbezogen auf die oben genannten objektiven Hinweise untersucht. Zu den Ausfallkriterien zählen unter anderem Forbearance-Maßnahmen sowie Kennzahlen, die auf einen möglichen Zahlungsausfall hinweisen (beispielsweise unlikeliness to pay). Bei Forderungen, die Ausfallkriterien aufweisen und eine definierte Obligohöhe überschreiten („signifikante“ Forderungen), erfolgt die Ermittlung der Risikovorsorge mittels der discounted cash flow Methode (Einzelrisikovorsorge). Dabei wird auf Grundlage des ursprünglichen Effektivzinssatzes der Forderung der Barwert der zukünftig erwarteten cash flows errechnet. Dieser ist abhängig von der Einschätzung der aktuellen und künftigen wirtschaftlichen Situation des Kunden, der Einschätzung der Höhe der Verwertungserlöse von Kreditsicherheiten und dem zeitlichen Zufluss der daraus resultierenden Zahlungsströme. Die Risikovorsorge für nicht signifikante, ein Ausfallkriterium aufweisende Kredit-Engagements wird pauschal ermittelt (pauschale Einzelrisikovorsorge). Für jene Kredit-Engagements, die kein Ausfallkriterium aufweisen, wird eine Portfoliorisikovorsorge gebildet. Die pauschale Einzelrisikovorsorge und die Portfoliorisikovorsorge werden auf Einzelgeschäftsebene unter Verwendung von Bewertungsmodellen ermittelt. Diese Bewertungsmodelle basieren auf statistisch berechneten Parametern wie zum Beispiel historische Ausfall- und Verlustquoten. Die verwendeten Methoden und Parameter werden regelmäßig einer Validierung unterzogen, um die geschätzten und tatsächlichen Ausfälle und Verluste anzunähern. Der Prozess zur Ermittlung der Wertberichtigung erfolgt EDV-unterstützt durch ein dafür entwickeltes impairment tool.

h) Provisionsüberschuss

Im Provisionsüberschuss werden alle Erträge und Aufwendungen, die im Zusammenhang mit der Erbringung von Dienstleistungen entstehen, periodengerecht dargestellt.

i) Handelsergebnis

Im Handelsergebnis werden alle realisierten und unrealisierten Ergebnisse aus im Handelsbestand (Handelsaktiva und Handelspassiva) gehaltenen Wertpapieren, Devisen und Derivaten erfasst. Diese umfassen nicht nur die Ergebnisse aus Marktwertänderungen, sondern auch alle Zinserträge, Dividenden und Refinanzierungsaufwendungen von Handelsaktiva.

Ergebnisse aus der täglichen Bewertung von Positionen in Fremdwährungen werden ebenfalls im Handelsergebnis dargestellt.

j) Verwaltungsaufwand

Der Verwaltungsaufwand enthält alle Aufwendungen im Zusammenhang mit der Geschäftstätigkeit der in den Abschluss einbezogenen Unternehmen.

Dem Personalaufwand werden Löhne und Gehälter, gesetzliche und freiwillige Sozialaufwendungen, Zahlungen an die Pensionskasse und Mitarbeitervorsorgekasse sowie alle Aufwendungen für Abfertigungen und Pensionen zugeordnet.

Im Sachaufwand sind alle Aufwendungen für Geschäftsräume, Kommunikation, Werbung und Marketing, Rechtsberatung und sonstige Beratung, Schulungen sowie der EDV-Aufwand enthalten.

Weiters werden im Verwaltungsaufwand die Abschreibungen auf immaterielles und materielles Anlagevermögen – außer die Wertminderungen von Firmenwerten – dargestellt.

k) Sonstiges betriebliches Ergebnis

In dieser Position werden neben dem Ergebnis aus der Bewertung bzw. dem Rückkauf von finanziellen Verbindlichkeiten, den Wertminderungen von Firmenwerten, den Bewertungen von IFRS 5 Veräußerungsgruppen und dem Entkonsolidierungsergebnis aus dem Abgang von Tochterunternehmen alle übrigen sonstigen betrieblichen Ergebnisse erfasst.

l) Ergebnis aus Finanzinvestitionen

Im Ergebnis aus Finanzinvestitionen werden alle realisierten und unrealisierten Ergebnisse von Finanzinvestitionen at fair value through profit or loss und aller Derivate im Bankbuch dargestellt. Die Ergebnisse aus Zinsen und Dividenden werden im Zinsüberschuss erfasst.

Weiters werden hier die Veräußerungsergebnisse aller verbrieften Finanzinvestitionen der Kategorien available for sale (inklusive Beteiligungen), loans & receivables und held to maturity erfasst. Die Bewertungsergebnisse, wenn sie aus Gründen einer wesentlichen oder dauerhaften Wertminderung (impairment) resultieren, werden ebenfalls in dieser Position dargestellt. Wertaufholungen bei Fremdkapitalinstrumenten werden bei nachträglichem Wegfall des Wertminderungsgrundes bis zu den fortgeführten Anschaffungskosten ergebniswirksam in dieser Position erfasst.

Ergebnisse aus der täglichen Bewertung von Fremdwährungen werden im Handelsergebnis dargestellt.

m) Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten**Erfassung**

Ein finanzieller Vermögenswert oder eine finanzielle Verbindlichkeit wird dann in der Bilanz erfasst, wenn der Konzern Vertragspartei zu den vertraglichen Regelungen des Finanzinstrumentes wird und infolgedessen das Recht auf Empfang oder die rechtliche Verpflichtung zur Zahlung von flüssigen Mitteln hat. Ein Finanzinstrument gilt mit Handelsdatum als zu- oder abgegangen. Am Handelsdatum orientieren sich der erstmalige Ansatz in der Bilanz, die Bewertung in der Gewinn- und Verlustrechnung und die Bilanzierung des Abganges eines Finanzinstrumentes.

Ausbuchung

Die Ausbuchung eines finanziellen Vermögenswertes erfolgt zum Zeitpunkt des Verlustes der vertraglichen Rechte an den cash flows. Eine finanzielle Verbindlichkeit wird dann ausgebucht, wenn diese getilgt ist.

Der Konzern wickelt Transaktionen ab, bei denen finanzielle Vermögenswerte übertragen werden, aber entweder Risiken oder Chancen, die mit dem Eigentum des Vermögenswertes verbunden sind, im Konzern verbleiben. Werden alle oder die wesentlichsten Risiken und Chancen im Konzern behalten, dann wird der finanzielle Vermögenswert nicht ausgebucht, sondern weiterhin in der Bilanz erfasst. Solche Transaktionen sind z.B. Wertpapierleihe und Pensionsgeschäfte.

Saldierungen

Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten werden nur dann miteinander verrechnet, wenn der Konzern ein vertragliches Recht darauf hat und wenn der Konzern die verrechnete Verbindlichkeit auf einer Nettobasis tilgt oder gleichzeitig mit der Realisierung der Forderung die Verbindlichkeit begleicht.

Erträge und Aufwendungen werden nur dann netto dargestellt, wenn das von den Rechnungslegungsstandards erlaubt ist oder wenn die Gewinne und Verluste aus einer Gruppe gleichartiger Transaktionen, wie z.B. die Handelsaktivitäten des Konzerns, entstehen.

Fortgeführte Anschaffungskosten

Die fortgeführten Anschaffungskosten von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten sind jener Betrag, der sich aus den ursprünglichen Anschaffungskosten unter Berücksichtigung von Tilgungsbeträgen, der Verteilung von Agien oder Disagien nach der Effektivzinsmethode über die Laufzeit sowie von Wertberichtigungen oder Abschreibungen auf Grund von Wertminderungen oder Uneinbringlichkeit ergibt.

Fair value Bewertung

Der fair value ist der Preis, der in einem geordneten Geschäftsvorfall zwischen Marktteilnehmern am Bemessungsstichtag für den Verkauf eines Vermögenswertes eingenommen bzw. für die Übertragung einer Schuld gezahlt werden würde.

Für die Berechnung der fair values wird die folgende fair value Hierarchie herangezogen, die die Bedeutung der einzelnen Parameter widerspiegelt.

Level 1: Ein auf einem aktiven Markt notierter Preis für identische Instrumente. Ein Markt wird als aktiv angesehen, wenn notierte Preise leicht und regelmäßig erhältlich sind und diese Preise aktuelle und regelmäßig auftretende Markttransaktionen wie unter unabhängigen Dritten darstellen.

Level 2: Bewertungsmethoden, die auf beobachtbaren Daten beruhen – entweder direkt als Preise oder indirekt abgeleitet von Preisen. Zu den Bewertungsmethoden gehören die Verwendung der jüngsten Geschäftsvorfälle zwischen sachverständigen, vertragswilligen und unabhängigen Geschäftspartnern sowie der Vergleich mit dem aktuellen beizulegenden Zeitwert eines anderen, im Wesentlichen identischen Finanzinstruments. Bei der Analyse von diskontierten cash flows sowie Optionspreismodellen werden alle wesentlichen Parameter direkt oder indirekt von beobachtbaren Marktdaten abgeleitet. Dabei werden alle Faktoren berücksichtigt, die Marktteilnehmer bei einer Preisfeststellung beachten würden. Die Bewertung ist mit anerkannten wirtschaftlichen Methoden für die Preisfindung von Finanzinstrumenten konsistent. Alle für diese Berechnungsmethoden angewandten Schätzungen spiegeln angemessene Markterwartungen wider und beachten alle Risikofaktoren, die normalerweise in Finanzinstrumenten enthalten sind.

Level 3: Bewertungsmethoden, die zum Großteil nicht am Markt beobachtbare Parameter verwenden. Diese Parameter haben einen wesentlichen Effekt auf die Ermittlung des fair values. In dieser Kategorie werden auch Instrumente ausgewiesen, bei denen die Bewertung durch Anpassung von nicht beobachtbaren Inputfaktoren erfolgt, sofern diese Anpassung erheblich ist.

Die Bewertungsmethoden werden periodisch neu ausgerichtet und auf Validität überprüft, indem Preise von beobachtbaren aktuellen Markttransaktionen oder Preise, die auf verfügbaren, beobachtbaren Marktdaten beruhen, für dasselbe Finanzinstrument verwendet werden.

Wertminderungen

Quartalsweise findet ein Prozess für die Bewertung der Kreditforderungen mit dem Auftrag an die für das Risiko zuständigen Organisationseinheiten statt, auf Basis aktueller Entwicklungen einen Vorschlag für den Kreditrisikovorsorgebedarf zu machen. Eine Wertminderung liegt vor, wenn nach dem erstmaligen Ansatz eines Finanzinstruments objektive Hinweise auf ein Ereignis vorliegen, das Auswirkungen auf die zukünftigen Zahlungsströme aus dem Finanzinstrument hat und deren Auswirkung verlässlich geschätzt werden kann.

Objektive Hinweise für das Auftreten von Wertminderungen sind z.B. finanzielle Schwierigkeiten des Schuldners; Umschuldung einer Forderung zu Konditionen, die ansonsten nicht gewährt werden; Indikationen, dass der Schuldner in Insolvenz geht; das Verschwinden eines Wertpapiers von einem aktiven Markt und andere beobachtbare Daten im Zu-

sammenhang mit einer Gruppe von finanziellen Vermögenswerten, wie Veränderungen im Zahlungsstand von Kreditnehmern oder wirtschaftliche Bedingungen, die mit den Ausfällen der Gruppe korrelieren.

Für die Berechnung des Vorsorgebedarfes werden zuerst die Vermögenswerte einzeln auf objektive Hinweise auf Wertminderung untersucht. Alle wesentlichen (signifikanten) Vermögenswerte werden auf Basis der erwarteten cash flows bewertet. Finanzielle Vermögenswerte, die für sich gesehen nicht bedeutsam sind, werden einer gemeinsamen Bewertung unterzogen. Dabei werden sie in Gruppen mit vergleichbaren Risikoprofilen zusammengefasst. Alle Vermögenswerte, bei denen kein objektiver Hinweis auf Wertminderung vorliegt, werden im Rahmen der Portfoliowertberichtigung für Wertminderungen, die bereits aufgetreten, aber noch nicht entdeckt wurden, wertberichtigt.

Gemäß den Vorgaben im Konzern-Kreditrisikohandbuch werden Kunden mit einem internen Rating von 4C bis 4E (watchlist loans) und alle anderen Kunden, bei denen sonstige Hinweise ausfallsbedrohender Art bestehen, d.h. dass die vertragskonforme Rückführung gefährdet erscheint, einer intensiveren Prüfung unterzogen. Für un- oder teilbesicherte Engagements wird ein entsprechender Risikovorsorgebedarf erfasst. Bei non-performing loans (Ratingklasse 5A – 5E) wird die Angemessenheit der Höhe der Risikovorsorge überprüft.

Der Betrag der Wertminderungen für Vermögenswerte, die mit fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden, wird aus der Differenz zwischen dem Buchwert und dem Barwert der zukünftigen Zahlungsströme unter Berücksichtigung von Sicherheiten, abgezinst mit dem Effektivzinssatz des Vermögenswertes, ermittelt. Der Abwertungsbetrag wird in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Fällt zu einem späteren Zeitpunkt der Grund der Wertminderungen weg, wird der Betrag über die Gewinn- und Verlustrechnung wieder zugeschrieben. Bei nicht verbrieften Forderungen wird der Betrag der Risikovorsorge auf einem eigenen Konto dargestellt. Verbrieft Forderungen werden direkt ab- bzw. zugeschrieben. Bei nicht verbrieften Forderungen erfolgt eine Direktabschreibung dann, wenn der Vermögenswert ausgebucht wird und keine ausreichende Risikovorsorge bis zum Zeitpunkt der Ausbuchung gebildet war.

Die Berechnung der Portfoliowertberichtigung erfolgt für homogene Portfolien. Bei der Berechnung der Höhe dieser Wertberichtigung werden folgende Parameter berücksichtigt:

- die historischen Verluste aus Forderungsausfällen
- die für die Folgeperiode geschätzten Ausfälle
- die geschätzte Zeitdauer zwischen Eintritt eines Ausfalls und Identifizierung des Ausfalls (loss identification period: 30 – 360 Tage)
- die Erfahrung des Managements, ob die aus den historischen Zeitreihen hergeleitete Schätzung der Höhe der Ausfälle größer oder kleiner als die voraussichtlichen Ausfälle in der aktuellen Periode ist.

Bei available for sale Vermögenswerten wird bei Vorliegen einer Wertminderung diese sofort als Abschreibung in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Die bisher in der available for sale Rücklage erfassten Beträge werden ebenfalls in die Gewinn- und Verlustrechnung umgliedert. Fällt der Wertminderungsgrund weg, werden abgeschriebene Beträge bei Fremdkapitalinstrumenten wieder erfolgswirksam zugeschrieben. Bei Eigenkapitalinstrumenten erfolgt die Zuschreibung erfolgsneutral unter Beachtung von latenten Steuern im sonstigen Ergebnis.

At fair value through profit or loss Designierung

Es wird nicht von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, Finanzinstrumente unwiderruflich als at fair value through profit or loss zu designieren. Eine Zuordnung zu dieser Kategorie erfolgt, wenn eine der drei folgenden Bedingungen erfüllt ist:

- Gruppen von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten werden nach einer dokumentierten Risikomanagementstrategie und Investitionsstrategie auf fair value Basis gemanagt.
- Durch den fair value Ansatz wird eine Inkonsistenz bei der Bewertung von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten nachweislich verhindert.
- Ein Finanzinstrument enthält ein eingebettetes Derivat, das grundsätzlich getrennt vom Rahmenvertrag zum fair value anzusetzen wäre.

Bei finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten im Bankbuch, die der Kategorie at fair value through profit or loss zugeordnet werden, werden Zinsen, Dividenden sowie damit im Zusammenhang stehende Provisionserträge und -aufwendungen in den jeweiligen Positionen in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen. Das Ergebnis aus der Bewertung zum fair value wird getrennt davon im Ergebnis aus Finanzinvestitionen gezeigt.

In Note 36) Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten wird für jede Klasse von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten der Betrag, der der Kategorie at fair value through profit or loss zugeordnet wurde, dargestellt. Die Beschreibung über die Gründe der Designierung ist bei den Notes zu den einzelnen finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten enthalten.

Derivate

Derivate werden grundsätzlich mit ihrem Marktwert ergebniswirksam bewertet.

Bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts wird auch auf credit value adjustments (CVA) bzw. debt value adjustments (DVA) Bedacht genommen. Dem Kontrahentenrisiko für Marktwerte aus unbesicherten Derivaten wird mittels CVA bzw. DVA – als Näherungsfunktion des potenziellen zukünftigen Verlustes in Bezug auf das Kontrahentenausfallsrisiko – Rechnung getragen. Das expected future exposure (EFE) wird hierbei mittels Monte Carlo Simulation ermittelt. Da für diese Kontrahenten keine am Markt beobachtbaren Credit Spreads zur Verfügung stehen, basieren die Ausfallswahrscheinlichkeiten der Kontrahenten auf internen Ratings des Konzerns.

Die Marktwertänderungen von Derivaten, die für einen fair value hedge verwendet werden, werden sofort in der Gewinn- und Verlustrechnung im Ergebnis aus Finanzinvestitionen erfasst. Die Marktwertänderung des Grundgeschäftes, die aus dem gesicherten Risiko resultiert, wird ebenfalls im Ergebnis aus Finanzinvestitionen erfasst, unabhängig ihrer Zuordnung zu den einzelnen Kategorien gemäß IAS 39. Fair value hedges werden für die Absicherung von Zinsänderungsrisiken bzw. Fremdwährungsrisiken aus festverzinslichen Finanzinvestitionen und -verbindlichkeiten, Fremdwährungsforderungen und -verbindlichkeiten sowie strukturierten Emissionen verwendet.

Bei einem cash flow hedge wird die Marktwertänderung des Derivates direkt im sonstigen Ergebnis unter Berücksichtigung von latenten Steuern in der hedging Rücklage erfasst. Der ineffektive Teil der Sicherungsbeziehung wird in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Die Bewertung des Grundgeschäftes erfolgt je nach dessen Zuordnung in die einzelnen Kategorien. Cash flow hedges werden zur Zeit im Konzern nicht verwendet.

Eingebettete abspaltungspflichtige Derivate werden unabhängig von dem Finanzinstrument, in das sie eingegliedert sind, bewertet, es sei denn, das strukturierte Investment wurde in die Kategorie at fair value through profit or loss designiert.

Eigene Eigenkapital- und Schuldinstrumente

Eigene Eigenkapitalinstrumente werden mit den Anschaffungskosten bewertet und passivseitig vom Eigenkapital abgesetzt. Rückgekaufte eigene Emissionen werden passivseitig mit dem Rückzahlungsbetrag von den Emissionen abgesetzt. Die Differenz zwischen dem Rückzahlungsbetrag und den Anschaffungskosten wird erfolgswirksam im sonstigen betrieblichen Ergebnis erfasst.

n) Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden

Forderungen sind nicht derivative finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmbareren Zahlungen, die nicht an einem aktiven Markt notieren und nicht verbrieft sind.

Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden werden mit den Bruttobeträgen vor Abzug von Wertberichtigungen inklusive abgegrenzter Zinsen angesetzt. Der Gesamtbetrag der Risikovorsorgen wird, sofern sich dieser auf bilanzielle Forderungen bezieht, offen als Kürzungsbetrag auf der Aktivseite der Bilanz nach den Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden ausgewiesen. Die Risikovorsorge für außerbilanzielle Geschäfte ist in der Position Rückstellungen enthalten.

Der erstmalige Ansatz der Forderungen erfolgt mit dem Marktwert zuzüglich aller direkt zurechenbaren Transaktionskosten. Die Folgebewertung erfolgt mit den fortgeführten Anschaffungskosten unter Verwendung der Effektivzinsmethode, außer die Forderungen wurden in die Kategorie at fair value through profit or loss designiert.

o) Risikovorsorge

Für die besonderen Risiken des Bankgeschäftes werden Einzelwertberichtigungen und Portfoliowertberichtigungen gebildet. Für weitere Details wird auf Note 3) m) Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten verwiesen.

p) Handelsaktiva und -passiva

In der Position Handelsaktiva werden alle finanziellen Vermögenswerte ausgewiesen, die mit einer kurzfristigen Wiederveräußerungsabsicht erworben wurden, oder die Bestandteil eines Portfolios mit kurzfristiger Gewinnerzielungsabsicht sind. Die Position Handelspassiva umfasst alle negativen Marktwerte von derivativen Finanzinstrumenten, die dem Handel dienen. In dieser Position werden keine finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten ausgewiesen, die in die Kategorie at fair value through profit or loss designiert wurden.

Sowohl der erstmalige Ansatz als auch die Folgebewertung erfolgt mit Marktwerten. Die Transaktionskosten werden sofort erfolgswirksam erfasst. Alle Marktwertveränderungen sowie alle dem Handelsbestand zurechenbaren Zinserträge, Dividendenerträge und Refinanzierungskosten werden im Handelsergebnis dargestellt.

q) Finanzinvestitionen

Unter den Finanzinvestitionen werden alle verbrieften Schuld- und Eigenkapitalinstrumente, sofern sie nicht unter den Anteilen und Beteiligungen erfasst werden, ausgewiesen. Der erstmalige Ansatz der Finanzinvestitionen erfolgt mit den Marktwerten zuzüglich direkt zurechenbarer Transaktionskosten. Die Folgebewertung ist abhängig von der Zuordnung der finanziellen Vermögenswerte zu den Kategorien at fair value through profit or loss, available for sale, loans & receivables und held to maturity.

Available for sale

In diese Kategorie werden alle Finanzinstrumente zugeordnet, die nicht in die Kategorie at fair value through profit or loss, loans & receivables oder held to maturity eingeordnet werden. Aufgrund des fehlenden Fälligkeitstermines werden hier auch alle Eigenkapitalinstrumente eingeordnet, sofern sie nicht der Kategorie at fair value through profit or loss zu-

geordnet wurden. Nicht börsennotierte Eigenkapitalinstrumente, deren Marktwert nicht verlässlich ermittelt werden kann, werden zu Anschaffungskosten abzüglich etwaiger Wertminderungen bewertet. Alle anderen available for sale Vermögenswerte werden zu Marktwerten bewertet. Die Marktwertänderungen werden direkt im Eigenkapital erfasst, bis die Finanzinvestition verkauft oder wertberichtigt wird und der Bewertungsbetrag aus dem Eigenkapital in die Gewinn- und Verlustrechnung umgebucht wird. Bei Finanzinstrumenten mit festen und bestimmaren Zahlungen wird zusätzlich die Differenz zwischen Anschaffungskosten inklusive Transaktionskosten und Rückzahlungsbetrag erfolgswirksam nach der Effektivzinsmethode amortisiert. Somit wird nur die Differenz zwischen den fortgeführten Anschaffungskosten und dem fair value in die available for sale Rücklage eingestellt.

Loans & receivables

In die Kategorie loans & receivables werden alle verbrieften Finanzinvestitionen mit festen und bestimmaren Zahlungen klassifiziert, die nicht an einem aktiven Markt notiert sind und die das Unternehmen nicht sofort oder in naher Zukunft veräußern möchte. Die Bewertung erfolgt mit den fortgeführten Anschaffungskosten unter Beachtung der Effektivzinsmethode.

Held to maturity

Es werden Finanzinstrumente in diese Kategorie gewidmet, wenn die Absicht und die Fähigkeit besteht, diese Finanzinstrumente bis zur Fälligkeit zu halten und wenn diese Finanzinstrumente bestimmte oder bestimmare Zahlungen und einen Fälligkeitstermin aufweisen.

Die Bewertung erfolgt mit den fortgeführten Anschaffungskosten unter Beachtung der Effektivzinsmethode. Jeder Verkauf oder jede Umwidmung eines wesentlichen Teiles aus dieser Kategorie, der nicht nahe beim Tilgungszeitpunkt liegt oder einem einmaligen isolierten Sachverhalt zuzurechnen ist, der sich der Kontrolle des Unternehmens entzieht und von diesem praktisch nicht vorhergesehen werden konnte, führt zu einer Umwidmung aller held to maturity Finanzinvestitionen in die available for sale Kategorie für die folgenden zwei Geschäftsjahre. Im Geschäftsjahr 2016 kam es zu keinen Umwidmungen bzw. Verkäufen eines wesentlichen Teils aus dieser Kategorie.

r) Investment property Vermögenswerte

Sämtliche Grundstücke und Gebäude, die die Definition von investment properties gemäß IAS 40 erfüllen, werden mit dem Marktwert bilanziert. Die jährliche Bewertung erfolgt im Wesentlichen nach dem Standard der RICS (Royal Institution of Chartered Surveyors). RICS definiert den Marktwert (Verkehrswert) als geschätzten Betrag, zu dem eine Immobilie zum Bewertungsstichtag zwischen einem verkaufsbereiten Verkäufer und einem kaufbereiten Erwerber nach angemessenem Vermarktungszeitraum in einer Transaktion im gewöhnlichen Geschäftsverkehr verkauft werden könnte, wobei jede Partei mit Sachkenntnis, Umsicht und ohne Zwang handelt. Die Berechnungen sind kapitalwertorientierte Ertragswertrechnungen, die in der überwiegenden Anzahl der Fälle anhand der discounted cash flow Methode auf Basis aktueller Mietzinslisten samt Mietauslaufprofil unter Zugrundelegung von Annahmen über Marktentwicklungen und Zinssätzen erstellt werden. Die verwendeten Renditen werden vom Bewerter definiert und spiegeln die aktuelle Marktsituation und die Vor- und Nachteile des jeweiligen Objektes wider. Für Grundstücke auf welchen keine Entwicklungen in näherer Zukunft erwartet werden, werden auch Vergleichsverfahren angewendet. Dabei werden Transaktionspreise von ähnlichen Objekten zugrundegelegt, die in der jüngsten Zeit auf dem offenen Markt veräußert wurden. Diese Verkaufspreise werden unter Einbezug entsprechender Vergleichsobjekte analysiert und im Hinblick auf Differenzen mit dem bewerteten Objekt auf der Grundlage von Vergleichselementen wie beispielsweise Größe, Aufteilung, Standort oder Widmung angepasst.

Das Immobilien-Portfolio wird ausschließlich von externen Gutachtern bewertet. Die Auswahl von Gutachtern wird unter anderem aufgrund ausgewiesener professioneller Qualifikation und Erfahrung hinsichtlich der jeweiligen Standorte und

Kategorien der bewerteten Objekte vorgenommen. In Österreich wurden Gutachten von IMMO-CONTRACT Maklerges.m.b.H. eingeholt. Das Entgelt für den externen Gutachter ist ein fixer Betrag und hängt nicht vom festgestellten Marktwert des bewerteten Objektes ab.

Da für die Bewertung der investment property Vermögenswerte Parameter herangezogen werden, welche nicht auf Marktdaten basieren, erfolgt die Einstufung der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien in Level 3 der fair value Kategorie. Die bewertungsrelevanten Annahmen und Parameter werden zu jedem Bewertungsstichtag aktualisiert, was zu erheblichen Wertschwankungen der Wertansätze führen kann.

Die Mietverhältnisse bestehen gegenüber gewerblichen und privaten Bestandsnehmern und sind aufgrund des vielfältigen Bestands unterschiedlich. In der Regel haben die Mietverhältnisse eine längerfristige Laufzeit von bis zu 10 Jahren und sind mit Kauttionen besichert. Es werden marktübliche Indexanpassungen berücksichtigt, umsatzabhängige Mieten bestehen nicht. Für einige Objekte wurden Kaufoptionen eingeräumt.

Die Mieterträge werden linear entsprechend der Vertragslaufzeit erfolgswirksam vereinnahmt und in den Erträgen aus Zinsen und ähnlichen Erträgen dargestellt.

s) Beteiligungen

Es werden Tochterunternehmen gegründet und Beteiligungen aus strategischen Gründen und als Finanzbeteiligungen erworben. Bei den strategischen Beteiligungen handelt es sich um Gesellschaften, die die Geschäftsfelder abdecken und um Gesellschaften, die geschäftsunterstützend wirken.

Unternehmen, auf die ein maßgeblicher Einfluss ausgeübt wird, werden nach der Equity Methode bewertet. Alle übrigen Beteiligungen werden mit dem ihnen beizulegenden Wert angesetzt. Die Ermittlung des beizulegenden Werts erfolgt durch Bezugnahme auf Marktpreise auf aktiven Märkten oder, soweit keine aktiven Märkte bestehen, anhand von Bewertungsverfahren. Zu den Bewertungsverfahren gehören insbesondere discounted cash flow Verfahren und Multiplikatorverfahren. Soweit discounted cash flow Verfahren zur Anwendung gelangen, beruhen die verwendeten Abzinsungssätze auf jeweils aktuellen Empfehlungen des Fachsenats der österreichischen Kammer der Wirtschaftstreuhänder sowie internationalen Finanzinformationsdienstleistungsunternehmen und liegen im Geschäftsjahr 2016 bei 7 - 8,3 % (2015: 9,0 %). Die bei der Berechnung verwendete Marktrisikoprämie liegt bei 6,75 % (2015: 6,75 %), die herangezogenen Beta-Werte bei 0,9 - 1,1 (2015: 1,1). Zusätzliche Länderrisiken waren nicht zu berücksichtigen. Da im Vorjahr keine Beteiligungen mit dem Marktwert bewertet waren, werden keine Vergleichszahlen zu den Parametern angegeben. Ergänzend werden Verfahren angewendet, bei denen beizulegende Werte durch Anpassung beobachtbarer Marktdaten ähnlicher Finanzinstrumente ermittelt werden. Jene Beteiligungen, bei denen der beizulegende Wert nicht zuverlässig bestimmbar ist, sind zu Anschaffungskosten angesetzt. Bei Wertminderungen werden entsprechende Abwertungen vorgenommen. Fällt der Grund der Wertminderung weg, erfolgt die Zuschreibung erfolgsneutral unter Beachtung von latenten Steuern direkt im Eigenkapital.

t) Immaterielles und materielles Anlagevermögen

Der Ausweis der immateriellen Vermögenswerte erfolgt mit den jeweiligen Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen bzw. um Wertminderungen. Diese Position umfasst vor allem entgeltlich erworbene Firmenwerte, Kundenbeziehungen und Software.

Ein Geschäfts- oder Firmenwert wird nicht linear abgeschrieben, sondern stattdessen gemäß IAS 36 einmal jährlich auf Wertminderung geprüft oder, falls Ereignisse oder veränderte Umstände darauf hinweisen, dass eine Wertminderung stattgefunden haben könnte, auch häufiger. Dieser impairment test wird für die jeweiligen cash generating units (CGUs),

welchen Firmenwerte zugerechnet sind, durchgeführt. Der Wertminderungsbedarf der CGU wird durch Gegenüberstellung des Buchwertes mit deren erzielbarem Betrag ermittelt. Sofern der erzielbare Betrag den Buchwert unterschreitet, ist in Höhe dieser Differenz ein Wertminderungsaufwand zu erfassen. Eine Wertaufholung von Wertminderungen von Firmenwerten ist in der Folgeperiode unzulässig. Die Bewertung der Sachanlagen erfolgt zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, die – soweit es sich um abnutzbare Vermögenswerte handelt – um planmäßige lineare Abschreibungen entsprechend der erwarteten Nutzungsdauer vermindert werden.

Bei dauerhaften Wertminderungen werden außerplanmäßige Abschreibungen, bei Wegfall dieses Abschreibungsgrundes werden Zuschreibungen bis maximal zur Höhe der fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten durchgeführt.

Die Nutzungsdauer entspricht dem tatsächlichen Nutzungsverschleiß und beträgt für:

Betriebs- und Geschäftsausstattung (Möbel)	max. 10 Jahre
EDV-Hardware (inkl. Rechenmaschinen, etc.)	max. 5 Jahre
EDV-Software	max. 4 Jahre
Fahrzeuge	max. 5 Jahre
Kundenbeziehungen	max. 20 Jahre
Tresoranlagen, Panzerschränke	max. 20 Jahre
Gebäude, Umbauten	max. 50 Jahre
Mietrechte	max. Laufzeit des Mietrechtes

u) Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen

In diesen Positionen werden sowohl die laufenden als auch die latenten Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen ausgewiesen.

Gemäß IAS 12 wird die latente Steuerabgrenzung nach der bilanzorientierten Verbindlichkeitsmethode ermittelt. Dabei wird eine Steuerabgrenzung auf alle temporären Unterschiede zwischen dem steuerlichen Wertansatz eines Vermögenswertes oder Schuldpostens und dem Wertansatz im IFRS Abschluss gebildet. Die Berechnung der latenten Steuern in den einzelnen einbezogenen Unternehmen erfolgt mit den zum Bilanzstichtag gültigen oder bereits angekündigten landesspezifischen Steuersätzen. Eine Aufrechnung von latenten Steueransprüchen mit latenten Steuerverpflichtungen wird je Unternehmen vorgenommen.

Aktive latente Steuern unter anderem auf noch nicht genutzte steuerliche Verlustvorträge werden dann bilanziert, wenn es wahrscheinlich ist, dass in derselben Gesellschaft in Zukunft ausreichend zu versteuernde Gewinne vorhanden sein werden bzw. wenn in ausreichendem Umfang steuerpflichtige temporäre Differenzen vorhanden sind. Der Beurteilungszeitraum beträgt bis zu 4 Jahre. Aktive latente Steuern auf Verlustvorträge oder andere Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten, deren Verwertbarkeit nicht ausreichend gesichert ist, werden wertberichtigt. Eine Abzinsung für latente Steuern wird nicht vorgenommen.

v) Sonstige Aktiva

Zur periodenrichtigen Darstellung von Erträgen und Aufwendungen werden Rechnungsabgrenzungsposten gebildet, die gemeinsam mit sonstigen Vermögenswerten in dieser Position ausgewiesen werden. Im Falle von Wertminderungen werden Wertberichtigungen gebildet. Darüber hinaus enthält diese Position auch alle positiven Marktwerte aus Derivaten des Bankbuches, die mit dem Marktwert bewertet werden. Die Marktwertänderungen werden – mit Ausnahme von Derivaten für cash flow hedges, die direkt im sonstigen Ergebnis erfasst werden – im Ergebnis aus Finanzinvestitionen gezeigt.

w) Verbindlichkeiten

Der erstmalige Ansatz der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden sowie der verbrieften Verbindlichkeiten erfolgt mit dem Marktwert zuzüglich aller direkt zurechenbaren Transaktionskosten. Die Folgebewertung erfolgt mit den fortgeführten Anschaffungskosten unter Verwendung der Effektivzinsmethode, außer diese Verbindlichkeiten wurden der Kategorie at fair value through profit or loss zugeordnet.

x) Sozialkapital

Bei beitragsorientierten Plänen (defined contribution plans) stellen die Beiträge an den Fonds einen Aufwand der laufenden Periode dar. Ungleichmäßig verteilte Beitragszahlungen werden periodengerecht abgegrenzt.

Der VBW Konzern hat einzelnen Mitarbeitern leistungsorientierte Pläne (defined benefit plans) für die Höhe der späteren Versorgungsleistung zugesagt. Diese Pläne sind teilweise unfunded, d.h. die zur Bedeckung benötigten Mittel verbleiben im Unternehmen, die Bildung der Rückstellung erfolgt im VBW Konzern. Die Finanzierung dieser Pläne erfolgt ausschließlich durch den Konzern, Arbeitnehmer müssen keine Beiträge zu den Plänen leisten. Im VBW Konzern wurden in den Vorjahren Pensionsansprüche von Mitarbeitern auf eine Pensionskasse übertragen, die als ausgelagertes Vermögen – Planvermögen – dargestellt ist. Außergewöhnliche, unternehmens- oder planspezifische Risiken bzw. erhebliche Risikokonzentration sind nicht zu erblicken.

Die Pensionskasse hat für jene Teile der Pensionsverpflichtungen, die auf sie ausgelagert sind, einen Asset-Risikomanagement-Prozess (ARM-Prozess) eingerichtet.

In der BONUS Pensionskasse Aktiengesellschaft wird das Risiko auf der Ebene einer Veranlagungs- und Risikogemeinschaft (VRG) durch die Risikoindikatoren Value-at-Risk (VaR) und Shortfall-Risk (SFR) berechnet. Dadurch werden maximale Verlustwahrscheinlichkeiten unter üblichen Marktbedingungen quantifiziert. Zudem werden zwecks Berücksichtigung selten auftretender extremer Marktbewegungen Szenarioanalysen durchgeführt. Die Risikoindikatoren VaR und SFR sind die Kernfaktoren zur Steuerung des Risikos auf VRG Ebene. Festgelegte Limite von VaR- und SFR-Werten unter Berücksichtigung von, bei negativen Marktentwicklungen in Kraft tretenden, Absicherungsmaßnahmen bilden dabei den Rahmen für die Veranlagung.

Die Pensionskasse erfüllt im eigenen Bereich die Vorgaben der Risikomanagementverordnung der Finanzmarktaufsicht (FMA) und berichtet regelmäßig darüber an den Aufsichtsrat. Hinsichtlich der passivseitigen Verpflichtungen werden die biometrischen Risiken in der VRG regelmäßig überprüft, um langfristige Abweichungen zu den verwendeten Rechnungsgrundlagen rechtzeitig zu erkennen und durch eine entsprechende Anpassung der Tafeln zu vermeiden. Gleiches gilt für die Bewertung jener Verpflichtungen, die nicht ausgelagert wurden. Diesbezüglich gibt es kein spezifisches ALM-Management, da bei direkten Leistungszusagen (Pensionen, Abfertigungen und Jubiläumsgeldverpflichtungen) keine Bedeckung dieser Rückstellungen mit direkt zuordenbaren Aktiva vorliegt. Im Rahmen einer Sensitivitätsanalyse werden jedoch Schwankungsbandbreiten, die aus Schwankungen der einbezogenen Parameter resultieren, ermittelt und überwacht, um die Auswirkungen allfälliger Schwankungen auf die Aktivseite der Bilanz rechtzeitig abschätzen zu können.

Für die Pensions- und Abfertigungsverpflichtungen werden gemäß Anwartschaftsbarwertverfahren nach den allgemein anerkannten Regeln der Versicherungsmathematik der Barwert der Gesamtverpflichtung sowie die in der Periode hinzuverdienten Ansprüche ermittelt. Bei der Abfertigungsverpflichtung werden sowohl ein Ausscheiden wegen des Erreichens der Altersgrenze als auch wegen Berufsunfähigkeit, Invalidität oder Ableben sowie die Hinterbliebenenanwartschaft berücksichtigt.

Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste werden direkt im sonstigen Ergebnis erfasst. Ein nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand wird im Zeitpunkt der Planänderung sofort erfolgswirksam erfasst. Alle Aufwendungen und Erträge in Zusammenhang mit leistungsorientierten Plänen werden im Personalaufwand erfasst.

Parameter zur Berechnung der Sozialkapitalverpflichtungen

	2016	2015	2014	2013
Zinssatz Pensionsrückstellung	1,10 %	1,50 %	1,60 %	3,00 %
Zinssatz Abfertigungsrückstellung	1,10 %	2,00 %	2,00 %	3,00 %
Zinssatz Jubiläumsrückstellung	1,10 %	2,00 %	1,80 %	3,00 %
Zinssatz Planvermögen	1,10 %	1,50 %		
Künftige Gehaltssteigerungen	3,00 %	3,00 %	3,00 %	3,50 %
Künftige Pensionssteigerungen	2,00 %	2,00 %	2,00 %	2,00 %
Fluktuationsabschläge	keine	keine	keine	keine

Als Rechnungsgrundlagen werden die biometrischen Grundwerte der aktuellsten österreichischen Pensionsversicherungstafel AVÖ 2008-P – Rechnungsgrundlagen für die Pensionsversicherung – Pagler&Pagler, Angestelltenbestand verwendet.

Bei der Berechnung wird generell auf die derzeit gültigen Alterspensionsgrenzen abgestellt und vorausgesetzt, dass die Mitarbeiter das aktive Dienstverhältnis in der Regel mit 65 Jahren bei Männern und 60 Jahren bei Frauen beenden werden. Allfällige Übergangsregelungen werden vernachlässigt.

Die Bewertung der Pensionsverpflichtungen beinhaltet anspruchsberechtigte Dienstnehmer, die am Bewertungsstichtag in einem aktiven Dienstverhältnis standen, sowie Bezieher laufender Pensionen. Die Ansprüche sind in Sonderverträgen bzw. Statuten genannt, rechtsverbindlich und unwiderruflich zugesagt.

y) Rückstellungen

Rückstellungen werden gebildet, wenn aus einem vergangenen Ereignis eine gegenwärtige Verpflichtung entstanden und es wahrscheinlich ist, dass zur Erfüllung der Verpflichtung ein Abfluss von Ressourcen erforderlich ist. Sie werden in Höhe der wahrscheinlichsten voraussichtlichen Inanspruchnahme gebildet. Dabei werden Kostenschätzungen von Vertragspartnern, Erfahrungswerte und finanzmathematische Berechnungsmethoden verwendet. Liegt nur eine mögliche Verpflichtung vor und kommt es wahrscheinlich zu keinem Vermögensabfluss bzw. ist keine zuverlässige Schätzung der Verpflichtung möglich, so wird eine Eventualverpflichtung ausgewiesen. Eine Abzinsung wird für die Risikorückstellungen vorgenommen.

In den Risikorückstellungen werden Kreditrisikovorsorgen für Eventualverbindlichkeiten (insbesondere Finanzgarantien) ausgewiesen. Die anderen Rückstellungen enthalten Vorsorgen für Rechtsstreitigkeiten und Restrukturierungen. Die Dotierung und Auflösung von Risikorückstellungen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung in den Risikovorsorgen erfasst. Die Dotierung und Auflösung der Restrukturierungsrückstellung erfolgt in der Position Restrukturierungsaufwand, während die Aufwendungen und Erträge aller anderen Rückstellungen vorwiegend im sonstigen betrieblichen Ergebnis erfasst sind.

z) Sonstige Passiva

Zur periodengerechten Darstellung von Erträgen und Aufwendungen werden Rechnungsabgrenzungsposten gebildet, die gemeinsam mit sonstigen Verbindlichkeiten in dieser Position ausgewiesen werden. Darüber hinaus enthält diese Position auch alle negativen Marktwerte aus Derivaten des Bankbuches, die mit den Marktwerten angesetzt werden. Die Marktwertänderungen werden – mit Ausnahme von Derivaten für cash flow hedges, die direkt mit dem Eigenkapital verrechnet werden – im Ergebnis aus Finanzinvestitionen gezeigt.

aa) Nachrangkapital

Der erstmalige Ansatz des Nachrangkapitals erfolgt mit dem Marktwert zuzüglich aller direkt zurechenbaren Transaktionskosten. Die Folgebewertung erfolgt mit den fortgeführten Anschaffungskosten unter Verwendung der Effektivzinsmethode, außer diese Verbindlichkeiten wurden der Kategorie at fair value through profit or loss zugeordnet.

Verbriefte oder unverbiefte finanzielle Verbindlichkeiten werden dann dem Nachrangkapital zugeordnet, wenn die Verbindlichkeit im Falle der Liquidation oder des Konkurses des Unternehmens erst nach den Verbindlichkeiten der anderen nicht nachrangigen Gläubiger befriedigt werden muss.

Ergänzungskapital beinhaltet in den Vertragsbedingungen zusätzlich zur Nachrangigkeit auch eine ergebnisabhängige Zinszahlung. Zinsen dürfen nur soweit ausbezahlt werden, soweit sie im Jahresüberschuss vor Rücklagenbewegung des emittierenden Unternehmens gedeckt sind. Weiters nehmen Ergänzungskapitalanteile auch am Verlust teil. Der Rückzahlungsbetrag wird durch laufende Verluste gemindert. Eine Tilgung zum Nominale kann erst dann wieder erfolgen, wenn die evidenzmäßig erfassten Verluste durch Gewinne aufgefüllt wurden.

bb) Eigenkapital

Als Eigenkapital werden jene emittierten Finanzinstrumente ausgewiesen, die keine vertragliche Verpflichtung beinhalten, flüssige Mittel oder einen anderen finanziellen Vermögenswert an ein anderes Unternehmen abzugeben oder finanzielle Vermögenswerte oder finanzielle Verbindlichkeiten mit einem anderen Unternehmen zu potenziell nachteiligen Bedingungen für den Emittenten auszutauschen.

Das Kapitalmanagement erfolgt auf Basis des aufsichtsrechtlichen Kapitals. Für Details wird auf Note ee) Eigenmittel und Note 49) a) Interner Kapitaladäquanzprozess – ICAAP und Stress Testing verwiesen.

cc) Kapitalrücklagen

Im Falle von Kapitalrücklagen werden gemäß IAS 32 die Transaktionskosten einer Eigenkapitaltransaktion unter Berücksichtigung von latenten Steuern abgesetzt, sofern es sich dabei um zusätzliche, der Eigenkapitaltransaktion direkt zurechenbare Kosten handelt. Weiters wird hier auch der Unterschied zwischen Nominale und Rückkaufswert von eigenen Aktien abgesetzt, sofern er in den Kapitalrücklagen Deckung findet. Sind nicht genügend Kapitalrücklagen vorhanden, wird der Betrag von den Gewinnrücklagen abgesetzt.

dd) Gewinnrücklagen

In den Gewinnrücklagen werden alle gesetzlichen, satzungsmäßigen und freien Gewinnrücklagen i.e.S., die Haftrücklage gemäß § 57 Abs. 5 BWG, die un versteuerten Rücklagen und alle sonstigen nicht ausgeschütteten Gewinne dargestellt.

ee) Eigenmittel

Das Unternehmen unterliegt externen Kapitalanforderungen, die auf der CRD IV und der CRR der Europäischen Union beruhen (Basel III). Die darin festgelegten Regeln für Kapitalquoten sind die zentrale Steuerungsgröße im Konzern. Mit diesen Quoten wird das aufsichtsrechtliche Kapital ins Verhältnis zu Kredit-, Markt- und operationellem Risiko gesetzt. Demgemäß orientiert sich die risk/return-Steuerung des Konzerns an einem Geschäft bzw. letztlich an dem einer organisatorischen Einheit zugeordneten Kapital und dem daraus zu erwirtschaftenden Ertrag unter Beachtung der entsprechenden Risikogesichtspunkte.

Das Kreditrisiko wird ermittelt, indem bilanzielle und außerbilanzielle Engagements entsprechend ihrem relativen Risikogehalt mit dem einem Kontrahenten zuzuordnenden Risikogewicht multipliziert werden. Die Verfahren zur Ermittlung der risikorelevanten Parameter (Obligo, Risikogewicht) orientieren sich an regulatorisch vorgegebenen Prozentsätzen (Stan-

dardansatz). Hinzu kommt ein Eigenkapitalbedarf für die Anpassung der Kreditbewertung bei Derivatgeschäften, der sich aus regulatorisch vorgegebenen Werten ableitet und im Besonderen das Kontrahentenrisiko aus dem Derivatgeschäft abbildet. Die Marktrisikokomponente des Konzerns wird ebenfalls nach dem Standardansatz gerechnet. Das Erfordernis für das operationelle Risiko ergibt sich aus der Multiplikation der Betriebserträge mit den für die jeweiligen Geschäftsfelder gültigen Prozentsätzen.

Das aufsichtsrechtliche Kapital ist in folgende drei Bestandteile aufgeteilt:

- Hartes Kernkapital – Common Equity Tier I (CET1)
- Zusätzliches Kernkapital – Additional Tier I (AT1)
- Ergänzungskapital – Tier II (T2)

Die ersten beiden Komponenten bilden zusammen das Tier I-Kapital.

Das CET1 besteht aus dem Aktien- und Partizipationskapital, das die Anforderungen der CRR erfüllt. Diese sind: Bilanzierung und gesonderte Offenlegung als Eigenkapital, keine zeitliche Befristung, volle Verlusttragung, Verringerung nur durch Liquidation oder Rückzahlung ohne besondere Anreizmechanismen, keine Ausschüttungspflichten und Ausschüttungen sind nicht an das Nominale gekoppelt. Für bestehendes Partizipationskapital, das die Kriterien von CET1 nicht erfüllt, gelten Übergangsbestimmungen, sodass bis zum Jahr 2021 jedes Jahr 10 Prozentpunkte weniger angerechnet werden; ab dem Jahr 2022 kann dieses Kapital nicht mehr angerechnet werden. Weiters werden Kapital- und Gewinnrücklagen und sonstige Rücklagen sowie jene Minderheitenanteile, die zur Abdeckung des regulatorischen Kapitalerfordernisses dienen, dem CET1 zugerechnet. Wesentliche Abzugsposten bilden immaterielle Vermögenswerte und Firmenwerte, aktive latente Steuern und Beteiligungen an anderen Kreditinstituten.

T2 bildet sich aus langfristigen nachrangigen Verbindlichkeiten.

Die Mindesteigenmittelquote (Summe aus Tier I und II) beträgt 8 %. Als Mindestvorschrift für Kernkapital gilt 4,5 % CET1 und 6,0 % Tier I. Diese aufsichtsrechtlich relevanten Grenzen wurden im VBW Konzern in der gesamten Berichtsperiode eingehalten und übererfüllt.

Ab 2016 muss zusätzlich in Jahresschritten bis 2019 ein Kapitalerhaltungspuffer von 2,5 Prozentpunkten aufgebaut werden, der aus CET1-Kapitalia bestehen muss. Für 2017 beträgt der vorgeschriebene Kapitalerhaltungspuffer 1,25 % (2016: 0,625 %).

Mit Wirkung ab 1. Jänner 2016 hat die FMA einigen österreichischen Kreditinstituten mittels der Kapitalpuffer-Verordnung individuell einen sich aufbauenden zusätzlichen Systemrisikopuffer vorgeschrieben. Dabei handelt es sich um einen Kapitalpuffer, der Risiken aus der starken Verflechtung von Kreditinstituten abfedern soll. Die VBW ist von dieser Vorschreibung nicht umfasst.

Weiters wurde mit der Kapitalpuffer-Verordnung neben dem Systemrisikopuffer auch der antizyklische Kapitalpuffer von der FMA geregelt. Dieser Puffer soll dem Entstehen von Kreditblasen entgegenwirken und ist derzeit mit 0,0 Prozentpunkten für Forderungen in Österreich festgelegt. Die Angemessenheit dieses Puffers wird zukünftig quartalsweise vom Finanzmarktstabilitätsgremium evaluiert.

Aus dem JRAD-Verfahren, einem von den Aufsichtsbehörden tourlich durchgeführten Verfahren zur Einschätzung der Kapitaladäquanz eines Institutes, können sich regulatorisch höhere Quoten ergeben.

Der Volksbanken-Verbund wurde im Jahr 2015 wieder in den SREP-Prozess der EZB eingegliedert. Mit Beschluss der EZB vom 25. November 2016 wurde der VBW das Ergebnis des aufsichtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozesses (Supervisory Review and Evaluation Process, SREP) mit Stichtag 31. Dezember 2015 übermittelt. Hierzu wird auf die Ausführungen in Note 49) Risikobericht verwiesen.

Die Darstellung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittel des Konzerns erfolgt in Note 35) Eigenmittel.

ff) Treuhandgeschäfte

Geschäfte, in denen ein in den Abschluss einbezogenes Unternehmen als Treuhänder oder in anderer treuhändischer Funktion agiert und somit Vermögenswerte auf fremde Rechnung verwaltet oder platziert, werden nicht in der Bilanz ausgewiesen. Provisionszahlungen aus diesen Geschäften werden im Provisionsüberschuss dargestellt.

gg) Pensionsgeschäfte

Im Rahmen echter Pensionsgeschäfte werden Vermögenswerte an einen Vertragspartner verkauft und gleichzeitig vereinbart, diese an einem bestimmten Termin zu einem vereinbarten Kurs zurückzukaufen. Die Vermögenswerte verbleiben, da keine Chancen und Risiken mit übertragen werden, in der Bilanz und werden nach den Regeln der jeweiligen Bilanzposten bewertet. Gleichzeitig wird eine Verpflichtung in Höhe der erhaltenen Zahlung passiviert.

hh) Eventualverpflichtungen

Unter den Eventualverpflichtungen werden mögliche Verpflichtungen ausgewiesen, bei denen es wahrscheinlich zu keinem Vermögensabfluss kommen wird, oder bei denen keine zuverlässige Schätzung der Verpflichtung möglich ist. Für Akzepte und Indossamentverbindlichkeiten aus weitergegebenen Wechseln werden im Rahmen der Risikorückstellungen Vorsorgen gebildet, wenn es voraussichtlich zu Inanspruchnahmen kommen wird.

Verpflichtungen aus Finanzgarantien werden erfasst, sobald der Konzern Vertragspartei wird, d.h. im Zeitpunkt der Annahme des Garantieangebots. Der erstmalige Ansatz der Finanzgarantien erfolgt mit dem fair value. Grundsätzlich entspricht der fair value dem Wert der vereinbarten Prämie.

Unter den sonstigen Eventualverpflichtungen werden die Haftsummenzuschläge bei Beteiligungen an Genossenschaften ausgewiesen.

Im Rahmen der Folgebewertung wird regelmäßig überprüft, ob eine bilanzielle Erfassung im Abschluss erforderlich ist.

ii) Geldflussrechnung

Die Ermittlung der Geldflussrechnung erfolgt nach der indirekten Methode. Hierbei wird der netto cash flow aus operativer Geschäftstätigkeit ausgehend vom Jahresergebnis nach Steuern und vor Fremdanteilen ermittelt, wobei zunächst diejenigen Aufwendungen zugerechnet und Erträge abgezogen werden, die im Geschäftsjahr nicht zahlungswirksam waren. Weiters werden alle Aufwendungen und Erträge eliminiert, die zwar zahlungswirksam waren, jedoch nicht der operativen Geschäftstätigkeit zugeordnet werden. Diese Zahlungen werden bei den cash flows aus Investitionstätigkeit oder Finanzierungstätigkeit erfasst. Die in der Geldflussrechnung gesondert dargestellten Zins-, Dividenden- und Steuerzahlungen betreffen ausschließlich das operative Geschäft.

Dem cash flow aus Investitionstätigkeit werden cash flows aus langfristigen Vermögenswerten wie held to maturity Wertpapiere, Beteiligungen und Anlagevermögen zugeordnet. Im cash flow aus Finanzierungstätigkeit sind alle Zahlungsströme der Eigentümer sowie Veränderungen im Nachrangkapital und den Minderheitenanteilen erfasst. Als Zahlungsmittelbestand wurde die Barreserve definiert, die neben dem Kassenbestand die Guthaben bei Zentralnotenbanken umfasst. Diese Guthaben setzen sich aus der gesetzlich zu haltenden Mindestreserve und kurzfristigen Veranlagungen bei verschiedenen Notenbanken zusammen.

4) Zinsüberschuss

EUR Tsd.	2016	2015
Zinsen und ähnliche Erträge	124.768	101.420
Zinsen und ähnliche Erträge aus	118.657	96.635
Barreserve	25	-1.157
Kredit- und Geldmarktgeschäften mit Kreditinstituten	3.362	4.054
Kredit- und Geldmarktgeschäften mit Kunden	101.689	81.009
Festverzinslichen Wertpapieren	3.095	3.310
Derivaten des Bankbuches	10.486	9.419
Laufende Erträge aus	2.823	1.663
Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	758	1.325
Sonstigen verbundenen Unternehmen	200	0
Sonstigen Beteiligungen	1.865	338
Erträge von operating lease Verträgen und investment property	3.289	3.123
Mietserträge investment property	3.289	3.123
Zinsen und ähnliche Aufwendungen aus	-25.088	-31.358
Einlagen von Kreditinstituten (inkl. Zentralbanken)	-12.850	-12.783
Einlagen von Kunden	-9.925	-16.939
Verbrieften Verbindlichkeiten	-1.721	-1.082
Nachrangkapital	-591	-553
Zinsüberschuss	99.681	70.062

Darstellung des Zinsüberschusses nach IAS 39 Kategorien

EUR Tsd.	2016	2015
Zinsen und ähnliche Erträge	124.768	101.420
Zinsen und ähnliche Erträge aus	118.657	96.635
Derivaten des Bankbuches	10.486	9.419
Finanziellen Vermögenswerten nicht at fair value through profit or loss	108.170	87.216
Finanzielle Vermögenswerte available for sale	1.758	2.649
Finanzielle Vermögenswerte zu fortgeführten Anschaffungskosten	105.078	83.909
Hievon Barwerteffekt aus Risikovorsorge	1.233	814
Finanzielle Vermögenswerte held to maturity	1.335	658
Laufende Erträge aus	2.823	1.663
Finanziellen Vermögenswerten available for sale	2.823	1.663
Erträge von operating lease Verträgen und investment property	3.289	3.123
Zinsen und ähnliche Aufwendungen aus	-25.088	-31.358
Finanzverbindlichkeiten zu fortgeführten Anschaffungskosten	-25.088	-31.358
Zinsüberschuss	99.681	70.062

Aufgrund der Zinsentwicklung am Geldmarkt mit negativen Referenzzinssätzen wurden im Geschäftsjahr 2016 Zinserträge in Höhe von EUR 4.130 Tsd. (2015: EUR 9.458 Tsd.) und Zinsaufwendungen von EUR -6.932 Tsd. (2015: EUR -2.490 Tsd.) realisiert. Negative Zinserträge werden unter den Zinsaufwendungen und negative Zinsaufwendungen unter den Zinserträgen ausgewiesen, sodass die Darstellung brutto erfolgt. Im Jahr 2015 erfolgte der Ausweis des negativen Zinsertrages bei der Barreserve in den Zinserträgen, alle anderen Ergebnisse aus negativen Zinsen kürzten nicht die jeweilige Zinsposition sondern wurden brutto ausgewiesen.

Hauptverantwortlich für die negativen Zinssätze sind einerseits die Senkung des Einlagesatzes bei der Europäischen Zentralbank (Strafzins) in Höhe von EUR -4.052 Tsd. (2015: EUR -1.204 Tsd.) und andererseits im Wesentlichen CHF/EUR Swapgeschäfte.

5) Risikovorsorge

EUR Tsd.	2016	2015
Zuführung zu Risikovorsorgen	-27.861	-15.392
Auflösung von Risikovorsorgen	19.774	25.682
Zuführung zu Risikorückstellungen	-1.945	-2.920
Auflösung von Risikorückstellungen	3.289	2.320
Direktabschreibungen von Forderungen	-9.663	-7.964
Erträge aus dem Eingang von abgeschriebenen Forderungen	2.759	12.033
Risikovorsorge	-13.645	13.758

6) Provisionsüberschuss

EUR Tsd.	2016	2015
Provisionserträge	70.035	45.184
aus dem Kreditgeschäft	9.691	5.466
aus dem Wertpapiergeschäft	32.025	18.307
aus dem Girogeschäft und Zahlungsverkehr	22.823	16.825
aus dem Devisen-, Sorten-, und Edelmetallgeschäft	113	895
aus dem sonstigen Dienstleistungsgeschäft	5.383	3.692
Provisionsaufwendungen	-28.915	-15.123
aus dem Kreditgeschäft	-7.955	-3.456
aus dem Wertpapiergeschäft	-18.969	-9.555
aus dem Girogeschäft und Zahlungsverkehr	-1.869	-1.825
aus dem Devisen, Sorten-, und Edelmetallgeschäft	-83	-15
aus dem sonstigen Dienstleistungsgeschäft	-39	-272
Provisionsüberschuss	41.120	30.060

In den Provisionserträgen sind keine Erträge und in den Provisionsaufwendungen keine Aufwendungen aus at fair value through profit or loss gewidmeten Finanzinvestitionen enthalten.

Des Weiteren sind im Provisionsüberschuss keine Provisionserträge aus der Verwaltung von Treuhandverträgen erfasst.

7) Handelsergebnis

EUR Tsd.	2016	2015
Aktienbezogene Geschäfte	-30	41
Währungsbezogene Geschäfte	3.720	2.539
Zinsbezogene Geschäfte	1.206	4.500
Handelsergebnis	4.896	7.080

8) Verwaltungsaufwand

EUR Tsd.	2016	2015
Personalaufwand	-97.315	-64.369
Löhne und Gehälter	-72.567	-47.933
Gesetzlich vorgeschriebener Sozialaufwand	-19.106	-12.503
Freiwilliger Sozialaufwand	-1.191	-1.136
Aufwand für Altersvorsorge	-1.402	-938
Dotierung Abfertigungs- und Pensionsrückstellung	-3.049	-1.859
Sachaufwand	-62.159	-49.490
Abschreibungen auf Anlagevermögen	-14.921	-7.657
planmäßig (-)	-11.803	-7.657
außerplanmäßig (-)	-3.117	0
Verwaltungsaufwand	-174.394	-121.516

Im Personalaufwand sind Aufwendungen für beitragsorientierte Versorgungspläne und Mitarbeitervorsorgekassen in Höhe von EUR 2.224 Tsd. (2015: EUR 1.978 Tsd.) enthalten.

Im Verwaltungsaufwand sind Aufwendungen für die Verwaltung von investment property Vermögenswerten in Höhe von EUR 82 Tsd. (2015: EUR 10 Tsd.) ausgewiesen.

Die auf das Geschäftsjahr entfallenden Aufwendungen für den Konzernabschlussprüfer KPMG Austria GmbH Wirtschaftsprüfung und Steuerberatungsgesellschaft betragen in Summe EUR 1.813 Tsd. (2015: EUR 1.597 Tsd.). Davon entfallen EUR 1.508 Tsd. (2015: EUR 1.597 Tsd.) auf die Prüfung des Jahres-, Konzern- und Verbundabschlusses sowie von im Konzernabschluss enthaltenen Abschlüssen einzelner verbundener Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen, EUR 84 Tsd. (2015: EUR 0 Tsd.) auf andere Bestätigungsleistungen und EUR 220 Tsd. (2015: EUR 0 Tsd.) auf sonstige Leistungen.

Angaben über Bezüge von Organen

EUR Tsd.	2016	2015
Gesamtbezüge		
Mitglieder des Aufsichtsrates	403	57
Vorstandsmitglieder	1.949	1.244
Frühere Mitglieder des Aufsichtsrates und des Vorstandes sowie ihre Hinterbliebenen	676	352
Aufwendungen für Abfertigungen und Pensionen Vorstandsmitglieder		
Vorstandsmitglieder	840	900
hievon für beitragsorientierte Versorgungspläne	137	69

Die Vorstände beziehen keine erfolgs- oder leistungsabhängigen Vergütungen. Die Gesamtbezüge der Vorstandsmitglieder setzen sich aus einem fixen Grundgehalt und sonstigen Bezügen (z.B. Sachbezüge) zusammen. Für die Vorstandsmitglieder existiert weder ein Stock-Option-Programm noch ein Aktienübertragungsprogramm.

Grundsätze der Altersversorgung und deren Voraussetzungen

Die Altersversorgung ist bei allen Vorstandsmitgliedern beitragsorientiert gestaltet. Der Pensionskassen-Kollektivvertrag für gewerbliche Kreditgenossenschaften wurde für die Vorstandsmitglieder anwendbar gemacht. Teilnahmeberechtigt sind alle in einem aufrechten Vertrags- und Mandatsverhältnis stehenden Vorstandsmitglieder der VBW.

Grundsätze für Anwartschaften und Ansprüche des Vorstandes im Falle der Beendigung der Funktion

Für ein Vorstandsmitglied gelten die gesetzlichen Abfertigungsbedingungen gem. § 23 Angestelltengesetz, alle weiteren Vorstandsmitglieder unterliegen dem System der Abfertigung Neu. Zusätzlich besteht eine D&O-Versicherung (Directors and Officers Versicherung).

Anzahl der während des Geschäftsjahres beschäftigten Mitarbeiter

	Durchschnittlich beschäftigte Mitarbeiter		Mitarbeiteranzahl zum Ultimo	
	2016	2015	31.12.2016	31.12.2015
Inland	1.139	815	1.242	1.130
Ausland	0	0	0	0
Mitarbeiter gesamt	1.139	815	1.242	1.130

9) Sonstiges betriebliches Ergebnis

EUR Tsd.	2016	2015
Sonstige betriebliche Erträge	128.611	43.235
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-57.990	-40.840
Sonstige Steuern	-26.115	-1.078
Abschreibung von Firmenwerten	-5.510	0
Sonstiges betriebliches Ergebnis	38.997	1.317

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind Erträge aus Weiterverrechnungen im Wesentlichen an den Volksbanken-Verbund in Höhe von EUR 106.331 Tsd. (2015: EUR 29.235 Tsd.) enthalten. Weiters wurde aus vorzeitigen Tilgungen von Emissionen ein Ergebnis von EUR 11.866 Tsd. (2015: EUR 2.898 Tsd.) vereinnahmt. Aus dem im Vorjahr erfolgten Verkauf der VB Invest Gruppe konnte aufgrund einer Nachbesserungsvereinbarung ein Ertrag in Höhe von EUR 2.707 Tsd. erfasst werden. Außerdem sind in den sonstigen betrieblichen Erträgen Erträge aus dem Verkauf von Anlagevermögen in Höhe von EUR 2.726 Tsd. (2015: EUR 1.201 Tsd.) sowie Erträge aus der Ziehung von Garantien bezüglich Volksbank Marchfeld e.Gen. und Volksbanken Holding eGen (VB Holding) in Höhe von EUR 3.650 Tsd. erfasst. In der Vorperiode ist das Ergebnis aus den Einbringungen in Höhe von EUR 9.070 Tsd. enthalten.

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind Kosten von Fremdunternehmen, die im Wesentlichen an Verbundunternehmen weiterverrechnet werden, in Höhe von EUR -54.543 Tsd. (2015: -17.294 Tsd.) enthalten. Weiters wurde die Dotierung einer Rückstellung für eine etwaige Rückzahlung der Garantieziehung bezüglich der VB Holding in Höhe von EUR 2.850 Tsd. erfasst. Aus Schadensfällen ist im Geschäftsjahr ein Aufwand von EUR -391 Tsd. (2015: EUR -2.081 Tsd.) entstanden, der in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten ist. In der Vorperiode ist in dieser Position die Übernahme der durch das Ausscheiden der Österreichische Volksbanken-Aktiengesellschaft (ÖVAG) aus dem Volksbanken-Verbund entstandenen Verluste in Höhe von EUR -16.679 Tsd. erfasst.

In den sonstigen Steuern ist die Bankenabgabe in Höhe von EUR -25.643 Tsd. (2015: EUR -760 Tsd.) erfasst. In diesem Betrag ist die einmalige Sonderzahlung von EUR -16.601 Tsd. inkludiert.

Bezüglich der Abschreibung von Firmenwerten wird auf die Angaben in Note 21) Immaterielles Anlagevermögen verwiesen.

10) Ergebnis aus Finanzinvestitionen

EUR Tsd.	2016	2015
Ergebnis aus fair value hedges	-1.975	-221
Bewertung Grundgeschäfte	14.909	-4.711
Forderungen Kreditinstitute und Kunden	-2.737	-1.667
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	17.955	965
Verbindlichkeiten Kreditinstitute und Kunden	66	-78
Verbriefte Verbindlichkeiten	-375	-3.930
Bewertung Derivate	-16.884	4.490
Ergebnis aus sonstigen Derivaten Bankbuch	3.379	5.916
währungsbezogen	6.579	-2.229
zinsbezogen	257	-860
kreditbezogen	-75	-613
sonstige	-3.382	9.619
Ergebnis aus available for sale Finanzinvestitionen (inklusive Beteiligungen)	-3.366	-2.638
realisierte Gewinne / Verluste	248	725
Zuschreibungen	540	143
Abschreibungen (impairments)	-4.154	-3.505
Ergebnis aus loans & receivables Finanzinvestitionen	1	0
realisierte Gewinne / Verluste	1	0
Ergebnis aus operating lease und investment property Vermögenswerten sowie sonstigen Finanzinvestitionen	3.700	5.453
realisierte Gewinne / Verluste	2.441	0
Wertveränderungen investment property	1.260	5.453
Ergebnis aus Finanzinvestitionen	1.740	8.510

Im Geschäftsjahr 2016 wurden aus der available for sale Rücklage EUR -162 Tsd. (2015: EUR 718 Tsd.) in die Gewinn- und Verlustrechnung gebucht.

EUR Tsd.	2016	2015
Ergebnis aus Finanzinvestitionen, die erfolgswirksam zum fair value bewertet werden	2.664	11.148
Fair value hedges	-1.975	-221
Sonstige Derivate Bankbuch	3.379	5.916
Investment property Vermögenswerte	1.260	5.453
Ergebnis aus Finanzinvestitionen, die nicht zum fair value bewertet werden und Ergebnis aus Finanzinvestitionen, die nicht erfolgswirksam zum fair value bewertet werden	-924	-2.638
Realisierte Gewinne / Verluste	2.690	724
Available for sale Finanzinvestitionen	248	725
Loans & receivables Finanzinvestitionen	1	0
Operating lease Vermögenswerte und sonstige Finanzinvestitionen	2.441	0
Zuschreibungen	540	143
Available for sale Finanzinvestitionen	540	143
Abschreibungen (impairments)	-4.154	-3.505
Available for sale Finanzinvestitionen	-4.154	-3.505
Ergebnis aus Finanzinvestitionen	1.740	8.510

11) Steuern vom Einkommen

EUR Tsd.	31.12.2016	31.12.2015
Laufende Steuern vom Einkommen	-5.133	1.907
Latente Steuern vom Einkommen	18.176	12.888
Steuern vom Einkommen der laufenden Periode	13.044	14.796
Steuern vom Einkommen aus Vorperioden fortgeführter Geschäftsbereich	275	-2.167
Steuern vom Einkommen aus Vorperioden	275	-2.167
Steuern vom Einkommen	13.319	12.629

Die folgende Überleitungsrechnung zeigt den Zusammenhang zwischen errechnetem und ausgewiesenem Steueraufwand:

EUR Tsd.	2016	2015
Jahresergebnis vor Steuern – fortgeführter Geschäftsbereich	11.705	2.420
Jahresergebnis vor Steuern – Gesamt	11.705	2.420
Errechneter Steueraufwand 25 %	2.926	605
Steuereffekte		
aus steuerbefreiten Beteiligungserträgen	-1.602	-90
aus Investitionsbegünstigungen	566	87
aus nicht abzugsfähiger Firmenwertabschreibung	1.378	0
aus Beteiligungsbewertungen	-2.677	-663
aus nicht zu versteuernden Bewertungsergebnissen	0	-2.267
aus Wiederansatz von aktiven latenten Steuern	-12.855	-12.389
aus sonstigen Unterschieden	-780	-78
Ausgewiesene Ertragsteuern	-13.044	-14.796
Effektive Steuerquote – fortgeführter Geschäftsbereich	-111,44 %	< -200,00 %
Effektive Steuerquote – inklusive aufgegebenem Geschäftsbereich	-111,44 %	< -200,00 %

Durch den Wideransatz von aktiven latenten Steuern, insbesondere auf steuerliche Verlustvorträge, weichen die effektiven Steuerquoten stark vom gesetzlichen Steuersatz in Österreich ab.

EUR Tsd.	2016			2015		
	Ergebnis vor Steuern	Ertrag- steuern	Ergebnis nach Steuern	Ergebnis vor Steuern	Ertrag- steuern	Ergebnis nach Steuern
Neubewertung der Verpflichtungen aus leistungsorientierten Plänen (IAS 19)	-3.952	988	-2.964	2.898	-724	2.173
Available for sale Rücklage	-5.162	1.290	-3.871	15.548	-3.887	11.661
Veränderung latenter Steuern auf unversteuerte Rücklage	0	387	387	0	78	78
Veränderung aus Unternehmen bewertet at equity	75	-19	56	308	-77	231
Summe sonstiges Ergebnis	-9.039	2.646	-6.392	18.753	-4.610	14.143

Angaben zur Konzernbilanz

12) Barreserve

EUR Tsd.	31.12.2016	31.12.2015
Kassenbestand	216.989	32.882
Guthaben bei Zentralnotenbanken	902.264	1.247.387
Barreserve	1.119.252	1.280.269

Überleitung Barreserve auf Zahlungsmittelbestand

EUR Tsd.	31.12.2016	31.12.2015
Barreserve	1.119.252	1.280.269
Zahlungsmittel mit Verfügungsbeschränkung	-5.666	0
Zahlungsmittelbestand	1.113.587	1.280.269

Aufgrund von vertraglichen Verpflichtungen innerhalb des Volksbanken-Verbundes unterliegen Geldbestände einer Verfügungsbeschränkung. Diese Geldbestände sind einem Leistungsfonds zugeordnet, der dazu dient die Leistungen im Rahmen des Haftungsverbundes gemäß Verbundvertrag zu erfüllen. Dieser Leistungsfonds wurde im Geschäftsjahr 2016 eingerichtet.

13) Forderungen an Kreditinstitute

Die Forderungen an Kreditinstitute in Höhe von EUR 2.196.042 Tsd. (2015: EUR 2.794.241 Tsd.) sind mit den fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

Restlaufzeitengliederung

EUR Tsd.	31.12.2016	31.12.2015
täglich fällig	300.441	426.343
bis 3 Monate	837.785	794.941
bis 1 Jahr	598.973	148.754
bis 5 Jahre	385.705	1.388.334
über 5 Jahre	73.137	35.869
Forderungen an Kreditinstitute	2.196.042	2.794.241

Weitere Angaben zu den Fristigkeiten sind in Note 49) b) Kreditrisiko enthalten.

14) Forderungen an Kunden

Die Forderungen an Kunden in Höhe von EUR 4.351.134 Tsd. (2015: EUR 3.722.212 Tsd.) sind mit den fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

Restlaufzeitengliederung

EUR Tsd.	31.12.2016	31.12.2015
täglich fällig	111.981	115.872
bis 3 Monate	182.794	164.166
bis 1 Jahr	256.754	442.556
bis 5 Jahre	702.048	1.108.868
über 5 Jahre	3.097.557	1.890.750
Forderungen an Kunden	4.351.134	3.722.212

Weitere Angaben zu den Fristigkeiten sind in Note 49) b) Kreditrisiko enthalten.

15) Risikovorsorge

EUR Tsd.	Einzelwert- berichtigung Kreditinstitute	Einzelwert- berichtigung Kunden	Portfoliowert- berichtigung	Gesamt
Stand am 01.01.2015	0	31.114	4.088	35.202
Veränderung im Konsolidierungskreis	0	62.414	3.175	65.590
Währungsumrechnung	0	132	28	159
Umgliederungen	0	-250	0	-250
Barwerteffekt	0	-814	0	-814
Verbrauch	0	-20.814	0	-20.814
Auflösung	0	-24.837	-845	-25.682
Zuführung	0	15.010	382	15.392
Stand am 31.12.2015	0	61.954	6.828	68.782
Veränderung im Konsolidierungskreis	0	8.319	1.468	9.787
Währungsumrechnung	0	33	0	33
Umgliederungen	0	23	0	23
Barwerteffekt	0	-1.233	0	-1.233
Verbrauch	0	-16.380	0	-16.380
Auflösung	0	-19.774	0	-19.774
Zuführung	0	22.214	5.647	27.861
Stand am 31.12.2016	0	55.156	13.943	69.099

In den Forderungen an Kunden sind zinslos gestellte Forderungen in Höhe von EUR 86.607 Tsd. (2015: EUR 99.149 Tsd.) enthalten. Die darauf entfallende Zinszuschreibung ist in der Zuführung im Ausmaß von EUR 0 Tsd. (2015: EUR 0 Tsd.) enthalten. In der Zeile Umgliederungen sind Umgruppierungen zu sonstigen Aktiva enthalten. Die Portfoliowertberichtigungen betreffen fast zur Gänze Forderungen an Kunden.

16) Handelsaktiva

EUR Tsd.	31.12.2016	31.12.2015
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	24.162	7.479
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	113.389	164.807
währungsbezogene Geschäfte	0	710
zinsbezogene Geschäfte	113.389	164.097
Handelsaktiva	137.550	172.286

Restlaufzeitengliederung

EUR Tsd.	31.12.2016	31.12.2015
bis 3 Monate	1.739	305
bis 1 Jahr	1.410	0
bis 5 Jahre	12.392	1.737
über 5 Jahre	8.620	5.437
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	24.162	7.479

Die Gesellschaft führt seit Übernahme der ZO-Funktion ein Handelsbuch. Das Volumen des Handelsbuches beträgt zum 31. Dezember 2016 EUR 4.511.332 Tsd. (2015: EUR 5.682.617 Tsd.).

17) Finanzinvestitionen

EUR Tsd.	31.12.2016	31.12.2015
Finanzinvestitionen available for sale	1.594.123	1.637.976
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.529.702	1.584.288
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	64.421	53.688
Finanzinvestitionen loans & receivables	0	414
Finanzinvestitionen held to maturity	261.339	79.518
Finanzinvestitionen	1.855.462	1.717.908

In der Position Finanzinvestitionen held to maturity sind Zinsabgrenzungen in Höhe von EUR 2.169 Tsd. (2015: EUR 1.383 Tsd.) berücksichtigt.

Restlaufzeitengliederung

EUR Tsd.	31.12.2016	31.12.2015
bis 3 Monate	15.516	21.027
bis 1 Jahr	97.556	50.459
bis 5 Jahre	568.187	642.479
über 5 Jahre	1.109.783	950.254
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.791.041	1.664.220

Wertpapieraufgliederung gemäß BWG

EUR Tsd.	31.12.2016	31.12.2015
Börsennotierte Wertpapiere	1.765.337	1.645.977
Festverzinsliche Wertpapiere	1.764.589	1.635.441
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	748	10.536
Dem Anlagevermögen gewidmete Wertpapiere	1.715.638	1.574.538
Rediskontfähige Wertpapiere	1.707.321	1.534.546

In der Position dem Anlagevermögen gewidmete Wertpapiere werden alle Wertpapiere erfasst, die der Konzern beabsichtigt länger als ein Jahr im Bestand zu halten.

18) Investment property Vermögenswerte

EUR Tsd.	Investment properties
Anschaffungswerte 01.01.2015	13.851
Veränderungen im Konsolidierungskreis	21.703
Zugänge inklusive Umbuchungen	946
Abgänge inklusive Umbuchungen	-1.502
Anschaffungswerte 31.12.2015	34.998
Veränderungen im Konsolidierungskreis	85
Zugänge inklusive Umbuchungen	1.468
Abgänge inklusive Umbuchungen	-5.114
Anschaffungswerte 31.12.2016	31.436

EUR Tsd.	Investment properties
2015	
Anschaffungswerte 31.12.2015	34.998
Kumulierte Ab- und Zuschreibung	854
Buchwert 31.12.2015	35.852
Abschreibungen des Geschäftsjahres	-330
Zuschreibungen des Geschäftsjahres	5.784
Buchwert 01.01.2015	13.780
2016	
Anschaffungswerte 31.12.2016	31.436
Kumulierte Ab- und Zuschreibung	1.513
Buchwert 31.12.2016	32.949
Abschreibungen des Geschäftsjahres	0
Zuschreibungen des Geschäftsjahres	1.260

Die in der oben abgebildeten Tabelle dargestellten Bewertungen sind in der Position Ergebnis aus Finanzinvestitionen erfasst. Von diesen Bewertungen betrifft ein Betrag von EUR 540 Tsd. (2015: EUR 150 Tsd.) die zum Bilanzstichtag im Bestand befindlichen investment property Vermögenswerte.

Im Geschäftsjahr 2016 ging bei den investment property Vermögenswerten ein Buchwert in Höhe von EUR 4.982 Tsd. (2015: EUR 6.851 Tsd.) ab.

Unter investment properties werden 14 fertiggestellte Objekte (2015: 27) mit einem Buchwert in Höhe von EUR 19.142 Tsd. (2015: EUR 23.872 Tsd.) sowie unbebaute Grundstücke mit einem Buchwert in Höhe von EUR 13.807 Tsd. (2015: EUR 11.980 Tsd.) ausgewiesen, die sich in Österreich befinden. Sämtliche investment properties wurden zum Berichtsstichtag mit dem fair value bewertet.

In die Bewertung der investment property Vermögenswerte werden Parameter herangezogen, die nicht auf Marktdaten basieren, daher erfolgt die Einstufung der als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien in Level 3 der fair value Kategorie.

Die nicht beobachtbaren Inputfaktoren werden von den unabhängigen externen Gutachtern zur Verfügung gestellt und reflektieren die aktuelle Markteinschätzung unter Berücksichtigung der spezifischen Merkmale jedes einzelnen Objektes. Im Folgenden werden die wesentlichen Inputparameter dargestellt, wobei zwischen fertiggestellten Objekten und unbebauten Grundstücken unterschieden wird. Für jeden einzelnen Inputparameter wird jeweils der niedrigste Wert (Minimum), der höchste Wert (Maximum) und der mit dem Buchwert gewichtete Durchschnittswert (Durchschnitt) dargestellt. Der Durchschnittswert in der Zeile Buchwert entspricht dem durchschnittlichen Wert je Objekt. Die Parameterausprägungen beziehen sich daher in aller Regel nicht auf ein und dieselbe Immobilie.

Fertiggestellte Objekte

	2016			2015		
	Minimum	Maximum	Durchschnitt	Minimum	Maximum	Durchschnitt
Buchwert in EUR Tsd.	64	4.040	1.367	40	3.850	884
Vermietbare Fläche in m ²	38	2.762	1.610	30	48.263	2.774
Vermietungsgrad	62 %	100 %	95 %	0 %	100 %	92 %
Diskontierungszinssatz	3,30 %	7,00 %	5,00 %	1,50 %	7,00 %	4,70 %

Sensitivitätsanalyse

EUR Tsd.	Buchwertveränderung bei	
	Erhöhung der Annahme	Minderung der Annahme
31.12.2016		
Diskontierungszinssatz (0,25 % Veränderung)	-911	1.007
Diskontierungszinssatz (0,50 % Veränderung)	-1.739	2.125
31.12.2015		
Diskontierungszinssatz (0,25 % Veränderung)	-1.207	1.342
Diskontierungszinssatz (0,50 % Veränderung)	-2.297	2.845

Unbebaute Grundstücke

	2016			2015		
	Minimum	Maximum	Durchschnitt	Minimum	Maximum	Durchschnitt
Buchwert in EUR Tsd.	24	2.930	767	20	2.840	922
Grundstücksgröße in m ²	540	48.263	13.066	540	41.847	13.708
Wert pro m ² in EUR	5	626	165	5	626	244

Sensitivitätsanalyse

EUR Tsd.	Buchwertveränderung bei	
	Erhöhung der Annahme	Minderung der Annahme
31.12.2016		
Grundstückswert (10 % Veränderung)	1.381	-1.381
Grundstückswert (5 % Veränderung)	690	-690
31.12.2015		
Grundstückswert (10 % Veränderung)	1.198	-1.198
Grundstückswert (5 % Veränderung)	599	-599

Der Konzern hat sich bei investment property Vermögenswerten, die von Dritten refinanziert werden, diesen gegenüber zur Instandhaltung der Objekte verpflichtet. Ansonsten bestehen keine weiteren Verpflichtungen investment property Vermögenswerte zu kaufen, zu erstellen, zu entwickeln oder zu erhalten.

19) Anteile an at equity bewerteten Unternehmen

EUR Tsd.	Assoziierte Unternehmen
Buchwert 01.01.2015	0
Veränderungen im Konsolidierungskreis	25.901
Zugänge	0
Abgänge	0
Anteiliges Gesamtergebnis	-1.485
Erhaltene Dividende	0
Abschreibung	-4.815
Zuschreibung	0
Buchwert 31.12.2015	19.601
Veränderungen im Konsolidierungskreis	20.622
Zugänge	1
Abgänge	-18.502
Anteiliges Gesamtergebnis	96
Erhaltene Dividende	-2.831
Abschreibung	-7.149
Zuschreibung	10.208
Buchwert 31.12.2016	22.046

Assoziierte Unternehmen

Die VBW hält Anteile an folgenden assoziierten Unternehmen. An der Volksbank Kärnten eG (VB Kärnten, vormals Gewerbe- und Handelsbank Kärnten eGen) und an der VB Verbund-Beteiligung eG (VB Bet).

An der VB Kärnten mit Sitz in Klagenfurt hält die VBW 25,17 % (2015: 31,85 %). Der Hauptgeschäftszweck der Gesellschaft ist der Betrieb des Bankgeschäfts sowie das bankmäßige Vermittlungs- und Dienstleistungsgeschäft. Im Geschäftsjahr 2016 wurden die Volksbank Feldkirchen eG, die Volksbank Kärnten Süd e.Gen. und die Volksbank Oberkärnten reg. Gen.m.b.H. mit der VB Kärnten als aufnehmende Gesellschaft verschmolzen. Die eingebrachten Vermögenswerte und Verbindlichkeiten wurden für die erstmalige at equity Bewertung mit dem Marktwert bewertet und der Zugang erfolgswirksam als Zuschreibung erfasst. Danach wurden die Anteile der VB Kärnten bewertet und es erfolgte eine Abwertung auf den beizulegenden Zeitwert. Damit wurde die erfolgte Zuschreibung zum Großteil wieder egalisiert.

An der VB Bet mit Sitz in Wien hält die VBW 21,16 %. Der Hauptgeschäftszweck der Gesellschaft ist das Halten von Beteiligungen im Volksbanken-Verbund. Die VBW hat mit Einbringung der Bankbetriebe der VB NÖ Süd und der VB Südbgld maßgeblichen Einfluss an der Beteiligung erhalten und daher erfolgt die Bilanzierung at equity ab dem 3. November 2016.

Die Anteile an der IMMO-Bank Aktiengesellschaft wurden mit 1. Dezember 2016 an die BAWAG PSK Gruppe verkauft. Das Verkaufsergebnis in Höhe von EUR 1.268 Tsd. wird zusammen mit dem anteiligen Ergebnis bis Verkaufszeitpunkt im Ergebnis aus Unternehmen bewertet at equity ausgewiesen.

Im Folgenden werden die Finanzinformationen für alle Gesellschaften gemeinsam dargestellt, da keine Gesellschaft aufgrund der, der VBW zurechenbaren anteiligen Finanzinformationen, als wesentlich eingestuft wird.

Zusatzinformationen zu den assoziierten Unternehmen

EUR Tsd.	Übrige Unternehmen	
	2016	2015
Aktiva		
Barreserve	11.870	5.111
Forderungen an Kreditinstitute (brutto)	199.508	469.444
Forderungen an Kunden (brutto)	1.023.337	1.639.155
Risikovorsorge	-28.159	-11.063
Finanzinvestitionen	22.406	21.415
Sonstige Aktiva	195.650	88.582
Summe Aktiva	1.424.611	2.212.645
hievon kurzfristige Aktiva	562.323	739.624
Passiva		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	37.833	508.376
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.123.607	845.386
Verbriefte Verbindlichkeiten	15.190	624.263
Nachrangkapital	36.375	46.926
Sonstige Passiva	25.846	34.302
Eigenkapital	185.761	153.392
Summe Passiva	1.424.611	2.212.645
hievon kurzfristige Verbindlichkeiten	910.101	1.152.526
Gesamtergebnisrechnung		
Zinsen und ähnliche Erträge	42.570	41.046
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-6.962	-8.451
Zinsüberschuss	35.608	32.595
Risikovorsorge	-17.394	-14.695
Jahresergebnis vor Steuern	-2.669	-6.061
Steuern vom Einkommen	2.546	220
Jahresergebnis nach Steuern	-123	-5.841
Sonstiges Ergebnis	427	762
Gesamtergebnis	304	-5.079

Nicht erfasster anteiliger Verlust

EUR Tsd.	2016	2015
Anteiliger Verlust der Periode	0	0
Anteilige Veränderung sonstiges Ergebnis der Periode	0	0
Kumulierter Verlust zum Stichtag	0	0
Kumuliertes sonstiges Ergebnis zum Stichtag	0	0

Überleitungsrechnung

EUR Tsd.	2016	2015
Eigenkapital	185.761	153.392
Anteilsquote	n.a.	n.a.
Anteiliges Eigenkapital	42.829	41.343
Kumulierte Ab- und Zuschreibungen	-11.471	-4.815
Nicht erfasster anteiliger Verlust	0	0
Bewertungen Vorjahre	-9.313	-16.926
Umgliederungen Buchwert	0	0
Buchwert 31.12.	22.046	19.601

In der Überleitungsrechnung wird vom anteiligen Eigenkapital auf den Buchwert übergeleitet. Da die übrigen Unternehmen zusammengefasst sind, kann die Anteilsquote nicht angegeben werden. In der Zeile Bewertungen Vorjahre ist die Bewertung zum beizulegenden Zeitwert aus der Einbringung des ZO Teilbetriebes enthalten.

Aufgrund von gesetzlichen Regelungen im Genossenschaftsgesetz (GenG) erhält die VBW im Falle der Kündigung (nicht bei Liquidation oder Veräußerung) des Geschäftsanteils an der VB Kärnten nur die Einlage zurück. Eine etwaige

Dividende der VB Kärnten ist insoweit limitiert, als die bankaufsichtlichen Regelungen zu berücksichtigen sind und das Eigenkapital einen bestimmten Betrag nicht unterschreiten darf.

20) Anteile und Beteiligungen

EUR Tsd.	31.12.2016	31.12.2015
Anteile an verbundenen nicht konsolidierten Unternehmen	842	579
Anteile an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	2.570	2.616
Sonstige Beteiligungen	12.369	28.496
Anteile und Beteiligungen	15.781	31.691

Eine Liste der verbundenen nicht konsolidierten Unternehmen wird in Note 52) ausgewiesen. Bei den Anteilen und Beteiligungen wurden im Geschäftsjahr Beteiligungen mit einem Buchwert in Höhe von EUR 153 Tsd. (2015: EUR 290 Tsd.) veräußert. Das Ergebnis aus diesen Veräußerungen belief sich auf EUR 410 Tsd. (2015: EUR 7 Tsd.) und wird in der Position Ergebnis aus Finanzinvestitionen dargestellt.

Anteile und Beteiligungen von Unternehmen, deren Zeitwert nicht verlässlich ermittelt werden kann, sind mit den Anschaffungskosten abzüglich etwaiger Wertminderungen bewertet. Anteile und Beteiligungen mit einem Buchwert in Höhe von EUR 4.514 Tsd. (2015: EUR 22.859 Tsd.) sind mit dem Marktwert bewertet.

21) Immaterielles Anlagevermögen

EUR Tsd.	Software	Firmenwerte	Sonstiges	Gesamt
Anschaffungswerte 01.01.2015	1.365	0	0	1.365
Veränderungen im Konsolidierungskreis	28.797	3.570	9.297	40.664
Zugänge inklusive Umbuchungen	875	0	0	875
Abgänge inklusive Umbuchungen	-5.916	0	0	-5.916
Anschaffungswerte 31.12.2015	25.122	3.570	9.297	37.988
Veränderungen im Konsolidierungskreis	406	10.203	14.523	25.131
Zugänge inklusive Umbuchungen	891	0	0	891
Abgänge inklusive Umbuchungen	0	0	0	0
Anschaffungswerte 31.12.2016	26.418	13.772	23.820	64.010

EUR Tsd.	Software	Firmenwerte	Sonstiges	Gesamt
2015				
Anschaffungswerte 31.12.2015	25.122	3.570	9.297	37.988
Kumulierte Ab- und Zuschreibung	-20.622	0	-77	-20.699
Buchwert 31.12.2015	4.500	3.570	9.220	17.289
Hievon mit unbeschränkter Nutzungsdauer	0	3.570	0	3.570
Hievon mit beschränkter Nutzungsdauer	4.500	0	9.220	13.719
Planmäßige Abschreibung des Geschäftsjahres	-2.630	0	-77	-2.707
Impairment des Geschäftsjahres	0	0	0	0
Buchwert 01.01.2015	10	0	0	10

2016				
Anschaffungswerte 31.12.2016	26.418	13.772	23.820	64.010
Kumulierte Ab- und Zuschreibung	-26.089	-5.510	-759	-32.358
Buchwert 31.12.2016	329	8.262	23.061	31.652
Hievon mit unbeschränkter Nutzungsdauer	0	8.262	0	8.262
Hievon mit beschränkter Nutzungsdauer	329	0	23.061	23.390
Planmäßige Abschreibung des Geschäftsjahres	-4.215	0	-681	-4.896
Impairment des Geschäftsjahres	0	-5.510	0	-5.510

Zusammensetzung der Firmenwerte

EUR Tsd.	Buchwert 31.12.2016	Abschreibung 2016	Buchwert 31.12.2015	Abschreibung 2015
Segment Retail	8.262	-5.510	3.570	0
Gesamt	8.262	-5.510	3.570	0

Der im Geschäftsjahr 2016 bestehende Firmenwert im Segment Retail betrifft den Firmenwert aus der Einbringung der VB Ost im Jahr 2015 sowie die Firmenwerte aus den Einbringungen der VB Weinviertel, VB Südbgld und VB NÖ Süd im Jahr 2016.

Die Firmenwerte sind cash generating units (CGU) zugeordnet. Diese CGU entsprechen den Segmenten nach IFRS 8. Diese zugeordneten Firmenwerte wurden gemäß IAS 36 einer Überprüfung der Werthaltigkeit unterzogen. Die Überprüfung wird jährlich im vierten Quartal basierend auf der jeweiligen Langzeitplanung durchgeführt. Darüber hinaus erfolgt eine Überprüfung wenn ein testauslösendes Ereignis (triggering event) vorliegt.

Die Überprüfung des Firmenwertes im Segment Retail wurde auf Basis der Planung 2017 bis 2021 des Segment Retail, die der zugeordneten CGU entspricht, durchgeführt. Dieser Planung liegen Erfahrungswerte der Vergangenheit sowie bestmögliche Einschätzungen des Managements über die zukünftige Entwicklung zugrunde. In den darauffolgenden Jahren wurde von einem zeitlich unbefristeten Fortbestand (ewige Rente) der CGU ausgegangen.

Als erzielbarer Betrag wird der Nutzungswert (value in use) auf Basis von abgezinnten Zahlungsströmen ermittelt. Dabei werden die Spezifika des Bankgeschäfts und etwaige regulatorische Vorschriften berücksichtigt. Der Barwert der erwarteten zukünftigen Dividenden, die nach Einhaltung der entsprechenden aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen an die Anteilseigner ausgeschüttet werden können, repräsentiert den erzielbaren Betrag. Die Schätzung der Zahlungsströme über die Planungsperiode hinaus erfolgt, indem eine konstante Wachstumsrate von 2,0 % für die Folgejahre fortgeschrieben wurde. Dabei orientiert sich die Höhe an der nachhaltig erwarteten Inflationsrate. Der verwendete Diskontierungszinssatz betrug 7,37 % und wurde in Anlehnung an das capital asset pricing Modell ermittelt. Er setzt sich aus einem risikolosen Zinssatz sowie einem Risikozuschlag zusammen. Der Risikozuschlag errechnet sich als Produkt der Marktrisikoprämie mit dem beta Faktor. Sowohl der risikolose Zinssatz als auch die Marktrisikoprämie wurden aus Marktdaten abgeleitet. Der beta Faktor wurde anhand einer Vergleichsgruppe von regionalen Banken, die in Westeuropa tätig sind, ermittelt.

Die zugrundeliegende Planung beruht auf den Einschätzungen der makroökonomischen Annahmen der Research Abteilung der VBW für die kommenden fünf Jahre. Diese Einschätzungen werden auch mit externen Quellen von internationalen Organisationen sowie von Großbanken, die im gleichen Wirtschaftsraum tätig sind, verglichen. Insbesondere Annahmen zu Wachstum und Inflationsrate sowie Zinsen und Währungen werden im Asset-Liability-Committee präsentiert und auch den Organen der Bank zur Kenntnis gebracht.

Im Segment Retail bilden eine moderate Nachfrage bei Firmenkrediten und ein verstärktes Wachstum im Bereich privater Wohnbau die Basis für den Planungshorizont. Beides ist abgestimmt auf die erwartete Nachfrage nach Krediten der Research-Abteilung sowie Wachstumsziele der Bank in einzelnen Kundensegmenten. Die Zinsenplanung fußt auf der Erwartung von niedrigen Raten für die kommenden Jahre und einem erst mittelfristigen Anstieg aufgrund erwarteter steigender Wirtschaftskennzahlen sowie Inflationsraten. Im Bereich der Kosten sind fortgesetzte Optimierungen im Filialnetz gepaart mit verstärktem Angebot im Bereich Digitalisierung geplant. Überdies sollen geplante Synergien aus den Fusionen, die 2015 und 2016 stattgefunden haben, gehoben werden.

Aufgrund der der Planung zugrunde liegenden Annahmen und den damit verbundenen Unsicherheiten können grundsätzlich – aber nicht darauf beschränkt – nachfolgende künftige Umstände einen negativen Einfluss auf das Erreichen der Planwerte der zahlungsmittelgenerierenden Einheiten haben:

Eine Abschwächung des makroökonomischen Umfelds und eine daraus resultierende negative Auswirkung auf das prognostizierte Wachstum, weniger Kreditnachfrage und langanhaltend niedrigen Zinsen sowie weiterer Druck auf Zinsspannen aus dem Wettbewerb.

Der Vergleich des ermittelten Nutzungswertes mit dem Buchwert ergab einen Abwertungsbedarf in Höhe von EUR 5.510 Tsd. der erfolgswirksam in der Position sonstiges betriebliches Ergebnis dargestellt wird. Der Abwertungsbedarf ergab sich im Wesentlichen aus der Veränderung des Marktzinssatzes und einer Anpassung der Planungsannahmen (insbesondere Berücksichtigung des im Vergleich zum Vorjahr niedrigeren Zinsniveaus sowie höherer regulatorisch getriebener Kosten).

22) Sachanlagen

EUR Tsd.	Grundstücke und Gebäude	EDV- Ausstattung	Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	Sonstiges	Gesamt
Anschaffungswerte 01.01.2015	62.686	2.304	24.260	4.872	94.121
Veränderungen im Konsolidierungskreis	79.012	6.362	28.255	3.148	116.777
Zugänge inklusive Umbuchungen	21.547	196	2.247	0	23.991
Abgänge inklusive Umbuchungen	-2.339	-2.565	-16.716	-8.020	-29.640
Anschaffungswerte 31.12.2015	160.906	6.298	38.045	0	205.249
Veränderungen im Konsolidierungskreis	28.512	2.184	10.682	685	42.062
Zugänge inklusive Umbuchungen	2.527	238	2.331	2	5.099
Abgänge inklusive Umbuchungen	-5.743	-1.356	-1.670	-687	-9.457
Anschaffungswerte 31.12.2016	186.201	7.364	49.388	0	242.954

EUR Tsd.	Grundstücke und Gebäude	EDV- Ausstattung	Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	Sonstiges	Gesamt
2015					
Anschaffungswerte 31.12.2015	160.906	6.298	38.045	0	205.249
Kumulierte Ab- und Zuschreibungen	-50.644	-5.888	-28.138	0	-84.670
Buchwert 31.12.2015	110.263	410	9.907	0	120.579
Planmäßige Abschreibung des Geschäftsjahres	-3.427	-466	-1.057	0	-4.950
Außerplanmäßige Abschreibungen des Geschäftsjahres	0	0	0	0	0
Buchwert 01.01.2015	32.011	351	5.113	3.323	40.798
2016					
Anschaffungswerte 31.12.2016	186.201	7.364	49.388	0	242.954
Kumulierte Ab- und Zuschreibungen	-65.300	-6.988	-41.814	0	-114.103
Buchwert 31.12.2016	120.901	376	7.574	0	128.851
Planmäßige Abschreibungen des Geschäftsjahres	-3.952	-210	-2.749	3	-6.908
Außerplanmäßige Abschreibung des Geschäftsjahres	0	0	-3.117	0	-3.117

23) Ertragsteueransprüche und Ertragsteuerverpflichtungen

EUR Tsd.	31.12.2016		31.12.2015	
	Ertragsteuer- ansprüche	Ertragsteuer- verpflichtungen	Ertragsteuer- ansprüche	Ertragsteuer- verpflichtungen
Laufende Ertragsteuer	1.108	4.892	4.133	200
Latente Ertragsteuer	47.429	1.077	30.994	7.731
Ertragsteuer Gesamt	48.538	5.968	35.126	7.932

Die folgende Darstellung zeigt, aus welchen Abweichungen zwischen dem Bilanzansatz nach Steuerrecht und IFRS latente Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen entstehen.

EUR Tsd.	2016		2015		Nettoabweichung 2016		
	Ertrag- steuer- ansprüche	Ertrag- steuer- verpflich- tungen	Ertrag- steuer- ansprüche	Ertrag- steuer- verpflich- tungen	Gesamt	Über Gewinn- und Verlust- rechnung	Über sonstiges Ergebnis
Forderungen an Kreditinstitute (brutto)	0	1.913	0	5.192	3.279	3.279	0
Forderungen an Kunden inklusive Risikovorsorge	27.851	192	20.344	8.776	16.091	23.291	0
Handelsaktiva	162	18	208	0	-64	-64	0
Finanzinvestitionen	0	78.893	0	75.351	-3.542	-3.286	6
Investment property Vermögenswerte	0	1.864	0	1.871	7	19	0
Anteile und Beteiligungen	4.608	0	5.092	6.992	6.508	3.161	1.285
Immaterielles Anlagevermögen und Sachanlagen	1.005	9.766	270	6.255	-2.776	-6.534	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	80	368	143	0	-431	-431	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	29	0	41	0	-11	65	0
Verbriefte Verbindlichkeiten und Nachrangkapital	27.952	2.583	29.264	2	-3.893	-3.893	0
Handelspassiva	0	52	0	349	297	297	0
Pensions-, Abfertigungs-, und sonstige Rückstellungen	8.665	4.742	6.662	2.669	-70	-1.762	988
Sonstige Aktiva und sonstige Passiva	92.095	29.835	87.179	31.880	6.961	6.730	0
Übrige Bilanzpositionen	0	6.119	0	6.537	418	0	387
Verlustvorträge	20.249	0	19.933	0	315	-2.697	0
Latente Steuern vor Verrechnung	182.697	136.344	169.137	145.874	23.091	18.176	2.665
Verrechnung zwischen aktiven und passiven latenten Steuern	-135.268	-135.268	-138.143	-138.143	0	0	0
Ausgewiesene latente Steuern	47.429	1.077	30.994	7.731	23.091	18.176	2.665

Der Restbetrag aus der Nettoabweichung im Jahresvergleich, der sich weder in der Gewinn- und Verlustrechnung noch im sonstigen Ergebnis widerspiegelt, ist vor allem auf Änderungen des Konsolidierungskreises zurückzuführen.

Die Verrechnung zwischen latenten Ertragsteueransprüchen und -verpflichtungen erfolgt jeweils nur im gleichen Unternehmen.

Für die Prüfung der Verwertung der steuerlichen Verlustvorträge, sowie der Werthaltigkeit anderer aktiver latenter Steuern, wurde ein Zeitraum von bis zu 4 Jahren entsprechend der Konzernsteuerplanung zu Grunde gelegt.

Auf steuerliche Verlustvorträge in Höhe von EUR 303.992 Tsd. (2015: EUR 360.324 Tsd.) wurden keine latenten Steuern gebildet. Im Geschäftsjahr 2016 und 2015 wurden keine aktiven latenten Steuern auf steuerliche Verlustvorträge und andere aktive latente Steuern (Steuerbemessungsgrundlage) wertberichtigt. Aktive latente Steuern wurden in dem Ausmaß angesetzt in dem ihre Verwertbarkeit in einem angemessenen Zeitraum (4 Jahre) wahrscheinlich ist. Von diesen

steuerlichen Verlustvorträgen sind EUR 303.992 Tsd. (2015: EUR 360.324 Tsd.) unbeschränkt vortragsfähig und betreffen vor allem die VBW selbst.

24) Sonstige Aktiva

EUR Tsd.	31.12.2016	31.12.2015
Rechnungsabgrenzungsposten	1.152	1.211
Sonstige Forderungen und Vermögenswerte	33.030	24.068
Positive Marktwerte der Derivate im Bankbuch	103.352	100.186
Sonstige Aktiva	137.534	125.466

Die sonstigen Forderungen und Vermögenswerte setzen sich im Wesentlichen aus Liegenschaftsverkäufen in Höhe von EUR 12.518 Tsd., sonstigen Aktiva im Zusammenhang mit dem Leistungsfonds in Höhe von EUR 7.576 Tsd., Hilfskonten des Bankgeschäftes in Höhe von EUR 3.207 Tsd. und Abgrenzungen in Höhe von EUR 2.802 Tsd. zusammen.

In der nachfolgenden Tabelle sind die in der Position Sonstige Aktiva enthaltenen Marktwerte der Derivate dargestellt, die für das hedge accounting herangezogen werden.

EUR Tsd.	31.12.2016 Fair value hedge	31.12.2015 Fair value hedge
Zinsbezogene Geschäfte	65.372	64.241
Positive Marktwerte Derivate	65.372	64.241

25) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

EUR Tsd.	31.12.2016	31.12.2015
Zentralbanken	139.855	78.054
Sonstige Kreditinstitute	3.198.193	3.993.244
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.338.048	4.071.299

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind mit den fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

Restlaufzeitengliederung

EUR Tsd.	31.12.2016	31.12.2015
täglich fällig	2.711.680	3.548.946
bis 3 Monate	220.956	267.207
bis 1 Jahr	112.492	120.608
bis 5 Jahre	111.246	94.354
über 5 Jahre	181.674	40.184
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.338.048	4.071.299

Die Angaben zu den Fristigkeiten der zukünftigen cash flows sind in Note 33) Zahlungsströme Verbindlichkeiten angeführt.

26) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

EUR Tsd.	31.12.2016	31.12.2015
Bewertet mit fortgeführten Anschaffungskosten	4.691.373	3.992.500
Spareinlagen	2.019.400	1.622.678
Sonstige Einlagen	2.671.974	2.369.822
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	4.691.373	3.992.500

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden sind mit den fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

Restlaufzeitengliederung

EUR Tsd.	31.12.2016	31.12.2015
täglich fällig	3.107.049	2.738.002
bis 3 Monate	83.195	309.702
bis 1 Jahr	803.036	522.807
bis 5 Jahre	375.009	380.594
über 5 Jahre	323.084	41.395
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	4.691.373	3.992.500

Die Angaben zu den Fristigkeiten der zukünftigen cash flows sind in Note 33) Zahlungsströme Verbindlichkeiten angeführt.

27) Verbriefte Verbindlichkeiten

EUR Tsd.	31.12.2016	31.12.2015
Anleihen	725.217	798.362
Verbriefte Verbindlichkeiten	725.217	798.362

Die verbrieften Verbindlichkeiten sind mit den fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

Restlaufzeitengliederung

EUR Tsd.	31.12.2016	31.12.2015
bis 3 Monate	870	3.149
bis 1 Jahr	13.560	35.706
bis 5 Jahre	203.374	172.579
über 5 Jahre	507.412	586.929
Verbriefte Verbindlichkeiten	725.217	798.362

Die Angaben zu den Fristigkeiten der zukünftigen cash flows sind in Note 33) Zahlungsströme Verbindlichkeiten angeführt.

28) Handelspassiva

EUR Tsd.	31.12.2016	31.12.2015
Negative Marktwerte aus derivativen Geschäften		
währungsbezogene Geschäfte	15.022	15.320
zinsbezogene Geschäfte	398.521	432.040
Handelspassiva	413.543	447.361

29) Rückstellungen

EUR Tsd.	Risiko- rückstellungen	Andere Rückstellungen	Gesamt
Stand am 01.01.2015	1.057	6.998	8.055
Veränderung im Konsolidierungskreis	4.709	14.535	19.245
Umgliederungen	-137	558	421
Barwerteffekt	5	0	5
Verbrauch	-2	-1.873	-1.875
Auflösung	-2.320	-880	-3.200
Zuführung	2.920	3.878	6.799
Stand am 31.12.2015	6.233	23.216	29.449
Veränderung im Konsolidierungskreis	432	456	888
Umgliederungen	0	0	0
Barwerteffekt	-19	0	-19
Verbrauch	-1	-2.815	-2.817
Auflösung	-3.289	-11.630	-14.919
Zuführung	1.945	9.164	11.108
Stand am 31.12.2016	5.300	18.391	23.691

Die gebildeten Risikorückstellungen betreffen Vorsorgen für außerbilanzielle Transaktionen, insbesondere Haftungen und Garantien. Dabei handelt es sich überwiegend um langfristige Rückstellungen. Die Fristigkeiten dieser Rückstellungen sind in Note 42) Eventualverbindlichkeiten und Kreditrisiken enthalten.

In der Position andere Rückstellungen wird für Verpflichtungen vorgesorgt, die wahrscheinlich in Zukunft zu einem Mittelabfluss führen werden. Die Restrukturierungsrückstellung erfüllt die Kriterien gemäß IAS 37.10 und beträgt zum Bilanzstichtag EUR 7.841 Tsd. (2015: EUR 13.082 Tsd.). Weitere Vorsorgen wurden für schwebende Rechtsverfahren in Höhe von EUR 3.826 Tsd. (2015: EUR 5.478 Tsd.) gebildet.

Bei der Höhe der Rückstellungen handelt es sich um eine bestmögliche Schätzung der erwarteten Abflüsse von Ressourcen mit wirtschaftlichem Nutzen zum Bilanzstichtag, unter Berücksichtigung der Risiken und Unsicherheiten, welche zur Erfüllung der Verpflichtung zu erwarten sind. Risiken und Unsicherheiten wurden bei der Schätzung berücksichtigt.

30) Sozialkapital

EUR Tsd.	Pensions- rückstellung	Abfertigungs- rückstellung	Jubiläums- rückstellung	Summe Sozialkapital
Barwert 01.01.2015	6.664	14.782	2.128	23.575
Veränderung im Konsolidierungskreis	2.092	19.330	2.868	24.289
Dienstzeitaufwand	57	1.175	254	1.486
Zinsaufwand	122	503	67	692
Zahlungen	-643	-1.069	-213	-1.925
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste	238	-3.135	-426	-3.324
Barwert 31.12.2015	8.530	31.586	4.677	44.793
Veränderung im Konsolidierungskreis	3.373	6.655	878	10.906
Dienstzeitaufwand	45	1.654	338	2.037
Zinsaufwand	145	708	106	958
Zahlungen	-746	-2.851	-364	-3.962
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste	972	2.979	761	4.712
Barwert 31.12.2016	12.318	40.731	6.396	59.445

Barwert des Planvermögens

EUR Tsd.	Pensions- rückstellung
Barwert des Planvermögens 01.01.2015	0
Veränderung im Konsolidierungskreis	723
Ertrag aus dem Planvermögen	144
Beiträge zum Planvermögen	-19
Auszahlungen	15
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste	0
Barwert des Planvermögens 31.12.2015	862
Veränderung im Konsolidierungskreis	0
Ertrag aus dem Planvermögen	4
Beiträge zum Planvermögen	11
Auszahlungen	0
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste	0
Barwert des Planvermögens 31.12.2016	877

Die Pensionsrückstellung wird saldiert mit dem Barwert des Planvermögens in dieser Position ausgewiesen.

Die zu erwartenden Beitragszahlungen an das Planvermögen für das Jahr 2016 beziffern sich auf EUR 4 Tsd. (2015: EUR 0 Tsd.).

EUR Tsd.	Pensions- rückstellung	Abfertigungs- rückstellung	Jubiläums- rückstellung	Summe Sozialkapital
31.12.2015				
Sozialkapitalverpflichtung	8.530	31.586	4.677	44.793
Barwert des Planvermögens	-862	0	0	-862
Bilanzierte Nettoschuld	7.668	31.586	4.677	43.931
31.12.2016				
Sozialkapitalverpflichtung	12.318	40.731	6.396	59.445
Barwert des Planvermögens	-877	0	0	-877
Bilanzierte Nettoschuld	11.441	40.731	6.396	58.569

Historische Information

EUR Tsd.	2016	2015	2014	2013	2012
Barwert der Verpflichtungen	59.445	44.793	23.575	20.408	9.162
Barwert des Planvermögens	877	862	0	0	0

Zusammensetzung Planvermögen

EUR Tsd.	31.12.2016			31.12.2015		
	Plan- vermögen – notiert	Plan- vermögen – unnotiert	Plan- vermögen – gesamt	Plan- vermögen – notiert	Plan- vermögen – unnotiert	Plan- vermögen – gesamt
Anleihen Gebietskörperschaften	289	0	289	399	4	402
Anleihen Kreditinstitute	81	0	81	76	4	80
Anleihen Sonstige	130	1	131	28	17	44
Aktien EU Länder	105	0	105	119	0	119
Aktien USA und Japan	96	0	96	65	0	65
Aktien Sonstige	72	1	73	39	0	39
Derivate	32	20	52	0	60	60
Immobilien	0	20	20	0	19	19
Kassenbestand	0	30	30	0	35	35
Gesamt	804	72	877	725	137	862

In der Spalte Planvermögen – notiert werden alle Vermögenswerte im Planvermögen dargestellt, die einen Marktpreis haben, der an einem aktiven Markt notiert.

Sensitivitätsanalyse

Bei Konstanzhaltung der anderen Annahmen hätten bei vernünftiger Betrachtungsweise am Abschlussstichtag möglich gewesene Veränderungen bei einer der maßgeblichen versicherungsmathematischen Annahmen die leistungsorientierte Verpflichtung mit den nachstehenden Beträgen beeinflusst.

EUR Tsd.	Barwertveränderung bei	
	Erhöhung der Annahme	Minderung der Annahme
31.12.2015		
Abzinsungssatz (0,75 % Veränderung)	-3.428	3.910
Zukünftige Lohn- und Gehaltssteigerungen (0,50 % Veränderung)	2.318	-2.146
Zukünftige Pensionserhöhungen (0,25 % Veränderung)	213	-204
Zukünftige Sterblichkeit (1 Jahr Veränderung)	479	-465
31.12.2016		
Abzinsungssatz (0,75 % Veränderung)	-4.786	4.496
Zukünftige Lohn- und Gehaltssteigerungen (0,50 % Veränderung)	2.871	-2.659
Zukünftige Pensionserhöhungen (0,25 % Veränderung)	303	-290
Zukünftige Sterblichkeit (1 Jahr Veränderung)	730	-703

Zum 31. Dezember 2016 lag die gewichtete durchschnittliche Laufzeit der leistungsorientierten Verpflichtungen bei den Pensionen bei 10,7 Jahren (2015: 13,6 Jahre) und bei der Abfertigung bei 11,9 Jahren (2015: 11,8 Jahre).

Obwohl die Analyse die vollständige Verteilung der nach dem Plan erwarteten cash flows nicht berücksichtigt, liefert sie einen Näherungswert für die Sensitivität der dargestellten Annahmen.

31) Sonstige Passiva

EUR Tsd.	31.12.2016	31.12.2015
Rechnungsabgrenzungsposten	276	248
Sonstige Verbindlichkeiten	83.030	41.477
Negative Marktwerte der Derivate im Bankbuch	167.949	171.074
Sonstige Passiva	251.255	212.799

Die sonstigen Verbindlichkeiten setzen sich im Wesentlichen aus Abgrenzungen in Höhe von EUR 34.938 Tsd., Steuern und Abgabenverbindlichkeiten in Höhe von EUR 23.386 Tsd. sowie Eingangsrechnungen in Höhe von EUR 8.702 Tsd. zusammen.

In der nachfolgenden Tabelle sind die in der Position Sonstige Passiva enthaltenen negativen Marktwerte der Derivate dargestellt, die für das hedge accounting herangezogen werden.

EUR Tsd.	31.12.2016 Fair value hedge	31.12.2015 Fair value hedge
Währungsbezogene Geschäfte	29.478	31.355
Zinsbezogene Geschäfte	25.239	25.543
Negative Marktwerte Derivate	54.718	56.897

32) Nachrangkapital

EUR Tsd.	31.12.2016	31.12.2015
Nachrangige Verbindlichkeiten	10.503	10.443
Ergänzungskapital	18.378	7.231
Nachrangkapital	28.881	17.674

Restlaufzeitengliederung

EUR Tsd.	31.12.2016	31.12.2015
bis 3 Monate	4.988	0
bis 5 Jahre	19.484	13.265
über 5 Jahre	4.409	4.409
Nachrangkapital	28.881	17.674

33) Zahlungsströme Verbindlichkeiten

Darstellung der zukünftigen cash flows der Verbindlichkeiten gegliedert nach ihrer vertraglichen Fälligkeit

EUR Tsd.	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	Verbriefte Verbindlichkeiten	Nachrangkapital	Handelspassiva	Derivate im Bankbuch
31.12.2016						
Buchwert	3.338.048	4.691.373	725.217	28.881	413.543	167.949
Zahlungsabflüsse gesamt	3.382.763	4.768.928	1.048.096	30.182	413.619	159.189
bis 3 Monate	2.933.211	3.241.741	870	4.993	0	0
bis 1 Jahr	115.262	812.738	40.285	345	2.305	22.237
bis 5 Jahre	120.107	379.453	305.734	20.276	68.591	103.472
über 5 Jahre	214.183	334.996	701.207	4.569	342.723	33.481
31.12.2015						
Buchwert	4.071.299	3.992.500	798.362	17.674	447.361	171.074
Zahlungsabflüsse gesamt	4.131.499	4.032.087	1.169.081	19.983	449.141	141.645
bis 3 Monate	3.818.131	3.063.483	3.162	0	0	0
bis 1 Jahr	124.244	536.296	63.449	494	2.708	1.202
bis 5 Jahre	107.676	390.580	280.362	14.541	74.737	125.489
über 5 Jahre	81.448	41.728	822.109	4.948	371.696	14.954

Die Zahlungsströme der Eventualverbindlichkeiten werden in Note 42) Eventualverbindlichkeiten und Kreditrisiken dargestellt. In der Spalte Handelspassiva sind nur derivative Instrumente enthalten.

34) Eigenkapital

Das Grundkapital der VBW beträgt vor Abzug der eigenen Aktien am 31.12.2016 EUR 126.938 Tsd. Es setzt sich aus folgenden Stückaktien zusammen:

	EUR Tsd.
1.354.001 Stückaktien	126.938

Mit Einbringungs- und Sacheinlagevertrag vom 18. Mai 2016 brachte die Volksbank Weinviertel e.Gen. den Bankbetrieb Weinviertel (VB Weinviertel) als Sacheinlage gegen Gewährung von 51.731 neuen Stückaktien im Wert von EUR 4.850 Tsd. ein. Die Eintragung im Firmenbuch erfolgte am 19. Juli 2016.

Mit Einbringungs- und Sacheinlagevertrag vom 7. September 2016 brachte die Volksbank Südburgenland eG den Bankbetrieb Südburgenland (VB Südbgld) als Sacheinlage gegen Gewährung von 57.032 neuen Stückaktien im Wert von EUR 5.347 Tsd. ein. Die Eintragung im Firmenbuch erfolgte am 3. November 2016.

Des Weiteren brachte, ebenfalls mit Einbringungs- und Sacheinlagevertrag vom 7. September 2016, die Volksbank Niederösterreich Süd eG den Bankbetrieb Niederösterreich Süd (VB NÖ Süd) als Sacheinlage gegen Gewährung von 98.814 neuen Stückaktien im Wert von EUR 9.264 Tsd. ein. Die Eintragung im Firmenbuch erfolgte am 3. November 2016.

Entwicklung des gezeichneten Kapitals

In Stück	Aktien	PS
Im Umlauf befindliche Aktien und Partizipationsscheine am 01.01.2015	602.180	17.744
Kapitalerhöhung	378.035	0
Einbringung ZO Teilbetrieb	23.400	-11.000
Einbringung VB Ost	118.459	260
Einbringung VB OWD	24.350	0
Im Umlauf befindliche Aktien und Partizipationsscheine am 31.12.2015	1.146.424	7.004
Umbuchung	0	-7.004
Einbringung VB Weinviertel	51.731	0
Einbringung VB Südbgld	57.032	0
Einbringung VB NÖ Süd	98.814	0
Im Umlauf befindliche Aktien und Partizipationsscheine am 31.12.2016	1.354.001	0

Im Geschäftsjahr 2016 wurde das Partizipationskapital zur Gänze in die Position Nachrangkapital umgegliedert. Im Vorjahr wiesen 7.004 Stück der im Umlauf befindlichen und der gesamten Partizipationsscheine ein Nominale von EUR 1 Tsd. je Partizipationsschein auf. Durch die Einbringung des ZO Teilbetriebes ging im Jahr 2015 Partizipationskapital in Höhe von EUR 11 Mio. unter, das bis zur Einbringung durch die ÖVAG an der VBW gehalten wurde.

Dividendenzahlung

EUR Tsd.	2016	2015
Dividende stimmberechtigtes Kapital	0	6.515
Dividende nicht stimmberechtigtes Kapital	393	273
Gesamt	393	6.788

In der Dividendenzahlung ist die Schüttung an den Bund aus dem Genussrecht in der VB Rückzahlungsgesellschaft mbH (VB RZG) in Höhe von EUR 293 Tsd. enthalten. Aufgrund der Restrukturierungsvereinbarung 2015 zwischen der Republik Österreich und der VBW wurde ein Genussrecht in der VB RZG begeben. Dieses Genussrecht dient der Erfüllung jener Zusagen, die gegenüber dem Bund zur Erlangung der beihilferechtlichen Genehmigung der Umstrukturierung durch die EU-Kommission abgegeben wurden. Ausschüttungen der VB RZG auf das Genussrecht liegen in der Disposition der VBW als Alleingesellschafter der VB RZG. Es besteht kein Ergebnisanspruch.

Im Geschäftsjahr 2017 ist eine Schüttung auf stimmberechtigtes Kapital in Höhe von EUR 12 Mio. geplant.

Gesamtkapitalrentabilität

Die Gesamtkapitalrentabilität beträgt für das Geschäftsjahr 0,25 % (2015: 0,15 %) und errechnet sich als Quotient zwischen Ergebnis nach Steuern und Bilanzsumme zum Bilanzstichtag.

Nicht beherrschende Anteile

Gesellschaftsname	Minderheitenanteil		Zuordnung
	2016	2015	
VB Services für Banken Ges.m.b.H.; Wien	1,11 %	1,11 %	Übrige Unternehmen
Verwaltungsgenossenschaft der IMMO-BANK eG; Wien	9,63 %	11,15 %	Übrige Unternehmen
VOBA Vermietungs- und Verpachtungsges.m.b.H.; Baden	1,00 %	1,00 %	Übrige Unternehmen
VVG Vermietung von Wirtschaftsgütern Gesellschaft m.b.H.; Wien	0,005 %	0,005 %	Übrige Unternehmen

In der folgenden Tabelle werden die Finanzinformationen der Gesellschaften gemeinsam dargestellt, da diese unwesentlich sind.

Zusatzinformation nicht beherrschende Anteile

EUR Tsd.	Übrige Unternehmen	
	2016	2015
Aktiva		
Forderungen an Kreditinstitute (brutto)	42.480	20.822
Forderungen an Kunden (brutto)	4	15
Finanzinvestitionen	682	680
Sonstige Aktiva	11.444	15.492
Summe Aktiva	54.609	37.010
Passiva		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	4
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0	7
Sonstige Passiva	17.470	14.382
Eigenkapital	37.140	22.617
Summe Passiva	54.609	37.010
Gesamtergebnisrechnung		
Zinsen und ähnliche Erträge	2.919	540
Erträge von investment property und operating lease-Verträgen	457	0
Zinsüberschuss	3.376	540
Risikovorsorge	-7	-1
Jahresergebnis vor Steuern	20.209	1.907
Steuern vom Einkommen	-3.705	-54
Jahresergebnis nach Steuern	16.504	1.853
Sonstiges Ergebnis	-307	3
Gesamtergebnis	16.196	1.856

35) Eigenmittel

Die gemäß CRR ermittelten Eigenmittel der VBW Kreditinstitutsgruppe zeigen folgende Zusammensetzung:

EUR Tsd.	31.12.2016	31.12.2015
Hartes Kernkapital: Instrumente und Reserven		
Kapitalinstrumente inklusive Agio	304.890	236.432
Einbehaltene Gewinne	103.223	81.575
Kumuliertes sonstiges Ergebnis (und sonstige Rücklagen)	70.571	68.421
Direkt begebenes Kapital, dessen Anrechnung an das harte Kernkapital ausläuft	9.907	4.903
Minderheitsbeteiligungen	1.584	1.591
Hartes Kernkapital vor regulatorischen Anpassungen	490.175	392.922
Hartes Kernkapital: Regulatorische Anpassungen		
Aufsichtliche Bewertungsanpassungen	0	0
Firmenwerte (bereinigt um ev. Steuerschulden)	-8.262	-3.570
Immaterielle Vermögenswerte (bereinigt um ev. Steuerschulden)	-23.390	-13.719
Wertberichtigung aufgrund der Anforderung für eine vorsichtige Bewertung	-2.465	-2.603
Latente Steueransprüche, die aufgrund zeitlicher Unterschiede bestehen (Betrag über 10 % Schwelle, bereinigt um entsprechende Steuerverbindlichkeiten)	-747	0
Regulatorische Anpassungen – Übergangsbestimmungen	5.975	1.254
Nicht realisierte Gewinne (40 %; 2015: 60 %)	-6.810	-9.119
Immaterielle Vermögenswerte (40 %; 2015: 60 %)	12.661	10.373
Instrumente des harten Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche	124	0
Von den Posten des zusätzlichen Kernkapitals in Abzug zu bringende Posten, die das zusätzliche Kernkapital überschreiten	-12.723	-10.373
Regulatorische Anpassungen Gesamt	-41.613	-29.011
Hartes Kernkapital – CET1	448.562	363.911
Zusätzliches Kernkapital: Instrumente		
Kapitalinstrumente inklusive Agio, als zusätzliches Kernkapital anrechenbar	0	0
Zusätzliches Kernkapital vor regulatorischen Anpassungen	0	0
Zusätzliches Kernkapital: Regulatorische Anpassungen		
Regulatorische Anpassungen – Übergangsbestimmungen	-12.723	-10.373
Immaterielle Vermögenswerte (40 %; 2015: 60 %)	-12.661	-10.373
Instrumente des harten Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche	-62	0
Von den Posten des zusätzlichen Kernkapitals in Abzug zu bringende Posten, die das zusätzliche Kernkapital überschreiten	12.723	10.373
Regulatorische Anpassungen Gesamt	0	0
Zusätzliches Kernkapital – AT1	0	0
Kernkapital – T1 (CET1 + AT1)	448.562	363.911
Ergänzungskapital – Instrumente und Wertberichtigungen		
Kapitalinstrumente inklusive Agio, als Ergänzungskapital anrechenbar	5.734	9.509
Kapitalinstrumente, deren Anrechnung an das Ergänzungskapital ausläuft	1.620	2.600
Ergänzungskapital vor regulatorischer Anpassung	7.354	12.109
Ergänzungskapital: Regulatorische Anpassung		
Instrumente des Ergänzungskapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält	-200	-1.700
Regulatorische Anpassungen – Übergangsbestimmungen	-62	0
Instrumente des harten Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche	-62	0
Regulatorische Anpassungen Gesamt	-262	-1.700
Ergänzungskapital – T2	7.092	10.409
Eigenmittel insgesamt – TC (T1 + T2)	455.654	374.319
Harte Kernkapitalquote	13,88 %	12,38 %
Kernkapitalquote	13,88 %	12,38 %
Eigenmittelquote	14,10 %	12,74 %
jeweils bezogen auf das Gesamtrisiko		

Die risikogewichteten Beträge gemäß CRR setzen sich wie folgt zusammen:

EUR Tsd.	31.12.2016	31.12.2015
Risikogewichtete Beträge - Kreditrisiko	2.432.708	2.083.509
Gesamtrisikobetrag für Positions-, Fremdwährungs- und Warenpositionsrisiken	153.424	188.413
Gesamtrisikobetrag operationelle Risiken (OpR)	586.132	576.920
Gesamtrisikobetrag aufgrund Anpassungen der Kreditbewertung (CVA)	60.451	90.030
Gesamtrisikobetrag	3.232.716	2.938.872

Emissionen des Konzerns, die entweder in Tier I oder Tier II Kapital enthalten sind

31.12.2016 Name	Ausweis IFRS	Rückzahlungs- datum	Bedingungen	Nominale in EUR Tsd.
CET1				
Partizipationsschein 2006	Eigenkapital	unbefristet	Durchschnittlicher 3M Euribor + 130 Bp	9.907
Tier II Emissionen				
Nachrangkapital 02/17	Nachrangkapital	27.02.2017	12 M Euribor + 50 Bp, max. 6,00 % p.a.	4.988
Nachrangkapital 08/18	Nachrangkapital	25.08.2018	3 M Euribor + 25 Bp, max. 6,00 % p.a.	4.915
Nachrangkapital 12/22	Nachrangkapital	01.12.2022	3,50 % p.a.	600
Ergänzungskapital 12/22	Nachrangkapital	01.12.2022	12 M Euribor + 62,5 Bp, max. 7,00 % p.a., mind. 4 % p.a.	3.809
Ergänzungskapital 06/18	Nachrangkapital	16.06.2018	3 M Euribor + 50 Bp, nicht negativ	2.630
Ergänzungskapital 07/19	Nachrangkapital	16.07.2019	Durchschnittlicher 3M Euribor + 35 Bp, nicht negativ	792
31.12.2015				
Name	Ausweis IFRS	Rückzahlungs- datum	Bedingungen	Nominale in EUR Tsd.
CET1				
Partizipationsschein 2006	Eigenkapital	unbefristet	Durchschnittlicher 3M Euribor + 130 Bp	7.004
Tier II Emissionen				
Nachrangkapital 02/17	Nachrangkapital	27.02.2017	12 M Euribor + 50 Bp, max. 6,00 % p.a.	4.938
Nachrangkapital 08/18	Nachrangkapital	25.08.2018	3 M Euribor + 25 Bp, max. 6,00 % p.a.	4.905
Nachrangkapital 12/22	Nachrangkapital	01.12.2022	3,50 % p.a.	600
Ergänzungskapital 12/22	Nachrangkapital	01.12.2022	12 M Euribor + 62,5 Bp, max. 7,00 % p.a., mind. 4 % p.a.	3.809
Ergänzungskapital 06/18	Nachrangkapital	16.06.2018	3 M Euribor + 50 Bp, nicht negativ	2.630
Ergänzungskapital 07/19	Nachrangkapital	16.07.2019	Durchschnittlicher 3M Euribor + 35 Bp, nicht negativ	792

Der Konsolidierungskreis nach IFRS weicht vom Konsolidierungskreis nach CRR ab, da nach IFRS auch branchenfremde sonstige Unternehmen einbezogen werden. Nach CRR werden Gesellschaften der Finanzbranche, die einer Beherrschung unterliegen bzw. wo eine Kapitalmehrheit vorliegt, vollkonsolidiert. Institute, Finanzinstitute und Anbieter von Nebendienstleistungen, die der Beherrschung unterliegen, aber für die Darstellung der Kreditinstitutsgruppe gemäß Artikel 19 (1) CRR nicht wesentlich sind, werden von den Eigenmitteln abgezogen. Bei gemeinsamer Leitung von Tochterunternehmen mit Fremdgesellschaftern wird eine Quotenkonsolidierung vorgenommen. Anteile an Unternehmen der Finanzbranche mit einem Anteil zwischen 10 % und 50 %, bei denen keine gemeinsame Leitung gegeben ist, werden ebenfalls von den Eigenmitteln abgezogen, sofern sie nicht freiwillig anteilmäßig einbezogen werden. Beteiligungen an Unternehmen der Finanzbranche zu weniger als 10 % werden im Rahmen der Anrechenbarkeit gemäß Artikel 46 CRR von den Eigenmitteln abgezogen. Alle anderen Beteiligungen werden zu ihren Buchwerten in die Bemessungsgrundlage einbezogen.

Alle Kreditinstitute, die einer Beherrschung unterliegen oder bei denen eine Kapitalmehrheit vorliegt, werden in den Konsolidierungskreis nach CRR einbezogen.

Im Geschäftsjahr 2016 gab es keine substanziellen, praktischen oder rechtlichen Hindernisse bezüglich der Übertragung von Eigenmitteln oder der Rückzahlung von Verbindlichkeiten zwischen dem übergeordneten Institut und den ihm nachgeordneten Instituten.

36) Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten

Die nachfolgende Tabelle stellt die finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten in den einzelnen Kategorien und ihre fair values dar.

EUR Tsd.	Held for trading	At fair value through profit or loss	Held to maturity	Available for sale	Fortgeführte Anschaffungskosten	Buchwert gesamt	Fair value
31.12.2016							
Barreserve	0	0	0	0	1.119.252	1.119.252	1.119.252
Forderungen an Kreditinstitute (KI)	0	0	0	0	2.196.042	2.196.042	
Forderungen an KI abzüglich EWB	0	0	0	0	2.196.042	2.196.042	2.197.326
Forderungen an Kunden (KU)	0	0	0	0	4.351.134	4.351.134	
EWB zu Forderungen an KU	0	0	0	0	-55.156	-55.156	
Forderungen an KU abzüglich EWB	0	0	0	0	4.295.978	4.295.978	4.208.101
Handelsaktiva	137.550	0	0	0	0	137.550	137.550
Finanzinvestitionen	0	0	261.339	1.594.123	0	1.855.462	1.854.283
Beteiligungen	0	0	0	15.781	0	15.781	15.781
Derivative Instrumente Bankbuch	103.352	0	0	0	0	103.352	103.352
Finanzielle Vermögenswerte gesamt	240.903	0	261.339	1.609.904	7.611.272	9.723.418	9.635.646
Verbindlichkeiten gegenüber KI	0	0	0	0	3.338.048	3.338.048	3.332.836
Verbindlichkeiten gegenüber KU	0	0	0	0	4.691.373	4.691.373	4.684.806
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	0	0	0	725.217	725.217	733.260
Handelspassiva	413.543	0	0	0	0	413.543	413.543
Derivative Instrumente Bankbuch	167.949	0	0	0	0	167.949	167.949
Nachrangkapital	0	0	0	0	28.881	28.881	26.727
Finanzielle Verbindlichkeiten gesamt	581.491	0	0	0	8.783.520	9.365.011	9.359.121

EUR Tsd.	Held for trading	At fair value through profit or loss	Held to maturity	Available for sale	Fortgeführte Anschaffungskosten	Buchwert gesamt	Fair value
31.12.2015							
Barreserve	0	0	0	0	1.280.269	1.280.269	1.280.269
Forderungen an Kreditinstitute (KI)	0	0	0	0	2.794.241	2.794.241	
Forderungen an KI abzüglich EWB	0	0	0	0	2.794.241	2.794.241	2.794.594
Forderungen an Kunden (KU)	0	0	0	0	3.722.212	3.722.212	
EWB zu Forderungen an KU	0	0	0	0	-61.954	-61.954	
Forderungen an KU abzüglich EWB	0	0	0	0	3.660.259	3.660.259	3.515.807
Handelsaktiva	172.286	0	0	0	0	172.286	172.286
Finanzinvestitionen	0	0	79.518	1.637.976	414	1.717.908	1.718.505
Beteiligungen	0	0	0	31.691	0	31.691	31.691
Derivative Instrumente Bankbuch	100.186	0	0	0	0	100.186	100.186
Finanzielle Vermögenswerte gesamt	272.472	0	79.518	1.669.667	7.735.183	9.756.840	9.613.338
Verbindlichkeiten gegenüber KI	0	0	0	0	4.071.299	4.071.299	4.077.102
Verbindlichkeiten gegenüber KU	0	0	0	0	3.992.500	3.992.500	3.981.281
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	0	0	0	798.362	798.362	805.277
Handelspassiva	447.361	0	0	0	0	447.361	447.361
Derivative Instrumente Bankbuch	171.074	0	0	0	0	171.074	171.074
Nachrangkapital	0	0	0	0	17.674	17.674	14.284
Finanzielle Verbindlichkeiten gesamt	618.435	0	0	0	8.879.835	9.498.269	9.496.378

EWB = Einzelwertberichtigung

In den Finanzinvestitionen sind held to maturity Wertpapiere und Wertpapiere der Kategorie loans & receivables mit einem Buchwert von EUR 183.663 Tsd. (2015: EUR 0 Tsd.) enthalten, die mit EUR 4.792 Tsd. (2015: EUR 0 Tsd.) über dem Marktwert bewertet sind, da kein objektiver Hinweis auf Wertminderung vorliegt.

Finanzinvestitionen available for sale in Höhe von EUR 4.674 Tsd. (2015: EUR 31.733 Tsd.) und Anteile und Beteiligungen in Höhe von EUR 11.267 Tsd. (2015: EUR 8.832 Tsd.) sind mit Anschaffungskosten bewertet, da deren beizulegender Zeitwert nicht verlässlich ermittelt werden kann. Im Geschäftsjahr 2016 wurden mit Anschaffungskosten bewertete Instrumente mit einem Buchwert in Höhe von EUR 153 Tsd. (2015: EUR 290 Tsd.) veräußert. Dabei wurde ein Ergebnis von EUR 410 Tsd. (2015: EUR 7 Tsd.) realisiert. Der beizulegende Zeitwert ist nicht verlässlich ermittelbar, da für diese Titel kein aktiver Markt besteht und eine angemessene Einschätzung der Wahrscheinlichkeit hinsichtlich des Eintritts unterschiedlicher Zeitwertschätzungen nicht möglich ist. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Vermögenswerte, die im Verbund begeben wurden.

Einige Finanzinvestitionen und -verbindlichkeiten sind Kategorien zugeordnet, in denen sie nicht erfolgswirksam mit dem fair value bewertet werden. Sie sind aber Grundgeschäfte zu fair value hedges bezüglich des Zinsrisikos und des Währungsrisikos. Daher werden diese Finanzinstrumente bezüglich des gehedgten Zinssatzes und des gehedgten Währungsrisikos bewertet.

Buchwerte der Grundgeschäfte zu fair value hedges

EUR Tsd.	Zinsrisiko		Währungsrisiko	
	Available for sale	Fortgeführte Anschaffungskosten	Available for sale	Fortgeführte Anschaffungskosten
31.12.2016				
Forderungen an Kunden	0	0	0	78.217
Finanzinvestitionen	1.171.773	0	44.456	0
Finanzielle Vermögenswerte	1.171.773	0	44.456	78.217
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	17.320	0	0
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	630.420	0	0
Finanzielle Verbindlichkeiten	0	647.740	0	0
31.12.2015				
Forderungen an Kunden	0	27.112	0	80.199
Finanzinvestitionen	1.177.846	0	45.360	0
Finanzielle Vermögenswerte	1.177.846	27.112	45.360	80.199
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	17.386	0	0
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	661.148	0	0
Finanzielle Verbindlichkeiten	0	678.534	0	0

Die nachfolgende Tabelle ordnet alle zum fair value bewerteten finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten den verschiedenen fair value Hierarchien zu.

EUR Tsd.	Level 1	Level 2	Level 3	Gesamt
31.12.2016				
Handelsaktiva	11.766	125.784	0	137.550
Finanzinvestitionen	1.498.969	61.096	29.384	1.589.449
Available for sale	1.498.969	61.096	29.384	1.589.449
Anteile und Beteiligungen	0	0	4.514	4.514
Derivative Instrumente Bankbuch	0	103.352	0	103.352
Gesamt	1.510.735	290.233	33.898	1.834.866
Handelspassiva	0	413.543	0	413.543
Derivative Instrumente Bankbuch	0	167.949	0	167.949
Gesamt	0	581.491	0	581.491
31.12.2015				
Handelsaktiva	0	172.286	0	172.286
Finanzinvestitionen	1.508.739	97.503	0	1.606.242
Available for sale	1.508.739	97.503	0	1.606.242
Anteile und Beteiligungen	0	17.331	5.528	22.859
Derivative Instrumente Bankbuch	0	100.186	0	100.186
Gesamt	1.508.739	387.306	5.528	1.901.573
Handelspassiva	0	447.361	0	447.361
Derivative Instrumente Bankbuch	0	171.074	0	171.074
Gesamt	0	618.435	0	618.435

Finanzinvestitionen available for sale in Höhe von EUR 4.674 Tsd. (2015: EUR 31.733 Tsd.) und Anteile und Beteiligungen in Höhe von EUR 11.267 Tsd. (2015: EUR 8.832 Tsd.) sind mit Anschaffungskosten bewertet, da deren beizulegender Zeitwert nicht verlässlich ermittelt werden kann.

Für die Beschreibung der Bewertungsverfahren für Anteile und Beteiligungen wird auf die Ausführungen in Note 3) s) Beteiligungen verwiesen.

Bei der Berechnung der Marktwerte für Level 2 Finanzinvestitionen verwendet die VBW keine nicht auf beobachtbaren Marktdaten basierenden Bewertungskurse. Systemseitig angelieferte Kursinformationen werden bei nicht aktiv gehandelten Positionen auf Basis sekundär verfügbarer Marktdaten oder auf aktiven Märkten zustande gekommener Transaktionen in vergleichbaren Produkten überprüft und bei Bedarf an diese angepasst. Level 2 Inputfaktoren sind vor allem Zinsraten inklusive dazugehöriger Zinsvolatilitäten, FX Swap Points, Währungs-, Aktien- und Indexkurse inklusive dazugehöriger Volatilitäten und Credit Spreads, die täglich direkt von Brokern bezogen werden. Anpassungen im Rahmen einer Marktbewertung erfolgen durch lineare Interpolationen der direkt bezogenen Brokerdaten. Die verwendeten Inputfaktoren durchlaufen eine tägliche Qualitätssicherung und werden im Bewertungssystem historisiert.

Im Jahr 2016 konnten Finanzinstrumente mit einem Buchwert von EUR 2.278 Tsd. (2015: EUR 17 Tsd.), die zum 31. Dezember 2015 noch mit Level 2 Marktwerten bewertet wurden, in Level 1 Finanzinstrumente umgegliedert werden, da die Handelsaktivität in den Märkten bei diesen Instrumenten gestiegen ist. Demgegenüber stehen Umgliederungen von Level 1 in Level 2 in Höhe von EUR 0 Tsd. (2015: EUR 15.477 Tsd.) aufgrund rückläufiger Handelsaktivität in den Märkten.

Darstellung der Entwicklung der Level 3 Marktwerte von finanziellen Vermögenswerten

EUR Tsd.	Anteile und Beteiligungen	Available for sale	Gesamt
Stand 1.1.2015	0	5.080	5.080
Veränderung im Konsolidierungskreis	6.636	0	6.636
Zugänge	0	25.633	25.633
Bewertung			
über die Gewinn- Verlustrechnung	0	-3.594	-3.594
über sonstiges Ergebnis	-1.108	-17	-1.125
Stand 31.12.2015	5.528	27.101	32.629
Veränderung im Konsolidierungskreis	0	0	0
Zugänge	0	2.180	2.180
Bewertung			
über die Gewinn- Verlustrechnung	0	96	96
über sonstiges Ergebnis	-1.014	6	-1.008
Stand 31.12.2016	4.514	29.384	33.898

Die in der oben abgebildeten Tabelle dargestellten Bewertungen sind in der Position Ergebnis aus Finanzinvestitionen (Gewinn- und Verlustrechnung) bzw. in der available for sale Rücklage (Sonstiges Ergebnis) erfasst. Von den Bewertungen, die über die Gewinn- und Verlustrechnung erfasst sind, betrifft ein Betrag von EUR 96 Tsd. (2015: EUR 0 Tsd.) die zum Bilanzstichtag im Bestand befindlichen finanziellen Vermögenswerte.

Die Bestände an available for sale Vermögenswerten, die per 31. Dezember 2016 dem Level 3 der Fair Value Hierarchie zugeordnet sind, umfassen Partizipationsscheine mit einem Buchwert von EUR 29.384 Tsd. Diese werden auf keinem aktiven Markt gehandelt und lassen nur eine alternative Bewertung mittels am Markt nicht beobachtbaren Inputparametern zu. Im Zuge des Backtestings der Inputfaktoren durch die VBW wurde festgestellt, dass diese Partizipationsscheine bisher als Level 2 Wertpapiere ausgewiesen wurden. Im Konzernabschluss 2016 wird somit der Vorjahresausweis gemäß IAS 8 angepasst.

Die Bewertung erfolgt durch ein Hull-White 1 Faktor Zinsmodell im Rahmen einer Monte-Carlo Simulation, wobei das Modell täglich auf das aktuelle Marktdatenumfeld (Zinssatz und Volatilität) kalibriert wird. Die in Zukunft zu leistende Verzinsung dieser Anteile wird mittels eines variablen Kupons, bestehend aus dem 3-Monats-Euribor als Basiszinssatz sowie einem Aufschlag gerechnet, der einen nicht beobachtbaren Inputfaktor darstellt. Weitere nicht beobachtbare Inputfaktoren, die in die Bewertung einfließen, sind die Laufzeit sowie der erwartete Tilgungskurs der Partizipationsscheine.

Als geschätzte Endfälligkeit wird Ende Oktober 2018 angenommen, wobei die Einziehung noch Unsicherheiten unterliegt und somit als unbekannter Inputfaktor gilt. Aufgrund der Liquiditätsbasis des Emittenten wird von einem Tilgungskurs von 100 ausgegangen. Diese Annahme wird durch den durchgeführten impairment test der Aktiva gestützt. Die Abzinsung der Zahlungsflüsse erfolgt mit einem 3 Monats-Euribor Basiszinssatz plus einem Aufschlag, der die Eigenkapitalkosten abbildet.

Die Bewertung dieser Finanzinstrumente wurde vom Treasury der VBW vorgenommen. Die Marktwertermittlung nach der beschriebenen Vorgehensweise erfolgt auf täglicher Basis. Die bei der Bewertung der Partizipationsscheine verwendeten Inputfaktoren werden im Rahmen der Sensitivitätsanalyse derart angepasst, dass sie nach Ansicht des Managements der VBW angemessene mögliche Alternativen widerspiegeln.

Die nachfolgende Tabelle stellt die Änderungen des beizulegenden Zeitwertes nach Anpassung dieser Inputfaktoren dar:

31.12.2016 EUR Tsd.	Positive Änderung des beizulegenden Zeitwertes	Negative Änderung des beizulegenden Zeitwertes
Laufzeitveränderung +/- 1 Jahr	1.752	-1.668
Veränderung Aufschlag +/- 100 BP	466	-459
Veränderung Tilgungswert - 5 %	0	-1.455

Die Unsicherheit beim Tilgungszeitpunkt wird mit Parameteränderungen von +/- einem Jahr gerechnet und ergibt bei einer Laufzeitverlängerung einen negativen Effekt von EUR 1.668 Tsd. und bei einer Laufzeitverminderung einen positiven Effekt von EUR 1.752 Tsd. Diese Anpassung wird vom Management der VBW als angemessene mögliche Alternative gesehen, da sich unter anderem aufgrund des Genehmigungsprozesses des Wertpapiereinzugs von der Bankenaufsicht einerseits und der tatsächlichen Abwicklung andererseits Laufzeitänderungen ergeben können. Ein Einzug der Partizipationsscheine nach Ende des Jahres 2019 ist aus Sicht des Managements der VBW derzeit kein realistisches Szenario.

Eine Bandbreite von +/- 100 BP wird als angemessene mögliche Alternative für die Höhe des Aufschlags auf den Basiszinssatz angesehen. Bei Erhöhung des Aufschlags würde sich eine Verringerung des beizulegenden Zeitwertes um EUR 459 Tsd. bzw. bei Verringerung des Aufschlags auf den Basiszinssatz eine Erhöhung des beizulegenden Zeitwertes von EUR 466 Tsd. ergeben.

Aufgrund der vorliegenden Unternehmensplanung des Emittenten wurde ein Tilgungswert in Höhe von 100 Prozent bei der Bewertung der Partizipationsscheine angenommen, wobei als angemessene mögliche Alternative angesehen wird, dass dieser um höchstens 5 % abweichen kann. Bei einer Verminderung des Tilgungsbetrages um 5 % ergibt sich eine Verringerung des beizulegenden Zeitwertes von EUR 1.455 Tsd. Eine Rückzahlung über dem Nominalwert ist nicht vorgesehen, wodurch eine Überliquidität des Emittenten zu keiner Kurserhöhung der Partizipationsscheine führen kann.

Die zugrunde liegenden Bewertungsverfahren für die Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes basieren auf mehreren Inputfaktoren bzw. Parametern welche auch wechselseitige Zusammenhänge zwischen den nicht beobachtbaren Parametern aufweisen können. Derartige wechselseitige Zusammenhänge wurden in der oben angeführten Sensitivitätsanalyse nicht quantitativ berücksichtigt. Einen wesentlichen wechselseitigen Zusammenhang stellt eine Entwicklung des Aufschlages auf die risikolose Zinskurve für die Abzinsung der Zahlungsflüsse in Zusammenhang mit der Veränderung der geschätzten Liquidation der Gesellschaft dar.

Für die Sensitivitätsanalysen für die Marktwerte Level 3 bei der Position Anteile und Beteiligungen erfolgt die Ermittlung werterhöhender und wertmindernder Effekte bei alternativen Bewertungsszenarien durch Variation von Ertragsschätzungen von 20 %. Dabei ergibt sich bei einer Erhöhung der Ertragsschätzung eine Veränderung der Marktwerte in Höhe von EUR 1.006 Tsd. (2015: EUR 979 Tsd.) und bei einer Verminderung der Ertragsschätzung eine Veränderung in Höhe von EUR -1.006 Tsd. (2015: EUR -979 Tsd.).

Die Entwicklung von Sensitivitätsanalysen für die fair values von investment property (IAS 40) sind in Note 18) Investment property Vermögenswerte dargestellt.

Für Finanzinstrumente, die nicht zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, wird der beizulegende Zeitwert nur für die Zwecke der Anhangsangabe berechnet und hat keinen Einfluss auf die Konzernbilanz und die Konzerngesamtergebnisrechnung.

Die nachfolgende Tabelle ordnet die Marktwerte aller nicht zum fair value bewerteten finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten den verschiedenen fair value Hierarchien zu.

EUR Tsd.	Level 1	Level 2	Level 3	Gesamt FV	Buchwerte
31.12.2016					
Barreserve	0	1.119.252	0	1.119.252	1.119.252
Forderungen an Kreditinstitute (brutto)	0	0	0	0	2.196.042
Forderungen an Kreditinstitute abzüglich Einzelwertberichtigung	0	0	2.197.326	2.197.326	2.196.042
Forderungen an Kunden (brutto)	0	0	0	0	4.351.134
Einzelwertberichtigung zu Forderungen an Kunden	0	0	0	0	-55.156
Forderungen an Kunden abzüglich Einzelwertberichtigung	0	0	4.208.101	4.208.101	4.295.978
Festverzinsliche Wertpapiere loans & receivables	0	0	0	0	0
Festverzinsliche Wertpapiere held to maturity	260.160	0	0	260.160	261.339
Finanzinvestitionen	260.160	0	0	260.160	261.339
Finanzielle Vermögenswerte gesamt	260.160	1.119.252	6.405.426	7.784.839	7.872.611
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	0	3.332.836	3.332.836	3.338.048
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0	0	4.684.806	4.684.806	4.691.373
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	0	733.260	733.260	725.217
Nachrangkapital	0	0	26.727	26.727	28.881
Finanzielle Verbindlichkeiten gesamt	0	0	8.777.629	8.777.629	8.783.520

EUR Tsd.	Level 1	Level 2	Level 3	Gesamt FV	Buchwerte
31.12.2015					
Barreserve	0	1.280.269	0	1.280.269	1.280.269
Forderungen an Kreditinstitute (brutto)	0	0	0	0	2.794.241
Forderungen an Kreditinstitute abzüglich Einzelwertberichtigung	0	0	2.794.594	2.794.594	2.794.241
Forderungen an Kunden (brutto)	0	0	0	0	3.722.212
Einzelwertberichtigung zu Forderungen an Kunden	0	0	0	0	-61.954
Forderungen an Kunden abzüglich Einzelwertberichtigung	0	0	3.515.807	3.515.807	3.660.259
Festverzinsliche Wertpapiere loans & receivables	0	414	0	414	414
Festverzinsliche Wertpapiere held to maturity	80.115	0	0	80.115	79.518
Finanzinvestitionen	80.115	414	0	80.529	79.932
Finanzielle Vermögenswerte gesamt	80.115	1.280.683	6.310.401	7.671.199	7.814.701
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	0	4.077.102	4.077.102	4.071.299
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0	0	3.981.281	3.981.281	3.992.500
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	0	805.277	805.277	798.362
Nachrangkapital	0	0	14.284	14.284	17.674
Finanzielle Verbindlichkeiten gesamt	0	0	8.877.944	8.877.944	8.879.835

Für Finanzinstrumente, welche überwiegend kurzfristig sind, stellt der Buchwert eine angemessene Schätzung des fair values dar.

Für langfristige Finanzinstrumente erfolgt die Berechnung des beizulegenden Zeitwerts durch Abzinsung der vertraglichen Zahlungsströme. Für Aktiva werden Zinssätze verwendet, die für Aktiva mit ähnlichen Restlaufzeiten und Ausfallrisiken (insbesondere geschätzte Ausfälle bei Forderungen aus dem Kreditgeschäft) hätten erzielt werden können. Im Fall der Passiva werden Zinssätze zugrunde gelegt, mit denen entsprechende Verbindlichkeiten mit ähnlichen Restlaufzeiten am Bilanzstichtag aufgenommen oder emittiert hätten werden können.

Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts

Die zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesenen Finanzinstrumente werden den drei Kategorien der IFRS fair value Hierarchie zugeordnet.

Level 1 – Mit notierten Preisen in aktiven Märkten bewertete Finanzinstrumente, deren beizulegender Zeitwert direkt von Preisen an aktiven, liquiden Märkten abgeleitet werden kann und bei denen das im Markt beobachtbare Finanzinstrument repräsentativ für das im Bestand des Konzerns zu bewertende Finanzinstrument ist.

Level 2 – Mit Bewertungsverfahren auf Basis beobachtbarer Marktdaten bewertete Finanzinstrumente, deren beizulegender Zeitwert aus gleichartigen, an aktiven Märkten gehandelten Finanzinstrumenten oder mittels Bewertungsverfahren, deren Eingangsparameter beobachtbar sind, ermittelt werden kann.

Level 3 – Mit Bewertungsverfahren auf Basis nicht beobachtbarer Parameter bewertete Finanzinstrumente, deren beizulegender Zeitwert nicht aus am Markt beobachtbaren Daten ermittelt werden kann. Die Finanzinstrumente dieser Kategorie weisen eine Wertkomponente auf, die nicht beobachtbar ist und die einen wesentlichen Einfluss auf den beizulegenden Zeitwert hat.

37) Derivate

Derivative Finanzinstrumente

2016 EUR Tsd.	Nominale			Summe	Marktwerte 31.12.2016
	bis 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	über 5 Jahre		
Zinsbezogene Geschäfte	991.520	2.624.021	3.278.787	6.894.328	-244.002
Caps & Floors	91.679	553.261	390.528	1.035.467	-615
Futures - zinsbezogen	524.000	427.000	0	951.000	0
Interest Rate Swaps	375.841	1.643.760	2.888.259	4.907.861	-243.387
Swaptions	0	0	0	0	0
Währungsbezogene Geschäfte	1.339.113	1.062.646	266.704	2.668.463	-122.030
Cross Currency Swaps	530.787	1.055.474	266.704	1.852.965	-122.030
FX Swaps	777.195	5.754	0	782.948	0
Devisentermingeschäfte	31.132	1.418	0	32.550	0
Kreditbezogene Geschäfte	0	0	0	0	0
Sonstige Geschäfte	19.315	16.143	384.765	420.223	1.282
Optionen	19.315	16.143	384.765	420.223	1.282
Gesamtsumme	2.349.949	3.702.810	3.930.255	9.983.014	-364.750

2015 EUR Tsd.	Nominale			Summe	Marktwerte 31.12.2015
	bis 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	über 5 Jahre		
Zinsbezogene Geschäfte	523.623	1.424.551	2.994.639	4.942.813	-228.053
Caps & Floors	355.953	431.400	592.735	1.380.088	-644
Futures - zinsbezogen	0	0	0	0	0
Interest Rate Swaps	157.669	932.251	2.381.904	3.471.825	-222.909
Swaptions	10.000	60.900	20.000	90.900	-4.500
Währungsbezogene Geschäfte	1.372.766	1.727.545	236.599	3.336.911	-128.879
Cross Currency Swaps	367.397	1.720.046	236.599	2.324.042	-128.879
FX Swaps	965.422	5.571	0	970.992	0
Devisentermingeschäfte	39.947	1.929	0	41.876	0
Kreditbezogene Geschäfte	20.000	9.185	0	29.185	48
Sonstige Geschäfte	18.463	19.607	472.412	510.483	3.443
Optionen	18.463	19.607	472.412	510.483	3.443
Gesamtsumme	1.934.852	3.180.889	3.703.651	8.819.391	-353.442

Alle derivativen Finanzinstrumente sind – ausgenommen Futures – OTC-Produkte.

38) Vermögenswerte und Verbindlichkeiten in Fremdwährung

Der Gesamtbetrag der Vermögenswerte in Fremdwährung belief sich am Bilanzstichtag auf EUR 1.211.999 Tsd. (2015: EUR 1.590.738 Tsd.), jener der Verbindlichkeiten auf EUR 200.344 Tsd. (2015: EUR 235.296 Tsd.).

39) Treuhandgeschäfte

EUR Tsd.	31.12.2016	31.12.2015
Treuhandvermögen		
Forderungen an Kreditinstitute	36.800	0
Forderungen an Kunden	113.140	108.777
Treuhandverbindlichkeiten		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstitute	36.800	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	113.140	108.777

40) Nachrangige Vermögenswerte

EUR Tsd.	31.12.2016	31.12.2015
Forderungen an Kunden	0	791
Finanzinvestitionen	4.138	0

41) Sicherheitenubertragung für eigene Verbindlichkeiten

EUR Tsd.	31.12.2016	31.12.2015
Als Sicherheiten übertragene Vermögenswerte		
Forderungen an Kreditinstitute	0	12.380
Forderungen an Kunden	282.652	78.479
Finanzinvestitionen	17.500	2.500
Verpflichtungen, für die Vermögenswerte übertragen wurden		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	285.152	93.359
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	15.000	0

Im Rahmen von Unternehmensrefinanzierungen durch die Oesterreichische Kontrollbank (OeKB) werden Kundenforderungen in Hohre von EUR 70 Mio. (2015: EUR 78 Mio.) als Sicherheiten gestellt. Diese Forderungen sind durch Ausfallgarantien des Bundes, durch Privatversicherungen und Wechselburgschaften garantiert. Die OeKB kann diese Kundenforderungen bei vertragskonformer Leistung des Konzerns nicht weiterverpfanden oder veräußern.

Für Kredite der IMMO-Bank an in den Konzernabschluss einbezogene Tochterunternehmen wurden von der VBW Sicherheiten in Hohre von EUR 0 Mio. (2015: EUR 12 Mio.) gestellt.

Im Rahmen für Sicherstellungen von OeNB Refinanzierungen der VBW wurden im Geschäftsjahr 2016 EUR 212 Mio. (2015: EUR 0 Mio.) Forderungen an Kunden als Sicherheiten gestellt.

Im Rahmen von Mundelspareinlagen werden Finanzinvestitionen in Hohre von EUR 15 Mio. als Sicherstellung gehalten.

Die restlichen Kundenforderungen und Finanzinvestitionen werden im Rahmen von Refinanzierungen durch die KfW Bankengruppe als Sicherheiten gestellt. Die Modalitäten sind dieselben wie bei der OeKB.

42) Eventualverbindlichkeiten und Kreditrisiken

EUR Tsd.	31.12.2016	31.12.2015
Eventualverbindlichkeiten		
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Haftungen	389.321	418.216
Sonstiges (Haftsumme)	23.883	60.147
Kreditrisiken		
Kreditrisiken aus noch nicht in Anspruch genommenen Kreditzusagen	4.283.838	4.759.462

Darstellung der zukünftigen cash flows der Eventualverbindlichkeiten nach ihrer vertraglichen Fälligkeit und bei den Garantien auch nach der erwarteten Fälligkeit

EUR Tsd.	Kreditzusagen	Garantien - vertraglich vereinbart	Garantien - erwartet
31.12.2016			
Buchwert	4.283.838	389.321	0
Zahlungsabflüsse gesamt	4.283.838	389.321	4.081
bis 3 Monate	4.283.838	389.321	408
bis 1 Jahr	0	0	1.632
bis 5 Jahre	0	0	2.040
31.12.2015			
Buchwert	4.759.462	418.216	0
Zahlungsabflüsse gesamt	4.759.462	451.047	6.233
bis 3 Monate	4.759.462	451.047	623
bis 1 Jahr	0	0	2.493
bis 5 Jahre	0	0	3.116

Bei den Kreditrisiken wurde bei der Darstellung der vertraglichen Laufzeit auf den ersten möglichen Zeitpunkt der Inanspruchnahme abgestellt. Bei der Darstellung der vertraglich vereinbarten Garantien wird die erste vertragliche Möglichkeit der vollen Inanspruchnahme dargestellt, während in der Spalte der erwarteten Garantien die vom Management in den verschiedenen Laufzeiten erwartete Inanspruchnahme angegeben wird.

Für Finanzgarantien, bei denen es nach Einschätzung des Managements zu einem Zahlungsabfluss kommen wird, wurde in Höhe des wahrscheinlichen Zahlungsabflusses unter Berücksichtigung von eventuell vorhandenen Sicherheiten eine Vorsorge in den Rückstellungen für außerbilanzielle Risiken in Höhe von EUR 4.081 Tsd. (2015: EUR 6.233 Tsd.) gebildet.

43) Pensionsgeschäfte und andere übertragene Vermögenswerte

Zum Bilanzstichtag 31.12.2016 bestanden Rücknahmeverpflichtungen aus echten Pensionsgeschäften (Repurchase Agreements) als Pensionsgeber in Höhe von EUR 103.210 Tsd. (2015: EUR 0 Tsd.).

Es werden in der Bilanz keine weiteren finanziellen Vermögenswerte ausgewiesen, bei denen die wesentlichen Chancen und Risiken zurückbehalten wurden.

44) Angaben über Geschäftsbeziehungen mit nahestehenden Unternehmen

EUR Tsd.	Gegenüber verbundenen nicht konsolidierten Unternehmen	Gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	Gegenüber assoziierten Unternehmen	Gegenüber Unternehmen, die als Aktionär signifikanten Einfluss auf die Konzernmutter haben
31.12.2016				
Forderungen an Kreditinstitute	0	0	72	0
Forderungen an Kunden	169	44.001	4.529	0
Risikovorsorge (-)	0	-75	-24	0
Schuldverschreibungen	0	0	202	833.288
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	0	199.971	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.930	4.284	85.448	0
Rückstellungen	0	10	53	0
Geschäftsvorfälle	2.636	105.752	627.027	0
31.12.2015				
Forderungen an Kreditinstitute	0	0	300.610	0
Forderungen an Kunden	440	9.863	0	0
Risikovorsorge (-)	0	0	0	0
Schuldverschreibungen	0	0	6.775	765.655
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	109.055	333.452	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2.387	13.957	0	0
Rückstellungen	0	0	0	0
Geschäftsvorfälle	4.054	188.229	450.105	0

Der Betrag der Geschäftsvorfälle stellt den Durchschnittsbestand der Forderungen und Verbindlichkeiten an Kreditinstitute und an Kunden dar und berechnet sich aus dem jeweiligen Stand an den Quartalsstichtagen im Berichtszeitraum, der Vorzeichen unabhängig aufgerechnet wird.

Verrechnungspreise zwischen dem VBW Konzern und nahestehenden Unternehmen orientieren sich an den marktüblichen Gegebenheiten. Zum Bilanzstichtag bestehen wie im Vorjahr keine sonstigen Verpflichtungen des VBW Konzerns für nicht konsolidierte Tochtergesellschaften oder assoziierte Unternehmen.

Die Republik Österreich übt als Aktionär signifikanten Einfluss auf den VBW Konzern aus.

Im Geschäftsjahr gewährte Kredite und Vorschüsse an Schlüsselpersonen

EUR Tsd.	31.12.2016	31.12.2015
Aushaftender Gesamtbetrag	310	5
Geleistete Rückzahlungen	31	27
Zinszahlungen	0	0

Als Mitglieder des Managements in Schlüsselpositionen gelten im VBW Konzern die Mitglieder des Vorstandes sowie die Mitglieder des Aufsichtsrates des Mutterunternehmens. Die Darstellung zu den Bezügen der Schlüsselpersonen ist in Note 8) Verwaltungsaufwand enthalten. Es wurden keine weiteren Verträge mit Schlüsselpersonen abgeschlossen.

Zum 31.12.2016 sind in den Forderungen an Kreditinstitute/Kunden Verrechnungen mit Sektorinstituten in Höhe von EUR 1.672.169 Tsd. (2015: EUR 2.307.310 Tsd.) und in den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten/Kunden Verrechnungen in Höhe von EUR 3.010.615 Tsd. (2015: EUR 3.742.698 Tsd.) enthalten.

45) Angaben zum Hypothekendarlehenbankgeschäft gemäß Pfandbriefgesetz einschließlich fundierter Bankschuldverschreibungen

EUR Tsd.	Deckungserfordernis		Überdeckung
	Deckungsdarlehen	Verbriefte Verbindlichkeiten	
31.12.2016			
Bankschuldverschreibungen	2.165.745	1.407.600	758.145
Gesamt	2.165.745	1.407.600	758.145
31.12.2015			
Bankschuldverschreibungen	1.708.421	1.466.250	242.171
Gesamt	1.708.421	1.466.250	242.171

Im Deckungserfordernis für verbrieft Verbindlichkeiten wurde die sichernde Überdeckung in Höhe von 2 % vom Nennwert der in Umlauf befindlichen Bankschuldverschreibungen berücksichtigt.

46) Vertriebsstellen

	31.12.2016	31.12.2015
Inland	78	64
Ausland	0	0
Vertriebsstellen gesamt	78	64

47) Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Am 17. Februar 2017 wurde in der Vorstandssitzung der SPARDA-BANK AUSTRIA eGen (SPARDA) und der Aufsichtsratssitzung der VBW beschlossen, dass die beiden Institute ab sofort mit vorbereitenden Gesprächen und Evaluierungen für eine Fusion beginnen. Die SPARDA hatte schon in der Generalversammlung vom 27. Jänner 2017, nach den gescheiterten Verhandlungen mit der Sparda-Bank Hessen eG, entschieden im Volksbanken-Verbund zu verbleiben. Die Marke SPARDA soll nach erfolgter Fusion am Markt bestehen bleiben.

Weiters wurden Vereinbarungen zwischen der VBW und der Volksbank Niederösterreich AG getroffen, um Gespräche aufzunehmen, ob und in welcher Form die Zusammenarbeit zwischen den beiden Instituten intensiviert werden können. Aufgrund der räumlichen Nähe und dem eng verbundenen Geschäftsgebiet werden Zusammenarbeitsmodelle und einhergehende Synergien evaluiert.

Die VBW hat im dritten Quartal 2016 einen Ratingvertrag mit der Rating Agentur Moody's abgeschlossen. Nach Abschluss der Ratingeinstufung durch Moody's wurde am 16. Februar 2017 das Rating für lang- und kurzfristige Einlagen der VBW mit Baa2 festgelegt. Darüber hinaus wurde auch ein Ratingvertrag für fundierte Bankschuldverschreibungen (Covered Bonds) mit Moody's abgeschlossen. Das Rating für Covered Bonds der VBW wurde am 3. März 2017 durch Moody's mit der höchsten Bonitätsnote von Aaa festgelegt. Am 3. März 2017 publizierte die Rating Agentur FitchRatings eine Aktualisierung des langfristigen Emittentenratings für den Volksbanken-Verbund und stufte dieses um 1 Ratingstufen auf BBB- hinauf. Ebenfalls am 3. März 2017 wurde von FitchRatings das Rating für Covered Bonds der VBW um 1 Stufe auf A- hinaufgesetzt. Damit befinden sich sowohl das Moody's Rating für die VBW als auch das FitchRatings Rating für den Volksbanken-Verbund im Investment Grade Bereich. Dies ermöglicht dem Volksbanken-Verbund wieder Emissionen im Kapitalmarkt zu platzieren.

Die übernommene Spaltungshaftung für Verbindlichkeiten der immigon portfolioabbau ag (immigon), aufgrund der Einbringung der ZO-Funktion der ehemaligen ÖVAG in die VBW, ist in der Hauptsache erledigt, da die immigon die von der damaligen ÖVAG gewährten Schulscheindarlehen rückgekauft hat.

48) Segmentberichterstattung

Der Konzern der VBW hat zwei Geschäftssegmente – Retail und ZO, die den strategischen Geschäftsfeldern entsprechen. Diese Geschäftsfelder erfüllen unterschiedliche Aufgaben und werden gemäß der internen Management- und Berichtsstruktur unterschiedlich gesteuert. Diese Steuerung setzt auf der Darstellung einer Geschäftseinheit als Profit-Center auf, was bedeutet, dass alle Ergebnisse einer Geschäftseinheit zugerechnet werden, unabhängig davon, ob diese in der Geschäftseinheit als eigene Rechtseinheit selbst oder in der Konzernmutter erwirtschaftet werden.

Für jedes Geschäftsfeld wird an den Vorstand und die Managementebene Bericht erstattet. Basis der Berichterstattung sind die Einzelabschlüsse der VBW und der Tochtergesellschaften. Die Zinsergebnisse der Profit-Center werden nach den Grundsätzen der Marktzinsmethode errechnet. Die Verrechnungspreise für Veranlagungen und Refinanzierungen zwischen Unternehmenseinheiten entsprechen marktüblichen Gegebenheiten. Die Kosten werden nach Schlüsseln der anteiligen Leistungserbringung auf die Geschäftsfelder aufgeteilt. Konzernprojektkosten werden ebenfalls den Geschäftsfeldern zugeordnet.

Retail

Das Segment Retail umfasst die Versorgung von Privatkunden, KMU sowie Kommerz-Kunden mit den banküblichen Dienstleistungen im Bereich Veranlagung und Finanzierung sowie Services im Bereich Wertpapier Beratung und Veranlagung, Zahlungsverkehr, Vermittlung von Versicherungsprodukten und Valuten- und Devisengeschäft.

Die Services werden typischerweise über die Kanäle Filialen sowie Internet bzw. Direktvertrieb erbracht. Dementsprechend sind in diesem Segment die Ergebnisse der Filialen bzw. Kommerz-Kunden-Profit-Center abgebildet.

ZO

Das Segment ZO umfasst die Aktivitäten des Spitzeninstituts sowie die Aufgaben der ZO für den ganzen österreichischen Volksbanken-Verbund. Das Treasury ist primär für die Liquiditätsbeschaffung auf Geld- und Kapitalmärkten bzw. für den Liquiditätsausgleich innerhalb des Volksbanken-Verbundes verantwortlich. Des Weiteren ist die Liquiditätssteuerung im Zusammenhang mit den regulatorischen Vorgaben über die Steuerung des Bankbuches im Bereich Liquidität und Zinsänderungsrisiko ein wesentlicher Bestandteil im Bereich der Aufgaben der VBW als Spitzeninstitut und ZO.

Zu den Profit-Centern gehört zusätzlich der Bereich Konsortialfinanzierung inklusive Groß-Wohnbau, wo die VBW als Syndizierungspartner für größere Kreditengagements von Kommerz-Kunden der Volksbanken ihre Dienstleistungen zur Verfügung stellt. Ebenfalls hier erfasst sind die Ergebnisse der VB Services für Banken GmbH, welche ihre Dienstleistungen im Bereich Zahlungsverkehr und Wertpapier-Abwicklung den Volksbanken zur Verfügung stellt.

Schließlich werden alle übrigen Aktivitäten abgebildet, die zur Steuerung des Volksbanken-Verbundes dienen, welche die VBW als ZO im Sinne der CRR bzw. des BWG leistet.

Konsolidierung

Die Konsolidierungssachverhalte werden getrennt von den übrigen Aktivitäten in der Spalte Konsolidierung ausgewiesen. Die Positionen enthalten Beträge aus Konsolidierungen, die nicht innerhalb eines Segments durchgeführt werden.

Segmentberichterstattung nach Geschäftsfeldern

1-12/2016

EUR Tsd.	Retail	ZO	Konsolidierung	Gesamt
Zinsüberschuss	73.116	31.251	-4.687	99.681
Risikovorsorge	-23.531	9.886	0	-13.645
Provisionsüberschuss	42.822	-2.203	501	41.120
Handelsergebnis	463	4.570	-137	4.896
Verwaltungsaufwand	-98.341	-109.223	33.169	-174.394
Restrukturierungsaufwand	-3.994	7.054	0	3.060
Sonstiges betriebliches Ergebnis	-2.507	72.003	-30.500	38.997
<i>Hievon Abschreibung Firmenwert</i>	<i>-5.510</i>	<i>0</i>	<i>0</i>	<i>-5.510</i>
Ergebnis aus Finanzinvestitionen	702	1.038	0	1.740
Ergebnis aus Unternehmen bewertet at equity	7.420	2.831	0	10.252
Jahresergebnis vor Steuern	-3.850	17.208	-1.653	11.705
Steuern vom Einkommen	2.076	11.242	0	13.319
Jahresergebnis nach Steuern	-1.774	28.450	-1.653	25.024

31.12.2016

Bilanzsumme	4.713.257	6.189.832	-895.397	10.007.692
Forderungen an Kunden	3.872.835	534.538	-56.239	4.351.134
Anteile an at equity bewerteten Unternehmen	20.720	1.325	0	22.046
Verbindlichkeiten Kunden	4.044.482	703.969	-57.078	4.691.373
Verbriefte Verbindlichkeiten inklusive Nachrangkapital	25.250	728.849	0	754.099

1-12/2015

EUR Tsd.	Retail	ZO	Konsolidierung	Gesamt
Zinsüberschuss	60.423	11.111	-1.472	70.062
Risikovorsorge	14.942	-1.183	0	13.758
Provisionsüberschuss	32.160	-2.148	48	30.060
Handelsergebnis	922	6.258	-100	7.080
Verwaltungsaufwand	-82.521	-57.000	18.004	-121.516
Restrukturierungsaufwand	0	-321	0	-321
Sonstiges betriebliches Ergebnis	-17.102	34.900	-16.481	1.317
<i>Hievon Abschreibung Firmenwert</i>	<i>0</i>	<i>0</i>	<i>0</i>	<i>0</i>
Ergebnis aus Finanzinvestitionen	9.770	-1.260	0	8.510
Ergebnis aus Unternehmen bewertet at equity	0	-6.531	0	-6.531
Jahresergebnis vor Steuern	18.594	-16.173	0	2.420
Steuern vom Einkommen	10.438	2.191	0	12.629
Jahresergebnis nach Steuern	29.031	-13.983	0	15.049

31.12.2015

Bilanzsumme	3.643.487	7.187.291	-827.039	10.003.739
Forderungen an Kunden	3.025.194	697.018	0	3.722.212
Anteile an at equity bewerteten Unternehmen	0	19.601	0	19.601
Verbindlichkeiten Kunden	3.255.742	736.758	0	3.992.500
Verbriefte Verbindlichkeiten inklusive Nachrangkapital	25.391	790.645	0	816.036

49) Risikobericht

Die Übernahme und professionelle Steuerung der mit den Geschäftsaktivitäten verbundenen Risiken ist eine Kernfunktion jeder Bank. Die VBW als ZO des Kreditinstitute-Verbundes gemäß § 30a BWG der VBW und der Primärinstitute des Volksbankensektors erfüllt die zentrale Aufgabe der Implementierung und Betreuung der Prozesse und Methoden zur Identifikation, Steuerung, Messung und Überwachung aller bankbetrieblichen Risiken sowohl auf VBW Konzernebene als auch als ZO des Kreditinstitute-Verbundes gemäß § 30a BWG mit den Primärinstituten. Der Steuerungsfokus und damit auch das Reporting liegt hierbei auf Verbundebene inklusive VBW als Bestandteil des Verbundes.

Dazu werden basierend auf verbundweit gültigen risikopolitischen Grundsätzen die folgenden unterschiedlichen Risiken im Rahmen der jährlich vom Vorstand vorgegebenen Risikostrategie adressiert:

- Kreditrisiken
- Marktrisiko
- Operationelles Risiko
- Strukturelles Liquiditätsrisiko
- Sonstige wesentliche Risiken (Beteiligungsrisiko, Strategisches Risiko, Reputations-, Eigenkapitalrisiko und Business Risk)

In ihrer Funktion als ZO des Verbundes hat die VBW sicherzustellen, dass der Kreditinstitute-Verbund über Verwaltungs-, Rechnungs- und Kontrollverfahren für die Erfassung, Beurteilung, Steuerung und Überwachung der bankgeschäftlichen und bankbetrieblichen Risiken und der Vergütungspolitik und -praktiken (§ 39 Abs. 2 BWG) verfügt. Die dafür erforderlichen Weisungsrechte werden anhand der Generellen Weisung umgesetzt.

Aktuelle Entwicklungen

Seit 4. Juli 2015 fungiert die VBW als ZO des Volksbanken-Verbundes und ist für die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Vorschriften des Verbundes verantwortlich. Im Bereich des Risikomanagements und -controllings zählen hierzu insbesondere die Implementierung und Betreuung der Prozesse und Methoden zur Identifikation, Steuerung, Messung und Überwachung aller bankbetrieblichen Risiken, die verbundweit einheitlich etabliert sind.

Der Volksbanken-Verbund wurde im Jahr 2015 wieder in den SREP-Prozess der EZB eingegliedert. Mit Beschluss der EZB vom 25. November 2016 wurde der VBW das Ergebnis des aufsichtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozesses (SREP) mit Stichtag 31. Dezember 2015 übermittelt. In diesem sogenannten SREP-Beschluss wird u.a. angeführt, dass die VBW als ZO des Volksbanken-Verbundes über solide, wirksame und umfassende Strategien und Verfahren zur Ermittlung, Einhaltung und Verteilung des internen Kapitals verfügt. Darüber hinaus ist die Höhe, Art und Verteilung des internen Kapitals weitgehend ausreichend, um die Art und den Grad der Risiken abzudecken, denen der Volksbanken-Verbund ausgesetzt ist.

Mit Beschluss der EZB vom 29. Juni 2016 wurde der VBW als ZO mit Wirksamkeit ab 1. Juli 2016 die Genehmigung zur Nichtanwendung der Anforderungen gemäß Art. 113 Abs. 1 CRR im Hinblick auf Risikopositionen (Aktivposten und außerbilanzielle Bilanzpositionen, die mit Eigenmitteln zu unterlegen sind) gegenüber den Mitgliedern des Volksbanken-Verbundes als Gegenparteien und die Zuweisung eines Risikogewichts von 0 % (Nullgewichtung) gegenüber diesen Mitgliedern des Volksbanken-Verbundes als Gegenparteien gemäß Art. 113 Abs. 6 CRR bewilligt, sofern es sich nicht um Posten des harten Kernkapitals, des zusätzlichen Kernkapitals oder des Ergänzungskapitals handelt. Die Bewilligung wurde im Hinblick auf jene Gegenparteien (Mitglieder des Volksbanken-Verbundes), bei denen im Jahr 2017 noch Fusionen zur Herstellung der geplanten Zielstruktur durchzuführen sind, befristet bis 31. Dezember 2017 erteilt.

Risikopolitische Grundsätze

Die risikopolitischen Grundsätze der VBW umfassen die innerhalb des Volksbanken-Verbundes gültigen Normen im Umgang mit Risiken und werden zusammen mit dem Risikoappetit vom ZO-Vorstand festgelegt. Ein verbundweit einheitliches Verständnis zum Risikomanagement ist die Basis für die Entwicklung eines Risikobewusstseins und einer Risikokultur im Unternehmen. Der Volksbanken-Verbund lässt sich in seinen Aktivitäten vom Grundsatz leiten, Risiken nur in dem Maße einzugehen, wie dies zur Erreichung der geschäftspolitischen Ziele erforderlich ist. Die damit verbundenen Risiken werden gesamthaft, unter Anwendung von Grundsätzen für das Risikomanagement, durch die Gestaltung der Organisationsstruktur und der Geschäftsprozesse gesteuert.

Risikomanagementstruktur

Die VBW hat alle erforderlichen organisatorischen Vorkehrungen getroffen, um dem Anspruch eines modernen Risikomanagements zu entsprechen, wie sie beispielsweise in den Mindeststandards an das Kreditgeschäft und in der Kreditinstitute-Risikomanagementverordnung formuliert sind. Es gibt eine klare Trennung zwischen Markt und Marktfolge. Die Risikobeurteilung, -messung und -kontrolle erfolgt nach dem 4-Augen-Prinzip. Diese Aufgaben werden zur Vermeidung von Interessenkonflikten von unterschiedlichen Organisationseinheiten wahrgenommen.

Die Vielfaltigkeit des Geschäftsmodells erfordert es, Risiken effektiv zu identifizieren, zu bewerten, zu messen, zu aggregieren und zu steuern sowie die verschiedenen Geschäftsbereiche mit Eigenkapital zu unterlegen. Risiken und Kapital werden mithilfe eines Rahmenwerks von Grundsätzen, Organisationsstrukturen sowie Mess- und Überwachungsprozessen gesteuert, die eng an den Tätigkeiten der Unternehmens- und Geschäftsbereiche ausgerichtet sind. Als Voraussetzung für ein solides Risikomanagement wurde das Risk Appetite Framework (RAF) vom Volksbanken-Verbund auch im VBW Konzern implementiert um den Risikoappetit bzw. den Grad der Risikotoleranz zu definieren, den der Konzern bereit ist zu akzeptieren um seine festgelegten Ziele zu erreichen.

Aufsichtsrechtliche Anforderungen

Von den Regulatoren wird auf europäischer und nationaler Ebene derzeit und in Zukunft die Erfüllung immer umfangreicherer Vorgaben gefordert. Dies belastet die Bank einerseits durch den hohen Ressourceneinsatz mit Personal- sowie Projekt- und IT-Kosten und andererseits durch höhere Kapitalanforderungen, die über das gesetzliche Mindestanforderungsnach Basel III wesentlich hinausgehen.

Die aufsichtsrechtlichen Anforderungen werden in der Volksbank Wien gemäß der Basel II / III Logik in drei Säulen geteilt.

Säule 1: Mindestkapitalanforderungen

Die Umsetzung der Säule 1 in der VBW als ZO des Verbundes verfolgt die Erfüllung der regulatorischen Mindestanforderungen. Sowohl beim Kreditrisiko als auch beim Marktrisiko und beim Operationellen Risiko kommen die jeweiligen regulatorischen Standardansätze zur Bestimmung der Mindestkapitalanforderungen zur Anwendung.

Säule 2: Internal Capital Adequacy Assessment

Die aufsichtsrechtliche Kontrolle und Mindestanforderungen der Säule 2 werden im Rahmen des sogenannten Internal Capital Adequacy Assessment Process (ICAAP) umgesetzt. Dabei setzt die VBW alle notwendigen Maßnahmen um jederzeit eine ausreichende Kapitalausstattung für die aktuellen und auch die zukünftig geplanten Geschäftsaktivitäten und die damit verbundenen Risiken zu gewährleisten.

Säule 3: Offenlegung

Den Anforderungen der Säule 3 wird durch die Veröffentlichung der qualitativen und quantitativen Offenlegungsvorschriften gemäß Verordnung der FMA zur Durchführung des BWG betreffend der Veröffentlichungspflichten von Kreditinstituten (EU Verordnung Nr. 575 / 2013 Teil VIII Offenlegung) auf der institutseigenen Homepage unter Volksbank Wien / Offenlegung Volksbank Wien AG nachgekommen.

Verbundweites Risiko- und Kapitalmanagement

Das Risikocontrolling der VBW ist verantwortlich für die Identifizierung, Messung, Beurteilung, Steuerung, Überwachung und Berichterstattung von allen wesentlichen Risiken auf Konzern- und Verbundebene und unterstützt die Geschäftsleitung auf Einzelinstituts- (aus Sicht der VBW) sowie Verbundebene. Des Weiteren erstellt das Risikocontrolling die Governance, Methoden und Modelle für die verbundweit strategischen Risikomanagementthemen sowie die Vorgaben zur Steuerung auf Portfolioebene.

Die ZO hat zur Erfüllung ihrer Steuerungsfunktion generelle Weisungen gegenüber den dem Volksbanken-Verbund zugeordneten Kreditinstituten erlassen. Die Generelle Weisung Risikomanagement (GW RM) und die nachgelagerten Handbücher regeln verbundweit verbindlich und einheitlich das Risikomanagement. Ziel der GW RM ist es, allgemeine und verbundweit konsistente Rahmenbedingungen und Grundsätze für die Messung und den Umgang mit Risiken sowie die Ausgestaltung von Prozessen und organisatorischen Strukturen verständlich und nachvollziehbar zu dokumentieren. Die GW RM bildet die Grundlage für die Operationalisierung der Risikostrategie und setzt dabei, ausgehend von den jeweiligen Geschäftsschwerpunkten, die grundsätzlichen Risikoziele und Limite, an denen sich Geschäftsentscheidungen orientieren müssen, fest. Die GW RM gilt für alle Mitglieder des Kreditinstituts-Verbundes gemäß § 30a BWG.

Die Vorstände und Geschäftsführer aller Verbundmitglieder haben im Rahmen ihrer allgemeinen Sorgfaltspflicht im Interesse der Gesellschaften ausnahmslos und uneingeschränkt dafür Sorge zu tragen, dass die GW RM im jeweiligen Unternehmen formal und faktisch Geltung erlangt. Jegliche Abweichungen und Sonderregelungen zu der GW RM sind nur in Ausnahmefällen erlaubt und vorab mit der VBW als ZO abzustimmen.

a) Interner Kapitaladäquanzprozess – ICAAP und Stress Testing

Die aus dem Geschäftsmodell resultierenden geschäftlichen Aktivitäten erfordern die Fähigkeit, Risiken angemessen zu identifizieren, quantifizieren, aggregieren und zu steuern sowie mit angemessenem Kapital zu hinterlegen.

Zur Sicherstellung einer nachhaltigen, risikoadäquaten Kapitalausstattung hat die VBW internationaler Best Practice folgend einen internen Kapitaladäquanzprozess (ICAAP) als revolvierenden Steuerungskreislauf aufgesetzt.

Der ICAAP startet mit der Identifikation der für die VBW wesentlichen Risiken, durchläuft den Prozess der Risikoquantifizierung und -aggregation, die Ermittlung der Risikotragfähigkeit, die Kapitalallokation und Limitierung und schließt mit der laufenden Risikoüberwachung und daraus abgeleiteten Maßnahmen.

Die einzelnen Elemente des Kreislaufes werden mit unterschiedlicher Frequenz durchlaufen (z.B. täglich für die Risikomessung Marktrisiko Handelsbuch, quartalsmäßig für die Erstellung der Risikotragfähigkeitsrechnung, jährlich für Risikoinventur und Festlegung der Risikostrategie). Alle im Kreislauf beschriebenen Aktivitäten werden zumindest jährlich auf ihre Aktualität und ihre Angemessenheit hin geprüft und bei Bedarf an die aktuellen Rahmenbedingungen angepasst und werden vom Vorstand der ZO abgenommen.

Risikostrategie

Die VBW Risikostrategie basiert auf der Verbund-Risikostrategie und -Geschäftsstrategie und schafft konsistente Rahmenbedingungen und Grundsätze für ein einheitliches Risikomanagement. Sie gibt den Rahmen für den konzernweit einheitlichen und verbindlichen Umgang mit Risiken vor, und sorgt für die jederzeitige Sicherstellung der Risikotragfähigkeit im Konzern. Detaillierte Regelungen für den Umgang mit den einzelnen Risiken finden sich in der GW RM sowie in den Risikohandbüchern.

Abgeleitet aus der Verbund-Risikostrategie definiert die VBW ihre eigene, dem spezifischen Geschäftsmodell angepasste Risikostrategie. Die Risikostrategie wird zumindest jährlich auf ihre Aktualität und ihre Angemessenheit hin geprüft und bei Bedarf an die aktuellen Rahmenbedingungen angepasst.

Risikoappetiterklärung und Limitsystem

Das Kernelement der Risikostrategie stellt ein im Einklang mit der Geschäftsstrategie stehendes, integriertes Limitsystem und das Risk Appetite Statement (RAS) dar. Das aus strategischen und operativen Kennzahlen bestehende RAS Kennzahlen-Set unterstützt den Vorstand bei der Umsetzung zentraler strategischer Ziele, wie Erhalt der Eigenständigkeit, Erreichen der Wachstumsziele gemäß strategischer Planung, Sicherstellung der Kapitalmarktfähigkeit sowie Erreichen eines Zielratings im Investmentgrade-Bereich.

Der Risikoappetit bzw. die Indikatoren des RAS werden einerseits aus dem Bankensanierungs- und Abwicklungsgesetz (BaSAG) und andererseits aus dem Risikoprofil, der Risikokapazität und den Ertragserwartungen bzw. der strategischen Planung abgeleitet, wobei hier insbesondere auch auf Konsistenz zum Geschäftsplan, zur Geschäftsstrategie sowie zur Risikostrategie bzw. zu den Teilrisikostrategien geachtet wird.

Das auf Teilrisikoarten herunter gebrochene Limitsystem sowie das RAS geben den Rahmen für jenes maximale Risiko vor, das die VBW bereit ist, für die Erreichung der strategischen Ziele einzugehen. Die RAS Kennzahlen werden mit einem Ziel-, einem Trigger- und einem Limitwert versehen und werden ebenso wie die Gesamtbanken- und Teilrisikolimits laufend überwacht. Damit wird sichergestellt, dass Abweichungen von der Risikostrategie rasch erkannt werden und zeitgerecht Maßnahmen zur Gegensteuerung eingeleitet werden können.

Risikoinventur

Die Risikoinventur verfolgt das Ziel, das Gefahrenpotential neuer eingegangener wesentlicher Risiken zu erheben und bestehende wesentliche Risiken zu bewerten. Die Ergebnisse der Risikoinventur werden zusammengefasst und für den Konzern ausgewertet. Die Ergebnisse der Risikoinventur fließen in die Risikostrategie ein und bilden den Ausgangspunkt für die Risikotragfähigkeitsrechnung, da wesentliche Risikoarten in der Risikotragfähigkeitsrechnung zu berücksichtigen sind.

Stress Testing

Die VBW führt halbjährlich bankinterne Stresstests sowie zusätzlich aufsichtliche Stresstests durch. Der bankinterne Stresstest setzt sich aus Szenarioanalysen, Sensitivitätsanalysen und dem Reverse Stresstest zusammen. Im bankinternen Stresstest wird durch Integration aller wesentlichen Risiken die Identifikation von institutsspezifischen Gefährdungen ermöglicht. Darüber hinaus wird ein aufsichtlicher Stresstest nach entsprechender Aufforderung durch die Behörde (EZB/EBA) durchgeführt.

Kredit-, Markt- und Liquiditätsrisiken werden regelmäßig risikoartenspezifischen Stresstests unterzogen, wobei die Krisenszenarien derart gestaltet werden, dass das Eintreten von sehr unwahrscheinlichen aber nicht unmöglichen Ereignissen simuliert wird. Anhand dieser Vorgehensweise können u.a. extreme Verluste erkannt und analysiert werden.

Neben diesen risikoartenspezifischen Stresstests und Sensitivitätsanalysen werden regelmäßig auch risikoartenübergreifende Stresstests durchgeführt. Dabei werden volkswirtschaftliche Krisenszenarien definiert und daraus die geänderten Risikoparameter für die einzelnen Risikokategorien und Geschäftsfelder abgeleitet. Neben der Risikoseite werden auch die Effekte der Krisenszenarien auf die Risikodeckungsmassen ermittelt. In einer gestressten Risikotragfähigkeitsrechnung werden schließlich die verschiedenen Auswirkungen der Krisenszenarien auf die Risikotragfähigkeit zusammengefasst und analysiert.

Risikotragfähigkeitsrechnung

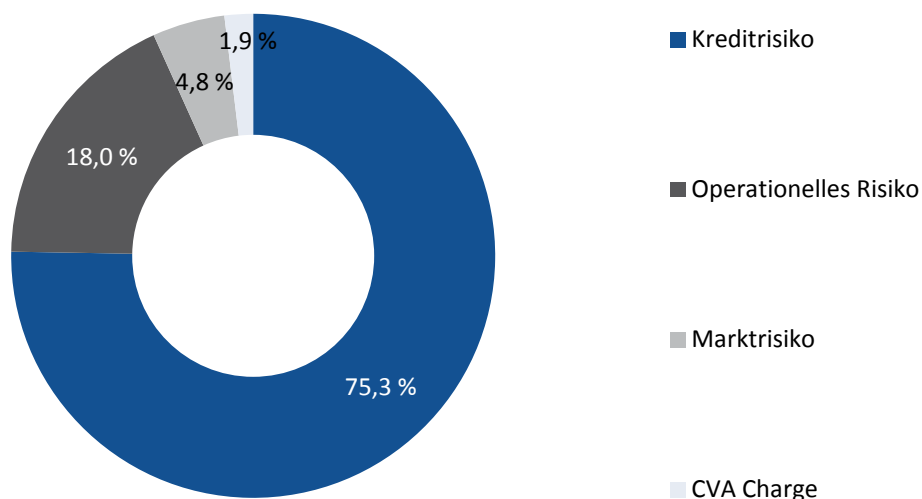
Die Risikotragfähigkeitsrechnung stellt die Basis der quantitativen Umsetzung des ICAAP dar. Mit ihr wird die jederzeit ausreichende Deckung der eingegangenen Risiken durch adäquate Risikodeckungsmassen nachgewiesen und auch für die Zukunft sichergestellt. Zu diesem Zweck werden alle relevanten Einzelrisiken aggregiert. Diesem Gesamtrisiko werden dann die vorhandenen und vorab definierten Risikodeckungsmassen gegenübergestellt und die Einhaltung der vom Vorstand beschlossenen gültigen Gesamtbankrisikolimits auf quartalweiser Basis überwacht und berichtet.

Bei der Bestimmung der Risikotragfähigkeit werden unterschiedliche Zielsetzungen verfolgt, die sich in drei Sichtweisen widerspiegeln.

- Regulatorische Sicht (Einhaltung der regulatorischen Eigenmittelquoten)
- Ökonomische Liquidationssicht (gone concern Sicht)
- Ökonomische going concern Sicht

Die regulatorische Säule 1 Sicht vergleicht die Summe aller aufsichtsrechtlich mit Kapital zu unterlegenden Risiken nach vorgegebenen Risikomessmethoden und definierten Risikodeckungsmassen (basierend auf regulatorischen Definitionen). Die Sicherstellung der regulatorischen Risikotragfähigkeit stellt, da gesetzlich vorgegeben, eine Mindestanforderung dar.

Zum 31. Dezember 2016 ergibt sich für die VBW folgende Zusammensetzung der regulatorischen Gesamtrisikoposition:

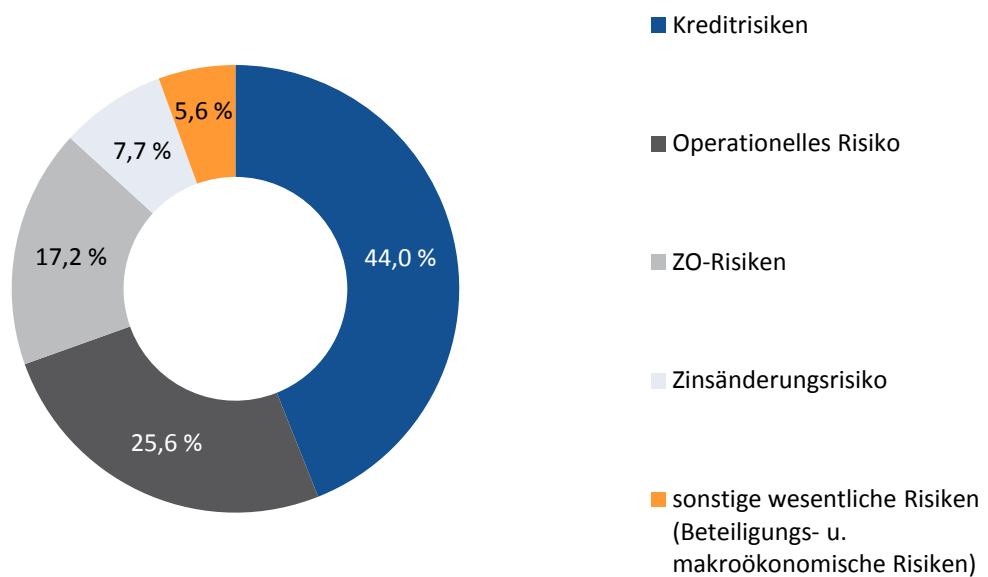


Die Zusammensetzung der regulatorischen Gesamtrisikopositionen der VBW entspricht dem Muster einer typischen Retail Bank. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Zusammensetzung der regulatorischen Gesamtrisikopositionen auf-

grund der durchgeführten Fusionen leicht verändert. Dabei haben sich die Anteile der Risikopositionen Kreditrisiko und Operationelles Risiko erhöht, während sich die Anteile des Marktrisikos und der CVA Charge reduzierten.

In der ökonomischen Liquidationssicht steht die Sicherung der Gläubigeransprüche im Liquidationsfall im Vordergrund. Bei dieser Sichtweise werden die Risikodeckungsmassen auf Basis des „internen“ Kapitals definiert. Dieses baut auf der aufsichtsrechtlichen Definition auf, umfasst aber noch zusätzliche Bestandteile wie z.B. stille Lasten/Reserven. Auch bei der Bestimmung der Gesamtrisikoposition wird auf interne Verfahren, in der Regel VaR, abgestellt. Dabei wird nicht nur auf die regulatorisch mit Eigenmitteln zu unterlegenden Risiken abgestellt, sondern es werden alle im Rahmen der Risikoinventur als wesentlich erachteten und quantifizierbaren Risiken in die Betrachtung mit einbezogen. Bei der Risikoquantifizierung in der Liquidationssicht wird ein Konfidenzniveau von 99,9 % mit einer Haltedauer von 1 Jahr verwendet.

Zum 31. Dezember 2016 ergibt sich für die VBW folgende Zusammensetzung der Gesamtrisikoposition in der ökonomischen Liquidationssicht:

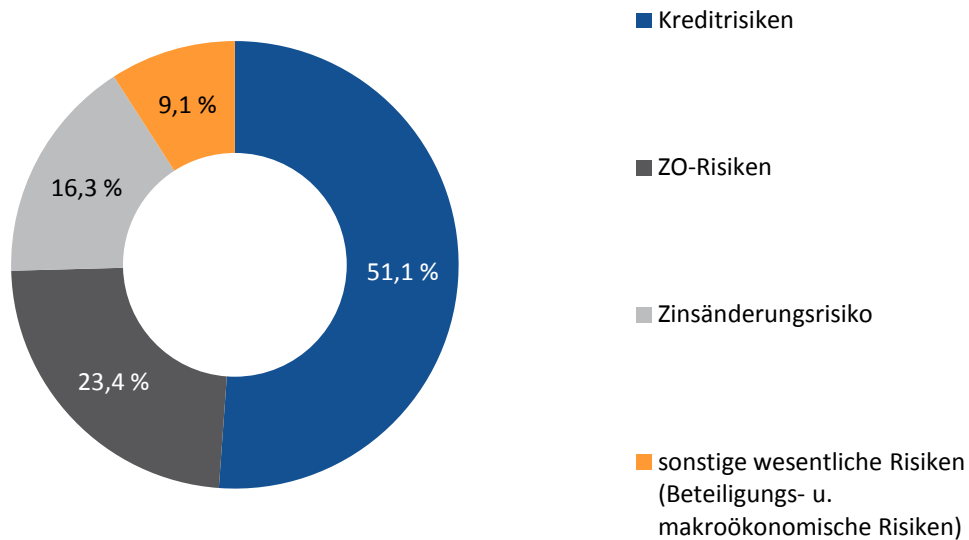


Die Verteilung der Gesamtrisikopositionen in der ökonomischen Liquidationssicht der VBW zeigt im Vergleich zur regulatorischen Sicht eine diversifiziertere Risikozusammensetzung und eine Verlagerung der Anteile weg vom Kreditrisiko hin zu mit internen Verfahren gemessenen Risikoarten. Dadurch kommt es zu einer Verschiebung der Anteile vor allem zu den Risikopositionen ZO-Risiken, Operationelles Risiko und Zinsänderungsrisiko. Aufgrund der erfolgten Fusionen und Portfolioveränderungen kam es im Vergleich zum Vorjahr zu einer Veränderung der Zusammensetzung der Gesamtrisikoposition in der ökonomischen Liquidationssicht. Die größten Zuwächse zeigen sich dabei bei den Risikopositionen Kreditrisiko und Operationelles Risiko, während die bedeutendsten Rückgänge bei den Risikopositionen Zinsänderungsrisiko und ZO-Risiken zu verzeichnen sind. Die ZO-Risiken bestehen hauptsächlich aus Credit Spread Risiko und Kreditrisiken und werden im Verbund auf die zugeordneten Kreditinstitute verteilt. Die VBW übernimmt zum 31. Dezember 2016 einen Anteil von 17,32 % an den ZO-Risiken.

In der going concern Sicht soll der Fortbestand einer geordneten Geschäftstätigkeit sichergestellt werden. Die going concern Betrachtung stellt auf eine Deckung von Risiken durch kurzfristig verfügbares Kapital im täglichen Geschäft ab. Kleinere, mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit auftretende Risiken sollen verkraftet werden können, ohne den laufenden Geschäftsbetrieb zu gefährden. Als Risikodeckungsmasse werden daher im Wesentlichen stille Reserven/Lasten, der im laufenden Geschäftsjahr erzielte Jahresüberschuss/-fehlbetrag, der Plangewinn/Planverlust für die nächsten 12 Monate sowie jenes Kapital, das die in der Risikostrategie festgesetzte Kapitalquote überschreitet ange-

setzt. Bei der Risikoquantifizierung wird dafür auf ein Konfidenzniveau von 95 % und einer Haltedauer von 1 Jahr abgestellt.

Zum 31. Dezember 2016 ergibt sich für die VBW folgende Zusammensetzung der Gesamtrisikoposition in der going concern Sicht:



Die Verteilung der Gesamtrisikoposition in der going concern Sicht der VBW zeigt im Vergleich zur ökonomischen Liquidationssicht eine andere Risikozusammensetzung und eine Verschiebung der Risikopositionen zu mit internen Verfahren gemessenen Risikoarten, die im laufenden Geschäftsbetrieb zu verkraften sind. Es kommt zu einer deutlichen Verschiebung der Gesamtrisikoverteilung zu den Risikopositionen Kreditrisiko und ZO-Risiken. In der Zusammensetzung der Gesamtrisikoposition kam es im Vergleich zum Vorjahr zu einer Veränderung, wobei sich die größten Zuwächse bei der Risikoposition Kreditrisiko zeigten. Die Risikopositionen Zinsänderungsrisiko und ZO-Risiken verzeichneten die größten relativen Rückgänge in der Verteilung.

Sanierungs- und Abwicklungsplanung

Da die VBW dem Volksbanken-Verbund angehört, welcher als ein systemrelevantes Kreditinstitut eingestuft wurde, hat die VBW einen Sanierungsplan entwickelt und bei den relevanten Aufsichtsbehörden (z.B. EZB) eingereicht. Dieser Sanierungsplan wird mindestens einmal jährlich aktualisiert und berücksichtigt sowohl Änderungen in den Geschäftsaktivitäten der Bank, als auch veränderte aufsichtsrechtliche Anforderungen.

b) Kreditrisiko

Unter dem Kreditrisiko werden mögliche Verluste verstanden, die dadurch entstehen, dass ein Vertragspartner seinen Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommt.

In allen Einheiten der VBW, die Kreditrisiko generieren, ist eine strenge Trennung von Vertriebs- und Risikomanagementeinheiten gegeben. Sämtliche Einzelfallentscheidungen werden unter strenger Beachtung des 4-Augen-Prinzips getroffen. Bei großvolumigen Geschäften sind Prozesse etabliert, durch die die Einbindung des operativen Risikomanagements und des Vorstandes in die Risikoanalyse bzw. Kreditentscheidung sichergestellt werden. Eine wesentliche Rolle spielen dabei Limitsysteme, welche die Entscheidungskompetenzen der einzelnen Einheiten in einen Rahmen fassen.

Zur Messung und Steuerung des Kreditrisikos ist auch die Entwicklung von ausgereiften Modellen sowie von Systemen und Prozessen, die auf das bankindividuelle Portfolio zugeschnitten sind, notwendig. Dadurch soll einerseits die Kreditentscheidung strukturiert und verbessert werden, andererseits bilden diese Instrumente bzw. deren Ergebnisse auch die Grundlage für die Portfoliosteuerung. Im Zuge der Implementierung dieser Systeme wurde in der VBW insbesondere darauf geachtet, dass alle eingesetzten Ratingsysteme eine vergleichbare Ausfallswahrscheinlichkeit (Probability of Default, PD) aufweisen und mit der VB Masterskala, die insgesamt 25 Ratingstufen umfasst, verbunden sind. Das verwendete PD-Band ermöglicht nicht nur den Vergleich interner Ratings mit den Klassifizierungen externer Ratingagenturen, sondern vor allem den Vergleich der Bonitätseinstufung über Kundensegmente hinweg.

Kreditportfolio und Credit Value at Risk

Der Begriff ökonomisches Kapital bezeichnet das aus betriebswirtschaftlicher Sicht als Ergebnis einer Risikoschätzung notwendige Risikokapital. Dieses wird wie auch das regulatorische Kapital zur Abdeckung eines über den erwarteten Verlust hinausgehenden unerwarteten Verlustes gehalten. Die Berechnung des für das Kreditrisiko erforderlichen ökonomischen Kapitalbedarfes erfolgt über die Credit Value at Risk (CVaR) Methodik. Die VBW hat sich zu diesem Zweck für eine analytische Berechnungsmethode, basierend auf einem versicherungsmathematischen Ansatz, entschieden. Im Detail wird für die Modellierung der Kreditrisiken im Kreditportfolio ein weiterentwickeltes und den internen Erfordernissen angepasstes CreditRisk+ Modell herangezogen.

Die Ergebnisse dienen dazu, zusätzliche Informationen für die Portfolioanalyse und -steuerung zu gewinnen. Ein entsprechender monatlicher Report wird erstellt. Wichtigstes Ziel für den Einsatz der Kreditrisiko-Modelle und Instrumente ist die Verlustvermeidung durch Früherkennung von Risiken. Die Verfeinerung dieser Methode zur rechtzeitigen Identifizierung wurde aufgesetzt.

Entwicklung des Kreditportfolios 2016 nach Kundensegmenten

Die Geschäftsfelder der VBW stellen dabei die verbundintern zu Steuerungszwecken verwendete Einteilung des Forderungsportfolios dar, während die Einteilung nach Kundensegmenten den regulatorischen definierten Kundengruppierungen entspricht.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Verteilung des Portfolios nach Kundensegmenten.

EUR Tsd.	Öffentliche Hand	Banken	Corporates	Retail KMU	Retail Privat	Spezialfinanzierungen	Gesamt
31.12.2016							
VBW	122.499	2.196.042	1.741.738	701.031	1.693.511	92.355	6.547.176
Gesamt	122.499	2.196.042	1.741.738	701.031	1.693.511	92.355	6.547.176
31.12.2015							
VBW	101.796	2.707.011	1.785.505	589.971	1.269.273	62.898	6.516.454
Gesamt	101.796	2.707.011	1.785.505	589.971	1.269.273	62.898	6.516.454

Geographische Verteilung des Kreditportfolios

Die Verteilung des Forderungsportfolios auf die wesentlichen Regionen, die konzernintern zu Steuerungszwecken verwendet werden, zeigt keine Verschiebung in der regionalen Verteilung. Schon 2015 befand sich der größte Teil des Volumens in Österreich. 2016 verringerte sich das Volumen signifikant, die regionale Verteilung bleibt jedoch erhalten. Hier ist anzumerken, dass in der VBW der Großteil der Eigendepots für den Verbund geführt wird und auch sehr gute Bonitäten außerhalb Österreichs investiert wird. Hier liegt der Schwerpunkt auf den LCR-fähigen Papieren.

Die folgende Tabelle zeigt die Regionalverteilung bezogen auf die Ausnutzung.

EUR Tsd.	Österreich	EWR inkl. Schweiz	EU Mittel- und Ost- europa	Nicht EU Europa	USA und Kanada	Sonstige	Gesamt
31.12.2016							
VBW	5.839.482	619.935	26.677	614	5.041	55.428	6.547.176
Gesamt	5.839.482	619.935	26.677	614	5.041	55.428	6.547.176
31.12.2015							
VBW	5.881.252	503.812	31.262	1.118	40.172	58.838	6.516.454
Gesamt	5.881.252	503.812	31.262	1.118	40.172	58.838	6.516.454

Kreditportfolio nach Währungen

Entsprechend der Risikostrategie und der GW RM ist der überwiegende Anteil des Kreditportfolios in EUR; die FX-Bestände – hier vor allem FX-Kredite – werden sukzessive verringert.

Die folgende Tabelle zeigt die Verteilung des Kreditportfolios auf Währungen

EUR Tsd.	Forderungen an Kreditinstitute und Kunden			
	31.12.2016		31.12.2015	
Währung	Brutto	%	Brutto	%
EUR	5.375.068	82,10 %	4.969.281	76,26 %
CHF	1.096.598	16,75 %	1.421.327	21,81 %
USD	7.445	0,11 %	43.416	0,67 %
GBP	611	0,01 %	800	0,01 %
Sonstige	67.455	1,03 %	81.630	1,25 %
Gesamt	6.547.176	100,00 %	6.516.454	100,00 %

Kreditportfolioqualität

Die Einteilung in die einzelnen Risikokategorien erfolgt nach den im Verbund geltenden internen Ratingstufen. Forderungen der Risikokategorie 1 weisen die höchste Bonität (niedrigste erwartete Ausfallsrate) auf, während Forderungen der Risikokategorie 4 die niedrigste Bonität aufweisen und Forderungen der Risikokategorie 5 ausgefallene Forderungen darstellen (non-performing loans, NPLs). Die Risikokategorie 6 umfasst vorwiegend kleine Exposures, die unterhalb der Ratingpflicht liegen. Entsprechend erklärt sich auch die Verteilung der Risikovorsorgen. Zu beachten ist, dass der Bruttobuchwert der einzelwertberechtigten Forderungen nicht der Summe der nicht ordnungsgemäß bedienten Forderungen (NPLs) entspricht. Verbessert sich bei einem ausgefallenen Kunden das Rating, wird der Kunde einer besseren (performenden) Ratingkategorie zugeordnet, die Wertberichtigung entsprechend vermindert und der Kunde nicht mehr als NPL geführt.

Darstellung der Forderungen an Kreditinstitute und Kunden aufgeteilt nach Kreditqualität und Zuordnung zu den einzelnen Risikokategorien

EUR Tsd.	Forderungen an Kreditinstitute und Kunden	
	31.12.2016	31.12.2015
Buchwert brutto	6.547.176	6.516.454
Risikovorsorge	69.099	68.782
Buchwert netto	6.478.077	6.447.672
Einzelwertberichtigung		
Risikokategorie 1 (1A - 1E)	0	0
Risikokategorie 2 (2A - 2E)	0	0
Risikokategorie 3 (3A - 3E)	0	52
Risikokategorie 4 (4A - 4E)	5	91
Risikokategorie 5 (5A - 5E)	134.397	138.576
Risikokategorie 6 (NR)	0	0
Buchwert brutto	134.402	138.719
Risikovorsorge	55.156	61.954
Buchwert netto	79.245	76.766
> 90 Tage und <= 180 Tage überfällig aber nicht wertberichtigt		
Risikokategorie 1 (1A - 1E)	0	0
Risikokategorie 2 (2A - 2E)	0	0
Risikokategorie 3 (3A - 3E)	0	0
Risikokategorie 4 (4A - 4E)	0	0
Risikokategorie 5 (5A - 5E)	2.925	2.301
Risikokategorie 6 (NR)	0	0
Buchwert brutto	2.925	2.301
> 180 Tage und <= 365 Tage überfällig aber nicht wertberichtigt		
Risikokategorie 1 (1A - 1E)	0	0
Risikokategorie 2 (2A - 2E)	0	0
Risikokategorie 3 (3A - 3E)	0	0
Risikokategorie 4 (4A - 4E)	0	0
Risikokategorie 5 (5A - 5E)	4.827	4.550
Risikokategorie 6 (NR)	0	0
Buchwert brutto	4.827	4.550
> 365 Tage überfällig aber nicht wertberichtigt		
Risikokategorie 1 (1A - 1E)	0	0
Risikokategorie 2 (2A - 2E)	0	0
Risikokategorie 3 (3A - 3E)	0	0
Risikokategorie 4 (4A - 4E)	0	0
Risikokategorie 5 (5A - 5E)	12.949	14.631
Risikokategorie 6 (NR)	0	0
Buchwert brutto	12.949	14.631
Weder überfällig noch wertberichtigt		
Risikokategorie 1 (1A - 1E)	311.241	255.104
Risikokategorie 2 (2A - 2E)	1.440.905	726.122
Risikokategorie 3 (3A - 3E)	4.051.505	4.717.463
Risikokategorie 4 (4A - 4E)	554.023	629.765
Risikokategorie 5 (5A - 5E)	32.112	21.758
Risikokategorie 6 (NR)	2.288	6.041
Buchwert brutto	6.392.074	6.356.252
Portfoliowertberichtigung	13.943	6.828
Gesamt-Buchwert netto	6.478.077	6.447.672

Die ausgefallenen Kredite oder NPLs werden der Risikokategorie 5 zugeordnet und nach Ausfallsgrund den einzelnen Ratingstufen zugeordnet. So stellt zum Beispiel die Ratingstufe 5A jene Kreditnehmer dar, die mehr als 90 Tage überfällig sind.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Verteilung der nicht performenden Kredite auf die Ausfallsratingstufen.

EUR Tsd.	Forderungen an Kreditinstitute und Kunden 31.12.2016		31.12.2015	
	Brutto	Netto	Brutto	Netto
Einzelwertberichtigung				
Rating 5A	924	639	937	772
Rating 5B	33.100	23.405	23.086	14.480
Rating 5C	59.645	35.383	58.865	32.161
Rating 5D	26.215	12.123	36.798	18.213
Rating 5E	14.513	7.692	18.890	11.019
Gesamt	134.397	79.242	138.576	76.646
Mehr als 90 Tage überfällig aber nicht wertberichtigt				
Rating 5A	95	95	1.592	1.592
Rating 5B	3.992	3.992	3.178	3.178
Rating 5C	9.388	9.388	9.905	9.905
Rating 5D	3.701	3.701	2.941	2.941
Rating 5E	3.525	3.525	3.866	3.866
Gesamt	20.700	20.700	21.482	21.482
Weder überfällig noch wertberichtigt				
Rating 5A	96	96	265	265
Rating 5B	15.592	15.592	9.967	9.967
Rating 5C	14.416	14.416	9.318	9.318
Rating 5D	852	852	1.394	1.394
Rating 5E	1.154	1.154	814	814
Gesamt	32.112	32.112	21.758	21.758
Gesamt-Buchwert	187.209	132.054	181.816	119.886

Die Einzelwertberichtigungen in der Risikokategorie 5 decken in der Regel nicht den gesamten Bruttowert der aushaftenden Forderungen ab, da Sicherheiten berücksichtigt, aber sonstige Vorsorgen (Portfoliovorsorgen) nicht berücksichtigt werden und es zudem im Bereich der Restrukturierungsfälle nicht immer zu einer vollständigen Wertberichtigung der ausgefallenen Forderung kommen muss (going concern Überlegung bei der Bildung der Risikovorsorge).

Die nachfolgende Tabelle stellt die Brutto- und Nettobuchwerte der Forderungen nach ihrer jeweiligen Risikokategorie dar.

EUR Tsd.	Forderungen an Kreditinstitute und Kunden ¹⁾	
	Brutto	Netto
31.12.2016		
Risikokategorie 1 (1A - 1E)	311.241	311.241
Risikokategorie 2 (2A - 2E)	1.440.905	1.440.905
Risikokategorie 3 (3A - 3E)	4.051.505	4.051.505
Risikokategorie 4 (4A - 4E)	554.027	554.026
Risikokategorie 5 (5A - 5E)	187.209	132.054
Risikokategorie 6 (NR)	2.288	2.288
Gesamt	6.547.176	6.492.020
31.12.2015		
Risikokategorie 1 (1A - 1E)	255.104	255.104
Risikokategorie 2 (2A - 2E)	726.122	726.122
Risikokategorie 3 (3A - 3E)	4.717.514	4.717.501
Risikokategorie 4 (4A - 4E)	629.856	629.846
Risikokategorie 5 (5A - 5E)	181.816	119.886
Risikokategorie 6 (NR)	6.041	6.041
Gesamt	6.516.454	6.454.500

¹⁾ Die Nettobuchwerte sind ohne Abzug der Portfoliowertberichtigung abgebildet.

Der Ausfall folgt konzernweit der Definition in der CRR. Den ausgefallenen Forderungen wird die Höhe der gebildeten Einzelwertberichtigungen gegenübergestellt und den performenden Forderungen ist der über das nächste Jahr erwartete Verlust gegenübergestellt. Der Expected Loss ergibt sich aus den internen Bonitätseinstufungen, der wirtschaftlichen Besicherungssituation und der daraus abgeleiteten erwarteten Verlusthöhe bei Ausfall. Im Allgemeinen kommt es bei den Forderungen im Ausfall zu Risikovorsorgen, die unter dem unbesicherten Obligo liegen, da es neben den Vorsorgen aus EWB auch noch pauschalierte EWB und Portfoliovorsorgen gibt, die in obiger Aufstellung nicht enthalten sind.

Die nachfolgende Tabelle stellt den Anteil der ausgefallenen und nicht ausgefallenen Forderungen an den Gesamtforderungen dar.

EUR Tsd.	Forderungen gesamt		Forderungen im Ausfall		Forderungen lebend	
	Aushaftung	Unbesichert	Unbesichert	Risiko- vorsorge	Unbesichert	Erwarteter Verlust
31.12.2016						
VBW	6.547.176	2.409.403	57.530	55.155	2.351.873	31.938
Gesamt	6.547.176	2.409.403	57.530	55.155	2.351.873	31.938
31.12.2015						
VBW	6.516.454	3.175.930	80.463	61.930	3.095.468	36.478
Gesamt	6.516.454	3.175.930	80.463	61.930	3.095.468	36.478

Kreditsicherheiten

Verwendung von Kreditsicherheiten

Die Verwendung von Kreditsicherheiten sowie deren Management werden als bedeutender Bestandteil des Kreditrisikomanagements im Konzern gesehen. Sie stellen neben der Kreditwürdigkeit des Kreditnehmers den wesentlichen Faktor für die Bestimmung des Kreditrisikos eines Engagements dar. Die primäre Bedeutung von Kreditsicherheiten liegt in der Vorsorge für nicht vorhersehbare Zukunftsrisiken des Kreditengagements und somit in der Begrenzung des Verlustrisikos eines Kreditengagements im Falle einer Insolvenz oder Restrukturierung.

Die im Konzern zum Einsatz kommenden Sicherheitenarten und deren Behandlung werden umfassend in den Verbundhandbüchern Sicherheitenmanagement, dem Handbuch Kreditsicherheiten und der GW RM dargestellt. In den Handbüchern erfolgt eine Kategorisierung sowohl nach rechtlichem Sicherungsgeschäft als auch nach der zugrunde liegenden Güterart. Die wichtigste Besicherungsform im Kreditgeschäft ist die Hypothek.

Die nachfolgende Tabelle gibt den Gesamtrahmen der besicherten Forderungen nach den einzelnen Sicherheitenkategorien an.

EUR Tsd.	Forderungen an Kreditinstitute und Kunden	
	31.12.2016	31.12.2015
Sicherheiten zu einzelwertberechtigten Forderungen		
Barreserve	2.626	1.394
Wertpapiere	235	712
Hypotheken	68.210	57.171
Garantien	706	1.776
Mobilien	393	292
Sonstige	6.925	5.588
Sicherheiten zu Forderungen, die mehr als 90 Tage überfällig aber nicht wertberichtigt sind		
Barreserve	209	305
Wertpapiere	17	8
Hypotheken	19.272	13.653
Garantien	106	107
Mobilien	9	15
Sonstige	936	688
Sicherheiten zu Forderungen, die weder überfällig noch wertberichtigt sind		
Barreserve	77.570	78.466
Wertpapiere	52.160	44.045
Hypotheken	3.131.510	2.580.944
Garantien	189.035	189.301
Mobilien	13.765	10.275
Sonstige	574.089	355.784
Wert der Sicherheiten gesamt	4.137.773	3.340.523

Eine Schlüsselanforderung bei der Auswahl von Sicherheiten im Konzern ist die in der Art gegebene Kongruenz mit der zu besichernden Kreditforderung. Werden für ein Kreditengagement Sicherheiten bestellt, sind diese nach verbindlichen Bewertungsregeln objektiv zu bewerten. Darüber hinaus bestehen klar definierte Richtlinien und Prozesse für die Bestellung, Verwaltung und Verwertung von Kreditsicherheiten. Jede Kreditsicherheit wird regelmäßig auf ihre Werthaltigkeit überprüft, wobei die Periodizität im Wesentlichen von der Sicherheitenart abhängt und einheitlich geregelt ist.

Bewertung von Kreditsicherheiten

Ausgangspunkt für die Berücksichtigung von Sicherheiten im Rahmen des Kreditvergabeprozesses ist jeweils der aktuelle Markt-, Verkehrs-, Nominal- oder Rückkaufswert. Auf diesen Wert werden in der Folge jeweils die korrespondierenden Abschläge im Rahmen der Credit Risk Mitigation angewendet. Die jeweilige Bewertung der unterschiedlichen Sicherungsarten erfolgt grundsätzlich auf Basis folgender Ausgangswerte:

Sicherheit	Ausgangswert
Finanzielle Sicherheiten	Marktwert / Nominalwert
Immobilien sicherheiten	Marktwert / Verkehrswert
Sonstige Sicherheiten	Marktwert
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	Nominalwert
Lebensversicherungen	Rückkaufswert
Garantien	Nominalwert
Kreditderivate	Nominalwert

Die initiale Bewertungsmethode einer Kreditsicherheit wird gemeinsam mit dem Bewertungsergebnis für die laufende Überprüfung in geeigneter Weise entsprechend dokumentiert.

Die wichtigsten Arten von Besicherungen

Kreditsicherheiten sollen mit der Art der zu besichernden Kreditforderung korrespondieren. Als solches sollen Investitionskredite grundsätzlich durch die zu finanzierenden Vermögenswerte besichert werden, sofern diese werthaltig sind und dem Sicherungsgeber auf Kreditlaufzeit zur Verfügung stehen. Bei der Auswahl von Kreditsicherheiten wird auf das

Kosten-Nutzen-Verhältnis geachtet und somit auf vornehmlich werthaltige, wenig bearbeitungs- und kostenintensive sowie auf tatsächlich verwertbare Kreditsicherheiten zurückgegriffen. Aus diesem Grund werden Sachsicherheiten, wie beispielsweise Immobiliensicherheiten und finanzielle Sicherheiten, wie Bar- oder Wertpapiersicherheiten, eine bevorzugte Stellung eingeräumt.

Verteilung wirtschaftlicher Kreditsicherheiten im Portfolio des Konzerns:

EUR Tsd.	Angerechneter Wert	
	31.12.2016	31.12.2015
Finanzielle Sicherheiten	539.830	307.151
Immobiliensicherheiten	3.218.993	2.651.768
Sonstige Sicherheiten	17.180	12.107
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	2.823	6.858
Lebensversicherungen	169.100	171.456
Garantien	189.847	191.183
Gesamt	4.137.773	3.340.523

Immobiliensicherheiten sind die mit Abstand wichtigste Sicherheitenart im VBW Konzern. Die ausgewiesenen Werte stellen den angerechneten Wert der Sicherheiten dar (nach Bewertung und Deckelung durch die Höhe der besicherten Forderung).

Die Anerkennungsfähigkeit einer persönlichen Sicherheit ist wesentlich von der Qualität des Sicherungsgebers abhängig und von seinem Naheverhältnis zum Kreditnehmer.

Nach dem durch die persönliche Sicherheit eingeräumten Recht werden im Konzern die folgenden Haftungsinstrumente anerkannt:

- Abstrakte Garantie
- Bürgen- und Zahlerhaftung (gemäß § 1357 ABGB)
- Ausfallbürgschaft (gemäß § 1356 ABGB)
- Einfache Bürgschaft (gemäß § 1346 ABGB)
- Wechselbürgschaft
- Strenge Patronatserklärung

Verteilung persönlicher Sicherheiten im Portfolio des Konzerns:

EUR Tsd.	Angerechneter Wert	
	31.12.2016	31.12.2015
Abstrakte Garantie	189.847	191.183
Gesamt	189.847	191.183

Bei den persönlichen Sicherheiten kommt der abstrakten Garantie die größte Bedeutung zu. Persönliche Sicherheiten gemäß § 1356 und § 1346 ABGB werden nur angerechnet, wenn sie von staatlichen Stellen gewährt oder mit Rückhaftung staatlicher Stellen versehen sind. Die ausgewiesenen Werte stellen den angerechneten Wert der Sicherheiten dar (nach Bewertung und Deckelung durch die Höhe der besicherten Forderung).

Konzentrationen

Die konzernweite Quantifizierung und Bewertung von Konzentrationen erfolgt monatlich einerseits über die ermittelten Risikoparameter und andererseits im Zuge der Erstellung des Risikoberichtes und umfasst beispielhaft Konzentrationen auf Einzelkundenebene für Unternehmen, Banken und der öffentlichen Hand. Ergänzend beleuchtet wird das Konzentrationsrisiko hinsichtlich der Auswirkungen auf die Gesamtbank.

Branchenentwicklung im Portfolio des Konzerns:

EUR Tsd.	31.12.2016		31.12.2015	
	Brutto	%	Brutto	%
Gewerbliche Finanzierungen	7.579.890	80,41 %	8.285.140	86,49 %
Immobilien	1.075.173	11,41 %	983.997	10,27 %
Bauwirtschaft	432.894	4,59 %	413.548	4,32 %
Land-/Forstwirtschaft	105.232	1,12 %	157.586	1,64 %
Tourismus	90.740	0,96 %	88.381	0,92 %
Handel und Reparatur	189.761	2,01 %	174.660	1,82 %
Finanzdienstleistungen	3.608.206	38,28 %	4.473.732	46,70 %
Wirtschaftliche Dienstleistungen	119.110	1,26 %	148.676	1,55 %
Ärzte/Gesundheitswesen	71.676	0,76 %	81.127	0,85 %
Verarbeitendes Gewerbe	95.171	1,01 %	75.226	0,79 %
Öffentliche Stellen	1.585.237	16,82 %	1.457.706	15,22 %
Gastronomie	57.269	0,61 %	52.447	0,55 %
Transport und Verkehr	32.931	0,35 %	35.591	0,37 %
Versorger	39.458	0,42 %	43.296	0,45 %
Technologie/Kommunikation	31.441	0,33 %	39.484	0,41 %
Sonstiges	45.591	0,48 %	59.683	0,62 %
Private Haushalte	1.846.334	19,59 %	1.294.641	13,51 %
Gesamt	9.426.224	100,00 %	9.579.780	100,00 %

Limitierung

Die Überwachung, Steuerung und Begrenzung des Risikos von Einzelengagements und von Klumpenrisiken erfolgt anhand folgender Limite:

- Kreditlimite für Gruppen verbundener Kunden
- Portfoliolimite

Im Volksbanken-Verbund wird die Gruppe verbundener Kunden (GvK) als Basis für Limite bei Neukreditvergaben und für Überwachen herangezogen. Hinsichtlich der Limite wird zwischen den Vorgaben auf Ebene des Volksbanken-Verbundes und für die Fusionsgruppen bzw. Einzelinstitute unterschieden. Kreditlimite für GvK sind grundsätzlich Limite in Bezug auf

- Staats- und staatsähnliche Risiken, inklusive Länder, Nationalbanken, Supranationale Organisationen (z.B. EU) und staatsgarantierte Risiken
- Banken und bankähnliche Risiken: Diese dienen in erster Linie für das Treasury-Geschäft der ZO sowie Bankbuchveranlagungen
- Unternehmen sowie alle Kreditnehmer, die nicht zu den Gruppen Staaten oder Banken gehören, damit sind Retailkunden und Gemeinden für Kreditrisikolimitierungen wie Unternehmen zu behandeln

Die Limite für das maximale Bruttogesamtobligo errechnen sich auf Basis von Prozentwerten an den jeweils anrechenbaren Eigenmitteln unter Berücksichtigung der Ratingstufen. Das maximale Blankoobligo errechnet sich als Prozentwert vom maximalen Gesamtobligo (wiederum gestaffelt nach Ratingklassen) unter Abzug von SK1 Sicherheiten. Sollten in einzelnen Geschäftsfeldern aufgrund der Besonderheiten Überschreitungen notwendig sein, müssen diese begründet und zur Genehmigung vorgelegt werden. Die Überprüfung der Limitierungen auf Einzelgeschäftsebene erfolgt kontinuierlich im operativen Risikomanagement der Teilinstitute und wird anhand zentraler Auswertungen durch die VBW in ihrer Rolle als ZO überwacht.

Im Zusammenhang mit Portfoliolimitierungen werden derzeit im Verbund hauptsächlich Länderrisikolimiten und Wesentlichkeitsgrenzen für Regionen definiert. Zielportfolio des Volksbanken-Verbundes ist das Österreichgeschäft. Daher ist

das Auslandsgeschäft in den Zielländern durch ein Limit von 5 % beschränkt. Die Wesentlichkeitsgrenzen für Regionen sollen innerhalb Österreichs für eine vernünftige Diversifikation sorgen.

Ratingsysteme

Verbundweit werden standardisierte Modelle zur Bonitätsbestimmung (die VB Ratingfamilie) und zur Bestimmung der Verlusthöhe im Ausfall angewendet. Die erwartete Ausfallswahrscheinlichkeit jedes Kunden wird über die VB Ratingfamilie geschätzt und über die VB Masterskala ausgedrückt. Das Konzept der VB Masterskala erlaubt es, Kreditnehmer über Regionen und Kundengruppen hinweg bonitätsmäßig zu vergleichen.

Die Ratingklassen der Ratingstufe 5 decken die verbundweit zur Anwendung kommenden Ausfallgründe für einen Kredit ab und werden auch zum Reporting nichtperformender Kredite (NPLs) herangezogen. Eine genaue Darstellung der Ratingmethoden ist in der aufsichtlichen Offenlegung auf der institutseigenen Homepage zu finden.

Forbearance

Aufgrund der EBA FINAL draft ITS on Supervisory reporting on forbearance and non-performing exposures sowie der DURCHFÜHRUNGSVERORDNUNG (EU) 2015/227 DER KOMMISSION vom 9. Jänner 2015 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards für die aufsichtlichen Meldungen der Institute gemäß der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 fallen alle Kredite und Schuldverschreibungen sowie gegebene widerrufliche und unwiderrufliche Kreditzusagen, Guthaben bei Zentralbanken sowie andere Sichteinlagen in sämtlichen Bewertungskategorien mit Ausnahme von held for trading Positionen unter den Anwendungsbereich des supervisory reporting on forbearance and non-performing exposures. Ebenfalls fallen die zur Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögensgegenstände und Veräußerungsgruppen gemäß IFRS 5 in den Anwendungsbereich. Unter forbearance werden Zugeständnisse verstanden, die der Kreditgeber dem Schuldner im Zusammenhang mit finanziellen Schwierigkeiten oder drohenden finanziellen Schwierigkeiten des Schuldners gewährt, ansonsten aber nicht gewähren würde. Forborne Kreditengagements werden den Kategorien performing forborne Kreditengagements und non-performing forborne Kreditengagements zugeordnet. Aus der Kategorisierung leiten sich die Regelungen für die anschließende Engagementsüberwachung (besondere Überwachungsvorschriften im Kreditinstitute Verbund) und die Kriterien, welche zur Gesundung führen, ab.

Bezogen auf die Kundenkredite wurden für einen Gesamtbuchwert von insgesamt EUR 72.125 Tsd. (2015: EUR 49.398 Tsd.) Zugeständnisse aus wirtschaftlichen Gründen vereinbart. Dieser Betrag betrifft performing forborne Kreditengagements mit EUR 22.560 Tsd. (2015: EUR 16.856 Tsd.) und non-performing forborne Kreditengagements mit EUR 49.565 Tsd. (2015: EUR 32.543 Tsd.); für die non-performing forborne Kreditengagements wurden Wertberichtigungen von EUR 13.066 Tsd. (2015: EUR 8.762 Tsd.) gebildet.

Die Entscheidung, wann ein Geschäft nicht mehr als forborne eingestuft wird, erfolgt anhand fest vorgegebener Kriterien, die kumulativ erfüllt sein müssen. Für Kunden der Intensivbetreuung wird die Entscheidung im Rahmen der tourlichen Überwachung getroffen, für Sanierungsfälle im Rahmen der laufenden Engagementüberwachung.

Kontrahentenausfallrisiko

Dem Kontrahentenrisiko für Marktwerte aus unbesicherten Derivaten wird mittels Credit Value Adjustments (CVA) bzw. Debt Value Adjustment (DVA) – als Näherungsfunktion des potenziellen zukünftigen Verlustes in Bezug auf das Kontrahentenausfallrisiko – Rechnung getragen. Das expected future exposure (EFE) wird hierbei mittels Monte Carlo Simulation ermittelt. Für jene Kontrahenten, für die keine am Markt beobachtbaren Credit Spreads verfügbar sind, basieren die Ausfallwahrscheinlichkeiten auf internen Ratings des Volksbanken-Verbundes.

Mit den wichtigsten Kontrahenten des Verbundes bestehen rechtlich abgesicherte Nettingvereinbarungen, die sowohl für das interne Risikocontrolling als auch für die Berechnung der Eigenmittelerfordernisse Berücksichtigung finden. Der VBW Konzern verwendet kein internes Modell zur Berechnung des Kontrahentenausfallrisikos.

Die Höhe der Kontrahentenlimite (off-balance Limite) für Derivategeschäfte mit Banken und Finanzinstituten ist abhängig von folgenden Kriterien:

- interne Bonitätseinstufung
- Höhe der Eigenmittel des Kontrahenten
- Höhe der eigenen Eigenmittel
- Intensität der Geschäftsbeziehung mit dem Kontrahenten (strategisch wichtig, einige wenige Geschäfte, sporadisch)
- Bestehen rechtlich durchsetzbarer Netting Vereinbarungen

Die Laufzeiten der eingeräumten off-balance Limite werden unter Berücksichtigung der Kontrahentenausfallrisiken festgelegt.

Die Überwachung der nach unterschiedlichen Laufzeitbändern geführten Kontrahentenlimite für das Treasury wird in der Abteilung Markt- und Liquiditätsrisiko der VBW durchgeführt. Die Anrechnung von derivativen Geschäften an die off-balance Linien erfolgt nach dem Prinzip positiver Marktwert plus laufzeitabhängiges add-on bei Kontrahenten ohne rechtlich durchsetzbare Nettingvereinbarung. Liegen gültige Nettingvereinbarungen vor, werden positive und negative Marktwerte genettet und etwaiges cash collateral berücksichtigt.

Bei institutionellen Kontrahenten ohne Netting richtet sich die Höhe der add-ons nach Artikel 274 CRR. Unter Anwendung des off-balance Nettings erfolgt die add-on Berechnung nach Artikel 298 CRR. Bei Nichtbanken kommen konservativere Aufschläge für das interne Risikomanagement zur Anwendung.

Ausnutzungs- und etwaige Überziehungsreports werden den betroffenen Kreditabteilungen sowie dem Treasury täglich zur Verfügung gestellt.

Nettingpositionen im Portfolio des Konzerns:

EUR Tsd.	31.12.2016		
	Forderungen	Verbindlichkeiten	Nettowerte
Derivate			
Bankbuch	85.715	-144.233	-58.518
Handelsbuch	93.584	-405.493	-311.909
Cash Sicherheiten	Verpfändet	Erhalten	Nettowerte
Bankbuch	413.608	-44.176	369.431
Gesamtergebnis			-996

EUR Tsd.	31.12.2015 *)		
	Forderungen	Verbindlichkeiten	Nettowerte
Derivate			
Bankbuch	79.812	-144.824	-65.013
Handelsbuch	129.006	-368.775	-239.769
Cash Sicherheiten	Verpfändet	Erhalten	Nettowerte
Bankbuch	236.338	-23.636	212.702
Gesamtergebnis			-92.080

*) Zum Jahresultimo 2015 wurde die Portfolioabspaltung in die immigon noch nicht operativ von allen Kontrahenten vollzogen, da einigen Banken zu dem Zeitpunkt die Zustimmung zur Abspaltung noch nicht erteilt haben. Dadurch war noch nicht das komplette Cash-Collateral in der VBW eingebucht, sondern wurde teilweise in der immigon gehalten.

Collateral Management im Derivatehandel

Zur Reduktion des Kontrahentenrisikos von derivativen Geschäften verwendet der VBW Konzern Kreditrisikominde- rungstechniken wie Netting und Sicherheitenaustausch. Die VBW strebt mit allen wesentlichen Marktteilnehmern den Abschluss eines standardisierten ISDA-Rahmenvertrags für das bilaterale Netting und eines entsprechenden Credit Support Annex (CSA) an. Es findet ein täglicher Abgleich der Marktwerte der derivativen Geschäfte mit den Kontrahen- ten statt. Überschreiten die Marktwerte bestimmte vertraglich festgelegte Schwellenwerte, müssen diese Überhänge mit Sicherheiten abgedeckt werden. Diese Sicherheiten werden regulatorisch anerkannt und reduzieren das Risiko.

Repo-Geschäfte werden ebenso hinsichtlich der Höhe der Sicherheiten überprüft. Nach den abgestimmten Margin Calls erfolgt der Sicherheitentransfer meist in Form von Cash oder ausgewählten Staatsanleihen in Euro.

Der gesamte Prozess der Marktwertermittlung und Berechnung der Sicherheitenhöhe erfolgt systemunterstützt und ist im Risikocontrolling angesiedelt.

Kreditrisikoreporting

Das Kreditrisikoreporting erfolgt monatlich mit dem Zweck, stichtagsbezogen eine detaillierte Darstellung des bestehen- den Kreditrisikos des VBW Konzerns und auch des Kreditinstituts-Verbundes gemäß § 30a BWG zu geben. Entspre- chende Reports werden für den Konzern, die wesentlichen Konzerneinheiten und die wesentlichen Geschäftsfelder erstellt. Die Informationen fließen auch in die Kreditrisikoteile des Risikoberichts ein.

Die Berichte umfassen die quantitative Darstellung der steuerungsrelevanten Informationen zum Kreditrisiko, die durch eine kurze Lageeinschätzung und gegebenenfalls weitere qualitative Informationen ergänzt werden.

Folgende Analysen sind Bestandteil des monatlichen Reports:

- Portfolioverteilung
- Neugeschäftsentwicklung
- Bonitätsverteilungen
- Non-performing loans
- Kreditrisikokonzentrationen
- Ländergruppenanalyse
- Kundensegmente (Kundensegmentsplit)
- Branchenverteilungen (Kommerz)

Diese Analysen werden nach verschiedenen Größen und Kennziffern dargestellt wie beispielsweise: Blankoexposure, Gesamtrahmen, erwarteter Verlust, gebildete Risikovorsorge, Standardrisikokosten oder non-performing loans.

c) Marktrisiko

Marktrisiko ist das Risiko sich verändernder Preise bzw. Kurse wertbestimmender Marktrisikofaktoren (z.B. Zinssätze, Fremdwährungs-Kurse, Zins- und Fremdwährungs-Volatilitäten). Der VBW Konzern unterscheidet folgende Risikoarten des Marktrisikos:

- Zinsänderungsrisiko im Bankbuch
- Credit Spread Risiko
- Marktrisiko im Handelsbuch
- Fremdwährungsrisiko (offene Devisenpositionen)

Zinsänderungsrisiko im Bankbuch

Zinsänderungsrisiken entstehen durch das Eingehen von Fristentransformation, welche durch eine abweichende Zinsbindung zwischen Aktiva und Passiva entsteht. Das Eingehen von Fristentransformation stellt in Form des Strukturbeitrags eine Einkommensquelle für die Bank dar.

Das Zinsänderungsrisiko im Bankbuch umfasst sämtliche zinstragenden bilanziellen und außerbilanziellen Geschäfte mit Ausnahme von Geschäften des Handelsbuches. Die mit dem Kundengeschäft einhergehende Zinsrisikoposition der VBW entsteht hauptsächlich durch variables indexgebundenes Kreditgeschäft und Einlagen ohne Zinsbindung (in Form von Sicht- und Spareinlagen) sowie implizite Zinsuntergrenzen sowohl im aktivseitigen als auch passivseitigen Kundengeschäft. Weitere maßgebliche Einflussfaktoren sind Anleihepositionen des Eigendepots, Eigenemissionen und die zur Steuerung der Zinsposition eingesetzten Zinsswaps. Ende des Jahres 2016 weist der VBW Konzern eine relativ geringe positive Zinsfristentransformation auf. Das barwertige Zinsänderungsrisiko (aufsichtsrechtliche Zinsrisikostatistik nach OeNB Standardverfahren) lag zum 31. Dezember 2016 bei 7 % der Eigenmittel, was deutlich unter dem aufsichtsrechtlichen Limit von 20 % liegt. Die Zinssensitivität in Form des present value of a basis point (PVBP) liegt im niedrigen zweistelligen Bereich.

Gesteuert wird die Zinsposition der VBW durch das Asset-Liability-Committee (ALCO) im Rahmen von Risikolimiten, welche vom Risikocontrolling festgelegt und vom Vorstand im ALCO genehmigt werden. Das ALCO ist das zentrale Gremium zur Steuerung von Zinsänderungsrisiken. Es wird monatlich oder bei Bedarf auch ad hoc abgehalten. Die Leitung des ALCO obliegt dem Asset-Liability-Management (ALM), welches organisatorisch dem Bereich Treasury zugeordnet ist. Maßnahmenvorschläge für die Steuerung der Zinsposition werden vom ALM in Abstimmung mit dem Risikocontrolling erarbeitet. Ziel dabei ist die Generierung eines Strukturbeitrages durch positive Fristentransformation. Die Steuerung der Zinsrisikoposition erfolgt sowohl unter Berücksichtigung von Einkommens- als auch von Barwerteffekten. Das Zinsrisikoreporting im ALCO erfolgt durch die Abteilung Markt- und Liquiditätsrisiko.

Die Überwachung des Zinsrisikos im Bankbuch wird in der Abteilung Markt- und Liquiditätsrisikocontrolling im Bereich Risikocontrolling durchgeführt, welcher organisatorisch auf Vorstandsebene vom Bereich Treasury getrennt ist. Zu den Hauptaufgaben des Risikocontrollings gehören die Risikomodellierung und deren laufende Weiterentwicklung, die Festlegung der Limitstruktur auf Basis des zugeordneten ökonomischen Kapitals und die Überprüfung der Limite, die Parametrisierung der Systeme und das Risikoreporting. Die erstellten Reports dienen im ALCO als Entscheidungsgrundlage für Steuerungsmaßnahmen.

Die Risikomessung erfolgt in der VBW hauptsächlich auf Basis von Zins-Gaps (Nettoposition der Aktiv- und Passivvolumina pro Laufzeitband, wobei jede Position gemäß ihrer vertraglichen oder modellierten Zinsbindung einem Laufzeitband zugeordnet wird). Dabei werden Positionen mit unbestimmter Zinsbindung (z.B. in Form von Sicht- und Spareinlagen, Kontokorrentkredite) mittels Replikats- bzw. Rollierungsannahmen in die Risikomessung einbezogen. Die Annahmen werden auf Basis statistischer Analysen ergänzt durch Expertenmeinungen festgelegt. Sie werden regelmäßig auf ihre Gültigkeit überprüft und in einer von der Modellierung unabhängigen Gruppe validiert.

Wesentliche Risikokennzahlen für die barwertige Risikomessung sind der Zinsbuch-VaR auf Basis historischer Simulation und Zinssensitivitäten in Form eines PVBP. Eine periodenbezogene Risikomessung wurde im Jahr 2016 in Form einer Zinsergebnissimulation umgesetzt. Dabei werden für vier ungünstige Zins-Szenarien die Auswirkungen auf das Zinsergebnis der nächsten Jahre berechnet. Das Zinsergebnis sinkt dabei im Vergleich zum Planszenario für das Jahr 2017 im ungünstigsten Szenario um ca. 5 %, und für das Jahr 2018 um ca. 10 %. Die Ergebnisse der Zinsergebnissimulation werden im ALCO präsentiert und im Rahmen der Weiterentwicklung des ICAAP künftig auch in die Risikotragfähigkeitsrechnung eingehen.

Die Zinsrisikolimitierung erfolgt mittels Gap-Volumenlimiten und Zinssensitivitätslimiten (PVBP-Limite). Für die Risikotragfähigkeitsrechnung erfolgt eine Limitierung des Zinsbuch-VaR. Der aufsichtsrechtliche Zinsrisikokoeffizient gemäß OeNB Zinsrisikostatistik, der das barwertige Zinsrisiko gegenüber einer 200bp-Parallelverschiebung der Zinskurve in Relation zum Eigenkapital setzt, ist als regulatorisches Limit Bestandteil des gesamtbankweiten Risk Appetite Statements.

Credit Spread Risiko

Der Credit Spread definiert sich als Aufschlag auf den risikolosen Zins. Das Credit Spread Risiko entsteht aus den Schwankungen der Vermögensbarwerte aufgrund sich im Zeitablauf verändernder Credit Spreads.

Bei den für das Credit Spread Risiko relevanten Geschäften handelt es sich um Veranlagungen im Eigendepot, nicht um Forderungen an Kunden. Dies umfasst im Wesentlichen Anleihen, Fonds, Kreditausfallversicherungen (CDS) sowie Schuldscheindarlehen. Für diese Positionen werden ein Credit Spread VaR sowie Credit Spread Sensitivitäten berechnet. Das Credit Spread Risiko wird im Rahmen des ICAAP in der Risikotragfähigkeitsrechnung und im Gesamtbankrisikostresstesting berücksichtigt.

Der Investmentstrategie entsprechend beinhaltet das Eigendepot hochliquide Anleihen des öffentlichen Sektors und Covered Bonds mit hoher Bonität. Es wird hauptsächlich als Liquiditätspuffer gehalten und ist zum Großteil an die regulatorische Liquidity Coverage Ratio (LCR) anrechenbar. Das größte Exposure im öffentlichen Sektor besteht gegenüber dem Staat Österreich. Die europäischen Peripheriestaaten (Portugal, Italien und Spanien) machen rund 13 % des Gesamtexposures des Eigendepots aus. Es besteht kein Exposure gegenüber Griechenland.

Konzentrationsrisiko

Konzentrationsrisiken können nur auf Ebene von Emittenten oder Risikoclustern im Sinne von gleichartigen Emittenten entstehen. Im Credit Spread Risiko werden Risikocluster überwacht. Die größte Konzentration besteht derzeit im Risikocluster Sovereign Österreich mit 45 % des Buchwerts des Eigendepots. In Covered Bonds liegen 17 % und in Sovereign Italien 8 %. Einzelemittentenkonzentrationen sind durch die Emittentelinien im Kreditrisiko begrenzt.

Portfolioverteilung nach Bonität:

EUR Tsd.	31.12.2016	31.12.2015
1A	1.174.990	1.090.485
1B-1C	206.428	182.344
1D-2A	75.587	60.258
2B-3A	392.543	418.729
3B-4E (NIG)	337	2.437
5A-5E (Default)	0	835
kein Rating	0	0
Gesamt	1.849.885	1.755.088

Portfolioverteilung nach Sektoren:

EUR Tsd.	31.12.2016	31.12.2015
Finanzsektor	349.439	307.249
Öffentlicher Sektor	1.457.005	1.387.208
Unternehmen	15.952	40.673
keine Sektorzuordnung	27.489	19.958
Gesamt	1.849.885	1.755.088

Top 10 bilanzielle Exposures im öffentlichen Sektor:

EUR Tsd.	Available for sale	Held to maturity und loans & receivables	Loans and receivables	Gesamt
31.12.2016				
Österreich	794.658	10.343	0	805.001
Italien	119.867	20.000	0	139.867
Polen	98.015	4.310	0	102.325
Schweiz	0	0	74.495	74.495
Belgien	49.698	15.766	0	65.464
Tschechien	52.978	0	0	52.978
Spanien	43.860	0	0	43.860
Portugal	40.128	0	0	40.128
Ungarn	31.183	0	0	31.183
Frankreich	0	30.190	0	30.190
Gesamt	1.230.388	80.608	74.495	1.385.492

31.12.2015				
Österreich	776.569	0	0	776.569
Italien	123.281	20.000	0	143.281
Polen	100.180	4.462	0	104.642
Schweiz	0	0	74.596	74.596
Tschechien	54.212	0	0	54.212
Belgien	45.958	4.983	0	50.942
Portugal	44.717	0	0	44.717
Spanien	40.728	0	0	40.728
Ungarn	32.034	0	0	32.034
Litauen	26.084	0	0	26.084
Gesamt	1.243.763	29.445	74.596	1.347.804

Außerbilanzielles Exposure (CDS) im öffentlichen Sektor:

EUR Tsd.	Verkaufte Sicherheit		Gekaufte Sicherheit		Gesamt Netto	
	Nominale	Marktwert	Nominale	Marktwert	Nominale	Marktwert
31.12.2016						
Ungarn	0	0	0	0	0	0
Gesamt	0	0	0	0	0	0
31.12.2015						
Ungarn	0	0	-29.185	12	-29.185	12
Gesamt	0	0	-29.185	12	-29.185	12

Der Großteil des Portfolios ist der Kategorie available for sale (afs) zugeordnet. Entsprechend der Investmentstrategie werden Neuinvestments größtenteils der Kategorie held to maturity (htm) zugeordnet.

Portfoliostruktur nach IAS 39 Kategorien:

EUR Tsd.	Bond	Syndicated loans & SSD	Fund & Equity	Gesamt
31.12.2016				
At fair value through profit or loss	0	0	0	0
Available for sale	1.495.933	0	27.489	1.523.422
Held to maturity und loans & receivables	251.968	74.495	0	326.463
Gesamt	1.747.901	74.495	27.489	1.849.885
31.12.2015				
At fair value through profit or loss	0	0	0	0
Available for sale	1.570.073	0	40.673	1.610.746
Held to maturity und loans & receivables	69.747	74.596	0	144.343
Gesamt	1.639.819	74.596	40.673	1.755.088

Die Berechnung des Credit Spread VaR basiert auf einer historischen Simulation. Dabei wird das Portfolio in 30 Risiko-cluster gegliedert, wobei Titel, die dem Finanz- und dem Euro-Unternehmenssektor zugeordnet sind, noch eine Differen-

zierung gemäß Seniorität erfahren. Darüber hinaus werden für den Euro-Raum spezifische Covered-Risikoindizes verwendet und 15 europäische Staaten mit individuellen Risikoclustern abgebildet. Die Plausibilität und Verlässlichkeit der VaR Kennzahlen wird durch Rückvergleiche (Backtesting) überprüft und tourlich in einer von der Modellierung unabhängigen Gruppe validiert.

Für den Konzern ergeben sich folgende Risikokennzahlen:

EUR Tsd.	Credit Spread Value at Risk	10 Basispunkte-Shift
31.12.2016	140.711	-14.198
31.12.2015	197.874	-13.369

Marktrisiko im Handelsbuch

Das Marktrisiko im Handelsbuch im VBW Konzern hat eine untergeordnete Bedeutung. Die Überwachung der Marktrisiken wird in der Abteilung Markt- und Liquiditätsrisikocontrolling im Bereich Risikocontrolling durchgeführt, welcher organisatorisch auf Vorstandsebene vom Bereich Treasury getrennt ist. Zu den Hauptaufgaben des Risikocontrollings gehören die Festlegung der Limitstruktur auf Basis des zugeordneten ökonomischen Kapitals und die tägliche Überprüfung der Limite, die Administration der Front-Office Systeme, das CSA Management und die Weiterentwicklung der Systeme und Modelle. Die regulatorischen Eigenmittelerfordernisse des Handelsbuchs werden mittels Standardansatz berechnet. Der VBW Konzern hat aktuell kein internes Modell für Marktrisiko im Handelsbuch im Einsatz. Die Limitstruktur spiegelt die Risiko- und Treasury-Strategie wider und ist vom Vorstand genehmigt.

Das Marktrisiko im Handelsbuch wird im Rahmen des ICAAP in der Risikotragfähigkeitsrechnung und im Gesamtbankrisikostresstest berücksichtigt. Das Reporting erfolgt durch die Abteilung Markt- und Liquiditätsrisiko täglich an das Treasury und monatlich im ALCO.

Zur Risikoüberwachung wird täglich für das Handelsbuch ein VaR nach der Methode der historischen Simulation berechnet. Bei der historischen Simulation werden historische Marktpreisänderungen zur Bewertung des aktuellen Portfolios herangezogen. Dadurch erhält man hypothetische Wertänderungen des Portfolios, welche als Basis für die Ermittlung des VaR dienen. Es wird ein 99 % VaR für eine Haltedauer von 10 Tagen berechnet. Die Plausibilität und Verlässlichkeit der VaR Kennzahlen wird durch Rückvergleiche (Backtesting) täglich überprüft und tourlich in einer von der Modellierung unabhängigen Gruppe validiert.

Die folgende Tabelle zeigt den VaR (99 % Konfidenzniveau, Haltedauer 1 Tag) im Handelsbuch für das Jahr 2016, aufgeteilt nach Risikoarten.

EUR Tsd.	Zinsen	Währung	Volatilität	Gesamt
31.12.2016				
Handelsbuch	108	0	59	120
31.12.2015				
Handelsbuch	103	0	74	137

Neben dem VaR werden zusätzlich noch eine Reihe weiterer Risikokennzahlen täglich errechnet und zur Limitierung verwendet. Diese umfassen im Wesentlichen Zinssensitivitäten und Optionsrisikokennzahlen (Delta, Gamma, Vega, Rho). Zusätzlich existieren noch Management- Action-Triggers und Stop-Loss-Limite.

Da Extremsituationen durch den berechneten VaR nicht abgedeckt sind, werden monatlich bzw. anlassbezogen umfangreiche Stresstests über alle Portfolios des Handelsbuches durchgeführt. Es werden dabei portfoliounabhängige und portfoliobehängige Szenarien berechnet. Portfoliounabhängige Szenarien, wie beispielsweise Parallelshifts, Kurvendre-

hungen oder auch Rekonstruktionen historischer Krisen, werden bei jedem Krisentest unverändert auf das aktuelle Portfolio angewendet. Portfolioabhängige Szenarien versuchen möglichst unvoreilhaftige Auswirkungen für das aktuelle Portfolio zu finden.

Durch die verwendeten Systeme ist eine tägliche, unabhängige Bewertung der Handelsbuchpositionen sichergestellt. Sämtliche Regeln und organisatorische Abläufe im Zusammenhang mit der Messung und Überwachung der Marktrisiken sind in der Richtlinie Marktrisiko VBW zusammengefasst.

Fremdwährungsrisiko (offene Devisenpositionen)

Das Fremdwährungsrisiko aus der offenen Devisenposition hat im VBW Konzern eine untergeordnete Bedeutung. Es entsteht durch die Wertänderung offener Forderungen und Verbindlichkeiten in einer Fremdwährung durch Schwankungen der Wechselkurse.

Währung EUR Tsd.	31.12.2016	31.12.2015
CZK	4.268	4.723
CHF	1.597	2.545
USD	135	9
JPY	116	4
GBP	29	1
Sonstige	901	1.094
Gesamt	7.046	8.376

d) Liquiditätsrisiko

Die VBW ist als ZO des Volksbanken-Verbundes für das verbundweite Liquiditätsmanagement zuständig und fungiert als lender of last resort für die Primärinstitute. Über die VBW decken die Primärinstitute ihren Refinanzierungsbedarf ab und legen ihre Überschussliquidität an. In der VBW wird sowohl die operative, kurzfristige Liquiditätssteuerung als auch das mittel- bis langfristige Liquiditätsmanagement zentralisiert im Bereich Treasury durch die Abteilung Liquiditätsmanagement durchgeführt. Die Überwachung und Limitierung des Liquiditätsrisikos sowie die methodischen Vorgaben betreffend Risikomessung werden von der Abteilung Markt- und Liquiditätsrisikocontrolling in der VBW wahrgenommen.

Gesteuert wird die Liquiditätsposition der VBW durch das ALCO im Rahmen von Risikolimiten, welche vom Risikocontrolling festgelegt und vom Vorstand im ALCO genehmigt werden. Das ALCO ist das zentrale Gremium zur Steuerung von Liquiditätsrisiken. Das Liquiditätsrisikoreporting im ALCO erfolgt durch die Abteilung Markt- und Liquiditätsrisikocontrolling.

Die VBW unterscheidet im Liquiditätsrisiko zwischen dem Illiquiditätsrisiko und dem Fundingverteuerungsrisiko.

Unter Illiquiditätsrisiko wird die Gefahr verstanden, Zahlungsverpflichtungen zum Zeitpunkt der Fälligkeit nicht bedienen zu können. Beim Illiquiditätsrisiko werden weitere Unterkategorien, wie z.B. das Refinanzierungsrisiko (Roll-Over-Risiko), das Abrufisiko und das Marktliquiditätsrisiko, unterschieden, die insbesondere im Kontext von Liquiditäts-Stresstests von Bedeutung sind. Das Illiquiditätsrisiko besteht für die VBW als Retailbank typischerweise in einem „Bankrun“. Dieser tritt ein, wenn Kunden aufgrund eines Vertrauensverlustes große Volumina an Einlagen abziehen und gleichzeitig der Bank alternative Fundingquellen nicht (mehr) zugänglich sind.

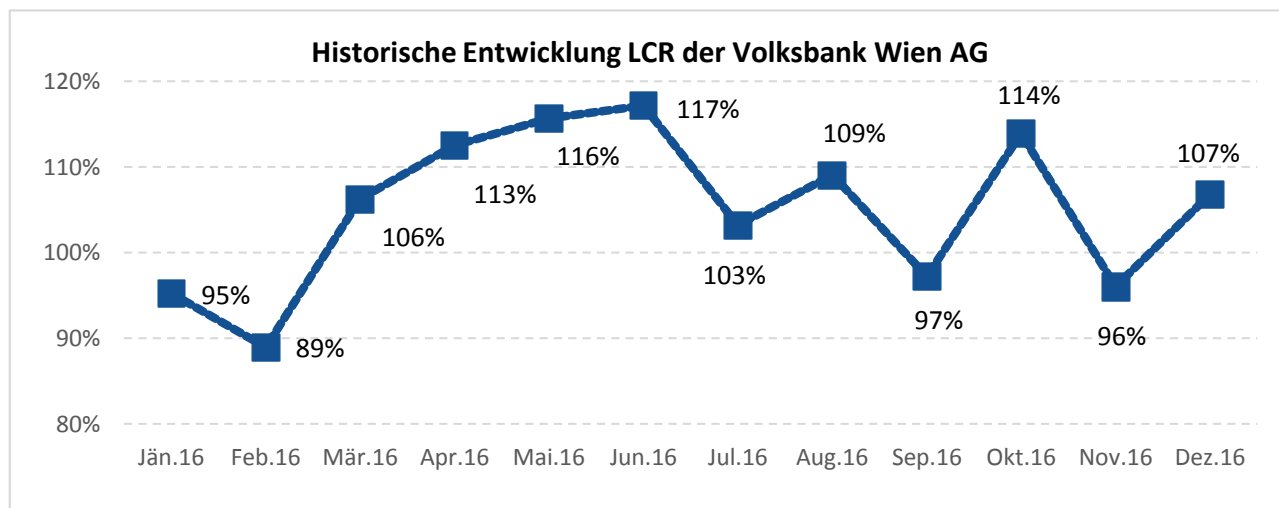
Das Illiquiditätsrisiko wird durch das Vorhalten eines ausreichenden Liquiditätspuffers gesteuert. Der VBW obliegt die zentrale Verwaltung des Liquiditätspuffers für den gesamten Verbund. Der Liquiditätspuffer besteht hauptsächlich aus hochliquiden Anleihen, welche großteils LCR-anrechenbar sind, Einlagen bei der Nationalbank, EZB-Tenderpotenzial,

und Covered Bond Emissionspotenzial. Die Liquidität des Liquiditätspuffers wird regelmäßig getestet. Zuständig für das laufende Management des Liquiditätspuffers ist die Abteilung Liquiditätsmanagement im Bereich Treasury.

Das Fundingverteuerungsrisiko ist in der VBW als negativer GuV-Effekt definiert, der aufgrund einer potenziellen zukünftigen Erhöhung der Refinanzierungskosten am Geld- und Kapitalmarkt sowie im Kundenbereich eintritt. Es ist im Rahmen des ICAAP in der Risikotragfähigkeitsrechnung berücksichtigt. Dieses Risiko ist in der VBW von untergeordneter Bedeutung, da wenig Abhängigkeit vom Kapitalmarkt besteht und eine geringe Preissensitivität bei Kundeneinlagen beobachtet wird.

Die Risikomessung und Limitierung des Illiquiditätsrisikos erfolgt hauptsächlich über die regulatorischen Kennzahlen LCR und NSFR (Net Stable Funding Ratio) und die Survival Period aus dem bankinternen Liquiditäts-Stresstesting.

Die LCR zielt auf die Sicherstellung der kurzfristigen Zahlungsfähigkeit von Banken unter Stressbedingungen über einen kurzfristigen Zeithorizont von 30 Kalendertagen ab. Gemäß LCR-Vorgaben ist die VBW verpflichtet einen Liquiditätspuffer aus hoch liquiden Vermögenswerten als Liquiditätsvorsorge vorzuhalten, der die aus den regulatorischen Stressannahmen resultierenden kumulierten Nettoliquiditätsabflüsse über einen Zeitraum von 30 Kalendertagen abdeckt. Die Berechnung der LCR erfolgt wöchentlich und zum Monatsultimo durch die Abteilung Markt- und Liquiditätsrisikocontrolling. Die LCR lag im Jahr 2016 meist über 100 %, was deutlich über dem gesetzlichen Limit von 70 % für das Jahr 2016 liegt.



Über die NSFR wird das zulässige Ausmaß an Liquiditätsfristentransformation beschränkt, indem in Abhängigkeit der Liquiditätscharakteristika der Aktiva und sonstigen (außerbilanziellen) Geschäftstätigkeiten einer Bank ein Mindestvolumen an stabilen Mitteln festgelegt wird. Die Berechnung in der VBW erfolgt derzeit wöchentlich und zum Quartalsultimo durch die Abteilung Markt- und Liquiditätsrisikocontrolling. Die NSFR lag im Jahr 2016 immer über 120 %. (Ein aufsichtsrechtliches Limit liegt noch nicht vor.)

Survival Period (Überlebenshorizont) und Liquiditäts-Stresstests

In der VBW beschreibt die Survival Period jenen Zeitraum, in dem in einem bestimmten Stress-Szenario der vorgehaltene Liquiditätspuffer ausreicht, um kumulierte Nettoliquiditätsabflüsse abzudecken. Es werden derzeit fünf Stressszenarien unterschiedlicher Schweregrade berechnet: systemischer Stress, idiosynkratischer Stress, kombinierter Stress. Für die Survival Period kommt das ungünstigste der berechneten Szenarien zur Anwendung.

Konzentrationsrisiko

Durch das diversifizierte Funding über Kundeneinlagen ist das Konzentrationsrisiko nicht materiell. Die einzigen Risikocluster bestehen auf Kundenebene. Daher werden die größten Einlagen auf Kundenebene sowohl im Risikocontrolling als auch im operativen Liquiditätsmanagement überwacht. Sie liegen durchgängig unter 1 % der Bilanzsumme. Es bestehen keine sonstigen Risikocluster mit ähnlichen Eigenschaften.

Operatives Liquiditätsmanagement

Die Abteilung Liquiditätsmanagement im Bereich Treasury ist verantwortlich für das operative Liquiditätsmanagement. Die Abteilung ist die zentrale Stelle in der VBW und im Volksbanken-Verbund für Fragestellungen betreffend Pricing von Liquidität (Transferpricing), das verbundweite zentrale Management von Collateral, die Festsetzung der Fundingstruktur, die Disposition der verfügbaren liquiden Mittel und die Einhaltung der Refinanzierungsstrategie und umfasst folgende wesentliche Aufgaben:

- Cash-Management (Settlement aller Transaktionen des Verbundes sowie Disposition der von der VBW unterhaltenen Bankverbindungen)
- Collateralmanagement: EZB-fähige Collateral des Verbundes (Anleihen und Credit Claims) und das Deckungsstockmanagement für fundierte Bankschuldverschreibungen
- Emissionsplanung
- Tägliche Liquiditätsvorschau für die nächsten 31 Tage und wöchentlich für die nächsten 12 Monate
- Monitoring der Refinanzierungspositionen des Verbundes sowie das mit Genehmigung des § 30a BWG von der VBW als ZO in Kraft gesetzte Kontrollsystem für die Verbundbanken – u.a. Liquiditätsmeldungen, Refinanzierungssteuerung, Collateralnutzung, Frühwarnsystem
- Einhaltung der Mindestreservevorschriften für den Volksbanken-Verbund
- Reporting an den ZO-Vorstand und das ALCO

e) Operationelles Risiko

Der VBW Konzern definiert das Operationelle Risiko als die Gefahr von Verlusten, die in Folge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen, Systemen oder von externen Ereignissen eintreten. Darüber hinaus wird auch das Rechtsrisiko im operationellen Risiko berücksichtigt. Über die bankgesetzlichen Vorschriften hinausgehend werden Rechtsrisiken in der Risikobetrachtung berücksichtigt. Die Berechnung des regulatorischen Eigenmittelerfordernisses erfolgt einheitlich nach dem Standardansatz. Diese Methodik wird sowohl für die regulatorische als auch ökonomische Darstellung herangezogen.

Organisation und Risikostrategie

Im VBW Konzern ist das Linienmanagement für das Management der operationellen Risiken verantwortlich. Dieses wird dabei durch zentral und dezentral angesiedelte Experten aus den Bereichen operationelles Risiko und internes Kontrollsystem unterstützt. Ziel ist die Optimierung von Prozessen, um die Eintrittswahrscheinlichkeit von operationellen Risiken zu verringern und/oder die Auswirkung operationeller Schäden zu reduzieren. Des Weiteren ermöglicht eine enge Zusammenarbeit mit dem Security-, Safety- und Versicherungsmanagement eine optimale und umfassende Steuerung operationeller Risiken.

Im Rahmen des Managements operationeller Risiken werden sowohl quantitative als auch qualitative Methoden verwendet. Quantitative Elemente umfassen beispielsweise die Durchführung von Risikoanalysen, die Durchführung von Stresstests, die Festlegung und Überwachung eines Risikoappetits sowie der Risikoindikatoren und die Erstellung der Ereignisdatensammlung. Qualitative Steuerungsmaßnahmen finden in der Durchführung von Schulungen, Bewusstseinsbildungsmaßnahmen, betriebliche Notfallplanung und Risikoanalysen, die Erstellung der Ereignisdatensammlung inkl.

Ursachenanalyse, der Implementierung einheitlicher IKS Kontrollen, des Daten- und Informationssicherheitsmanagement sowie in der Analyse der Risikoberichte Widerklang.

Im Fall der Überschreitung der für das operationelle Risiko definierten Kennzahlen, kommt der definierte Eskalationsprozess zur Anwendung. Dieser sieht eine detaillierte Ursachenanalyse sowie in weiterer Folge die Einleitung von Maßnahmen vor.

Operatives Risikomanagement und Risikocontrollingfunktion

Abgeleitet aus der Risikostrategie gelten im Konzern die folgenden Grundsätze und Prinzipien im OpRisk Management:

- Als oberstes Ziel für den gesamten OpRisk Managementprozess wird die Optimierung von Prozessen zur Verringerung der Eintrittswahrscheinlichkeit und/oder der Auswirkung operationeller Schäden festgeschrieben.
- Die Ereignisdokumentation erfolgt vollständig und angemessen verständlich in einer elektronischen Plattform, um sachverständigen Dritten die Möglichkeit zu geben, Nutzen daraus zu ziehen. Operationelle Ereignisse werden konzernweit in einheitlicher Form erfasst. Die daraus resultierende Transparenz über eingetretene Ereignisse ermöglicht eine aus der Historie abgeleitete Risikobewertung.
- Die Methoden, Systeme und Prozesse im OpRisk Management müssen unter Einhaltung von Konzernvorgaben, dem Proportionalitätsprinzip folgend, an das jeweilige Institut angepasst werden.
- Die Angemessenheit der Risiko-Steuerungs- und Überwachungsmaßnahmen sowie weiterer risikominimierender Maßnahmen wird laufend, zumindest jedoch jährlich, bewertet und an den Vorstand berichtet. Maßnahmen zur Risikosteuerung umfassen beispielsweise Bewusstseinsbildungsmaßnahmen/Schulungen, die Überwachung der OpRisk Risikokennzahlen, die Sicherstellung von Vertraulichkeit, Verfügbarkeit und Integrität der Kunden- und Unternehmensdaten sowie die betriebliche Notfallplanung, aber auch insbesondere die angemessene Trennung von Verantwortlichkeiten sowie die Beachtung des 4-Augen-Prinzips, als Steuerungsmaßnahmen angeführt. Operationelle (Rest-)Risiken die nicht vermieden, vermindert oder transferiert werden, müssen formal und nachweislich durch die Geschäftsleitung akzeptiert werden.
- Die Effizienz des operationellen Risikomanagements wird durch periodische und unabhängige Revisionsprüfungen bestätigt.

Im VBW Konzern ist ein internes Kontrollsystem (IKS) nach den Prinzipien der international anerkannten Standards des Committee of Sponsoring Organizations of the Treadway Commission (COSO) installiert. Es existieren detaillierte Beschreibungen der IKS-Abläufe und der Kontrollmaßnahmen. Die Verantwortlichkeiten und Rollen in Bezug auf das IKS sind klar definiert. Für das IKS erfolgt ein regelmäßiges Reporting. Kontrollaktivitäten werden dokumentiert und überprüft, die IKS-relevanten Risiken werden regelmäßig evaluiert und angepasst. Somit ist ein laufender Optimierungsprozess gewährleistet. Die Revision prüft in ihrer Funktion als unabhängige Überwachungsinstanz das interne Kontrollsystem. Geprüft werden die Wirksamkeit und Angemessenheit des IKS sowie die Einhaltung der Arbeitsanweisungen. Das OpRisk und IKS-Rahmenwerk stellt die einzelnen untereinander in Zusammenhang stehenden Komponenten dar, die im Volksbanken-Verbund zur Identifikation, Messung, Überwachung und Steuerung des Operationellen Risikos implementiert sind. Die enge Verzahnung des OpRisk Managements mit dem IKS gewährleistet die entsprechende Berücksichtigung der operationellen Risiken im Verbund.

Ein Schwerpunkt im Jahr 2016 lag in der Weiterentwicklung der Risikoanalyse bezüglich quantitativer Elemente sowie der Implementierung von OpRisk-Kennzahlen und einheitlichen Verbundmindestkontrollen.

f) Sonstige Risiken

An sonstigen Risiken sieht sich der VBW Konzern dem Beteiligungsrisiko, dem strategischen Risiko, dem Reputationsrisiko, dem Eigenkapitalrisiko und dem Business-Risiko gegenüber.

Unter Beteiligungsrisiko versteht der Konzern das Risiko, dass eine gehaltene Beteiligung ausfällt oder an Wert verliert. Dieses Risiko wird quantifiziert und in der Risikotragfähigkeitsrechnung berücksichtigt.

Das strategische Risiko ist das Risiko einer negativen Auswirkung auf Kapital und Ertrag durch geschäftspolitische Entscheidungen oder mangelnde Anpassung an Veränderungen im wirtschaftlichen Umfeld.

Das Reputationsrisiko ist die Gefahr negativer Auswirkungen auf das Bankergebnis durch einen Reputationsverlust und einen damit verbundenen negativen Effekt auf die Stakeholder (Aufsicht, Eigentümer, Gläubiger, Mitarbeiter, Kunden).

Unter Eigenkapitalrisiko versteht der Konzern die Gefahr einer unausgewogenen Zusammensetzung des bankinternen Eigenkapitals hinsichtlich Art und Größe der Bank oder Schwierigkeiten, zusätzliche Risikodeckungsmassen im Bedarfsfall schnell aufnehmen zu können.

Das Business Risk (Ertragsrisiko) ist das Risiko aus der Volatilität der Erträge und damit die Gefahr, die remanenten Fixkosten nicht mehr (vollständig) abdecken zu können.

Die Nicht-Standard-Risiken bzw. nichtfinanzielle Risiken (Reputationsrisiken, Conduct-Risiken, Compliance-Risiken, Rechtsrisiken, Modellrisiken sowie IT- und Systemrisiken) werden u.a. durch das Compliance-Rahmenwerk und das Rahmenwerk für operationelle Risiken berücksichtigt.

Die sonstigen Risiken besitzen zwar keine wesentliche Bedeutung für den Konzern, sind aber aufgrund der Geschäftstätigkeit immanent. Zur Steuerung der sonstigen Risiken sind vor allem organisatorische und prozessuale Maßnahmen implementiert.

50) Vollkonsolidierte verbundene Unternehmen ¹⁾

Gesellschaftsname; Sitz	GesArt*	Anteil am Kapital	Anteil am Stimmrecht	Nennkapital in EUR Tsd.
3V-Immobilien Errichtungs-GmbH; Wien	HD	100,00 %	100,00 %	35
Gärtnerbank Immobilien GmbH; Wien	HD	100,00 %	100,00 %	35
GB IMMOBILIEN Verwaltungs- und Verwertungs-GmbH; Wien	HD	100,00 %	100,00 %	35
VB Rückzahlungsgesellschaft mbH; Wien	HO	100,00 %	100,00 %	35
VB Services für Banken Ges.m.b.H.; Wien	HD	98,89 %	98,89 %	327
VB Verbund-Beteiligung Region Wien eG; Wien	HO	90,14 %	90,14 %	3.869
VOBA Vermietungs- und Verpachtungsges.m.b.H.; Baden	HD	99,00 %	99,00 %	36
VVG Vermietung von Wirtschaftsgütern Gesellschaft m.b.H.; Wien	FI	100,00 %	100,00 %	872

¹⁾ Bei allen vollkonsolidierten Unternehmen liegt Kontrolle vor.

51) Beteiligungsunternehmen bewertet at equity

Gesellschaftsname; Sitz	GesArt*	Anteil am Kapital	Anteil am Stimmrecht	Nennkapital in EUR Tsd.
VB Verbund-Beteiligung eG; Wien	HO	21,16 %	21,16 %	51.961
Volksbank Kärnten eG; Klagenfurt	KI	25,17 %	25,17 %	34.796

52) Nichtkonsolidierte verbundene Unternehmen

Gesellschaftsname; Sitz	GesArt*	Anteil am Kapital	Anteil am Stimmrecht	Nennkapital in EUR Tsd.
ARZ-Volksbanken Holding GmbH; Wien	HO	73,65 %	73,65 %	256
Immo-Contract Baden Maklergesellschaft m.b.H.; Baden	SO	100,00 %	100,00 %	175
Immo-Contract Weinviertel GmbH; Mistelbach an der Zaya	SO	53,62 %	53,62 %	35
UVB-Holding GmbH; Wien	SO	100,00 %	100,00 %	35
VB ManagementBeratung GmbH; Wien	SO	100,00 %	100,00 %	36
VBKA-Holding GmbH; Wien	SO	100,00 %	100,00 %	35
VOME Holding GmbH; Wien	HO	100,00 %	100,00 %	35

* Abkürzung GesArt

KI Kreditinstitut

FI Finanzinstitut

HD bankbezogener Hilfsdienst

SO, HO sonstige Unternehmen

BESTÄTIGUNGSVERMERK

Bericht zum Konzernabschluss

Prüfungsurteil

Wir haben den Konzernabschluss der

VOLKSBANK WIEN AG, Wien,

und ihrer Tochtergesellschaften (der Konzern) bestehend aus der Konzernbilanz zum 31. Dezember 2016, der Konzerngesamtergebnisrechnung, der Konzerngeldflussrechnung und der Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr und dem Konzernanhang, geprüft.

Nach unserer Beurteilung entspricht der Konzernabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage des Konzerns zum 31. Dezember 2016 sowie der Ertragslage und der Zahlungsströme des Konzerns für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards, wie sie in der EU anzuwenden sind (IFRS), und den zusätzlichen Anforderungen der §§ 245a UGB sowie 59a BWG.

Grundlage für das Prüfungsurteil

Wir haben unsere Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsgemäßer Abschlussprüfung durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern die Anwendung der International Standards on Auditing (ISA). Unsere Verantwortlichkeiten nach diesen Vorschriften und Standards sind im Abschnitt „Verantwortlichkeiten des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind vom Konzern unabhängig in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmens-, bank- und berufsrechtlichen Vorschriften und wir haben unsere sonstigen beruflichen Pflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten für unsere Prüfung des Konzernabschlusses des Geschäftsjahres waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Konzernabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt, und wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Werthaltigkeit von Forderungen an Kunden

Das Risiko für den Abschluss

Die Forderungen an Kunden stellen einen wesentlichen Posten der Bilanz dar. Der Buchwert der Forderungen an Kunden (brutto) beträgt zum 31. Dezember 2016 4.351 Mio. EUR, ds 43 % der Aktiva. Die Kreditrisikovorsorgen für Forderungen an Kunden betragen 69 Mio. EUR.

Der Vorstand der VBW beschreibt in der Note 3 g) die Vorgehensweise bei der Ermittlung der Risikovorsorgen.

Forderungen, die eine definierte Obligohöhe überschreiten und bei denen definierte Ausfallereignisse festgestellt wurden, unterliegen dem individuellen Einzelwertberichtigungsprozess. Die Höhe dieser Einzelwertberichtigungen, die auf abgezinnten Cash Flows basieren, ist im Wesentlichen abhängig von der Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung der Kreditnehmer und der Höhe und Zeitpunkte der Verwertungserlöse von Sicherheiten.

Bei Forderungen, die ein definiertes Ausfallereignis aufweisen und aufgrund ihrer Obligohöhe nicht dem individuellen Einzelwertberichtigungsprozess unterliegen, wird eine pauschale Einzelwertberichtigung gebildet. Für Forderungen, bei denen keine Ausfallereignisse erkannt wurden, wird eine Portfoliowertberichtigung gebildet.

Die pauschale Einzelrisikovorsorge und die Portfoliorisikovorsorge basieren auf statistisch berechneten Parametern, wie zum Beispiel historische Ausfallswahrscheinlichkeiten und Verlustquoten.

BESTÄTIGUNGSVERMERK

Das Risiko bei der Ermittlung der Kreditrisikovorsorge liegt in der Feststellung von Ausfallereignissen, in der Einschätzung von zukünftigen Cash Flows unter Berücksichtigung der finanziellen Lage der Gegenpartei, der Bewertung von Kreditsicherheiten sowie in den verwendeten statistischen Parameterannahmen. Die Ermittlung ist in hohem Maße von Einschätzungen abhängig und daher mit erheblichen Unsicherheiten behaftet.

Unsere Vorgehensweise in der Prüfung

Wir haben die Prozessdokumentationen und internen Richtlinien zur Vergabe, Überwachung und Bildung von Kreditrisikovorsorgen analysiert und kritisch hinterfragt, ob diese geeignet sind, das Vorliegen von Ausfallereignissen zu identifizieren und die Werthaltigkeit dieser Forderungen angemessen zu ermitteln. Wir haben die relevanten Schlüsselkontrollen erhoben, deren Ausgestaltung und Implementierung beurteilt sowie deren Effektivität in Stichproben getestet.

Im Bereich der Einzelwertberichtigungen bei signifikanten Forderungen haben wir auf Basis einer Stichprobe von Krediten untersucht, ob Ausfallereignisse vorliegen und ob in angemessener Höhe Einzelwertberichtigungen gebildet wurden. Die Auswahl der Stichprobe erfolgte hierbei unter besonderer Berücksichtigung von Ratingstufen mit höherem Ausfallsrisiko. Im Falle von Ausfallereignissen wurden die Einschätzungen des Kreditinstituts zu Höhe und Zeitpunkt der künftigen Zahlungsströme und die getroffenen Annahmen auf ihre Angemessenheit hin kritisch hinterfragt und anhand – sofern vorliegend – von externen Nachweisen wie Bewertungsgutachten oder Fortbestandsprognosen untersucht.

Bei den pauschalen Einzelwertberichtigungen und den Portfoliowertberichtigungen haben wir die Modelle und die darin verwendeten Parameter – unter Berücksichtigung der Ergebnisse des von der Bank durchgeführten Backtestings – kritisch dahingehend gewürdigt, ob diese geeignet sind, Vorsorgen in angemessener Höhe zu ermitteln. Zur Unterstützung bei der Beurteilung der Angemessenheit der zur Ermittlung der Ausfallwahrscheinlichkeiten und Verlustquoten verwendeten Berechnungsmethoden haben wir Finanzmathematiker hinzugezogen. Dabei wurden insbesondere die Angemessenheit der verwendeten statistischen Modelle, die mathematischen Funktionsweisen und die Validierung der Ergebnisse untersucht. Die rechnerische Richtigkeit der Vorsorgen haben wir nachvollzogen. Weiters wurden die dem Berechnungsmodell zugrunde liegenden Systeme und Schnittstellen, hinsichtlich der vollständigen und korrekten Übernahme von Daten, von unseren IT-Spezialisten untersucht.

Abschließend wurde beurteilt, ob die Angaben in den Notes zur Ermittlung von Wertberichtigungen für Kundenforderungen angemessen sind.

Bewertung von latenten Steuern aus Verlustvorträgen

Das Risiko für den Abschluss

Zum 31. Dezember 2016 bestehen im Konzern steuerliche Verlustvorträge in Höhe von 385 Mio. EUR. Unter Berücksichtigung des Körperschaftsteuersatzes von 25 % ergeben sich potenzielle aktive latente Steuern aus Verlustvorträgen in Höhe von 96 Mio. EUR. Basierend auf den zukünftig erwarteten steuerlichen Ergebnissen wurden zum 31. Dezember 2016 aktive latente Steuern aus Verlustvorträgen in Höhe von 20 Mio. EUR bilanziert.

Der Vorstand der VBW beschreibt in der Note 23 die Vorgehensweise bei der Ermittlung der aktiven latenten Steuern aus Verlustvorträgen.

Die Bewertung aktiver latenter Steuern aus Verlustvorträgen ist in hohem Maße von den Einschätzungen durch den Vorstand über die Erzielung ausreichender steuerlicher Ergebnisse in der Zukunft und der Umkehrung passiver latenter Steuern abhängig.

Aufgrund des betragslichen Umfangs der vorhandenen Verlustvorträge und der Unsicherheiten im Zusammenhang mit deren Realisierbarkeit wurde dieser Sachverhalt als wichtig eingestuft.

Die Einschätzung der Realisierbarkeit der steuerlichen Verlustvorträge ist mit Schätzungsunsicherheiten verbunden und stellt somit ein Risiko für den Abschluss dar.

Unsere Vorgehensweise in der Prüfung

Unsere Prüfungshandlungen umfassten die Beurteilung des Prozesses zum Ansatz und zur Bewertung aktiver latenter Steuern. Weiters haben wir die Annahmen, die bei der Prognose der künftigen steuerpflichtigen Ergebnisse getroffen wurden und die zur Realisation der aktiven latenten Steuern führen sollen, überprüft.

BESTÄTIGUNGSVERMERK

Dazu haben wir die wesentlichen Inputparameter zur Prognose der künftigen steuerlichen Ergebnisse mit internen Planungsrechnungen und mit einem zum 31. Dezember 2016 erstellten externen Bewertungsgutachten der VBW verglichen und plausibilisiert. Weiters haben wir die Angemessenheit der getroffenen Annahmen mit extern verfügbaren Daten, wie beispielsweise gesamtwirtschaftlichen Prognosen sowie mit den Unternehmensergebnissen der Vergangenheit beurteilt.

Ferner haben wir beurteilt, ob die Angaben in den Notes zu den aktiven latenten Steuern, insbesondere zu den noch nicht genutzten steuerlichen Verlustvorträgen, angemessen sind.

Verantwortlichkeiten der gesetzlichen Vertreter und des Prüfungsausschusses für den Konzernabschluss

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Konzernabschlusses und dafür, dass dieser in Übereinstimmung mit den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den zusätzlichen Anforderungen der §§ 245a UGB sowie 59a BWG ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig erachten, um die Aufstellung eines Konzernabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Konzernabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen, Sachverhalte im Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit – sofern einschlägig – anzugeben, sowie dafür, den Rechnungslegungsgrundsatz der Fortführung der Unternehmenstätigkeit anzuwenden, es sei denn, die gesetzlichen Vertreter beabsichtigen, entweder den Konzern zu liquidieren oder die Unternehmenstätigkeit einzustellen, oder haben keine realistische Alternative dazu.

Der Prüfungsausschuss ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses des Konzerns.

Verantwortlichkeiten des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses

Unsere Ziele sind, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Konzernabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist und einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unser Prüfungsurteil beinhaltet. Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsgemäßer Abschlussprüfung, die die Anwendung der ISA erfordern, durchgeführte Abschlussprüfung eine wesentliche falsche Darstellung, falls eine solche vorliegt, stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn von ihnen einzeln oder insgesamt vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie die auf der Grundlage dieses Konzernabschlusses getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Nutzern beeinflussen.

Als Teil einer Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsgemäßer Abschlussprüfung, die die Anwendung der ISA erfordern, üben wir während der gesamten Abschlussprüfung pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung.

Darüber hinaus gilt:

- Wir identifizieren und beurteilen die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Abschluss, planen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken, führen sie durch und erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als ein aus Irrtümern resultierendes, da dolose Handlungen betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen oder das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- Wir gewinnen ein Verständnis von dem für die Abschlussprüfung relevanten internen Kontrollsystem, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit des internen Kontrollsystems der Gesellschaft abzugeben.
- Wir beurteilen die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte in der Rechnungslegung und damit zusammenhängende Angaben.

BESTÄTIGUNGSVERMERK

- Wir ziehen Schlussfolgerungen über die Angemessenheit der Anwendung des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit durch die gesetzlichen Vertreter sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen kann. Falls wir die Schlussfolgerung ziehen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, in unserem Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Konzernabschluss aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch die Abkehr des Konzerns von der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zur Folge haben.
- Wir beurteilen die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Konzernabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Konzernabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse in einer Weise wiedergibt, dass ein möglichst getreues Bild erreicht wird.
- Wir erlangen ausreichende geeignete Prüfungsnachweise zu den Finanzinformationen der Einheiten oder Geschäftstätigkeiten innerhalb des Konzerns, um ein Prüfungsurteil zum Konzernabschluss abzugeben. Wir sind verantwortlich für die Anleitung, Überwachung und Durchführung der Konzernabschlussprüfung. Wir tragen die Alleinverantwortung für unser Prüfungsurteil.
- Wir tauschen uns mit dem Prüfungsausschuss unter anderem über den geplanten Umfang und die geplante zeitliche Einteilung der Abschlussprüfung sowie über bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Abschlussprüfung erkennen, aus.
- Wir geben dem Prüfungsausschuss auch eine Erklärung ab, dass wir die relevanten beruflichen Verhaltensanforderungen zur Unabhängigkeit eingehalten haben und tauschen uns mit ihm über alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte aus, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit und – sofern einschlägig – damit zusammenhängende Schutzmaßnahmen auswirken.
- Wir bestimmen von den Sachverhalten, über die wir uns mit dem Prüfungsausschuss ausgetauscht haben, diejenigen Sachverhalte, die am bedeutsamsten für die Prüfung des Konzernabschlusses des Geschäftsjahres waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte in unserem Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus oder wir bestimmen in äußerst seltenen Fällen, dass ein Sachverhalt nicht in unserem Bestätigungsvermerk mitgeteilt werden sollte, weil vernünftigerweise erwartet wird, dass die negativen Folgen einer solchen Mitteilung deren Vorteile für das öffentliche Interesse übersteigen würden.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Bericht zum Konzernlagebericht

Der Konzernlagebericht ist auf Grund der österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften darauf zu prüfen, ob er mit dem Konzernabschluss in Einklang steht und ob er nach den geltenden rechtlichen Anforderungen aufgestellt wurde.

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften.

Wir haben unsere Prüfung in Übereinstimmung mit den Berufsgrundsätzen zur Prüfung des Konzernlageberichts durchgeführt.

Urteil

Nach unserer Beurteilung ist der Konzernlagebericht nach den geltenden rechtlichen Anforderungen aufgestellt worden, enthält zutreffende Angaben nach § 243a UGB und steht in Einklang mit dem Konzernabschluss.

Erklärung

Angesichts der bei der Prüfung des Konzernabschlusses gewonnenen Erkenntnisse und des gewonnenen Verständnisses über den Konzern und sein Umfeld haben wir keine wesentlichen fehlerhaften Angaben im Konzernlagebericht festgestellt.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen beinhalten alle Informationen im Geschäftsbericht, ausgenommen den Jahres- bzw Konzernabschluss, den Lage- bzw Konzernlagebericht und die diesbezüglichen Bestätigungsvermerke. Der Geschäftsbericht wird uns voraussichtlich nach dem Datum des Bestätigungsvermerks zur Verfügung gestellt.

BESTÄTIGUNGSVERMERK

Unser Prüfungsurteil zum Konzernabschluss deckt diese sonstigen Informationen nicht ab und wir werden keine Art der Zusicherung darauf geben.

In Verbindung mit unserer Prüfung des Konzernabschlusses ist es unsere Verantwortung, diese sonstigen Informationen zu lesen, sobald diese vorhanden sind und abzuwägen, ob sie angesichts des bei der Prüfung gewonnenen Verständnisses wesentlich in Widerspruch zum Konzernabschluss stehen oder sonst wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Auftragsverantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Abschlussprüfung auftragsverantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Herr DDr. Martin Wagner.

Wien, am 22. März 2017

KPMG Austria GmbH
Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft

DDr. Martin Wagner
Wirtschaftsprüfer

BILANZEID

VOLKSBANK WIEN AG

Erklärung aller gesetzlicher Vertreter

Wir bestätigen nach bestem Wissen, dass der im Einklang mit den maßgebenden Rechnungslegungsstandards aufgestellte Konzernabschluss ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt, dass der Konzernlagebericht den Geschäftsverlauf, das Geschäftsergebnis und die Lage des Konzerns so darstellt, dass ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns entsteht, und dass der Konzernlagebericht die wesentlichen Risiken und Ungewissheiten beschreibt, denen der Konzern ausgesetzt ist.

Wien, 22. März 2017

DI Gerald Fleischmann
Generaldirektor

Corporates, Digitalisierung, Generalsekretariat, MarktServiceCenter / KundenServiceCenter, Organisation & IT,
Personalmanagement, PR & Kommunikation, Private Banking / Treasury, Real Estate, Retail,
Verbundstrategie, Vertriebsmanagement / Marketing

Josef Preissl
Generaldirektor-Stellvertreter

Betreibung / Abwicklung, Immobilientöchter, Revision, Risiko Retail / KMU,
Risikomanagement Real estate und Corporates, Risikomanagement Verbund,
Sanierungsmanagement, VB Services für Banken

Dr. Rainer Borns
Vorstandsdirektor

Controlling, Finanzen,
Legal und Compliance, Risikocontrolling

PERSONEN UND ADRESSEN

136 VOLKSBANK WIEN AG

137 Terminologie

138 Impressum

VOLKSBANK WIEN AG

Zentrale

Volksbank Wien AG

A-1090 Wien, Kolingasse 14-16
Telefon: +43 (1) 40137-0
Telefax: +43 (1) 40137-7600
e-Mail: info@volksbankwien.at
Internet: www.volksbankwien.at

ANSPRECHPARTNER

Betreibung / Abwicklung

Mag. Hans-Peter Hirtl
e-mail: hans-peter.hirtl@volksbankwien.at
Telefon: +43 (1) 40137-3788
Telefax: +43 (1) 40137-7602

Controlling

Dr. Martin Hauer
e-mail: martin.hauer@volksbankwien.at
Telefon: +43 (1) 40137-5061
Telefax: +43 (1) 40137-85061

Digitalisierung

Ing. Mag. Michel Vukusic
e-mail: michel.vukusic@volksbankwien.at
Telefon: +43 (1) 40137-4920
Telefax: +43 (1) 40137-84920

Finanzen

Mag. (FH) Martin Scheibenreif
e-mail: martin.scheibenreif@volksbankwien.at
Telefon: +43 (1) 40137-3386
Telefax: +43 (1) 40137-83386

Legal und Compliance

MMMag. Dr. Stephan Klinger
e-mail: stephan.klinger@volksbankwien.at
Telefon: +43 (1) 40137-5030
Telefax: +43 (1) 40137-85030

Organisation & IT

Robert Schneider
e-mail: robert.schneider@volksbankwien.at
Telefon: +43 (1) 40137-5069
Telefax: +43 (1) 40137-85069

Personalmanagement

Paul Friedrich
e-mail: paul.friedrich@volksbankwien.at
Telefon: +43 (1) 40137-3467
Telefax: +43 (1) 40137-83467

PR & Kommunikation

Wolfgang Layr
e-mail: wolfgang.layr@volksbankwien.at
Telefon: +43 (1) 40137-3550
Telefax: +43 (1) 40137-7610

Private Banking / Treasury

Michael Santer
e-mail: michael.santer@volksbankwien.at
Telefon: +43 (1) 40137-3178
Telefax: +43 (1) 40137-83178

Real Estate

DI Martin Rosar
e-mail: martin.rosar@volksbankwien.at
Telefon: +43 (1) 40137-3399
Telefax: +43 (1) 40137-7359

Risikocontrolling

Mag. Maria Elisabeth Groß-Söchstl
e-mail: maria-elisabeth.gross-soechstl@volksbankwien.at
Telefon: +43 (1) 40137-7605
Telefax: +43 (1) 40137-87605

Risiko Retail / KMU

Ing. Mag. Günter Alland
e-mail: guenter.alland@volksbankwien.at
Telefon: +43 (1) 40137-7560
Telefax: +43 (1) 40137-7610

Verbundstrategie

Karl Kinsky, MBA
e-mail: karl.kinsky@volksbankwien.at
Telefon: +43 (1) 40137-3338
Telefax: +43 (1) 40137-83338

Vertriebsmanagement / Marketing

Mag. (FH) Florian Dangl
e-mail: florian.dangl@volksbankwien.at
Telefon: +43 (1) 40137-4970
Telefax: +43 (1) 40137-84970

TERMINOLOGIE

Volksbanken-Verbund

Der Volksbanken-Verbund besteht aus der Volksbank Primärstufe, der Volksbank Einlagensicherung eG und der Volksbank Vertriebs- und Marketing eG.

Kreditinstitute-Verbund gem. § 30a BWG

Der Kreditinstitute-Verbund setzt sich aus den Instituten der Primärstufe als Zugeordnete Kreditinstitute und der VOLKSBANK WIEN AG als Zentralorganisation zusammen.

Volksbank Primärstufe

12 regionale Volksbanken, 3 Spezialbanken (Bank für Ärzte und Freie Berufe AG, Österreichische Apothekerbank eG und SPARDA-BANK AUSTRIA eGen). Die Zahl der Primärinstitute wird durch Fusionen auf 8 regionale Volksbanken und 2 Spezialbanken sinken.

Stand: 31. Dezember 2016

VOLKSBANK WIEN AG

Ist eine der regionalen Volksbanken und gleichzeitig Zentralorganisation des Volksbanken-Verbundes.

Österreichischer Genossenschaftsverband

Revision und Interessenvertretung erfolgen im Volksbanken-Verbund durch den Österreichischen Genossenschaftsverband (Schulze-Delitzsch) – kurz ÖGV. Darüber hinaus ist der ÖGV gemäß BWG gemeinsam mit der Volksbank Einlagensicherung eG für die Früherkennung bei seinen Mitgliedern zuständig. Ordentliche Mitglieder des ÖGV sind die Institute der Primärstufe sowie die Volksbank Einlagensicherung eG.

Impressum:

VOLKSBANK WIEN AG
A-1090 Wien, Kolingasse 14-16
Telefon: +43 (1) 40137-0
e-Mail: info@volksbankwien.at
Internet: www.volksbankwien.at

Konzernberichtsteam und Redaktion:

Mag. Monika Bäumel, Mag. Christina Eder,
Ing. Mag. Philipp Ackerl, Dipl.-Kfm. Christian Haberer,
Mag. Gudrun Zillich

Gestaltung und Produktion:

VOLKSBANK WIEN AG
A-1090 Wien, Kolingasse 14-16

Fotos:

Polster, Schedl, Wilke, fotolia

Redaktionsschluss:

April 2017

Für die Richtigkeit und Vollständigkeit der zur Verfügung gestellten Daten und Informationen kann trotz sorgfältiger Recherche und Erfassung keine Haftung übernommen werden.

Alle Bezeichnungen in diesem Bericht, die der besseren Lesbarkeit wegen ausschließlich in der männlichen Form verwendet wurden, gelten sinngemäß auch in der weiblichen Form.

274.593¹⁾

KUNDEN

13,9 %²⁾

KERNKAPITALQUOTE

10,61

MRD. EUR GESCHÄFTSVOLUMEN

1.242³⁾

MITARBEITER